

109. Sitzung

Freitag, den 25.01.2013

Erfurt, Plenarsaal

**a) Thüringer Gesetz über die
Feststellung des Landeshaus-
haltsplans für die Haushalts-
jahre 2013/2014 (Thüringer
Haushaltsgesetz 2013/2014 -
ThürHhG 2013/2014 -)**

10332

Gesetzentwurf der Landesregie-
rung

- Drucksache 5/5059 -

dazu: Beschlussempfehlung des
Haushalts- und Finanzaus-
schusses

- Drucksache 5/5501 -

dazu: Änderungsantrag der Frak-
tionen der CDU und der
SPD

- Drucksache 5/5520 -

dazu: Änderungsanträge der
Fraktion DIE LINKE

- Drucksachen 5/5541 bis
5/5574 und 5/5606 -

dazu: Änderungsanträge der
Fraktion der FDP

- Drucksachen 5/5609 bis
5/5611 -

dazu: Änderungsanträge der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN

- Drucksachen 5/5522 bis
5/5535, 5/5616 bis 5/5635,
5/5637 und 5/5638 -

dazu: Entschließungsanträge der
Fraktion DIE LINKE
- Drucksachen 5/5580 bis
5/5595 -

dazu: Entschließungsanträge der
Fraktion der FDP
- Drucksachen 5/5576 bis
5/5579 und 5/5596 bis
5/5602 -

dazu: Entschließungsanträge der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN
- Drucksachen 5/5536 bis
5/5540, 5/5612 bis 5/5615,
5/5636 und 5/5643 -

ZWEITE BERATUNG

**b) Thüringer Haushaltsbegleit-
gesetz 2013/2014**

10332

Gesetzentwurf der Landesregie-
rung

- Drucksache 5/5060 -

dazu: Beschlussempfehlung des
Haushalts- und Finanzaus-
schusses

- Drucksache 5/5502 -

dazu: Änderungsantrag der Frak-
tion der FDP

- Drucksache 5/5608 -

ZWEITE BERATUNG

**c) Thüringer Gesetz zur Ände-
rung der Finanzbeziehungen
zwischen Land und Kommu-
nen**

10332

Gesetzentwurf der Landesregie-
rung

- Drucksache 5/5062 -

dazu: Beschlussempfehlung des
Haushalts- und Finanzaus-
schusses

- Drucksache 5/5503 -

dazu: Änderungsantrag der Frak-
tion DIE LINKE

- Drucksache 5/5607 -

ZWEITE BERATUNG

**d) Thüringer Gesetz über Zu-
wendungen des Landes zur
Verbesserung der Verkehrs-
verhältnisse der Gemeinden
(Thüringer Gemeindeverkehrs-
finanzierungsgesetz -
ThürGVFG -)**

10333

Gesetzentwurf der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/4036 -

dazu: Beschlussempfehlung des
Haushalts- und Finanzaus-
schusses

- Drucksache 5/5504 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 5/5642 -
ZWEITE BERATUNG

e) Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes - Unterrichtung des Landtags nach § 31 Abs. 2 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) -

10333

Unterrichtung durch den Finanzminister

- Drucksache 5/5104 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 5/5505 -

f) Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 2012 bis 2016 für den Freistaat Thüringen

10333

Unterrichtung durch die Landesregierung

- Drucksache 5/5105 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 5/5506 -

Der Änderungsantrag zum Landeshaushaltsplan 2013/2014 in Drucksache 5/5520 wird angenommen.

Die Änderungsanträge zum Landeshaushaltsplan 2013/2014 in den Drucksachen 5/5522, 5/5523, 5/5525 bis 5/5534, 5/5541 bis 5/5561, 5/5563 bis 5/5566, 5/5568 bis 5/5573, 5/5610, 5/5616 bis 5/5625, 5/5627 bis 5/5635, 5/5637 und 5/5638 werden jeweils abgelehnt.

Der Änderungsantrag in Drucksache 5/5611 wird für erledigt erklärt.

In namentlicher Abstimmung werden die Änderungsanträge zum Landeshaushaltsplan 2013/2014 in Drucksache 5/5524 bei 80 abgegebenen Stimmen mit 28 Jastimmen und 52 Neinstimmen (Anlage 1), in Drucksache 5/5562 bei 81 abgegebenen Stimmen mit 23 Jastimmen, 52 Neinstimmen und 6 Enthaltungen (Anlage 2), in Drucksache 5/5567 bei 81 abgegebenen Stimmen mit 23 Jastimmen, 52 Neinstimmen und 6 Enthaltungen (Anlage 3), in Drucksache 5/5574 (Nummer II. - VI.) bei 81 abgegebenen Stimmen mit 23 Jastimmen und 58 Neinstimmen (Anlage 4) sowie in Drucksache 5/5626 bei 80 abgegebenen Stimmen mit 12 Jastimmen, 45 Neinstimmen und 23 Enthaltungen (Anlage 5) jeweils abgelehnt.

Der Änderungsantrag in Drucksache 5/5535 zum Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014 wird abgelehnt.

Die Änderungsanträge zum Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014 in den Drucksachen 5/5606 und 5/5609 werden durch die einreichenden Fraktionen jeweils für erledigt erklärt.

Der Änderungsantrag zum Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014 in Drucksache 5/5574 (Nummer I.) wird durch die einreichende Fraktion zurückgezogen.

Die Beschlussempfehlung in Drucksache 5/5501 wird unter Berücksichtigung der Abstimmungen zum Landeshaushaltsplan 2013/2014 angenommen.

Der Gesetzentwurf in Drucksache 5/5059 wird unter Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung in ZWEITER BERATUNG und in der Schlussabstimmung jeweils angenommen.

Die Entschließungsanträge in den Drucksachen 5/5536 bis 5/5538, 5/5540, 5/5577 bis 5/5598, 5/5602, 5/5613, 5/5615, 5/5636 und 5/5643 werden jeweils abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung werden die Entschließungsanträge in Drucksache 5/5539 bei 80 abgegebenen Stimmen mit 34 Jastimmen und 46 Neinstimmen (Anlage 6), in Drucksache 5/5576 bei 80 abgegebenen Stimmen mit 28 Jastimmen, 46 Neinstimmen und 6 Enthaltungen (Anlage 7), in Drucksache 5/5599 bei 80 abgegebenen Stimmen mit 11 Jastimmen, 68 Neinstimmen und 1 Enthaltung (Anlage 8), in Drucksache 5/5600 bei 80 abgegebenen Stimmen mit 34 Jastimmen und 46 Neinstimmen (Anlage 9), in Drucksache 5/5601 bei 80 abgegebenen Stimmen mit 12 Jastimmen, 46 Neinstimmen und 22 Enthaltungen (Anlage 10), in Drucksache 5/5612 bei 80 abgegebenen Stimmen mit 6 Jastimmen, 52 Neinstimmen und 22 Enthaltungen (Anlage 11) sowie in Drucksache 5/5614 bei 79 abgegebenen Stimmen mit 6 Jastimmen, 67 Neinstimmen und 6 Enthaltungen (Anlage 12) jeweils abgelehnt.

Zum Thüringer Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz wird der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5642 abgelehnt.

Der Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/4036 wird in ZWEITER BERATUNG abgelehnt.

Zum Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014 wird der Änderungsantrag der Fraktion der FDP in Drucksache 5/5608 in namentlicher Abstimmung bei 80 abgegebenen Stimmen mit 34 Jastimmen und 46 Neinstimmen (Anlage 13) abgelehnt.

Die Beschlussempfehlung in Drucksache 5/5502 wird angenommen.

Der Gesetzentwurf in Drucksache 5/5060 wird unter Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung in ZWEITER BERATUNG und in der Schlussabstimmung jeweils angenommen.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5607 zum Thüringer Gesetz zur Änderung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen wird durch die einreichende Fraktion für erledigt erklärt.

Die Beschlussempfehlung in Drucksache 5/5503 wird angenommen.

Der Gesetzentwurf in Drucksache 5/5062 wird unter Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung in ZWEITER BERATUNG und in der Schlussabstimmung jeweils angenommen.

Der Landtag nimmt den Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes entsprechend der Beschlussempfehlung in Drucksache 5/5505 zur Kenntnis.

Der Landtag nimmt den Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2012 bis 2016 für den Freistaat Thüringen entsprechend der Beschlussempfehlung in Drucksache 5/5506 zur Kenntnis.

Bärwolff, DIE LINKE	10333
Gumprecht, CDU	10336, 10337
Koppe, FDP	10337, 10339, 10339
Eckardt, SPD	10339
Siegismund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	10341, 10384, 10391
Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit	10342
Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE	10345
Primas, CDU	10346
Hitzing, FDP	10349
Mühlbauer, SPD	10351, 10353, 10353
Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	10353
Kummer, DIE LINKE	10355
Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz	10356
Dr. Lukin, DIE LINKE	10359
Tasch, CDU	10361
Untermann, FDP	10363
Doht, SPD	10365
Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	10367
Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr	10368
Kuschel, DIE LINKE	10372, 10372
Barth, FDP	10372, 10380, 10390, 10390, 10391, 10391, 10403
Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	10373, 10395
Ramelow, DIE LINKE	10374
Mohring, CDU	10377, 10391
Dr. Pidde, SPD	10382
Dr. Voß, Finanzminister	10387, 10387
Höhn, SPD	10389
Blechs Schmidt, DIE LINKE	10399

Wahl des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses 5/2

10405

Wahlvorschläge der Fraktionen
der CDU und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN
- Drucksachen 5/5483/5515 -

Als Vorsitzende des Untersuchungsausschusses 5/2 wird die Abgeordnete Evelin Groß (CDU) und als stellvertretender Vorsitzender wird der Abgeordnete Dirk Adams (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gewählt.

Blehschmidt, DIE LINKE 10405

Fragestunde 10405

a) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kuschel (DIE LINKE) 10406
Landesförderung der Sanierung des Hammergrundstadions Ilmenau
- Drucksache 5/5380 -

wird von Ministerin Taubert beantwortet. Zusatzfragen.

Kuschel, DIE LINKE 10406,
10406,
10406
Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit 10406,
10407,
10407

b) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Weber (SPD) 10407
Wegfall des BAB 72-Autobahnanbinders B 7n
- Drucksache 5/5448 -

wird von Staatssekretärin Klaan beantwortet. Zusatzfrage.

Weber, SPD 10407,
10408
Klaan, Staatssekretärin 10407,
10408

c) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Leukefeld (DIE LINKE) 10408
Zur Situation älterer Arbeitsloser im Freistaat Thüringen
- Drucksache 5/5453 -

wird von Staatssekretär Staschewski beantwortet. Zusatzfrage.

Leukefeld, DIE LINKE 10408,
10409
Staschewski, Staatssekretär 10408,
10409

d) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Schubert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 10409
Stand der Internationalen Bauausstellung (IBA)
- Drucksache 5/5467 -

wird von Staatssekretärin Klaan beantwortet. Zusatzfragen.

Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10409,
10410

Klaan, Staatssekretärin	10410, 10410, 10410, 10411
Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	10410
Siegismund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	10411

- e) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Klaubert (DIE LINKE)** 10411
Bewilligung von Projektmanagerstellen im kulturellen Bereich im Haushaltsjahr 2013
 - Drucksache 5/5468 -

wird von Staatssekretär Prof. Dr. Merten beantwortet. Zusatzfragen.

Dr. Klaubert, DIE LINKE	10411, 10412
Prof. Dr. Merten, Staatssekretär	10411, 10412, 10412
Blehschmidt, DIE LINKE	10412

- f) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kemmerich (FDP)** 10413
Wirtschaftsförderung der Landesregierung - hier: Mittelstandsförderung
 - Drucksache 5/5469 -

wird von Staatssekretär Staschewski beantwortet. Zusatzfrage.

Kemmerich, FDP	10413, 10414, 10414, 10414, 10414
Staschewski, Staatssekretär	10413, 10414, 10414, 10414

- g) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Kaschuba (DIE LINKE)** 10414
Stellungnahme des Fachschaftsrates Politikwissenschaft zu Einsparungen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena
 - Drucksache 5/5472 -

wird von Staatssekretär Prof. Dr. Merten beantwortet. Zusatzfragen.

Dr. Kaschuba, DIE LINKE	10414, 10415, 10416
Prof. Dr. Merten, Staatssekretär	10415, 10416, 10416

- h) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Emde (CDU)** 10417
Wartezeiten nach abgeschlossenem Lehramtsstudium an der Friedrich-Schiller-Universität Jena
 - Drucksache 5/5484 -

wird von Staatssekretär Prof. Dr. Merten beantwortet. Zusatzfrage.

Emde, CDU	10417, 10417
Prof. Dr. Merten, Staatssekretär	10417, 10417

- i) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Huster (DIE LINKE)** 10417
Ersatzvornahme und Enteignung zur Sicherung von Schloss Hummelshain?
 - Drucksache 5/5486 -
- wird von Staatssekretär Diedrichs beantwortet. Zusatzfragen.*
- Huster, DIE LINKE 10418,
10419
- Diedrichs, Staatssekretär 10418,
10419,
10419
- Blehschmidt, DIE LINKE 10419
- j) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Barth (FDP)** 10419
Dienstrechtsreform in Thüringen
 - Drucksache 5/5487 -
- wird von Staatssekretär Rieder beantwortet. Zusatzfragen.*
- Barth, FDP 10419,
10420,
10420
- Rieder, Staatssekretär 10419,
10420,
10420
- k) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Sedlacik (DIE LINKE)** 10420
Entscheidungsverfahren zu Fördermitteln aus dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit
 - Drucksache 5/5489 -
- wird von Ministerin Taubert beantwortet. Zusatzfragen.*
- Sedlacik, DIE LINKE 10420,
10422,
10422
- Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit 10421,
10422,
10422, 10423, 10423
- Dr. Lukin, DIE LINKE 10422,
10423
- l) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Blehschmidt (DIE LINKE)** 10423
Pannen und Unklarheiten bei Standortentscheidung für eine gemeinsame neue JVA Sachsen/Thüringen?
 - Drucksache 5/5490 -
- wird von Minister Dr. Poppenhäger beantwortet. Zusatzfragen.*
- Blehschmidt, DIE LINKE 10423,
10424
- Dr. Poppenhäger, Justizminister 10423,
10424,
10425
- Berninger, DIE LINKE 10424,
10425

- m) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Augsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** 10425
Warum kein Tempo 30 auf der Durchgangsstraße B 85 in Neckeroda?
 - Drucksache 5/5491 -
- wird von Staatssekretärin Klaan beantwortet. Zusatzfragen.*
- Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10425,
 10426,
 10427
 Klaan, Staatssekretärin 10425,
 10426,
 10427, 10427, 10427
 Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10426,
 10427
- n) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Rothe-Beinlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** 10427
Drohende Überstellung einer Roma-Familie im Rahmen von Dublin II nach Belgien
 - Drucksache 5/5492 -
- wird von der Abgeordneten Siegesmund vorgetragen und von Staatssekretär Rieder beantwortet. Zusatzfragen.*
- Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10427
 Rieder, Staatssekretär 10428,
 10428,
 10428
 Berninger, DIE LINKE 10428,
 10428
- o) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Hitzing (FDP)** 10429
Richtlinie zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung
 - Drucksache 5/5494 -
- wird von Minister Reinholz beantwortet. Zusatzfrage.*
- Hitzing, FDP 10429
 Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz 10429,
 10429
 Bergner, FDP 10429
- p) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Adams (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** 10430
Fränkischer Heimatschutz
 - Drucksache 5/5500 -
- wird von Staatssekretär Rieder beantwortet. Zusatzfrage.*
- Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10430,
 10430
 Rieder, Staatssekretär 10430,
 10430
- q) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Bergner (FDP)** 10431
Neuer JVA-Standort Zwickau-Pöhlau
 - Drucksache 5/5507 -

wird von Minister Dr. Poppenhäger beantwortet. Zusatzfragen.

Bergner, FDP

10431,
10432,
10432

Dr. Poppenhäger, Justizminister

10431,
10432,
10432

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Fiedler, Grob, Groß, Günther, Gumprecht, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Krauße, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Primas, Reinholz, Scherer, Schröter, Tasch, Dr. Voigt, Walsmann, Wetzels, Worm, Wucherpfeffig

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Hausold, Hennig, Huster, Jung, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, König, Korschewsky, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Dr. Lukin, Möller, Ramelow, Renner, Dr. Scheringer-Wright, Sedlacik, Skibbe, Stange

Fraktion der SPD:

Baumann, Döring, Doht, Eckardt, Dr. Hartung, Hey, Höhn, Kanis, Künast, Lemb, Marx, Matschie, Metz, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Taubert, Weber

Fraktion der FDP:

Barth, Bergner, Hitzing, Kemmerich, Koppe, Untermann

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dr. Augsten, Meyer, Rothe-Beinlich, Schubert, Siegesmund

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsidentin Lieberknecht, die Minister Matschie, Carius, Geibert, Dr. Poppenhäger, Reinholz, Taubert, Dr. Voß, Walsmann

Beginn: 9.02 Uhr

Präsidentin Diezel:

Ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüÙe die Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Für die heutige Sitzung hat Frau Abgeordnete Holzapfel als Schriftführer neben mir Platz genommen. Die Rednerliste führt Herr Abgeordneter Koppe.

Es haben sich Herr Abgeordneter Gentzel, Herr Abgeordneter Kalich, Herr Abgeordneter von der Krone, Herr Abgeordneter Metz, Herr Abgeordneter Nothnagel, Herr Abgeordneter Recknagel, Herr Abgeordneter Gumprecht zeitweise und Herr Minister Machnig entschuldigt.

Ich darf recht herzlich Vizepräsidentin Frau Franka Hitzing zu ihrem heutigen Geburtstag gratulieren. Herzlichen Glückwunsch, alles Gute, Gesundheit, Glück und Gottes Segen.

(Beifall im Hause)

(Zuruf Abg. Hitzing, FDP: Danke schön.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einen Hinweis auf Veranstaltungen heute und am Sonntag. Am Sonntag, dem 27. Januar 2013, begehen wir den alljährlichen Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus. Die Gedenkveranstaltung findet um 10.00 Uhr im Kinosaal der Gedenkstätte Buchenwald statt; im Anschluss findet die Kranzniederlegung statt. Ich möchte Sie alle noch einmal herzlich zu dieser Veranstaltung einladen.

Heute eröffnen wir in diesem Zusammenhang eine Ausstellung im Zwischengang zum Abgeordnetengebäude „Gratwanderungen“. Schülerinnen und Schüler des Martin-Luther-Gymnasiums in Eisenach haben sich sehr kritisch mit der Geschichte der christlichen Kirchen und dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt. Dazu lade ich Sie für 13.00 Uhr in den Zwischengang zur Ausstellungseröffnung ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir treten in die Fortsetzung der Beratung zum Thüringer Landeshaushaltsplan für die Jahre 2013/2014 und aller damit in Verbindung stehenden Gesetze ein.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1** in seinen Teilen

a) Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2013/2014 (Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014 - ThürHhG 2013/2014 -)

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/5059 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 5/5501 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD

- Drucksache 5/5520 -

dazu: Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

- Drucksachen 5/5541 bis 5/5574 und 5/5606 -

dazu: Änderungsanträge der Fraktion der FDP

- Drucksachen 5/5609 bis 5/5611 -

dazu: Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksachen 5/5522 bis 5/5535, 5/5616 bis 5/5635, 5/5637 und 5/5638 -

dazu: Entschließungsanträge der Fraktion DIE LINKE

- Drucksachen 5/5580 bis 5/5595 -

dazu: Entschließungsanträge der Fraktion der FDP

- Drucksachen 5/5576 bis 5/5579 und 5/5596 bis 5/5602 -

dazu: Entschließungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksachen 5/5536 bis 5/5540, 5/5612 bis 5/5615, 5/5636 und 5/5643 -

ZWEITE BERATUNG

b) Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/5060 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 5/5502 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP

- Drucksache 5/5608 -

ZWEITE BERATUNG

c) Thüringer Gesetz zur Änderung der Finanzbeziehungen

(Präsidentin Diezel)**zwischen Land und Kommunen**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/5062 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 5/5503 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 5/5607 -

ZWEITE BERATUNG

d) Thüringer Gesetz über Zuwendungen des Landes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (Thüringer Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - ThürGVFG -)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/4036 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 5/5504 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/5642 -

ZWEITE BERATUNG

e) Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes - Unterrichtung des Landtags nach § 31 Abs. 2 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) -

Unterrichtung durch den Finanzminister

- Drucksache 5/5104 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 5/5505 -

f) Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 2012 bis 2016 für den Freistaat Thüringen

Unterrichtung durch die Landesregierung

- Drucksache 5/5105 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 5/5506 -

Ich rufe auf den Einzelplan 08 - Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit.

Die vereinbarten Redezeiten: CDU 12 Minuten, DIE LINKE 11 Minuten, SPD 9 Minuten, FDP 7 Minuten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 7 Minuten. Wenn die Landesregierung länger als 12 Minuten spricht, verlängert sich die Redezeit der Fraktionen.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat Abgeordneter Bärwolff von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Abgeordneter Bärwolff, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich habe ja nur 11 Minuten Zeit, da möchte ich mich also hier ranhalten. Der Einzelplan 08 des Sozialministeriums hat ein Volumen im Jahr 2013 von 366 Mio. € und im Jahr 2014 von 387 Mio. €. Das ist viel Geld, werden einige sagen, allerdings dieses viele Geld ist auch durch noch mehr gesetzliche Verpflichtungen bereits gebunden. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass es nur wenige Spielräume für freiwillige Programme und zusätzliche Maßnahmen gibt.

Die Mittel auf der anderen Seite, die wir den Kommunen zuweisen, sind besonders knapp, was bedeutet, dass die sozialen und jugendpolitischen Maßnahmen zumeist freiwillige Aufgaben sind. Diese bedarfsgerecht umzusetzen, ist angesichts der kommunalen Haushaltssituation sehr, sehr schwierig. Dies betrifft nicht nur Seniorenarbeit und Jugendhilfe, dies betrifft insbesondere auch den Kampf gegen Kinderarmut. In manchen Bereichen ist der Einzelplan 08 aus dem Sozialministerium ein wenig mutlos, beispielsweise bei der Frage der Jugendpauschale. Im Koalitionsvertrag, Frau Ministerin und Frau Ministerpräsidentin, sehen die Koalitionsparteien vor, die Jugendpauschale in dieser Legislaturperiode auf 15 Mio. € zu erhöhen. Das allerdings ist mit diesem Haushalt auch nicht der Fall, und dieser Haushalt war der letzte in dieser Legislatur, in dem Sie Ihren Koalitionsvertrag einlösen können. Allerdings eine Aufstockung ist aus unserer Sicht geboten, denn die Bedarfe vor Ort sind real, die Bedarfe vor Ort sind da.

(Beifall DIE LINKE)

Ich möchte vielleicht noch zu einigen grundsätzlichen Ausführungen kommen, die bei der Lektüre des Haushalts und der Änderungsanträge angezeigt scheinen. Da ist zum einen das Landeserzie-

(Abg. Bärwolff)

hungsgeld. Wir begrüßen es sehr, Frau Ministerin, dass die Koalition Änderungsanträge gestellt hat, die ihre Deckung aus dem Landeserziehungsgeld beziehen. Das halten wir für einen Schritt in die richtige Richtung. Allerdings ist es schwierig, dass das Landeserziehungsgeld bislang immer noch ein Rechtsanspruch ist, den die Eltern haben. Die Grundlage, um auf diese Mittel zugreifen zu können, wäre die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir als LINKE werden nicht müde, Ihnen diese Angebote zu unterbreiten. Ich kündige jetzt schon an, dass wir als LINKE-Fraktion im Februar erneut einen Gesetzentwurf einreichen werden, in dem die Deckungsvorschläge, die Sie aus dem Landeserziehungsgeld hier aufgeführt haben, auch real werden können. Wir werden also wieder beantragen, das Landeserziehungsgeld abzuschaffen, so dass die vielen wichtigen Maßnahmen, die Sie in Ihren Änderungsanträgen durchaus skizziert haben, auch finanziert werden können. Die Träger beispielsweise, die jetzt hoffen, dass sie mehr Geld bekommen, möchten die Tarifangleichung aus dem Landeserziehungsgeld finanzieren, die sollen mehr Geld bekommen, aber dafür brauchen wir erst mal die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein zweiter, doch recht grundsätzlicher Punkt, ist der Themenkomplex Maßregelvollzug. Im Haushalt 2013/14 sind für den Maßregelvollzug 36 Mio. € eingestellt. Ich erinnere daran, im Jahre 2012 haben wir für den Maßregelvollzug 31,9 Mio. € ausgegeben. Im Jahre 2014 werden es über 36 Mio. € sein, eine Steigerung um mehr als 4 Mio. €. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum privatisierten Maßregelvollzug in Hessen hat uns als LINKE-Fraktion in unserer Auffassung bestärkt, dass der Maßregelvollzug als hoheitliche Aufgabe auch in Verantwortung des Staates zu leisten ist. Wir als LINKE werden weiterhin an dieser Position festhalten. Wir als LINKE werden auch weiterhin danach streben und dafür kämpfen, dass der Maßregelvollzug wieder in staatliche Obhut zurückkommt.

(Beifall DIE LINKE)

Das Gutachten von Prof. Würtenberger, das Sie auch im Sozialausschuss vorgestellt haben, zeigt doch sehr deutlich, welche Risiken und welche Probleme in einem privatisierten Maßregelvollzug liegen. Wir sind der Meinung, dass diese hoheitliche Aufgabe in staatliche Hand zurückkommen muss.

Ich möchte nun noch einige Sachen zu konkreten Änderungsanträgen unserer Fraktion ausführen. Da wäre zum einen der Bereich Behindertenpolitik/In-

klusion. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung gute Arbeit bekommen.

(Beifall DIE LINKE)

Deshalb möchten wir aus der Ausgleichsabgabe 4 Mio. € zweckgebunden für gute Arbeit festschreiben. Die LINKE-Fraktion hat im vergangenen Jahr dazu einen sehr geschätzten und geachteten Fachtag veranstaltet. Diejenigen, die an diesem Fachtag teilgenommen haben, haben uns diesbezüglich bestärkt und gesagt, wir brauchen gute Arbeit für Menschen mit Behinderung, die Arbeit in den Werkstätten kann nicht des Rätsels Lösung sein, wir brauchen hier eine Weiterentwicklung. Deshalb haben wir als LINKE-Fraktion gesagt, da müssen wir Geld hineinnehmen. Die Ausgleichsabgabe lässt diese Möglichkeiten zu. Von daher denken wir, dass das ein zustimmungsfähiger Änderungsantrag der LINKEN ist.

(Beifall DIE LINKE)

Des Weiteren wollen wir in diesem Bereich auch die kommunalen Behindertenbeauftragten finanziell weiter unterstützen mit 1,2 Mio. € Sachmitteln. Ich denke, dass die kommunalen Behindertenbeauftragten auch Sachmittel brauchen für ihre politische Arbeit, um wirken zu können. Da sind 1,2 Mio. € nicht viel, aber auf jeden Fall mehr, als sie bislang zur Verfügung haben.

(Beifall DIE LINKE)

Im Bereich Kinder- und Jugendpolitik haben wir auch eine Reihe von Änderungsanträgen. Wie gesagt, die Jugendpauschale möchten wir gern um 4 Mio. € aufstocken auf 15 Mio. €. Wenngleich die finanziellen Mittel der Kommunen zur Gegenfinanzierung relativ knapp sind, ist doch ein Mehr in der Jugendpauschale auch eine Chance, mehr Jugendarbeit in den Kreisen gerade im ländlichen Raum zu unterstützen und zu finanzieren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Gesellschaft produziert so viele Probleme, dass wir gar nicht hinterherkommen, diese Probleme zu lösen. Die Kinder und Jugendlichen mit Benachteiligungen werden immer mehr und da ist die Jugendhilfe zwar nur die Feuerwehr, aber diese Feuerwehr ist notwendig und nötig. Das Gleiche gilt auch für die Schulsozialarbeit. Wir als LINKE-Fraktion haben es sehr begrüßt, dass im Landeshaushalt für 2013 3 Mio. € und für 2014 10 Mio. € für die Schulsozialarbeit eingestellt werden. Wenn wir uns allerdings die Entwicklung bezüglich des Bildungspaketes anschauen, dann wird deutlich, dass dort allem Anschein nach unter den bisherigen Koalitionspartnern CDU und SPD eine Einigkeit darin herrscht, die Mittel aus dem Bildungspaket 2014 nicht weiter zu erhöhen. Das Sparpaket, das zu Weihnachten aus dem Finanzministerium so lan-

(Abg. Bärwolff)

ciert wurde, wohin nach der Bundestagswahl die Richtung gehen soll, sah auch vor, Maßnahmen des Bildungspakets und andere sozialpolitische Maßnahmen stärker einzuschränken. Von daher gehen wir davon aus, dass das Bildungspaket in der bisherigen Form nicht weiterfinanziert wird und selbst die bisherigen Kompromisse, die auf Bundesebene geschlossen wurden, haben die Schulsozialarbeit nur unter erschwerten Bedingungen ermöglicht. Wir wollen, dass die Schulsozialarbeit allerdings in Thüringen nicht nur stabilisiert wird, wir wollen, dass die Schulsozialarbeit grundsätzlich ausgebaut wird.

(Beifall DIE LINKE)

Deshalb möchten wir eine Verpflichtungsermächtigung für Schulsozialarbeit in den Jahren 2015 und 2016. Hier auch noch mal ein Seitenhieb auf die GRÜNEN: Wenn sie jetzt fordern, dass wir die Schulsozialarbeitsmittel, die 3 Mio. € für 2013, wieder streichen, dann zeugt das davon, dass Sie nicht so viel Ahnung haben, was in der kommunalen Ebene los ist.

(Beifall DIE LINKE)

Frau Siegesmund, nicht alle Kommunen oder nur die wenigsten Landkreise und die wenigsten Kommunen haben aus den Bildungspaketmitteln überhaupt Schulsozialarbeiter eingestellt. Wenn wir hier in eine Stabilisierung kommen wollen, dann müssen wir Geld in die Hand nehmen, und dann müssen wir auch Planungssicherheit und auch fachliche Kontinuität sichern.

(Beifall DIE LINKE)

Wir glauben, dass das mit Ihrem Änderungsantrag nicht geht. Im Gegenteil, Ihr Änderungsantrag ist ein wenig kontraproduktiv, zumal ja das Geld, was im Landeshaushalt steht, zwar nicht ganz unabhängig vom Bildungspaket ist, aber wir wollen mit dem Geld aus dem Landesprogramm zum Schuljahr 2013/14 starten, und das Schuljahr beginnt nicht am 01.01.2014, sondern schon im September 2013,

(Beifall DIE LINKE)

weshalb wir dort keine großen Änderungsanträge sehen, sondern eher sagen, wir müssen da mehr Geld reinpumpen und wir müssen das stabilisieren. Dazu gehört dann natürlich auch die fachliche Begutachtung, die fachliche Begleitung der Schulsozialarbeiter, so dass sie sich auch entsprechend ihren Kompetenzen entfalten können.

Ein weiterer Punkt - für uns ganz wichtig - ist die Weiterentwicklung von Eltern-Kind-Zentren. Dort hat die Landesregierung 50.000 € eingestellt. Es gibt 10 Projekte, 10 Modelle a 5.000 €, das ist kein Eltern-Kind-Zentrum, Frau Taubert. Wenn wir hier weiterkommen wollen, wenn wir die Bekämpfung von Kinderarmut, die Einbeziehung von Eltern in

die Bekämpfung von Kinderarmut ernst nehmen wollen, dann müssen wir auch hier ordentlich Geld in die Hand geben. Die Eltern-Kind-Zentren sind eine wichtige und sinnvolle Maßnahme, aber Eltern-Kind-Zentren kosten eben auch Geld, es kostet Personal, diejenigen, die mit den Eltern arbeiten sollen, müssen fachlich qualifiziert sein, sie müssen Sachmittel haben und dafür wollen wir 2,3 Mio. € als Fraktion DIE LINKE zur Verfügung stellen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich möchte neben diesen jugendpolitischen Sachen auch noch einige andere, etwas weitergehende Punkte ansprechen, beispielsweise wenn wir uns mit den Verbraucherberatungsstellen oder den Frauenzentren und Frauenhäusern auseinandersetzen. Hier ist es doch so, dass erstens wenige Träger nur über tariflich verbindliche Entgeltstrukturen verfügen. Hier ist es so, dass die Zuwächse in den letzten Jahren ausgesprochen dürrig waren, und hier wollen wir, dass wir sowohl für die Frauenzentren und Frauenhäuser 150.000 € mehr einstellen als auch für die Verbraucherzentralen.

(Beifall DIE LINKE)

Die Beschäftigten in diesen Einrichtungen leisten gute Arbeit. Die Verbraucher haben einen Anspruch auf solche Beratungsstellen und deshalb möchten wir auch die Entgeltstrukturen in diesen Bereichen anpassen können.

Des Weiteren schlägt die Fraktion DIE LINKE auch in den Änderungsvorschlägen vor, 5 Mio. € für den ÖPNV zusätzlich einzustellen. Das soll in Barrierefreiheit gehen. Jeder, der fragt, was das soll, der ist eingeladen, sich den Bahnhof Vieselbach anzuschauen, ein sanierter Bahnhof ohne Fahrstuhl, nicht barrierefrei, das kann es nicht sein.

Des Weiteren wollen wir als Fraktion DIE LINKE auch das Ehrenamt stärken und 100.000 € in das Ehrenamt hineinsteuern, das Ehrenamt braucht Förderung. Das Gleiche gilt auch für die medizinische Versorgung im ländlichen Raum. Das wird ein Zukunftsproblem werden und hier wollen wir 100.000 € einstellen, damit wir anfangen, Modellprojekte zu entwickeln.

Ich denke, die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE sind im Großen und Ganzen fachlich sehr gut begründet, sind ausfinanziert und lohnen auf jeden Fall der Zustimmung. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Herr Abgeordneter. Für die CDU-Fraktion hat Abgeordneter Christian Gumprecht das Wort. Bitte schön.

Abgeordneter Gumprecht, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Sozialhaushalt folgt dem Motto „Sparsamkeit wo möglich - Akzente setzen wo nötig“. Meine Damen und Herren, ich möchte nicht auf Grundsätze des Haushalts eingehen, das ist in der Grundsatzaussprache schon erfolgt, sondern auf einige Akzente, die für uns von Bedeutung sind. Das ist erstens der Erhalt des Erziehungsgelds. Es ist nämlich Ausdruck von Wahlfreiheit und Gerechtigkeit, diese beiden Werte sind für unsere Fraktion von zentraler Bedeutung. Wir sind den beiden Ministern dankbar, dass das erhalten bleiben kann.

Zweitens gehört zu den Akzenten die Schulsozialarbeit. Wir bauen die Förderung der Schulsozialarbeit aus, 3 Mio. € im Jahr 2013 und 10 Mio. € im Jahr darauf sind deutliche Zeichen. Beginnend mit dem Schuljahr 2013/2014 finanziert das Land ca. 180 Stellen für Schulsozialarbeiter. Dies kommt vor allen Dingen Kindern und Jugendlichen zugute, die von ihrem Elternhaus nicht die nötige Unterstützung oder Förderung erfahren können.

Ein dritter Schwerpunkt ist der Kinderschutz. Die Mittel steigen hier ebenfalls. Mit dem Bundeskinderschutzgesetz kommen auf die Träger der örtlichen Jugendhilfe neue, erweiterte Aufgaben zu. Über die Bundesinitiative „Frühe Hilfen und Familienhebammen“ gleicht der Bund einen Teil der finanziellen Mehrbelastung aus. Jedoch ist eine weitere fachliche, aber auch finanzielle Unterstützung der örtlichen Strukturen nötig.

Viertens möchte ich auf die Anhebung der Zuschüsse für Senioren und Hospizarbeit eingehen. Dieser Titel umfasst neben der Förderung - wie es schon heißt - des Thüringer Hospiz- und Palliativverbandes, vor allem auch die Förderung von Projekten und Sachausgaben für die kommunalen Seniorenbeiräte und Seniorenbeauftragten. Wir haben mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz den Grundstein für den umfassenden Aufbau, vor allen Dingen flächenhaften Ausbau der Interessenvertretung und Mitbestimmung von Senioren gesetzt. Der Haushaltstitel und die Anhebung dieses Titels von 370.000 € auf 500.000 € stellt hierfür die notwendigen Mittel zur Verfügung.

Der fünfte Schwerpunkt, den ich hier nennen möchte, ist die Zusammenführung von Landesbehörden. Dies entspricht einer zentralen Forderung gerade meiner Fraktion nach einer Verwaltungsreform, die auf Synergien und Effizienzsteigerung setzt.

Ich möchte nun im zweiten Teil auf einige Anträge eingehen, die von uns initiiert wurden und die beide Koalitionspartner auch tragen. Das ist erstens die Aufgabe des Antidiskriminierungsbeauftragten. Im Jahr 2006 hat der Bundestag das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz beschlossen. Es wendet sich gegen Diskriminierung in der Arbeitswelt und

auch im öffentlichen Dienst. Konkret heißt das, gegen Diskriminierung wegen der ethischen Herkunft, wegen des Geschlechts, wegen der Religion oder Weltanschauung, wegen einer Behinderung, wegen des Alters oder der sexuellen Identität. Der Bund hat hierfür eine eigene Antidiskriminierungsstelle geschaffen, die soll mit anderen Partnern und auch den Ländern zusammenarbeiten.

Auch Thüringen will sich an einem Programm, das neu ins Leben gerufen wurde, beteiligen, das heißt „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“. Die Ziele sind, das Bewusstsein für das Thema Diskriminierung zu schärfen, Betroffenen die bestmögliche Beratung zu bieten, zentrale Ansprechpartner zu benennen und den Schutz vor Diskriminierung als eine politische Aufgabe zu verantworten. Frau Ministerin hat als zuständigen Ansprechpartner das Büro des Beauftragten für das Zusammenleben der Generationen im Ausschuss bereits benannt. Wir halten das für eine sinnvolle Entscheidung. Der Generationsbeauftragte leistet eine hervorragende und von vielen Stellen hoch geschätzte Arbeit. Bereits jetzt ist seine Aufgabe thematisch breit angelegt und zielt nicht nur auf einen eingeschränkten Personenkreis.

Inhaltliche Berührungspunkte gibt es vor allem auch beim Thema Altersdiskriminierung. Laut der Antidiskriminierungsstelle des Bundes - wenn Sie nachlesen - betreffen 21 Prozent der bisher registrierten Fälle das Thema Altersdiskriminierung. Ein Thema - und Sie wissen das -, das angesichts der demografischen Entwicklung weiter an Bedeutung gewinnt. Die Ansiedlung im Sozialministerium gewährleistet vor allen Dingen auch die Zusammenarbeit der drei Beauftragten, der Gleichstellungsbeauftragten, der Ausländerbeauftragten und des Behindertenbeauftragten. Mit der Erfüllung dieser Aufgabe sind nach Erfahrungen gerade aus anderen Bereichen Mittel in Höhe von 25.000 € erforderlich. Diese sind, weil das erst später kam, im Entwurf der Landesregierung nicht enthalten. Die Bereitstellung der Mittel wird über den vorliegenden Änderungsantrag ermöglicht.

Zweitens, meine Damen und Herren, möchte ich ein Thema ansprechen, das mir besonders am Herzen liegt, das ist der Verbraucherschutz. Die Verbraucherzentrale leistet rechtlichen Beistand, wenn Bürger oft unverschuldet in eine schwierige Situation geraten sind. Mit dem zahlreichen Beratungsangebot leistet damit die Verbraucherzentrale auch eine präventive Arbeit. Nach wie vor ist die Zahl der Anfragen hoch, obwohl heute schon eine Verschiebung gerade mehr zu den elektronischen Medien erfolgt. Dennoch ist die Nachfrage in der Fläche überall sehr stark. Gerade Medienäußerungen in der letzten Zeit haben dies noch einmal deutlich gemacht. Der Landtag hat vor reichlich einem Jahr beschlossen - Zitat -, „die Kontinuität der Thüringer Verbraucherzentralen zu gewährleisten“. Das Land

(Abg. Gumprecht)

hat bisher bei den Zuschüssen gerade die Kontinuität in Höhe von 1 Mio. € bewiesen in den letzten Jahren. Das reicht jedoch bei den gestiegenen Tarifen und Preisen, dazu gehört auch die Anhebung der Mehrwertsteuer auf Beratungsleistungen, nicht mehr aus. In den vergangenen Jahren konnte unter großen Anstrengungen, aber auch unter Einschränkung der Öffnungszeiten die Zahl der Beratungsstellen im Land aufrechterhalten bleiben. Im Jahr 2013 würde nun eine Zäsur eintreten. Ohne eine Anhebung des Zuschusses müssten die Beratungsangebote nicht nur zeitlich reduziert werden, sondern auch in der Fläche einzelne Beratungsstellen geschlossen werden. Deshalb ist eine Aufstockung des Zuschusses notwendig. Dem tragen die Koalitionspartner mit einem Betrag von 50.000 € Rechnung.

(Zwischenruf Abg. Skibbe, DIE LINKE: Sehr halbherzig.)

Damit wird sichergestellt, dass auch nach dem Ausscheiden von bewährten Mitarbeitern aus Altersgründen besonders in Thüringen weiter ein Beratungsangebot bestehen kann. Sie wissen, ich selbst und auch zahlreiche Mitglieder meiner Fraktion, aber auch unseres Koalitionspartners hatten sich einen doppelt so großen Betrag gewünscht. Dies war aber nicht möglich, denn in gleicher Weise - und das muss man auch berücksichtigen - erfolgte eine Anhebung gerade für andere Beratungsleistungen durch weitere Anträge um 5 Prozent und in diesem Sinne ist Solidarität gefragt. Sie wissen aber auch, dass Verbraucherschutz nicht nur eine staatliche Landesaufgabe ist, sondern auch eine kommunale Aufgabe, weil sie den Bürger vor Ort betrifft. Nach wie vor haben wir eine völlig unterschiedliche Situation in der Bereitschaft der Kommunen. Ich appelliere deshalb an dieser Stelle besonders an die Kommunen, die bisher keinen Beitrag zur Finanzierung leisten, sich dies zu überlegen. Dies betrifft - und das möchte ich hier noch einmal konkret ansprechen - in besonderer Weise die Landeshauptstadt Erfurt. Ich bitte - und ich weiß, hier sind einige Stadtratsmitglieder dabei -, sich dieses Anliegens anzunehmen.

Drittens möchte ich auf unseren Änderungsantrag zur Finanzierung der Entlastung von Kinderwunscha paaren eingehen. Meine Fraktion möchte, dass die vielen Chancen für mehr Wunsch Kinder nicht länger ungenutzt bleiben wegen der hohen finanziellen Belastung für Ehepaare. Wir wollen, dass Kinderwunscha paare nachhaltig durch die Gesellschaft unterstützt und finanziell entlastet werden. Mit 200.000 € soll das Land Familien, die eine Kinderwunschbehandlung vornehmen, unterstützen. Der Bund hat die Förderzusage seit geraumer Zeit getroffen. Das Land wird sich bei der dritten Behandlung mit 25 Prozent beteiligen. Sie wissen, wir hatten dieses Anliegen bereits im vergangenen Haushalt berücksichtigt, eine Realisierung war leider

nicht erfolgt. Einer Pressemeldung von dpa vom 16. Januar konnte ich entnehmen, dass Mecklenburg-Vorpommern inzwischen als das vierte Bundesland sich bei der Kinderwunschbehandlung beteiligt und finanzielle Entlastung zusagt. Dankbar bin ich auch unserer Sozialministerin, die sich vorgestern in der TLZ ebenso geäußert hat und die Kinderwunschbehandlung unterstützen will. Sie wissen, wir haben diesen gemeinsamen Antrag eingereicht und wollen dies auch damit sichern.

(Beifall CDU)

Jetzt gehe ich noch einmal auf die Frage der Refinanzierung ein. Sie wissen, die Refinanzierung für einige Haushaltstitel erfolgt, wenn möglich, aus dem Landeserziehungsgeld. Sie wissen, wie ein Haushalt entsteht? Mitte des Jahres wird der Haushaltstitel veranschlagt. Doch wir haben gesehen, dass bereits im vergangenen Jahr 2012 dieser Titel nicht abgeflossen ist, so dass wir dies hier als möglich ansehen. Es geht uns also nicht um eine Abschaffung oder Reduzierung, sondern um eine reelle Ausschöpfung und eine Anpassung. In diesem Sinne wollen wir das Thema verstehen und in diesem Sinne möchte ich auch darauf noch einmal eingehen.

Zum Schluss einige Anmerkungen zur Sportförderung: Eine kontinuierliche Sicherung der Finanzierung des Landessportbundes in der LIGA wurde bereits mit der Änderung des Glücksspielgesetzes ermöglicht. Darüber hinaus wollen wir erstens den Zuschuss für die Landes- und Stützpunkttrainer um 50.000 € bzw. 100.000 €

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Gumprecht, CDU:

anheben und zweitens die Kommune für Sportstätten um 2 Mio. € erhöhen. In diesem Sinne wollen wir Akzente setzen und stimmen dem Haushalt zu. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Gumprecht. Es spricht jetzt Abgeordneter Marian Koppe für die FDP-Fraktion.

Abgeordneter Koppe, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst einmal - das gebietet die Höflichkeit - danke ich der Ministerin, natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des TMFSG, dass Sie - das ist der Grund des Dankes - ausführ-

(Abg. Koppe)

lich für unsere Fragen im Haushalts- und Finanzausschuss zur Verfügung standen. Allerdings - und das richtet sich jetzt wieder ausschließlich an die Hausleitung - sind doch eine ganze Reihe von Fragen unbeantwortet geblieben.

(Beifall FDP)

Sparen heißt, Geld, das man hat, nicht auszugeben. Bei dem uns hier vorgelegten Haushalt geht es aber darum, Geld, das wir nicht haben, nicht auszugeben. Ich darf Ihnen dies vielleicht einmal aus der Sprache der Mengenlehre erklären, vielleicht verstehen wir es ja. Wenn ich eine Kasse habe, in der 100 € sind und ich nehme 300 € raus, dann muss ich wieder 200 € rein tun, nur damit am Ende auch nichts drin ist.

(Beifall FDP)

Dass dieses grundlegende finanzpolitische Prinzip nicht verstanden wurde, zeigt aus unserer Sicht dieser Einzelplan deutlich. Finanzpolitik ist die Auseinandersetzung zwischen jenen Leuten, Frau Taubert, die 1 € haben und 2 € ausgeben wollen oder jenen anderen, die wissen, dass das vernünftigerweise nicht geht.

(Beifall FDP)

Strukturelles Sparen ist aber kein Selbstzweck,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das müssen Sie aber zitieren. Das war jetzt ein Plagiat.)

sondern dient der Erhaltung politischer Steuerungsfähigkeit für unsere Kinder, die den sozialen Standard unserer Generation so wohl kaum noch erleben werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kritik an anderen hat aber noch lange nicht die eigene Leistung erspart. Daher haben wir als FDP-Fraktion auch insgesamt 200 - aus unserer Sicht, Frau Taubert - substanzielle Änderungsvorschläge im Haushalt 08 vorgelegt.

(Beifall FDP)

Alle zeigen, dass Sparen möglich ist und dass man nur den Mut dazu haben muss, tatsächlich dringende Probleme zu priorisieren. Das heißt, dort Dinge zu verändern, wo es Doppelstrukturen gibt, wo einfach die sozialpolitischen Ziele nicht erreicht worden sind. Sparen beginnt aus unserer Sicht auch mit Aufgabenkritik, Frau Ministerin.

(Beifall FDP)

Nehmen wir doch einmal am Anfang die Familienpolitik. Wir haben gemeinsam als Opposition nach langem Kampf endlich die Rückführung der Mittel der Stiftung FamilienSinn erreicht.

(Beifall FDP)

Ich erinnere noch einmal daran, wer das Argument 2010 in die Debatte eingebracht hat

(Zwischenruf Abg. Jung, DIE LINKE: Nein, jetzt ist es gut.)

- Moment, Moment, Frau Jung, es geht um ein Argument, zuhören und dann entscheiden. Also wer das Argument 2010 in die Debatte eingebracht hat,

(Zwischenruf Abg. Jung, DIE LINKE: 2005.)

dass eine Stiftung, die mit Schulden finanziert wird und dann weniger erwirtschaftet, als die Tilgungszinsen kosten, mittlerweile Geldverbrennen in Reinkultur ist.

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Das darf sie gar nicht.)

(Beifall FDP)

Aber diese Stiftung, die sich seit über einem Jahr in einem teuren Selbstfindungstrip befindet, kostet uns immer noch, sowohl 2013 als auch 2014, rund 1,8 Mio. €.

(Zwischenruf Abg. Jung, DIE LINKE: Das ist so ein Schwachsinn.)

Ich frage Sie ganz ehrlich, welche Ergebnisse für Familien denn hiermit erzielt werden. Da werden munter weitere Konzepte anderer etablierter Vereine kopiert wie beispielsweise eine Weihnachtsbaumaktion. Es werden Broschüren erstellt, die sich um die, ich zitiere, „Überschuldungsprävention von Familien“ kümmert, obwohl Broschüren und Beratungen mit gleichem Inhalt bereits von den Verbraucherschutzzentralen angeboten werden.

(Beifall FDP)

Herr Gumprecht weiß bestimmt, worüber ich rede. Wenn der Sinn des Ganzen ist, Konzepte von Hilfsleistungen zu kopieren und lediglich das Wort „Familie“ einzufügen, wird diese Stiftung weiterhin unseren Widerstand hervorrufen.

(Beifall FDP)

Aber machen wir weiter in Sachen Familienpolitik. Da taucht plötzlich der Generationsbeauftragte auf und veranstaltet eine Fachtagung zum Thema, ich zitiere erneut, „Familienpatenschaften in Thüringen - ein Beitrag zur allgemeinen Förderung der Erziehung der Familie“. Ja, was soll das denn? Wir haben eine Familienstiftung, wir haben eine Elternakademie, wir haben ein ganzes Referat Familienpolitik im Ministerium, wir haben einen Generationsbeauftragten und wir haben die Ministerin. Weiß denn überhaupt noch jeder, wer hier im Freistaat für was zuständig ist?

(Beifall FDP)

Weiß denn auch der Betroffene überhaupt noch, an wen er sich wenden kann? Muss es nicht unser Bestreben gemeinsam sein, zu streiten, welches Kon-

(Abg. Koppe)

zept das beste ist, und nicht, wer das meiste Geld entsprechend der Leistungen zur Verfügung stellt. Das Ergebnis für den Betroffenen ist wichtig und nicht die Struktur.

(Beifall FDP)

Diese Kritik lässt sich fortsetzen. Das Landeserziehungsgeld betreffend würde es also jetzt schon fast - ja, ich nenne es einmal - putzig. Sie haben seit Jahr und Tag in diesem Plenum aus Koalitionsgründen, das verstehe ich ja noch, das Landeserziehungsgeld verteidigt. Mit einem Lächeln haben Sie und der Kollege Mohring der Opposition verkündet: Sie können ja machen, was Sie wollen, das Landeserziehungsgeld bleibt.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Mit Sicherheit.)

Und nun lösen Sie das Erziehungsgeld langsam auf, weil auch anderes überhaupt keinen Sinn macht, und das Schritt für Schritt. Sie stecken allerdings das Geld, das weniger abgerufen wird, nicht in die Schuldentilgung, sondern verteilen es im Haushalt munter weiter. Wenn Sie wenigstens den Mut hätten zu sagen, der Bund zahlt das Betreuungsgeld und wir brauchen kein eigenes Programm mehr,

(Beifall FDP)

könnten Sie diese Mittel in die Schuldentilgung stecken und durch die Ersparnisse Freiräume schaffen, finanzielle Freiräume schaffen, die auch Ihrem Ministerium und den Sozialleistungen zugute kämen.

Aber machen wir weiter. Da wird plötzlich die Förderung der Niederlassung von Landärzten als Maßnahme wiederentdeckt - gab es schon einmal, ist auch okay so und im Grunde ist es auch richtig und wichtig. Aber welche Mittel investieren Sie dann zum Schluss? Maximal 300.000 € dieses Jahr und 600.000 € im Jahr 2014, aber natürlich nur, wenn diese Mittel im Haushaltstitel Maßregelvollzug eingespart werden. Ich kann Ihnen versprechen, wir werden dies genau beobachten.

(Beifall FDP)

Dieser Aufwand ist riesig, der Ertrag viel zu gering, zumal es Alternativen gibt, die sie auch in unserem Konzept „Drei-Säulen-Modell“ nachlesen können, und zwar die Kreditanstalt für Wiederaufbau, ganz konkret gibt es die Programme 147, 148 und 208. Aber sei es drum, hier stimmt ja wenigstens noch die Richtung. Den Vogel in dieser Debatte schießen allerdings die GRÜNEN ab, die genau bei diesem Thema zu dem geringen Betrag auch noch 40.000 € streichen wollen.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist vorbei.

Abgeordneter Koppe, FDP:

Das ist gut. Nur einen Satz noch.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, DIE LINKE: Das ist auch besser so!)

Präsidentin Diezel:

Einen.

Abgeordneter Koppe, FDP:

Genau, einen Satz, mit einem Komma. Frau Ministerin, ich will Ihnen ja nicht den guten Willen absprechen, aber aus den genannten Gründen ist dieser Haushalt aus unserer Sicht nicht zustimmungsfähig. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächster spricht Abgeordneter Eckardt aus der SPD-Fraktion.

Abgeordneter Eckardt, SPD:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt des Thüringer Sozialministeriums hat in der Zeit seit 2009 in hohem Maße zur Haushaltskonsolidierung des Landes beigetragen.

(Beifall SPD)

Die Ausgaben sind von 462 Mio. € als Ist des Jahres 2008 auf 355 Mio. € im Jahr 2012 zurückgegangen. Nach dem Planentwurf von 2014 werden die Ausgaben 94 Mio. € unter den Ist-Ausgaben des Jahres 2010 liegen. Dies bedeutet eine Reduzierung von 20 Prozent. Kein anderes Ressort hat so hohe Einsparungen geliefert. Der Zuschussbedarf der Jahre 2013 und 2014 wird um 112 Mio. € bzw. 108 Mio. € niedriger sein als der des Jahres 2010. Auch dies ist im Vergleich mit den anderen Ressorts die größte Reduzierung, trotzdem werden Kürzungen in den Strukturen vor Ort vermieden.

Mit Blick auf diese Sparbemühungen war ich im Wesentlichen zufrieden, den Einzelplan 08 in der Form zu sehen, in der er uns nun hier vorliegt. Ein besonderer Erfolg sind die veranschlagten Mittel für die Schulsozialarbeit von 3 Mio. € in diesem bzw. 10 Mio. € für das nächste Jahr. Diese Mittel zu bekommen, war ein zähes Ringen mit dem Finanzminister. Frau Ministerin, meinen Dank an dieser Stelle,

(Beifall SPD)

dass Sie sich hier durchgesetzt haben und diese Mittel in den Haushalt einstellen konnten. Nun werden wir dieses Programm mit Leben füllen und die

(Abg. Eckardt)

Schulsozialarbeit in Thüringen auf feste Füße stellen

(Beifall DIE LINKE, SPD)

und das nicht nur in den großen Städten, sondern auch in den Kreisen, in denen bisher leider zumindest nur wenige Schulsozialarbeiter für eine große Zahl von Schülern verantwortlich sind.

Trotz der positiven Aspekte des Haushaltsentwurfs der Landesregierung hatten wir natürlich als Fraktion noch Änderungswünsche und haben uns damit teilweise auch gegen unseren Koalitionspartner in weiten Teilen durchgesetzt. In den Beratungsstrukturen vor Ort, bei der Schwangerenberatung, der AIDS-Hilfe, der Familien- und Erziehungshilfe werden wir nach Jahren der Stagnation eine 5-prozentige Steigerung der Zuweisungen in den Haushalt einstellen. Auch beim Landesfrauenrat, den Frauenzentren und Frauenhäusern wird es 5 Prozent mehr geben. Der Hospiz- und Palliativverband wird 5 Prozent mehr Zuweisungen bekommen, ebenso die Jugendberufshilfe und die Verbraucherinsolvenzberatungsstellen. Die genannten Steigerungen der Haushaltsansätze werden aus Einsparungen beim Landeserziehungsgeld gedeckt, und da es beim Landeserziehungsgeld freie Mittel geben wird, werden wir die Steigerung auch tatsächlich hinbekommen. Sie sehen also, wir werden die Beratungs- und Hilfestrukturen vor Ort stärken. Wir werden diese Strukturen festigen und den Menschen, die Hilfe benötigen, die notwendigen Anlaufstellen bieten. Natürlich werden wir damit auch die gute Arbeit der Beratungsstellen würdigen, besonders nachdem hier leider in den vergangenen Jahren kaum Zuwächse möglich waren. Auf der Grundlage des Seniorenmitwirkungsgesetzes soll außerdem ein Seniorenbericht erstellt werden, für den wir zusätzlich Gelder in einem Änderungsantrag eingestellt haben.

Auch im Sport wird es zusätzliche Mittel geben, bei den Landes- und Stützpunktrainern im Nachwuchsbereich, ebenso bei den Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Anlagen im Breiten- und Spitzensport. Thüringen ist ein Land mit Sportlern, die sich international messen können und es soll auch so bleiben.

(Beifall SPD)

Natürlich würden wir uns höhere Steigerungen und weitere Programme wünschen, doch sind die genannten Ergänzungen durchaus Erfolge, auf die wir stolz sein können, und das Mehr, was nicht ist, kann ja noch werden.

Meine Damen und Herren, es ist kein Geheimnis, dass wir das Landeserziehungsgeld, welches Deckungsquelle unserer meisten Anträge ist, am liebsten komplett abschaffen würden,

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Dann machen Sie es doch!)

denn es setzt falsche Anreize. Es hält gerade die Kinder, die von dem Besuch einer Kita profitieren, eher aus diesen Einrichtungen fern und es hält Frauen, vor allem Geringverdienerinnen, vom Wiedereinstieg ins Berufsleben ab mit allen negativen Folgen, die damit einhergehen. Es ist auch kein Geheimnis, dass wir dann die Gelder aus dem Landeserziehungsgeld nicht in das Sparschwein von Finanzminister Voß werfen würden, sondern im Bereich des Sozialministeriums halten und von dort aus in den Aufbau familienpolitischer Angebote und Strukturen investieren würden. Wir sind überzeugt, dass wir die Gelder, die wir heute für das Landeserziehungsgeld ausgeben, besser einsetzen können und müssen, z.B. in Form einer Familienpauschale. Wir sollten damit die Kommunen bei der Schaffung familienfreundlicher Strukturen und einer bedarfsgerechten Infrastruktur unterstützen. Angebote für Kinder und Jugendliche könnten so ausgebaut werden und die Gelder könnten Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen zugutekommen. Wir werden deshalb bei diesem Thema harträchtig bleiben. Nach der Bundestagswahl werden die Karten neu gemischt und wir werden über manche Dinge reden müssen und wohl auch reden können. Dazu brauchen wir Ihre Hilfe nicht, Herr Bärwolff, wir werden hier hart bleiben.

Zu den Änderungsanträgen der Opposition möchte ich mich nur kurz äußern. Die GRÜNEN und die LINKEN haben die Anträge gebracht, die aufgrund ihrer parlamentarischen Initiative zu erwarten waren. Das ist verständlich, nachvollziehbar und stringent, aber eben leider nicht umsetzbar und größtenteils nicht finanzierbar.

(Zwischenruf Abg. Stange, DIE LINKE: So ein Quatsch.)

(Zwischenruf Abg. Bärwolff, DIE LINKE: Haben Sie uns denn nicht zugehört?)

Die Anträge der FDP hingegen wirken jedoch willkürlich, kleinlich und uninspiriert. Die Ausgaben und Einnahmen werden jeweils zumeist an das Ist des Jahres 2011 angeglichen und die so eingesparten oder mehr eingenommenen Gelder sollen der Schuldentilgung dienen. Das nennt die FDP dann Haushaltskonsolidierung. Das mag der Logik der FDP-Politik entsprechen, aber im Haushalt lässt sich nicht alles einfach auf das Jahr 2011 zurückdrehen. Dass im Einzelplan im Vergleich zum Ist der Jahre 2010 und 2011 enorme Einsparungen gemacht wurden, habe ich bereits am Anfang meiner Rede deutlich gemacht. Die FDP bekommt also für ihre zahlreichen, aber immer gleichen Änderungsanträge bestenfalls Fleißpunkte. Denn abgesehen von einem fast schon manischen Sparzwang wird in den Anträgen keine sozialpolitische Linie,

(Abg. Eckardt)

keine Idee, keine sozialpolitische Kompetenz sichtbar.

(Beifall SPD)

Wo Sie diese Ideenlosigkeit und Konzentration auf ein einziges Thema hingebracht hat, hat man am Sonntag deutlich sehen können. Danken Sie den CDU-Wählern, die mit ihren Stimmen Transfusion in das Überleben der FDP im Niedersächsischen Landtag gebracht haben. Ich bin davon überzeugt, mit dem Wissen von heute würden sich viele Wählerinnen und Wähler anders entscheiden. Die SPD hingegen verfügt über eine sozialpolitische Linie und vor allem über Ideen und sozialpolitische Kompetenz. Für den Bereich des Einzelplans 08 habe ich dies aufgezeigt und ich freue mich darauf, den Haushalt mit Leben gefüllt zu sehen. Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Abgeordnete Siegesmund.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, was ist gute Sozialpolitik? Fünf Fraktionen - fünf Antworten, die grüne Antwort lautet: Sie ist vor allen Dingen eins, eine Politik der Gerechtigkeit und nichts ist so wichtig wie eine Politik, die gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Mittelpunkt stellt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es wichtig, dass wir wahrnehmen, dass die soziale Schere in unserer Gesellschaft immer weiter auseinandergeht, dass wir eine ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen haben und vor allem - ich glaube, das haben wir als GRÜNE gezeigt -, dass uns das sehr wichtig ist, dass in keinem anderen Industrieland vergleichsweise in Europa die Durchlässigkeit in der Gesellschaft so gering ausgeprägt ist wie in der Bundesrepublik. Wir leben immer noch in einer Gesellschaft, in der Herkunft Talent schlägt. Daran muss gute Sozialpolitik arbeiten, das muss gute Sozialpolitik umkehren, gemeinsam mit anderen Bereichen, Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik und so weiter. Ich stelle es deswegen auch ganz bewusst voran: Mich gruselte gerade bei der Vorstellung der sozialen Kälte, die die FDP hier verbreitet hat.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Sozialetat steht, das hat Herr Eckardt gerade deutlich gemacht, auch unter dem Zwang der Konsolidierung. Natürlich hat das Ministerium alle seine

Hausaufgaben gemacht an dieser Stelle, um den Anforderungen gerecht zu werden. Die Gründe, warum wir unter diesem Konsolidierungsdruck stehen, sind Ihnen allen bekannt, das sind 22 Jahre verfehlte Haushaltspolitik, insbesondere der CDU.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das geht auch am Sozialetat nicht vorbei.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Sie begreifen es nie.)

Das interne Problem, das es im Sozialetat unter anderem jetzt gibt, ist, dass auf der einen Seite die Ausgaben um 9 Prozent steigen, während auf der anderen Seite die Einnahmen aber nur um 6,6 Prozent steigen. Das ist eine interne Geschichte, die man sich sehr genau ansehen muss, wo man sich überlegen muss, was heißt das eigentlich auch für Planbarkeit. Darauf will ich mich auch in der kurzen Zeit, die mir zur Verfügung steht, konzentrieren. Das eigentliche Problem dieser Landesregierung ist jedoch, dass es wirklich ein Gesamtkonzept vermissen lässt im Sozialbereich, weil nun mal Rot und Schwarz insbesondere in der Sozialpolitik überhaupt nicht an einem Strang ziehen können, weil es gemeinsam überhaupt nicht geht. Es gibt kein tragendes Gesamtkonzept, es gibt an vielen Stellen nur Stückwerk. Und ein Beispiel, warum eben Rot und Schwarz an dieser Stelle überhaupt nicht zusammen agieren können, ist die große parlamentarische Initiative, die die CDU-Fraktion in den vergangenen Jahren hier zum Thema Familienpolitik hat durchblicken lassen, nämlich die Frage der Kinderwunschbehandlung. Das ist das Einzige, womit Sie aufgefallen sind in den letzten zweieinhalb bis drei Jahren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist so dünn, das ist noch dünner als Blümchenkaffee und auch genauso sehr von gestern, und das haben Sie auch heute hier wieder gezeigt. Wenn Sie vor allen Dingen beim Thema Kinderwunschbehandlung so konsequent wären, um zu sagen, es geht uns nicht nur um die Kinderwunschbehandlung und Förderung von Familie bei heterosexuellen Paaren, sondern auch bei homosexuellen Paaren, dann wären wir sogar noch dabei und würden das gern intensiv mit Ihnen diskutieren.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Was soll das für ein Quatsch sein?)

Leider geht es aber an der Stelle auch nicht so weit, dass Sie da konsequent sind. Deswegen sage ich Ihnen, dass insbesondere in diesem Bereich Sie überhaupt nicht punkten können. Und, Herr Gumprecht, dieses ewige Mantra von der Wahlfreiheit beim Thema „Landeserziehungsgeld“ oder bei dem Gerechtigkeitsaspekt finde ich sehr wenig. Das kann keiner mehr hören.

(Abg. Siegesmund)

Jetzt haben wir die Situation, dass im Sozialetat das Thüringer Erziehungsgeld quasi als Sparschwein benutzt wird, Herr Bärwolff hat das lobend erwähnt, man könnte das auch mal umdrehen und könnte sagen, hier ist so ein kleiner verdeckter Schattenhaushalt, der eben keine Sicherheit schafft für viele Bereiche, die aber sicher mit Geld auch rechnen müssen. Sie alle wissen, hier im Haus halten vier von fünf Fraktionen das Thüringer Landeserziehungsgeld für überflüssig.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt also eine klare politische Mehrheit. Das Geld, was eigentlich in unseren Anträgen, in den Anträgen der LINKEN und an dieser Stelle, zumindest haben Sie es gegengerechnet, auch den Anträgen der FDP, in andere Mittel fließen könnte, könnte man eigentlich bereitstellen, auch in Ihrem Entwurf der Landesregierung, wenn Sie so konsequent wären zu sagen, wir schaffen das ab. Weil Sie, streng genommen leere Versprechungen machen. Sie preisen leere Versprechungen ein, indem Sie etwas, was eigentlich unter einem anderen Titel läuft, einpreisen und damit eben nicht sicherstellen, dass das Geld auch da ankommt, wo es hingehört. Und dann kommt noch dazu, dass Sie den überwiegenden Teil aus Mitteln, die beim Landeserziehungsgeld nicht ausgegeben werden sollen, im Rahmen für Erstattungen, für Privatisierung, nämlich 400.000 €, oder für Investitionszuweisungen an Gemeinden für Sportanlagen 700.000 € refinanzieren wollen. Das gilt zumindest für das Jahr 2013 für Einsparungen und für das Jahr 2014 ist es ähnlich. Da sehe ich an der Stelle keine Konsequenz. Wir als GRÜNE haben uns sehr genau überlegt, wie gehen wir da ran, wo investieren wir Mittel unter dem Eindruck, und das sage ich auch ganz bewusst, einer guten Sozialpolitik, aber eben auch einer stringenten, die nicht nur bis morgen denkt.

Deswegen haben wir zahlreiche Änderungsvorschläge gemacht, wie das Landeserziehungsgeld sinnvoll reinvestiert werden kann. Sie kennen unseren Gesetzentwurf zur Abschaffung des Landeserziehungsgeldes. Deswegen stärken wir bewusst den Verbraucherschutz. Wir geben bewusst Mittel für sinnvolle Familienförderung aus, insbesondere auch an der Schnittstelle zum Arbeitsmarkt. Wir stärken die Schwangerschaftsberatung, ein Teil des Geldes soll den Kitas zugute kommen. Außerdem wollen wir Familienhebammen fördern. Das sind alle Anträge, die wir gestellt haben. Ebenso wollen wir das Ehrenamt fördern und eben auch in Härtefällen behinderten Menschen zusätzliche finanzielle Unterstützung ermöglichen. Außerdem das dritte Ausbildungsjahr für die Pflege finanzieren, weil wir sehr wohl wissen, die Bundesregierung hat einen entsprechenden Beschluss getroffen, das Gesetz ist aber nicht da, das heißt, alle, die im Jahr 2013 im dritten Ausbildungsjahr sind, haben nach wie vor

keine Finanzierung. Wir finden, dass das unserem Land gut zu Gesicht stünde, hier einzuspringen.

Jetzt will ich zu Herrn Bärwolff kommen: Warum haben wir die 3 Mio. € bei der Schulsozialarbeit gekürzt? Das erkläre ich Ihnen gern. Weil Sie für das Jahr 2013 mit den 3 Mio. € alles in allem 13 Mio. € zur Verfügung haben, im Jahr 2014 sind es aber nur 10 Mio. €. Jetzt frage ich Sie: Wie wollen Sie denn kontinuierlich gute Schulsozialarbeit machen und entsprechend Stellen schaffen und entsprechend auch gute Leute finden, die das nachhaltig machen, wenn Sie ständig mit den Summen hin und her agieren und jonglieren und sich nicht darauf verlassen können, welche Stellen Sie schaffen wollen und welche nicht? Deswegen sagen wir bewusst, im Zweifel nehmen wir Geld und investieren lieber gute Schulsozialarbeit über das Jahr 2014 hinaus. Diese 3 Mio. € kann man in eine Rücklage stecken, um 2015 auch wieder auf gute 10 Mio. € zu kommen, und dann ist für alle etwas getan. So stellen wir uns jedenfalls eine nachhaltige Förderung vor. Wir denken eben nicht nur bis morgen. Vielen Dank.

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Frau Abgeordnete. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen der Abgeordneten. Die Landesregierung hat das Wort, Frau Ministerin Taubert, bitte.

Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich denke, die bereits vorgetragene Zahlen zum Etat des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit zeigen, dass uns der Spruch „Die Herkunft unserer Mittel zwingt uns zu äußerster Sparsamkeit“, Herr Koppe, durchaus sehr bewusst ist. 100 Mio. € gespart, wer hat das schon gemacht. Ich möchte nicht auf die grundsätzlichen Dinge eingehen, weil sie schon besprochen wurden, ich will ein wenig ergänzen. Wir haben zum Beispiel auch gerade für Menschen mit Behinderung 1,5 Mio. € eingestellt für Fahrgeldausfälle im Nahverkehr. Ich denke, das ist eine wichtige Thematik, gerade weil wir auch ältere Menschen haben, die von Schwerbehinderungen betroffen sind und die an der Stelle entlastet werden können müssen.

Ich möchte auf einen Punkt hinweisen, der heute noch nicht angesprochen wurde, aber der uns jetzt zwei Jahre beschäftigt hat und der, wie ich finde, uns als Gesellschaft auch sehr wichtig sein muss, nämlich unseren Entschädigungsfonds für Hilfen für ehemalige Heimkinder der DDR. Sie erinnern sich, dass wir analog zum Heimkinderfonds West, abgekürzt, der auf Petitionen beruhte, von den Klagen von ehemaligen Heimkindern, die auch in West-

(Ministerin Taubert)

deutschland Repressalien erlebt haben, wir haben das aufgearbeitet. Ich habe mit der Ministerpräsidentin gemeinsam an der Stelle einen Beirat ins Leben gerufen, der sehr intensiv mit den Betroffenen auch gesprochen hat, der intensiv mit dem Bund, mit dem runden Tisch des Bundes Verbindung hatte. Wir haben es erreicht, aus Thüringer Quellen darzustellen auch bundespolitisch in diesem Abschlussbericht des runden Tisches, welche Repressalien Heimkinder in der ehemaligen DDR erlitten haben. Dieses Geld in Höhe von 1,2 Mio. € für den Doppelhaushalt haben wir sichern können. Damit ist auch sicher, dass wir zumindest partiell neben der gesellschaftlichen Entschuldigung, die eine Seite ist, auch konkrete Hilfen anbieten können, auch wenn wir wissen, dass das ein Tropfen auf den heißen Stein nur rückwirkend sein kann.

Wir haben 900.000 € mehr jährlich für unser Landesprogramm „Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“, also für unser Landesprogramm, das sich vorwiegend gegen den Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Auch das ist ganz wichtig, weil wir in einem größeren Bereich auch die Bildung anbieten wollen. Wir wissen aus dem Thüringen-Monitor sehr genau, dass Einstellungen, die zumindest latent rassistisch sind, in der Bevölkerung weit verbreitet sind und überhaupt nicht so abschmelzen, wie wir uns das vorstellen. Dagegen hilft nur Aufklärung.

Und - auch das ist, denke ich, nicht ganz unwichtig - auch das Landesblindengeldgesetz, die Leistungen danach werden um 500.000 € erhöht, also da eine höhere Inanspruchnahme.

Meine Damen und Herren, es sind eine Reihe von Themen angesprochen worden. Ich will zum einen zum Maßregelvollzug etwas sagen - Herr Bärwolff hat es angesprochen, nein, Herr Koppe hatte es angesprochen.

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP: Ja.)

Er beobachtet mich, er hat ja jetzt auch die beste Position hinter mir. Wir sind an der Stelle - aber Herr Bärwolff hat es auch angesprochen - in einer Situation, da können wir nicht einfach aussteigen. Wir haben Verträge, die zum Teil 10 und auch 20 Jahre in einem Fall reichen, das heißt, wir müssen jetzt vertragstreu sein. Das Gutachten, das wir Ihnen zur Verfügung gestellt haben, sagt deutlich, wir haben keinen Anlass, auch wenn wir Veränderungen vornehmen müssen in der Frage der Absicherung, auch wenn Grundrechtseingriffe im Maßregelvollzug nochmals vollzogen werden müssen. Wir haben keinen Kündigungsgrund an der Stelle. Deswegen müssen wir auch mit dieser Situation so umgehen momentan. Ich denke, die drei Kliniken - das will ich noch mal betonen - leisten eine gute Arbeit. Das hat also nichts mit dem Personal zu tun, wenn man über die Frage einer Reverstaatlichung redet, das will ich deutlich sagen, sondern es ist

eher eine grundsätzliche Frage. Wir werden jetzt versuchen, an der Stelle dem Bundesverfassungsgericht da auch gerecht zu werden und eine Regelung auf den Weg zu bringen, die allen, vor allen Dingen den Betroffenen und deren Angehörigen, gerecht wird. Was wir an der Stelle sparen können, das werden wir sehen. Es ist auch schön, wenn die KfW Mittel einsetzt. Herr Koppe, das ist aller Ehren wert. Jeder darf alles nutzen. Wir wollen es mit zu einem Stück unterstützen mit zinsverbilligten Möglichkeiten der Kreditierung. Ich denke, auch das ist für Thüringen wichtig.

Ich will auch darauf verweisen, dass wir aufgestockt haben - da ein herzlicher Dank an die beiden Koalitionsfraktionen. Das ist nicht so ganz einfach. Auch da kann ich versichern, dass wir natürlich vorher gerechnet haben, bevor wir gesagt haben, beim Landeserziehungsgeld werden die Mittel in der Form nicht abgerufen. Wir haben bereits im vergangenen Jahr eine Reduzierung gehabt. Das lag nicht nur daran, dass wir 2010/2011 noch gewisse Kinder quasi doppelt in unterschiedlichen Altersgruppen fördern mussten, sondern das liegt auch daran, dass Kindertagesstätten in Anspruch genommen werden. Das ist, glaube ich, die positive Meldung daraus. Ich möchte auch noch einmal was zur Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft sagen. Das war die Opposition, die uns dankenswerterweise darauf aufmerksam gemacht hat - Frau Stange, nochmals herzlichen Dank. Wir haben damals im Ausschuss zunächst mal gesagt, wir können es nicht finanzieren, weil wir gegebenenfalls hätten Stellen schaffen müssen; die können wir nicht bekommen. Ich denke, jetzt ist mit der Zuweisung an den Beauftragten für das Zusammenleben der Generationen eine, wie ich finde, gute Lösung getroffen worden. Wir können das umsetzen. Auch da bin ich den beiden Fraktionen dankbar, dass sie daneben noch finanzielle Mittel eingestellt haben, so dass wir dort auf den Weg gehen können. Wir haben auch vor, das werden wir im nächsten Kabinett besprechen, dass Thüringen auch dieser Offensive beitrifft. Also herzlichen Dank auch noch mal an die Anregungsgeber.

Meine Damen, meine Herren, ich möchte nochmals auf die Schulsozialarbeit eingehen. Frau Siegemund, natürlich wollen wir genauso wie Sie eine verlässliche Finanzierung der Schulsozialarbeit über die nächsten Jahre. Das ist auch im Übrigen die größte Sorge, die die kommunalen Spitzenverbände an uns im persönlichen Gespräch herangebracht haben, nämlich: Wie geht es langfristig weiter? Das war auch der Grund, warum eine ganze Reihe von Kreisen vor allen Dingen, nicht so die kreisfreien Städte, gesagt haben, wir gehen da nur ganz sparsam heran an Schulsozialarbeit, auch im Rahmen der Erstattung der KdU. Deswegen haben wir auch Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht. Ich bin mir sicher, dass wir an irgendeiner

(Ministerin Taubert)

Stelle auch zukünftig Einfluss haben werden, der dazu reicht, Schulsozialarbeit verlässlich zu finanzieren.

Ich will auch noch mal darauf eingehen, was gesagt wurde von Herrn Koppe. Ich will es mal so beschreiben, ich will auch freundlich sein. Ich denke mal, das war „Marians kleine Welt“.

(Beifall DIE LINKE)

Anders kann ich es nicht beschreiben. Ich könnte es auch bissig sagen, aber das möchte ich heute Morgen nicht tun. Herr Koppe ist ja der, der uns zum Sparen aufgerufen hat, allerdings hat er vergessen - Sie haben vom Drei-Säulen-Modell gesprochen -, Sie wollen am Ende den ambulanten Bereich zwangsweise verstaatlichen. Herr Koppe, das sind Ihre Forderungen. Ich weiß nicht, ob Sie sich dessen so bewusst sind. Sie haben schon mal den Vorschlag gemacht, so ähnlich wie bei der Bundeswehr, da gibt es auch angestellte Ärztinnen und Ärzte. Das ist Herrn Koppes Rezept für den Ärztemangel im ländlichen Raum. Die Kommune muss notfalls erhalten und das ist eindeutig Verstaatlichung des Gesundheitswesens im ambulanten Bereich. Ich denke, das sollten Sie auch stolz vor sich hertragen, Herr Koppe. Das wäre mal eine neue Idee für die Liberalen. Aber Spaß beiseite, mich ärgert natürlich, wir haben auch wieder Anträge drauf, die FDP ist im Bund nicht in der Lage mit ihrem Bundesgesundheitsminister, uns Erleichterung im Lande zu schaffen, gerade bei der Frage der Verteilung der Gelder aus dem Gesundheitsfonds. Da hätten Sie die Chance gehabt,

(Beifall DIE LINKE, SPD)

endlich mal etwas für Thüringen zu tun. Sie haben es nicht getan, weil Sie sich nicht die Mehrheiten besorgt haben im Bundestag. Das wäre eine solidarische Maßnahme gewesen, wir hätten unsere Ärzte im ländlichen Raum an der Grenze zu Bayern, an der Grenze zu Hessen zum Beispiel besser bezahlen können, genauso bezahlen können wie in anderen Bundesländern. Das haben Sie nicht getan. Hier sind zwei Reformpakete durchgegangen, wie man das so schön nennt, und nichts ist davon passiert. Ich denke, das spricht Ihnen einfach die Kompetenz ab, über solche Dinge zu reden. Sie haben nichts an der Stelle im Bund auf den Weg gebracht.

(Beifall SPD)

Das erzürnt mich schon, wenn Sie dann hier ankommen und sagen, das Land muss da mehr Geld einstellen. Entweder ich muss sparen, mache ich, dann darf ich mich aber auch nicht um Dinge kümmern, die der Bund regeln muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch etwas dazu sagen, was die GFAW angeht, weil da auch die Gespräche gekom-

men sind. Frau Siegesmund, Sie halten Großes auf den Landesrechnungshof, ich auch. Aber der Landesrechnungshof ist derjenige, der uns jährlich anmahnt, wir müssen unsere Prüfungen verstärken. Die verstärkten Prüfungen kosten Geld. Die würden im Haus Geld kosten, wenn wir das Personal zur Verfügung hätten, das ist mit der Abwicklung des Landessozialamts weg gewesen, es gibt keine Personalstellen dafür. Jetzt müssen wir natürlich bei der GFAW genau das Geld bezahlen, das für die Bescheiderstellung und für die Prüfung zur Verfügung stehen muss. Wir sind mehrfach gemahnt worden an bestimmten Stellen, dass wir das nicht leisten können, dass die GFAW das nicht mit dem Personal leisten kann. Deswegen sind diese 400.000 € für das eine Jahr zusätzlich eingestellt worden, wieder angehoben worden, weil wir sonst nicht über die Runden kommen.

Ich hätte mir gewünscht - das sage ich Ihnen ganz ehrlich - gerade bei den Beratungsstellen, die Sie ja auch alle im Haus hier kennen, dass wir mal ein Moratorium machen, das können wir machen, da widerspricht niemand. Wir machen bei 2005 den Schnitt, alles was davor war, können wir stichpunktartig prüfen, ich will auch da keinen Träger bevorzugen, darum geht es mir nicht, da kennen mich die meisten genau, aber ich möchte natürlich auch nicht, dass wir um Euro und Cent prüfen am Ende,

(Beifall DIE LINKE)

wir bekommen die Rüge, dass wir es nicht tun, und am Ende kommt für den Landeshaushalt außer Kosten nichts heraus. Das ist ganz schwierig, wir haben drei Jahre jetzt gesessen sowohl mit dem Landesrechnungshof als auch mit dem Finanzministerium, um diese Möglichkeit zu eröffnen. Das ist uns nicht in dem Maße gelungen, wie ich mir das gewünscht hätte, weil ich sage, wir müssen so viel Prüfung wie nötig machen. Und Träger, die 20 Jahre mit einem ähnlichen Budget mehrfach geprüft klarkommen, die verwenden ihr Geld in aller Regel nicht zweckentfremdet. Da, denke ich, können wir Erleichterung schaffen. Wir selbst im Ministerium werden jetzt eine Richtlinie nach der anderen versuchen zu vereinfachen, damit wir wenigstens für die Zukunft diese Prüfmodalitäten so gestalten, dass sie vereinfacht sind, dass sie nicht noch Aufwüchse im Landeshaushalt finanziell bringen. Ich denke, da sind wir auf einem guten Weg, aber da wünschte ich mir als jemand, der auch die kommunale Rechnungsprüfung ganz genau kennt, doch auch noch Erleichterung. Da ist zum Teil auch Erbsenzählerei dabei, das, denke ich, hilft uns an der Stelle nicht weiter.

Insgesamt haben wir einen runden Haushalt für die nächsten zwei Jahre. Auch ich bin natürlich froh, dass wir die Haushaltsverhandlungen so abschließen konnten, dass noch die Änderungsanträge kommen, dass wir auch bei den Trainern wieder

(Ministerin Taubert)

drauflegen konnten, so dass wir in Thüringen sagen können, wir sind gut aufgestellt, Sozialpolitik ist der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält, ich denke, wir haben den Kitt fest im Fenster, sage ich jetzt mal.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich sehe keine Wortmeldungen weiter. Damit schließe ich die Aussprache zum Einzelplan Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit.

Ich rufe auf den Einzelplan 09 - Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz.

Die vereinbarten Redezeiten für die Fraktionen betragen: CDU-Fraktion 14 Minuten, DIE LINKE 13 Minuten, SPD 11 Minuten, FDP 9 Minuten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 8 Minuten und für die Regierung sind 14 Minuten vorgesehen.

Als Erste, meine Damen und Herren, spricht Abgeordnete Scheringer-Wright von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, DIE LINKE steht für eine neue soziale Idee, deren Markenzeichen soziale Gerechtigkeit und der sozialökologische Umbau in allen Wirtschaftsbereichen sind.

(Beifall DIE LINKE)

Aus diesem Blickwinkel schauen wir uns alle Einzelpläne des Haushaltsentwurfs an, auch den Einzelplan 09 des Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz. Vieles ist im Einzelplan 09 ja in Zusammenarbeit mit der europäischen Ebene erarbeitet. Trotzdem gibt es einen erheblichen Gestaltungsraum. Doch lässt die Landesregierung zum Beispiel beim Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum ELER keine Schwerpunkt- und Prioritätensetzung erkennen. Man hat den Eindruck von Beliebigkeit. Gerade weil durch die anstehende Agrarreform in der EU die Mittel ab 2014 mit Sicherheit deutlich zurückgehen werden, wäre dringend eine Prioritätensetzung erforderlich.

Wenn man es mit der Forderung ernst nimmt, eine flächendeckende Landwirtschaft in Thüringen zu erhalten, das heißt, Landwirtschaft auch in klimatisch, topographisch, geologisch und infrastrukturell benachteiligten Gebieten zu erhalten, dann ist es grob fahrlässig, wenn im Haushaltsentwurf 2014 bei der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete eine Null eingestellt ist und das Kulturlandschaftspro-

gramm KULAP unterfinanziert ist. Denn es ist doch so: Gerade dort, wo die landwirtschaftlichen Betriebe mit ihren Mitarbeitern täglich ums Überleben kämpfen, weil die Bedingungen schwierig sind und sie trotzdem maßgeblich dazu beitragen, dass unsere schöne Kulturlandschaft mit Bergwiesen und Weiden erhalten bleibt, wird in diesem Haushalt das Signal gesetzt, dafür ist kein Geld gesichert. Wie ungerecht ist das denn?

Meine Damen und Herren, auch in Thüringen geht der Dauergrünlandanteil zurück. Das ist ein Problem, nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für den Tourismus, den Wasserschutz und den Klimaschutz. Deshalb tragen alle Maßnahmen zur Unterstützung der Haltung von Rindern, Schafen, Ziegen und Pferden zur Grünlanderhaltung bei. Die Haltung dieser Tierarten findet doch überwiegend in den benachteiligten Gebieten statt. Dass dem Landwirtschaftsminister die benachteiligten Gebiete in Thüringen offenbar egal sind, ist ein Armutszeugnis für seine Kompetenz und Weitsicht.

(Beifall DIE LINKE)

Da sind dann die Änderungsanträge der Regierungsfaktionen auch nicht konkret genug, auch wenn die Erhöhungen der Verpflichtungsermächtigungen im ELER und für KULAP nicht falsch sind. Aber gestern hat es, glaube ich, der Finanzminister gesagt: Eine Verpflichtungsermächtigung muss ich nicht ausschöpfen, da kann die Regierung machen, was sie will und deswegen ist das zu unkonkret.

Wir setzen da einen konkreten Schwerpunkt, unser Entschließungsantrag liegt vor. Die Ausgleichszulage für die Bauern in den benachteiligten Gebieten, der Erhalt der wertvollen Grünlandflächen muss festgeschrieben werden, auch wenn noch nicht klar ist, wie die neue Förderperiode wird, denn es gibt immer einen Gestaltungsspielraum in der Prioritätensetzung. Wir kritisieren im Einzelplan 09 auch den unreflektierten Personalabbau, denn die Landesregierung spart zunehmend an hoch qualifiziertem Fachpersonal, das trotzdem dringend gebraucht wird. Deswegen werden Studien und Gutachten von externen Fachleuten und Firmen teuer eingekauft. Wir halten dies für den falschen Weg. Dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier auch noch den Obersparer spielt, wie ein von ihnen vorliegender Antrag zeigt,

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So sind wir ...)

kann eigentlich nur mit den Koalitionsvisionen, wie sie gestern der Fraktionsvorsitzende Mike Mohring in den Farben seiner Krawatte schwarz-gelb-grün dargestellt hat,

(Zwischenruf Abg. Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie sehen aber auch alles.)

(Abg. Dr. Scheringer-Wright)

erklärt werden. Doch halt, ihr GRÜNEN seid auch widersprüchlich. Erst gibt es den Antrag, Personalabbau schärfer durchsetzen, und dann gibt es einen anderen Antrag, drei Umweltpädagogen einzustellen. Auch nicht schlecht, drei Umweltpädagogen einzustellen, aber das passt mit dem anderen Antrag nicht zusammen.

Meine Damen und Herren, ein ganz negativer Bereich in dem Haushaltsentwurf 09 sind die Sondervermögen. DIE LINKE hat dieses Instrument Sondervermögen immer kritisiert. Das ist ein Schattenhaushalt, ist intransparent, geht am Haushalt vorbei. Der Begriff Sondervermögen ist auch irreführend.

(Beifall DIE LINKE)

Bei Altlasten steht es mit über 50 Mio. € in roten Zahlen in der Haushaltsrechnung. Alle wissen, diese negative Summe wird sich angesichts der riesigen Aufgaben bei der Altlastensanierung weiter erhöhen. Übrigens der Rechnungshof teilt unsere kritische Sicht und gestern hat unser Finanzexperte Mike Huster ja auch schon generell zum Thema Sondervermögen Ausführungen gemacht.

Meine Damen und Herren, die Herausforderungen an eine umweltverträgliche Landnutzung steigen künftig weiter, auch angesichts des Klimawandels. Daher auch unser Entschließungsantrag, der darauf abzielt, aus der EFRE-Förderung, also aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, diesen großen Aufgabenbereich den Notwendigkeiten bei der Infrastruktur im Umweltbereich entsprechend auszufinanzieren. Als Schlagworte sind hier wasserwirtschaftliche Aufgaben, Baumaßnahmen an Wasserläufen, Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz zu nennen. Da ist zum Beispiel das Problem der herrenlosen Speicher - über 50 in Thüringen - zu nennen, das nicht gelöst ist, oder die Defizite in der Abwasserentsorgung. Auch die Abwasserentsorgung muss doch endlich und auch in Zukunft solidarisch und umweltgerecht erfolgen. Die Ungleichbehandlung von Bewohnern von Stadt und Land können wir nicht hinnehmen.

Abschließend möchte ich noch auf zwei haarsträubende Änderungsanträge eingehen, und zwar einer von der Regierungskoalition, also CDU und SPD, und einer von den GRÜNEN. Der von der CDU/SPD, der ja in der Beschlussfassung des Haushalts- und Finanzausschusses beschlossen wurde, betrifft die Projektförderung in der Landwirtschaft. Hier sollen 35.000 € gekürzt werden, davon 10.000 € jährlich bei den Maschinen- und Betriebshilfsringen. Also eigentlich Peanuts für unseren Haushalt, aber wenn wir doch wissen, dass kooperative Initiativen wie die Maschinenringe im ländlichen Raum positiv wirken, wenn denn Anträge bewilligt würden, dann ist diese Streichung grundfalsch. Dann hilft es auch nicht, zu behaupten, das Geld wäre nicht abgerufen worden. Wenn der Topf

so schräg gestaltet ist, dass Anträge abgelehnt werden, dann liegt das Problem auch hier direkt in der Verantwortung des Landwirtschaftsministers, Herr Reinholz.

Zu dem Entschließungsantrag der GRÜNEN „Einnahmemöglichkeit der Forstverwaltung verbessern, Windkraft im Wald ermöglichen“, da kann man auch sagen, die GRÜNEN stellen sich zwischen Schwarz und Gelb auf. Es geht in diesem Antrag nicht um den Ausbau von Windkraft an sich und die Energieverde. DIE LINKE ist dafür, DIE LINKE ist auch dafür, dass Wald geöffnet wird für Windkraft, aber so, wie Sie Ihren Antrag formuliert haben, geht es darum, den Wald betriebswirtschaftlich noch besser auszubeuten. Damit kann die Forstverwaltung zusätzliche Einnahmen erwirtschaften. Daher kann dann in Ihrer Logik die gesetzliche Zuführung an die Forstanstalt gekürzt werden. Was ist das denn? Diesem Antrag können wir so wirklich nicht zustimmen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war die Absicht.)

Nein, weil Sie das so schlecht formuliert haben. Entweder haben Sie eine geheime Agenda dahinter oder Sie haben etwas ganz anderes reingeschrieben. Lesen Sie noch einmal Ihren Antrag, Herr Augsten.

Alle anderen Anträge sind teils hilfreich, teils abwegig. Meine Fraktion wird entsprechend abstimmen.

Insgesamt setzt dieser Haushaltsentwurf nicht die erforderlichen Impulse, die notwendig wären, daher werbe ich noch einmal für unsere drei Entschließungsanträge, die zum Ende der Debatte ja abgestimmt werden:

1. Sicherung der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete,
2. EFRE-Förderung im Bereich des Umweltschutzes und
3. Überprüfung des Sondervermögens ökologische Altlasten.

Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Dr. Scheringer-Wright. Es spricht jetzt für die CDU-Fraktion Abgeordneter Egon Primas.

Abgeordneter Primas, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, da die Redezeit begrenzt ist, will ich versuchen mich zu konzentrieren auf die wichtigsten Themen, werde dadurch nicht auf alles eingehen können. Wir haben die Agrarbranche in den ver-

(Abg. Primas)

gangenen Jahren gut auf die Realitäten des Marktes vorbereitet und finanziell dort geholfen, wo es notwendig war. Wer sich da auskennt, der weiß, was ich meine. Wir wollen eine Land- und Ernährungswirtschaft in Thüringen, die vielen Menschen Beschäftigung und Perspektive bietet, gleichzeitig soll sie mit ihren hervorragenden Produkten ihre Chancen auf den Märkten nutzen. Dennoch wird es Einschnitte geben. Die EU-Mittel werden ab 2014 nicht mehr auf dem gleichen Niveau wie bisher zur Verfügung stehen. Deshalb war es ganz wichtig, meine Damen und Herren, dass wir mit unseren Anträgen zum KULAP die Fortführung dieses wichtigen Programms für den ländlichen Raum sicherstellen können. Im Gegensatz zu den Kollegen der Opposition im Agrarbereich, ich übertreibe nur ungern, aber diese Änderungsanträge sind wohl mit die wichtigsten in dem Bereich überhaupt. Sie stellen sicher, dass das Land unabhängig von den Entscheidungen auf EU-Ebene fünfjährige Verpflichtungen zur Pflege der Kulturlandschaft eingehen kann. Nur so kann die flächendeckende tierbezogene Landwirtschaft in Thüringen gesichert werden. Deshalb verstehe ich Ihre Ausführungen, Frau Dr. Scheringer-Wright, überhaupt nicht, in denen Sie genau das Gegenteil von dem behaupten, was hier Realität ist, welfremd sage ich da nur, meine Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Schauen Sie in den Haushaltsentwurf.)

Wer sorgt denn dafür? Nicht Sie, sondern die Koalitionsfraktionen sorgen dafür, dass die flächendeckende Landwirtschaft erhalten bleibt.

(Beifall CDU, SPD)

Ich hätte mich gefreut, wenn Sie Herrn Kummer hätten reden lassen,

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Der wollte doch nicht.)

er hätte das bestätigt, was ich hier sage - nicht, Herr Kummer? -, das wäre mir lieber gewesen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Das weiß ich, dass Sie sich da gefreut hätten.)

An diesem Beispiel sehen wir eben den Unterschied.

Sehr geehrter Herr Dr. Augsten, es genügt nicht, die Probleme draußen meinetwegen in zahlreichen Veranstaltungen anzusprechen oder Versprechungen zu machen, Schmusekurs zu machen, überall da zu sein und wenn es ernst wird, ist nichts, weg, kein Antrag in diese Richtung, überhaupt nichts.

(Beifall CDU)

Ich kann es nachvollziehen, wenn man das sieht, was auf EU-Ebene gerade abgeht, aber auch in

den Ländern. Rheinland-Pfalz, die neue Ministerin hält Milchviehbetriebe mit über 50 Tieren für Großviehhaltung; dann weiß man schon, in welche Richtung das alles geht. Dass Sie sich natürlich dann nicht trauen, Anträge in diese Richtung zu stellen, wie wir sie jetzt hier gestellt haben, ist da wirklich nachvollziehbar, ich kann das verstehen. Aber es ist für mich bedauerlich,

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weil das der Auftrag des Ministers ist!)

weil draußen entsteht immer durch Ihre Anwesenheit, und überall sind Sie dabei, der Eindruck bei der Landwirtschaft, Sie würden sich darum kümmern. Das ist eben der falsche Eindruck. Ich bedaure halt, dass die Landwirte, die Sie immer so sehen, heute mal nicht da sind und sehen und hören, was hier abgeht. Das würde mich schon eher freuen, wenn das mal so wäre, dass der Bauernverband mal dafür sorgen würde, dass bei solchen Debatten auch einmal Leute hier wären, damit sie einmal ernsthaft, nicht nur plakativ sehen, was da abläuft, sondern tatsächlich, wo die Anträge sind und wo nicht. Das tut mir schon weh, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Ich kann gleich weitermachen mit der Kritik bei den GRÜNEN. Die fordern eine Forstanstalt, die haben ein Gesetz gemacht im letzten Jahr, in dem klar drinsteht, wie die Zuschüsse sich abschmelzen. Das ist gerade erst gemacht und da gehen wir schon wieder her und sagen, da nehmen wir was weg und da machen wir es ganz anders. Wollen wir denn nicht erst einmal die Leute arbeiten lassen, dass die zu Potte kommen, dass die auch Mut finden, dass sie Engagement zeigen. Müssen wir sie gleich in ihrem Enthusiasmus wieder bremsen, indem ich ihnen das wieder wegnehme, was sie gerade erarbeitet haben, also gleich wieder abbrechen. Es darf nicht funktionieren in diesem Freistaat, es gibt dann nichts zu meckern. Das ist ja die Politik, die mir aber missfällt und auch nicht im Sinne des Freistaats ist. Sie wollen Windräder dafür bauen im Wald. Ich sage Ihnen jetzt schon einmal, da gibt es Erkenntnisse, da stehen jetzt schon auf der Landfläche, die wir nutzen, 9,1 Prozent der Fläche für Wind zur Verfügung, das sind über 2 Prozent mehr als im Durchschnitt der Länder insgesamt in Deutschland. Was denn nun noch? Wollen wir den Wald auch noch zupflastern? Also, es wird nichts. Wir wollen das nicht,

(Beifall CDU, FDP)

weil es andere Möglichkeiten gibt. Mit der Nutzung der ausgewiesenen Flächen haben wir mehr als 3 Prozent der Landesfläche zur Verfügung, um Windenergie zu bauen. Das ist tatsächlich so.

(Abg. Primas)

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Bei Industrieaussiedlungen dürfen wir es nicht mehr.)

Genauso, da haben Sie recht. Und da machen wir weiter. Biosphärenreservat Südharz. Also glauben Sie es uns doch, glauben Sie es mir, glauben Sie es dem Minister, in der Region will das keiner. Die Region will es nicht. Also lassen Sie es doch, die Leute ständig aufzuhetzen und zu sagen, wir hätten ja Geld dafür, macht es doch nur. Dieses Suggestieren ist doch unmöglich, es will keiner, lassen Sie es einfach.

Landkauf BVVG-Flächen, da verstehe ich Sie gar nicht. 40 Mio. € soll das Land in die Hand nehmen, soll Flächen kaufen, um Bäumchen darauf zu pflanzen.

(Zwischenruf Abg. Bärwolff, DIE LINKE: Ja, das ist doch richtig.)

Das ist klasse, ja. Das kann ich mir vorstellen, dass Sie das sagen, Herr Bärwolff, das ist klasse. Sollten wir es denn nicht übernehmen und es den Landwirten geben, damit nicht irgendwelche Spekulanten von außerhalb kommen, das Land aufkaufen, um es anzulegen.

(Beifall CDU)

Wäre das nicht viel sinnvoller als Bäumchen darauf zu pflanzen. Das ist doch nicht Aufgabe des Landes, so etwas zu tun.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Dann übertragen Sie es doch.)

Außerdem ist es weltfremd, zu glauben, man könnte mit 40 Mio. € überhaupt etwas ausrichten in dem Bereich. Also Leute. Herr Dr. Augsten weiß es doch besser, wie es funktioniert. Warum stellen Sie solche Anträge? Es tut mir leid, das sagen zu müssen, aber das ist weltfremd, meine Damen und Herren, das ist echt weltfremd.

Schauen Sie, Sie wollen die Hälfte der Mittel kürzen für Messen und Ausstellungen. Gerade waren wir zur Grünen Woche. Dr. Augsten, Sie waren doch mit. Das ist ein Schaufenster in die Welt, wo wir darstellen können, was die Agrarwirtschaft, was die Ernährungswirtschaft von Thüringen leisten kann. Das ist noch zu wenig, was wir da haben, wir müssen noch mehr machen. Wenn Sie denen da oben sagen, wir wollen die Hälfte kürzen, hätten Sie es doch nur gemacht. Hier im Antrag kommt es. Also, ich bedaure das sehr. Es geht so nicht, genau andersherum müsste es sein, meine Damen und Herren.

FDP-Anträge, das sind die gleichen Anträge wie im letzten Jahr, habe ich das Gefühl, in der Verwaltung sparen, alles abbauen. Wenn die EU kommt mit dem GAP, was da angedeutet ist, rechnen Experten mit 18 Prozent mehr Verwaltung. Intern sagen

wir, das reicht lange nicht. Bis zu 30 Prozent mehr Verwaltung. Wenn wir denen jegliche Möglichkeit nehmen, wie soll es denn dann funktionieren? Wir sind jetzt schon in der Landwirtschaftsverwaltung an der Grenze, Frau Dr. Scheringer-Wright.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Das hat doch Stoiber gesagt.)

Da wird das Ministerium, der Minister sich etwas einfallen lassen müssen, dass genau das nicht passiert. Dort brauchen wir Sie, weil wir sonst die Aufgaben nicht erfüllen können. Da kommt die FDP, stellt Anträge, in der Verwaltung dann noch zu sparen.

Frau Hitzing, lassen wir es lieber. Die Anträge von Herrn Kummer, okay, Sie unterstützen unsere Anträge. Da wir sie schon haben, müssen wir sie nicht noch einmal machen, aber danke schön dafür. Ich hätte mich gefreut, Sie hätten das noch einmal richtig so erläutert, wie Sie unsere Politik unterstützen, da sind wir doch so eng beieinander, das hätte mir sehr gut gefallen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE)

Eines will ich noch sagen: Bodo, es gibt so viele Schnittflächen, wir müssten darüber reden.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Jetzt wird es aber langsam ernst.)

Herr Fiedler hat es doch gestern schon gesagt.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Das hat Abgeordneter Fiedler gesagt. Sag es nicht so laut, sonst hört er es noch.)

(Heiterkeit DIE LINKE)

Dieser Kommentar hat jetzt noch gefehlt. Es ist mir eine große Freude, mein lieber Mann.

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es wächst zusammen, was zusammengehört.)

Wichtig ist, dass es gelungen ist mit diesem Haushalt, Sie wissen das, wir haben im vergangenen Jahr, CDU-Fraktion, diesen Antrag gestellt und haben den Beschluss gefasst, dass wir Wasser/Abwasser wieder umsteuern.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das war gut.)

Das ist mit diesem Haushalt gelungen. Wir wollten, dass ca. 60 Prozent der Mittel wieder in diesen Abwasserbereich gehen, das ist gelungen. Schönen Dank, Herr Minister und auch Herr Finanzminister, dass man da mitmacht. Das war ganz wichtig, dass wir es hinkriegen und dass wir es auch hingekriegt haben, dass Mittel aus anderen Bereichen dort mit einfließen können. Zukünftig werden wir dann noch bereden, wenn wir das Vorschaltgesetz im Ausschuss haben, aber ich denke, da haben wir eine ganze Menge mit diesem Haushalt geschafft, da

(Abg. Primas)

können wir nur zufrieden sein. Die das verhandelt haben, haben das gut verhandelt, dafür kann man nur Dankeschön sagen.

Meine Damen und Herren, Rechnungshof und auch die FDP - ich habe noch Zeit, deswegen kann ich es machen - haben sich zu Moritzburg noch mal geäußert in der Presse und jetzt auch bei den Anträgen auf die Förderung, die wir bezüglich der Kooperationsvereinbarung mit Sachsen haben. Es ist ein Stückchen, ob wir es nun wahrhaben wollen oder nicht, eine Frage der Landeskultur. Man kann über einzelne Fragen sicherlich diskutieren, aber wir sollten das nicht immer so negativ in die Diskussion bringen, weil man das nicht nachvollziehen kann. Auf der einen Seite schreibt man, es müssten unbedingt - Frau Dr. Scheringer-Wright hat vorhin gesagt - die gefährdeten Rassen unterstützt werden, das ist auch ein Stück davon. Ob wir nun unbedingt Holsteiner Sportpferde ... darüber kann man im Detail sicherlich reden, aber nicht vom Grundsatz her. Ich bedauere das sehr, dass das jedes Jahr in der Diskussion ist, es ist ein Stück Landeskultur. Wir können doch nicht alles abschaffen, was damit zusammenhängt, nur weil es Landwirtschaft ist und nicht Industrie oder irgend so etwas, das geht doch nicht.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Das habe ich doch nicht gesagt - was sprechen Sie mich denn an?)

Das gehört zur Kultur genauso wie alles andere auch. Wollen wir denn immer nur hier schauen und das geht nicht und hinterher, wenn alles weggebrochen ist, dann ist das Geschrei groß, das kann doch nicht unser Sinn sein.

Für den Rechnungshof hätte ich eine viel interessantere Aufgabe oder Frage, der sie mal nachgehen könnten. Wir haben in Thüringen viel, viel Geld ausgegeben - Dr. Dette ist gerade nicht hier, aber man kann es ihm ja sagen - dafür, dass wir die Wildkatze wieder heimisch machen. Es gibt sogar jetzt ein Wildkatzendorf am Hainich, Hütschenroda, wofür der Wirtschaftsminister über 1 Mio. € gesponsert hat, dass das funktioniert. Das ist alles richtig. Viele Millionen haben wir diesem Projekt gewidmet. Und da kommt Niedersachsen daher, Naturschutz Niedersachsen, und lassen die Luchse frei im Harz. Was passiert jetzt? Die Luchse fressen die Katzen. Das wäre doch mal interessant auszurechnen, wie viel Geld wir jetzt als Luchsfutter zur Verfügung gestellt haben. Das muss man sich mal vorstellen. Es kommt noch dicker, und jetzt sind einige von den Naturschützern hier wahrscheinlich auch noch ganz große Freunde von Wölfen, wenn die auch noch kommen, die fressen sie alle beide.

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der Wolf frisst doch keine Katzen.)

Das ist aber erst ärgerlich dann, wenn der Wolf auch noch die Oma frisst, erst dann wird es gefährlich.

(Heiterkeit im Hause)

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Rotkäppchen ...)

Rotkäppchen auch noch, bis dahin wird es gefährlich.

Das wäre interessant mal zu rechnen, mal zu prüfen, was da für Geld echt verbrannt wird mit solchen Maßnahmen im Naturschutz. Da fragt kein Mensch danach, Hauptsache wir haben das Geld ausgegeben für Experten, GRÜNE, die das gut finden und alles so was. Da können wir eine ganze Menge einsparen, das würde ich mal sagen, nicht Moritzburg, nicht die Kooperationsvereinbarung wegen der paar Pferde.

Ich bedanke mich herzlich beim Minister und seinen Leuten für die Aufstellung dieses Haushalts, bedanke mich beim Finanzminister dafür, dass das so kooperativ war, dass das so funktioniert hat. Ich freue mich, dass wir gemeinsam in der Koalition die Anträge für KULAP einbringen konnten und auch im Haushaltsausschuss sind die ja schon bestätigt worden. Ich hoffe auch, dass sie hier bestätigt werden mit dem Haushalt. Dann können wir sicherstellen, dass für die Landwirtschaft auch bei den Unwägbarkeiten, die wir haben mit der EU - wir wissen nicht, was dabei rauskommt -, ein Stückchen Sicherheit da ist, das war uns wichtig, meine Damen und Herren. Schönen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächste spricht für die FDP-Fraktion Frau Abgeordnete Franka Hitzing.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, ich hatte gerade eine Souffleuse, die hat mir gesagt, ich soll an den Wolf denken und an die Großmutter.

(Zwischenruf Abg. Mühlbauer, SPD: Und an das Rotkäppchen.)

Und an das Rotkäppchen, das mache ich sehr gern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht natürlich in diesem Haushalt, im Landwirtschaftshaushalt, um sehr, sehr wichtige Dinge. Für meine Begriffe ist dieser Haushalt einer der wichtigsten, weil er eben so sehr umfänglich ist und auch den Umweltschutz umfasst, und die Landwirtschaft und den Forstbe-

(Abg. Hitzing)

reich, also riesengroß ist, und natürlich gibt es da sehr viele Punkte, die man besprechen kann. Wir haben auch hier über Einsparmöglichkeiten nachgedacht und über einige möchte ich mit Ihnen reden. Ich habe nicht so viel Redezeit wie Herr Primas, werde aber versuchen, auf zwei, drei Dinge zu antworten, das ist klar. Bei mir ist es nicht der Wolf und nicht der Luchs, ich rede jetzt mal von dem Murmeltier, das täglich grüßt - „Täglich grüßt das Murmeltier“ - denn er sagte ja, der werde Kollege, es wären die Anträge vom letzten Jahr, die die FDP gestellt hat. Nein, das sind sie nicht, Herr Primas, aber was gut ist, muss man nicht unbedingt verändern, sondern man soll es bewährt weitermachen,

(Beifall FDP)

und Sparen ist grundsätzlich nicht falsch. Zwei, drei Dinge möchte ich dazu sagen. Herr Primas, Sie sind als Erstes darauf eingegangen, dass wir in unseren Änderungsanträgen, die im Übrigen 98 Stück sind in der Summe, zum Teil auch die Verwaltung kürzen bzw. in der Verwaltung sagen, hier muss es Möglichkeiten geben, einzusparen. Das ist mitnichten so, dass wir die Verwaltung zusammenstreichen oder kürzen, nein. Die Änderungsanträge meiner Fraktion sind immer natürlich auf den Ist-Ausgaben der Vorjahre basierend und wir sehen uns ganz genau an, was wurde denn in den Vorjahren ausgegeben, was wurde gebraucht. Mit einer geringen Aufstockung kann man dann sagen, so viel nehmen wir in den Haushalt und wir müssen es nicht aufblähen. Das ist unsere Prämisse, ich habe das gestern Abend schon mal gesagt, kleine Beträge führen am Ende auch zum Erfolg

(Beifall FDP)

und machen nicht unbedingt eine Behörde handlungsunfähig. Also das weise ich absolut zurück. Genau nach diesem Prinzip arbeiten wir, aber es gibt natürlich auch zwei Punkte, die schon etwas größer sind. Wir sind an einer Stelle sehr einig mit dem Vorschlag, den Herr Kummer als Entschließungsantrag einbringt, und zwar ist das das Thema „Ökologische Altlasten“. Da sind wir der gleichen Meinung, haben wir die gleichen Gedanken dazu. Das Thema „Sondervermögen/ökologische Altlasten“, das muss gestattet sein, dass man darüber weiterredet und es auch kritisch hinterfragt, weil dieses Sondervermögen kein Vermögen ist. Es ist sonderlich und etwas Besonderes, aber es ist kein Vermögen.

(Beifall FDP)

Und darüber müssen wir reden, das müssen wir uns einfach trauen. Wir haben Kreditemächtigungen, die am Haushalt vorbeigehen in den nächsten zwei Jahren. Das sind Ehrlichkeiten, die gehören zur Diskussion dazu und niemand, auch nicht die Experten, können heute sagen oder noch nicht sa-

gen, was wird es denn, wie viel Geld werden wir denn als Land Thüringen noch ausgeben müssen. Herr Minister, es ist so, das wissen Sie auch, und es ist eine schwierige Frage und darüber muss man reden können. Wir waren von Anfang an der Meinung, dass dieses Thema „Sondervermögen“ nicht einfach so am Haushalt vorbeigehen kann, weil es nicht zur Klarheit beiträgt. Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ist das einfach nicht.

(Beifall FDP)

Ein Punkt, lieber Herr Minister, im letzten Jahr haben wir schon einmal über das Thema gesprochen und im letzten Jahr haben Sie irgendwann mal zu mir gesagt, können wir es nicht jetzt lassen. Ich kann mich auch erinnern, dass ich gesagt habe, na gut. Es gibt auch manches Mal Dinge, die kann man nicht einhalten. Ich muss wieder mit Ihnen darüber reden, und zwar ist es das Gestüt Moritzburg.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Da kommen der Wolf und der Luchs und die Katze.)

Ja, könnte auch ein Wolf kommen. Lassen Sie mich mal ein paar Zahlen sagen. Ich kenne auch Ihre Argumentation, dass es darum geht, Kulturgut zu bewahren, und dass man diese Rassen schützen muss etc. Ich kenne die ganze Argumentation, ich weiß doch, was Herr Primas mir eben gesagt hat. Ich kann mir auch die Rede vom letzten Jahr rausziehen und nachschauen, was Sie mir geantwortet haben, was mir Egon Primas geantwortet hat und was ich selbst dazu gesagt habe. Das heißt doch aber nicht, wenn ich das heute wiederhole, dass es jetzt falscher geworden ist.

(Beifall FDP)

Nein, ich wiederhole es einfach nur noch mal. Da muss ich Ihnen jetzt mal ein paar Zahlen sagen, die sind einfach unverhältnismäßig im Gegensatz zu dem, was Thüringen ausgibt für andere Tiere, um auch hier Rassen zu schützen. Jetzt sagen Sie mir nicht wieder, ich würde Äpfel mit Birnen vergleichen, das steht auch in der Rede.

(Zwischenruf Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz: Doch.)

Ich sage es trotzdem noch mal: Das, was jetzt für die Förderung für Rinder, Schweine, Pferde, Schafe, Ziegen und im ganzen Bereich der Kleintierzucht ausgegeben wird, ist viel weniger als das, was wir ausgegeben für die Deckakte.

(Zwischenruf Abg. Mühlbauer, SPD: Natürliche Deckakte.)

Für den Haushalt 2013 haben wir 236.000 € eingestellt für das Gestüt Moritzburg und für 2014 240.000 €. Das ist unverhältnismäßig viel.

(Abg. Hitzing)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Ach, das könnte der Minister doch selbst
übernehmen.)

Na, na, na.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Die Frage ist jetzt: Was bekommen wir eigentlich für das Geld? Da berufe ich mich, das muss ich dazusagen, auf eine Veröffentlichung aus der Presse vom Dezember letzten Jahres,

(Unruhe DIE LINKE)

in der stand, wenn ich zitieren darf, Frau Präsidentin: „Im Auftrag des Landes Thüringen haben 24 Hengste aus Sachsen in diesem Jahr mit knapp 300 Deckakten für Thüringer Pferdenachwuchs gesorgt.“

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Was? Aus Sachsen?)

Das Ergebnis war: 10 Reitpferde, 7 schwere Warmblüter, 4 Haflinger, 1 Reitpony und 2 Kaltblüter. Ich bin wirklich bei Ihnen, dass es wichtig ist, solche Rassen zu bewahren, zu schützen und auch zu züchten. Aber ich glaube, dass es tatsächlich legitim ist, auch den privaten Züchtern eine gewisse Kompetenz zuzusprechen,

(Beifall SPD)

und wir das nicht unbedingt weiter staatlich fördern müssen,

(Beifall FDP)

nicht in der Situation, in der wir uns heute befinden und auch bei allem Fördern von Kulturgut. An der Stelle sage ich Ihnen, das geht zu weit.

Ein letztes Wort: Es gibt ein Sprichwort, Schulden baut man nicht durch große Einnahmen ab, sondern dadurch, dass man wenig oder sehr bedacht ausgibt. Man kann es auch abwandeln: Reich wird man nicht von dem, was man einnimmt, sondern von dem, was man nicht ausgibt. In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass Sie unserem Änderungsantrag an der Stelle zustimmen werden. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Hitzing. Ich rufe jetzt Frau Abgeordnete Mühlbauer für die SPD-Fraktion auf.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine werten Damen und Herren Besucher, meine werten Kollegen, vielen Dank für die angeregte Debatte. Lassen Sie mich zuerst mal ein paar Dinge sagen. Ja, Frau Hit-

zing, als Reiterin - das sage ich jetzt ganz klar - und Pferdebesitzerin eines deutschen Reitpferdes bin ich da an Ihrer Seite.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright,
DIE LINKE: Auch noch eines deutschen Reitpferdes.)

Es war ja ein Highlight im HuFA, das werde ich, glaube ich, meine ganze politische Karriere nicht vergessen, als uns der Staatssekretär den Unterschied zwischen dem natürlichen und dem künstlichen Deckakt erklärte. Ich bin auch da jetzt einen Schritt weiter.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Jetzt wissen wir es ganz genau.)

Vor allem die Qualität des natürlichen Deckakts. Was mich allerdings bis heute verzweifeln lässt - das sage ich Ihnen auch deutlich - in Zeiten enger Kassen und in Zeiten wichtiger Aufgaben - ich sage nicht, dass es nicht wichtig ist, Pferderassen zu erhalten - muss deutlich geprüft werden, wohin wir unseren Schwerpunkt legen. Es ist einem Pferdehalter und auch einer Pferdehalterin wie mir durchaus zuzumuten, mit dem Pferd im Anhänger einige Kilometer weiter zu fahren, auf unserer gut ausgebauten A 4, nicht nach Marlishausen um die Ecke zu kommen, sondern vielleicht einen Tagesausflug zu machen in das schöne Moritzburg, um die durchaus interessante Umgebung kennenzulernen und sein Pferd dort decken zu lassen. Das macht dem Pferd Spaß, das macht dem Reiter Spaß und es entlastet unseren Landeshaushalt.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Das wollte ich in diesem Zusammenhang noch mal erwähnen.

Ein zweiter Punkt - das war jetzt ein bisschen lustig, der Punkt jetzt allerdings nicht mehr - ist, wenn wir private Interessen der Pferdezucht mit einer Konkurrenz belegen, die durchaus fragwürdig ist - lassen Sie mich das so erwähnen. Das heißt, der Private, der dieses Angebot bringt, ist in Konkurrenz mit einem staatlichen Angebot. Darüber sollten wir nachdenken, ob wir das auch wirklich dauerhaft so wollen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright,
DIE LINKE: Das sind Riesenprobleme.)

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Darüber müssen wir noch nachdenken.)

An dieser Stelle möchte ich dem Rechnungshof eindeutig danke sagen für diese mutige, nicht konforme Aussage. Sie haben mich weiterhin auf Ihrer Seite. Ich denke, wir sollten über gewisse Dinge nachdenken, ob sie im Jahre 2012/13 überhaupt noch opportun und bezahlbar sind.

(Abg. Mühlbauer)

Ja, und auch ein Weiteres, Frau Hitzing: Verwaltung muss gespart werden, auch dort haben Sie recht und da haben wir, denke ich, auch noch Potenzial. Eines meiner Lieblingsthemen - Herr Minister, Sie wissen es, und da werde ich auch nicht müde das zu sagen - ist, bei steigendem Verwaltungsaufkommen in der EU müssen wir in den Landwirtschaftsämtern darüber nachdenken, ob wir Verwaltungen reduzieren können. Ich werfe jetzt den Begriff der Öffentlich bestellten Vermesser mal mit ein, um darüber nachzudenken, ob hier nicht Leistungen auch an Dritte vergeben werden, die durchaus auch dort leistbar sind und die den Dritten ermöglichen, angemessen sich hier einzubringen und die uns dauerhaft ermöglichen, Personalstrukturen zu reduzieren. Das ist ein Gedanke, über den müssen wir nachdenken, der lässt sich auch sinnhaft verknüpfen mit dem Gesetz, das wir im Bauministerium in diesem Jahr gemacht haben, gerade was die GPS-Vermessung und die fotografische Dokumentation mit anbelangt. Dort haben wir noch Potenzial, das können wir tun.

Lieber Kollege Primas, Wildkatze, Luchse - geben wir jetzt viel Geld für teures Katzenfutter aus oder wie sieht es aus? Nein, dem ist nicht so. Wenn wir auf der einen Seite hier im Oktober/November darüber reden, ob wir jetzt Mäuse vergiften müssen in Größenordnungen, ist es durchaus richtig, mal darüber nachzudenken, ob wir über ökologische Vielfalt wieder nachdenken und nicht dann zu Gift greifen, wenn Gift nicht mehr notwendig ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss ich hier mal deutlich sagen. Es ist und bleibt eine Farce. Zu Zeitpunkten, wenn schon der Schnee liegt, Gift auszubringen, da vergifte ich auch keine Maus mehr, sondern muss über andere Methoden nachdenken. Da ist es natürlich richtig, das gesamte Spektrum der ökologischen Breite wieder anzusiedeln, einen Lebensraum zu schaffen, und dieses Geld ist mit Sicherheit nicht falsch ausgegeben.

Und ja, natürlich ist es auch richtig, der Änderungsantrag kommt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Anstalt neue Beschäftigungsfelder zu geben, weil natürlich jeder Euro, der verdient wird in einer Anstalt im Sinne des Freistaats Thüringen, es uns ermöglicht, woanders freie Kapazitäten zu schaffen, die uns Dinge ermöglichen, die im Bereich des Naturschutzes und des Umweltschutzes sehr wichtig sind. Natürlich sind da Dinge durchaus möglich und weiter denkbar. Ich denke, die Anstalt ist kreativ genug, hier gewisse Dinge mit voranzubringen.

Lieber Kollege Primas, Biosphärenreservat Südharz, das werden wir im Ausschuss diskutieren. Ich sehe das noch durchaus anders, meine Wahrnehmung ist eine andere. Ob man das vor Ort will oder nicht, das werden wir feststellen. Natürlich sind wir Sozialdemokraten eine Partei, die sich dem Bürger-

willen fügt und ihn auch annimmt und umsetzt. Aber zuerst einmal müssen wir ihn erleben. Momentan habe ich den Bürgerwillen so zu einem klaren Nein für das Biosphärenreservat Südharz noch nicht erlebt.

Frau Scheringer-Wright, ob das Thema „benachteiligte Gebiete“, das Sie jetzt hier aufgemacht haben, hier mit unserem Landeshaushalt wirklich erschlagbar ist, wage ich zu bezweifeln.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright,
DIE LINKE: Doch, da steht eine Null drin.)

Sie wissen, es ist eine ganz, ganz schwierige Diskussion momentan, was die EU-Seite anbelangt, was momentan überhaupt in der Debatte ist mit den benachteiligten Gebieten, und das, was wir jetzt haben, ist ein sehr, sehr hoher Stand. Wir müssen mit den Menschen draußen ehrlich umgehen. Das, was in der neuen Förderperiode auf uns zukommt, wird nicht besser, sondern es wird problematischer. Wir müssen mit unseren Landwirten und mit denen, die Agrar schaffen, bei zurückgehenden Landeshaushalten auch klar darüber sprechen, es wird nicht mehr Geld.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright,
DIE LINKE: Na, da müssen Sie es lesen und ...)

Wir müssen uns an der richtigen Stelle dafür einsetzen, dass die Spitzen und die Schärfe dort nicht zutreffen. Aus diesem Grund - ich möchte mich da ausdrücklich beim Minister bedanken - haben wir alle EU-Mittel im Jahre 2013 durchfinanziert und das bei zurückgehenden Haushalten. Diesbezüglich noch mal herzlichen Dank an den Minister und die Verwaltung. Ob man sich bei zurückgehenden Haushalten Späße leisten kann, ökologische Altlasten sind kein Spaß, aber das ist ein offener Prozess, ein offenes Verfahren. Wir haben dort andere Beteiligte. Ich sehe, aus haushaltstechnisch relevanter Sicht ist momentan weder der Zeitpunkt noch die Lage, dort Gelder, die wir ohnehin nicht zur Verfügung haben, in Rücklagen zu bringen, die momentan nicht durchfinanzierbar sind, sondern wir müssen uns darum kümmern, dass die Kosten von denen bezahlt werden, die sie verursacht haben. Und verursacht haben sie ganz eindeutig auch Unternehmer hier und der Bund ist hier ebenfalls in der Pflicht. Ich würde mich sehr freuen - vor allem jetzt der Blick auf die Seite der FDP, die im Bund Verantwortung hat -, dass dieses Wort auch im Bund angebracht ist. Dass man uns hier im Freistaat Thüringen zu ökologischen Altlasten vonseiten des Bundes etwas den Rücken stärkt, würde uns mehr bringen als Ihr Antrag, Frau Kollegin.

Lassen Sie mich noch eines sagen, wir sind in einem Strukturwandel in der Landwirtschaft. Landwirtschaft so weiter wird es in der neuen Förderperiode und in zehn Jahren nicht so geben. Deswe-

(Abg. Mühlbauer)

gen noch mal danke, Herr Kollege Primas, wir nehmen die Gelder mit in die Hand. Wir haben ein klares Ja zu Agrarmarketing gesagt, wir haben ein klares Ja zu unseren Produkten gesagt und wir haben ganz klar gesagt, Thüringen lebt von den Produkten der Ernährungswirtschaft, die gentechnikfrei sein müssen - wir sind Mitglied im „Netzwerk Gentechnikfreier Regionen“ -, die natürlich sind, die Qualität haben. Wir haben ein klares Ja zu unserem Label gesagt und wir sind dort auf dem richtigen Weg und nehmen die Dinge auch in die Hand, um sie so umzustrukturieren. Diesbezüglich auch danke, ein klares Ja auch zum ökologischen Landbau. Es kann immer mehr sein, aber der Weg ist richtig.

Lassen Sie mich noch ein paar kleine Dinge sagen, die mir wichtig sind, um Ihnen mitzuteilen, dass wir eigentlich einen sehr, sehr fortschrittlichen Haushalt, sehr naturschutzbezogene Politik in diesem Ministerium machen und Ihnen noch mal klarstellen, wie sehr wir am Umsetzen unseres Koalitionsvertrags sind. Wir haben ein klares Bekenntnis zur Landesgartenschau, auch im Jahre 2013 und 2014 werden wir diese weiterfinanzieren. Wir haben ein klares Ja zur Grünen Woche und zu unseren Produkten und zu unserem Marketing. Auch dort haben wir einen Mittelaufwuchs. Wir haben ein klares Ja zur Nachhaltigkeit. Auch dort nehmen wir Geld in die Hand, und zwar erkennbar Geld in die Hand, Geld, das in den Naturschutz fließt. Lassen Sie mich noch mal deutlich unterstreichen, dass für Landschaftspflege 5 Mio. € mehr ausgegeben werden im Jahr 2013 und auch im Jahr 2014 ein Aufwuchs festzustellen ist. Ein Ja zu Klimaschutz, ein Ja zu BIOBETH, ein Ja zum ländlichen Raum, aus meiner Sicht könnte es noch mehr sein, Akademie ländlicher Raum, aber das geht natürlich nicht. Frau Kollegin, Ihr Änderungsantrag ist genau diesbezüglich kontraproduktiv. Da sind wir, glaube ich, noch meilenweit auseinander. Nachhaltigkeit, ich habe es gesagt, wir sichern die EU-Mittel ab, wir sichern die Stiftung Naturschutz ab, indem Rückflüsse aus dem Haushalt dort einfließen und wir kümmern uns auch um Hochwasserschutzprogramme. Lassen Sie mich noch ein paar Dinge sagen, die - oh, meine Redezeit ist zu Ende, Frau Präsidentin.

Präsidentin Diezel:

Ja.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Dann lassen Sie mich noch kurz zwei Sachen sagen, die mir sehr wichtig sind.

Präsidentin Diezel:

Einen Satz.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Einen Satz, okay. Wir haben Bekenntnis für den Hainich, dass dort im nächsten Jahr Personal herankommt, kleines Bekenntnis, aber ein richtiger Schritt in die richtige Richtung und ich bedanke mich beim Ministerium für diese wunderbare Zusammenarbeit, für diese tolle Politik und freue mich auf die nächsten zwei Jahre in der Umsetzung dieses Haushalts. Danke schön.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Abgeordneter Dr. Frank Augsten.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich kann leider nur halb so lange reden wie der Kollege Primas

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Reicht auch!)

und muss die Hälfte meiner Rede sicherlich auch vergessen, weil ich doch auf einige Dinge eingehen muss, die hier gesagt wurden. Zunächst steht hier Glückspilz. Ja, unser Minister oder der Minister für Landwirtschaft und Naturschutz ist natürlich ein Glückspilz. Im vorigen Jahr hat ihn die Auslagerung des Forstes gerettet, den Haushalt gerettet. Da wurden die nötigen Millionen zusammengeholt und in diesem Jahr und im nächsten Jahr wird es die EU sein. Der Förderzeitraum der EU-Strukturfonds endet in diesem Jahr. Das heißt, viele der fünfjährigen Verpflichtungen laufen aus oder sind voriges Jahr schon ausgelaufen, da braucht man erfahrungsgemäß weniger Geld. Aber viel wichtiger ist das, was 2014 stattfindet. Brüssel gibt sich allergrößte Mühe, dass wir kein Geld bekommen, ich sage es mal so. Kollege Primas, ich finde es schon ein bisschen abenteuerlich, wie Sie das hier darstellen. Ich weiß nicht, ob Ihnen das draußen jemand abnimmt, weil Sie ja da so auf Ihre agrarpolitischen Verdienste hingewiesen haben. Ich will das noch mal nachskizzieren. Minister Reinholz sitzt mit Minister Voß zusammen und da kommt ein Entwurf heraus, in dem bei Kofinanzierungsmitteln EU-Strukturfonds null steht. Ich habe im Haushaltsausschuss darauf hingewiesen, nicht Sie und auch niemand von der SPD, dass das nicht geht, weil wir Geld brauchen für diese Bereiche.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Richtig.)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Dr. Augsten)

Und dann kommen Sie und bringen Änderungsanträge, von denen Sie draußen den Bauern glaubhaft machen wollen, dass Sie die geschrieben haben. Entweder hat der Minister seinen Job nicht gemacht, als er beim Finanzminister saß, oder er hat mit Absicht dafür gesorgt, dass bei der verheerenden agrarpolitischen Bilanz dieser Koalition wenigstens ein bisschen was auf den Tisch gelegt wird, und das sind diese Änderungsanträge, die aus dem Haus von Minister Reinholz stammen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine Selbstverständlichkeit, natürlich kann in diesem Haushalt nicht null stehen bei den Kofinanzierungsmitteln. Darauf ist jeder gekommen und das habe ich auch angesprochen.

Zweite Bemerkung: Wir haben natürlich auch das Ergebnis, weil die EU dort so wenig Geld zur Verfügung stellen wird, wir auch weniger Kofinanzierungsmittel brauchen, und haben das Glück, dass dadurch alle anderen Titel relativ unbeschädigt davonkommen. Wir haben trotzdem Mehrausgaben eingefordert für Bereiche, die wir für ganz wichtig halten, z.B. der Naturschutz. Wir sagen, Biotopverbund muss sein. Wir brauchen eine Umsetzung der Biodiversitätsstrategie, dafür braucht man auch Geld. Vor allen Dingen bei den Signalen, die wir aus dem Wirtschaftsministerium empfangen, was die Natura-2000-Managementpläne angeht, dass da kein Geld mehr kommen soll, brauchen wir in dem Bereich auch mehr Geld, um diese wichtige Aufgabe zu realisieren. Deshalb an dieser Stelle unser Änderungsantrag.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich stehen wir zum Hainich. Ich weiß nicht, wer das kritisiert hat. Wir wollen drei Biologen dort anstellen lassen, weil wir dort drei Biologen brauchen, selbstverständlich. Herr Minister, das möchte ich Ihnen in aller Klarheit sagen, wenn Sie jetzt versuchen, uns noch mal beweisen zu wollen, dass es die falsche Entscheidung war, die dieses Hohe Haus getroffen hat mit Mehrheit, den Hainich nicht in die Forststalt zu nehmen, davor würde ich Sie wirklich warnen wollen. Wir werden das nicht zulassen und deshalb auch an dieser Stelle ein eindeutiges Signal für den Hainich.

Meine Damen und Herren, ich gebe das Kompliment von Herrn Primas gern zurück. Wo ist denn Ihr Änderungsantrag bezüglich der desolaten Situation im Biogasanlagenzubau hier in Thüringen? Wir haben einen gemacht. Woran liegt es denn? 60 Prozent verpflichtende Wärmenutzung, das stellt die Betriebe, die Biogasanlagen bauen wollen und sollen, damit sie ihre Gülle verwerten können, vor große Probleme. Deshalb unser Änderungsantrag, hier Geld zur Verfügung zu stellen, damit der Anschluss an Nahwärmeversorgungsanlagen und an das Erdgasnetz auch realisiert werden kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da vermisse ich Ihr Engagement als derjenige, der für die Biomasse hier in Thüringen steht. Da vermisse ich Ihr Engagement.

Meine Damen und Herren, woher soll das Geld kommen? Wir stehen ja dafür, dass wir alles finanzieren, was wir hier vorschlagen. Zunächst einmal ländlicher Wegebau, immer noch üppig ausgestattet, dort möchten wir erheblich Geld herausnehmen. Herr Minister, wir haben ja Verständnis dafür, wenn Ihre Kollegen Machnig und Carius bei Flächenschutz müde mit den Schultern zucken.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dafür haben wir kein Verständnis.)

Doch, wir haben ein gewisses Verständnis, das kommt jetzt gleich. Ich habe da ein gewisses Verständnis dafür, Kollegin Siegesmund, aber dass der Minister, der für diesen Bereich zuständig ist, hier kein deutliches Zeichen setzt in seinem Haushalt, das verstehen wir nicht. Sie müssen ein deutliches Zeichen setzen bezüglich Bodenschutz und Sie müssen ein deutliches Zeichen setzen in Richtung Landwirtschaft, damit nicht noch mehr landwirtschaftliche Flächen verloren gehen. Beides haben Sie sich auf die Fahne geschrieben. Beides finden wir in diesem Haushaltsentwurf nicht wieder.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, weil es angesprochen wurde, Kollege Primas, wir wollen mitnichten die Mittel für Messen und Ausstellungen kürzen, sondern wir wollen die deutliche Erhöhung um 300.000 € zurücknehmen, das ist etwas anderes. Da bin ich mal sehr nah bei Herrn Wowereit, der ja von Berlin als arm, aber sexy spricht. Wenn man durch die Hallen geht zur Internationalen Grünen Woche, da gibt es Länder, die sich gut präsentieren, da gibt es Länder, die dort sehr sparsam vertreten sind. Ich glaube, wir sollten zu unserem Schuldenberg, den wir vor uns hertragen, stehen. Wir sind ein armes Land im Gegensatz zu anderen Ländern, und das kann man in Berlin auch zeigen. Dafür muss man sich nicht schämen. Wir sind dabei, einen Haushalt in Ordnung zu bringen und da gehört es sich nicht, dass man so viel Geld mehr in Messen und Ausstellungen steckt, wo wir einen Haushalt hinzubekommen haben, ganz eindeutig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auf großes Unverständnis ist ja unser Entschließungsantrag bezüglich der Kürzung der Zuwendungen - ab 2014 allerdings - für die Anstalt öffentlichen Rechts, also der Forstanstalt gestoßen. Frau Scheringer-Wright, ich muss mich schon wundern, wir sind da gar nicht bei Schwarz-Gelb, das hat Ihre Rede vermuten lassen, denn Sie haben ja so den Eindruck erweckt, als ob

(Abg. Dr. Augsten)

man dort mit der Nutzung der Windkraft im Wald noch warten müsste oder ich weiß nicht, was Sie da erklären wollten.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Das habe ich nicht gesagt.)

Wir sind da so weit weg von Schwarz und Gelb, weil wir der Meinung sind: Eine Landesregierung, die einen großen Einfluss hat auf eine Anstalt, die es sich leisten kann - was andere Länder, die auch schwarz regiert sind, machen, nämlich zum Beispiel Bayern, die in großem Maße 1.000 Windkraftanlagen im Wald planen, 1.000 steht im Plan drin - ,

(Unruhe CDU)

auf solche wichtigen Einnahmequellen wie Windkraft im Wald, wie Bestattungswälder verzichten zu können, der scheint es so gut zu gehen, dass man sagen kann, da kann man auch über die Zuführung des Landes an die Forstanstalt nachdenken. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben ja gestern gesagt, wir nehmen das Geld woanders her, Sie hatten nicht gesagt woher. Wir glauben, dass die Forstanstalt hier genauso einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten muss wie alle anderen auch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen, Herr Primas, Sie haben recht, diese Forstanstalt war ein großer Versuch, Bilanzen mussten erstellt werden, es mussten Dinge bewertet werden. Wir haben jetzt Zahlen auf dem Tisch bzw. können ungefähr einschätzen, wie diese Forstanstalt läuft. Sie konnte es sich zumindest auch leisten, Investitionen aus dem eigenen Haushalt zu tätigen. Aber dass man nach zwei Jahren einmal darüber nachdenkt, ob denn das, was bilanziert wurde, und das, was an Zuführung des Landes für die nächsten Jahre festgeschrieben ist, nicht möglicherweise zu hoch war, das kann man doch machen. Ich sage es noch einmal: Wir verlangen, dass die Forstanstalt hier ganz deutlich in Richtung Windkraftnutzung im Wald geht. Herr Primas, ich weiß ja nicht, wie Sie das draußen den Bauern erklären wollen, wenn Sie sagen, wir wollen nicht in den Wald, wir wollen auf die landwirtschaftlichen Flächen, 3 Prozent können wir ... Sie haben gesagt, wir brauchen die Windkraft nicht im Wald, wir haben doch die Fläche. Das ist landwirtschaftliche Fläche, das wissen Sie. Wir wollen genau aus dem Grund, weil wir das nicht auf dem Feld haben wollen, im Wald machen und wollen dort die Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen.

(Unruhe CDU)

Wunderbar wie Sie das formuliert haben.

Meine Damen und Herren, letzte Bemerkung - auch das hat der Kollege Primas kritisiert - BVVG-Fläche: Wir wollen jetzt gar nicht über Zahlen streiten, abgesehen davon, dass wahrscheinlich gar nicht mehr so viel Land da ist.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: So ein Unsinn.)

Aber versuchen Sie doch nicht den Eindruck zu erwecken, als ob wir dort die BVVG-Flächen für Naturschutzzwecke aufkaufen wollen. Wir brauchen diese Fläche für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen, nämlich dann, wenn Landwirtschaftsbetriebe verpflichtet sind, landwirtschaftliche Fläche vorzuhalten für die E- und A-Maßnahmen. Dann kann man auf diese Fläche zurückgreifen und kann dort das machen, was das Bundesnaturschutzgesetz sowieso vorsieht.

Also, meine Damen und Herren, es bleibt dabei: Was Herr Primas hier versucht hat, irgendwie die CDU- und SPD-Änderungsanträge zu interpretieren als etwas, das der Landwirtschaft zugute kommt, das ist eine Selbstverständlichkeit, das hätten wir schon vom Minister erwartet. Damit fangen Sie die Bauern nicht. Ansonsten, die Änderungsanträge der LINKEN werden wir unterstützen, auch wenn sie im Detail diskussionswürdig wären. Aber dafür reicht die Zeit nicht. Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Herr Abgeordneter. Abgeordneter Kummer von der Fraktion DIE LINKE hat um das Wort gebeten. 2 Minuten hat die Fraktion noch.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Herr Primas, dass Sie einen neuen Regierungspartner suchen, wo der Vize-Ministerpräsident Herr Matschie in einem Interview gesagt hat, wir müssen die Gelder bei der Landwirtschaft wegnehmen und sie in zukunftsfähige Bereiche stecken, das kann ich nachvollziehen. Aber dass Sie da nicht stutzig werden, wenn Sie auf Staatssekretärebene die Zusage bekommen, dass die EFRE-Mittel, also die Regionalentwicklungsmittel, in Zukunft auch in den Umweltbereich fließen aus dem Wirtschaftsministerium, dass Ihnen das ausreicht bei einer solchen Aussage des Vize-Ministerpräsidenten, da bin ich wirklich verblüfft. Deshalb bitte ich einfach noch mal darum, stimmen Sie unserem Entschließungsantrag zu. Ich glaube, da haben wir es dann festgemacht und dann fließen die Gelder wirklich in die richtige Richtung.

(Beifall DIE LINKE)

Zu den Verpflichtungsermächtigungen, die Sie im Landwirtschaftsbereich eingestellt haben: Ich finde es gut, aber Sie stellen Gelder zur Verfügung in einer Zeit, wo diese Regierung abgelaufen ist. DIE LINKE wird zustimmen; wir gehen davon aus, wenn wir dort Regierungsverantwortung tragen, stehen auch wir für Kontinuität in der Landwirtschaft. Aber ich hätte mir schon gewünscht, dass Sie in Ihrer

(Abg. Kummer)

Regierungsverantwortung dort noch was zugelegt hätten. Die benachteiligten Gebiete 2014, da haben wir immer noch eine Null drin und wir wissen alle zusammen, dass die Betriebe, die dort wirtschaften, mit diesem Null-Ansatz nicht überleben können.

Meine Damen und Herren, ich will noch einen Satz zur Waldwindkraft sagen. Herr Dr. Augsten, unsere Fraktion hat oft genug hier im Haus gesagt, dass wir an Stellen, wo es passt, wo die Infrastruktur steht, für Waldwindkraft sind, immer und immer wieder. Das brauchen Sie uns nicht abzustreiten. Aber dass Sie erwarten, dass in 2014 aus Waldwindkraft die Anstalt schon so viel Gewinn erzielen kann, dass sie eine halbe Million einsparen können, wem wollen Sie denn das ernsthaft erzählen? Und wenn wir über die Frage des Beitrags der Anstalt zur Haushaltskonsolidierung reden, die Anstalt finanziert das Jugendwaldheim in Gera-Ernsee bei der Sanierung. Das ist eine eindeutige Landesaufgabe; da müsste eigentlich das Land das Geld dafür zur Verfügung stellen. Die Anstalt bezahlt die Kosten für ihre Haftpflichtversicherung von Kfz, obwohl es früher die Zusage vom Finanzministerium gegeben hat, dass da keine Änderung ist und dass das weiterhin in der Landesfinanzierung bleibt. Das sind alles Zusagen, die der Anstalt gegeben wurden, die sie jetzt aus eigener Kraft tragen muss und das geht so nicht.

Ein Wort noch zur Pferdezucht als Letztes. Ich verstehe die Diskussion nicht, Frau Hitzing. Die privaten Pferdehalter haben sich in Thüringen ganz klar dafür ausgesprochen, dass es für sie eine wichtige Wirtschaftsförderung ist, dass sie von Moritzburg Unterstützung brauchen, da gibt es überhaupt keine Konkurrenzsituation und deshalb steht Wirtschaftsförderung auch der Landwirtschaft zu. Danke.

(Beifall CDU, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich sehe jetzt keine weiteren Redemeldungen aus den Fraktionen. Es sind noch ganz geringe Redezeiten da. Für die Landesregierung Herr Minister, bitte.

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014 für den Einzelplan meines Hauses werden zur Fortsetzung der Politik der Regierungskoalition für Umwelt und Naturschutz sowie für den ländlichen Raum mit ihrer Land- und Forstwirtschaft auch die notwendigen Mittel bereitgestellt.

Ich will ein paar Eckdaten dazu sagen. Die Einnahmen 2013 bleiben annähernd wie 2012 und betra-

gen gut 194 Mio. €, 2014 sind es noch 158 Mio. €. Die Ausgaben in 2013 in Höhe von 423 Mio. € sind so veranschlagt, 2014 stehen rund 404 Mio. € zur Verfügung. Rückgang der Einnahmen und Ausgaben durch Auslaufen der EU-Förderperiode in 2013 und damit 2014 noch Abfinanzierung der Vorhaben war letztendlich möglich. Weitere Finanzierungsinstrumente sind, wie Sie alle wissen, die Gemeinschaftsaufgabe mit rund 51 Mio. €, natürlich der Europäische Landwirtschaftsfonds ELER mit gut 121 Mio. €. Bei der Gemeinschaftsaufgabe - ich glaube, Kollege Primas hat es schon gesagt - werden alle Mittel, die der Bund bereitstellt, auch in Anspruch genommen. Ausgaben für den ELER einschließlich LEADER sind 2013 auf dem Niveau von 2012. Da ist es relativ unverständlich, dass die FDP mit 12 Änderungsanträgen auf erhebliche Bundesmittel der Gemeinschaftsaufgabe verzichten wollte, um Einsparungen für die Schuldentilgung zu verwenden. Das sieht nach einer wundersamen Geldvermehrung aus, mit den anteiligen Bundesmitteln von 60 Prozent Thüringer Schulden abzubauen. So funktioniert das aber nicht, meine Damen und Herren. Wenn schon Kürzungsanträge zur Gemeinschaftsaufgabe dem HuFA vorgelegt werden, dann hätten auch die Einnahmen natürlich anteilig gekürzt werden müssen, sonst macht das nämlich eigentlich haushalterisch relativ wenig Sinn.

Auf der anderen Seite werden dann wieder zusätzliche Landesmittel notwendig, um die ELER-Programme abzusichern, und das passt doch irgendwie einfach nicht zusammen. Die Finanzausstattung der Landesprogramme bleibt mit 18,2 Mio. € auf dem Niveau von 2012. Sie sind ein wichtiger ergänzender Baustein zu den EU- und bundesmittelfinanzierten Programmen. Insbesondere die Unterstützung des Hochwasserschutzes, des Naturschutzes, der nachhaltigen Entwicklung, Vorhaben der Land- und Forstwirtschaft, des Agrar- und Forstmarketings und natürlich der Messen und der Landesgartenschauen 2015/2017 - dazu hat noch keiner was gesagt - müssen daraus mitfinanziert werden.

Der Einzelplan 09 enthält die folgenden wichtigen Förderschwerpunkte - ich will nur die wichtigen aufzeigen: Das sind die Programme Naturschutz und Landschaftspflege mit rund 54 Mio. €. Das sind die Förderschwerpunkte für den Klimaschutz und die nachhaltige Entwicklung und die Umweltbildung, die Altlastensanierung und Altlastenrekultivierung sowie die Brachflächenrevitalisierung. Dazu kommt die einzelbetriebliche Förderung der Landwirtschaft mit rund 42 Mio. € und die Entwicklung unserer Dörfer mit rund 22 Mio. € jährlich. Hochwasserschutz wird mit 18 Mio. € bzw. im nächsten Jahr, in 2014 dann, mit 22 Mio. € gefördert. Sicher, das könnte alles mehr sein, aber ich denke, dass wir damit auch die entscheidenden Schritte tun können, um zum Beispiel auch das Thema Eisenach

(Minister Reinholz)

etc. in geeigneter Weise mit in den Griff zu bekommen.

Ich begrüße ganz besonders - und das will ich hier ausdrücklich sagen, dafür bin ich den Koalitionsfraktionen ausdrücklich dankbar - die Ergänzungsanträge zum KULAP. Das wird es uns ermöglichen, auf die ausstehende Entscheidung der EU je nach Ausgang flexibel reagieren zu können und die Fortführung dieses wichtigen Programms ist damit im Endeffekt gesichert, egal ob das Österreich-Modell kommt oder nicht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein bisschen was zu den Änderungsanträgen sagen. Viele Änderungsanträge der FDP sind dagegen aus meiner Sicht schwer nachvollziehbar. Sachzusammenhänge zwischen Einnahmen und Ausgaben, wie die Kofinanzierung durch Bundesmittel oder der Einsatz von Drittmitteln wurden letztendlich nicht berücksichtigt - ich habe das vorhin schon gesagt - oder greifen ohne Überlegungen in die Handlungsfähigkeit der Verwaltung ein. Trotz ausführlicher Beratung sollen zum Beispiel Verwaltungskosten für die EU-Förderprogramme gekürzt werden, obwohl die EU gesagt hat - Egon hat es gerade hier dargelegt -, es wird mindestens eine Verwaltungsaufwandserhöhung um 18 Prozent geben. Die Erfahrung lehrt uns doch alle, wenn die EU von 18 Prozent redet, können wir ganz problemlos von 36 Prozent reden.

(Beifall CDU)

Das muss auch in irgendeiner Form umgesetzt werden, sonst bekommen nämlich die Bauern ihr Geld nicht. Wenn ich die Prüfung bis zum Datum X nicht abgeschlossen habe, bekommen die Bauern definitiv ihr Geld nicht.

Zu den Anträgen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die greifen in das System der Gemeinschaftsaufgabe ein oder sehen Erhöhungen vor, deren Finanzierung nicht erkennbar und auch wirklich nicht notwendig ist. Das Thema BVVG-Flächen für naturschutzrechtliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aufzukaufen für 40 Mio. € Landesgeld: Der Erwerb von Ausgleichsflächen ist Aufgabe des Eingriffsverursachers und nicht des Landes. Es ist nun mal per Gesetz so. Es ist Aufgabe des Eingriffsverursachers und nicht unsere Aufgabe, 40 Mio. € dort auszugeben, um dem Privaten, dem Eingriffsverursacher das Spaßchen zu ermöglichen.

Die Halbierung der Ausgaben für die Grüne Woche, das ist doch völliges Chaos. Was habe ich mit dem Finanzminister gerungen, dass wir die Mittel zur Verfügung haben, die wir jetzt haben. Sie waren doch alle selber da. Es ist nun wirklich ein gelungener Auftritt in der Halle 20 geworden; das ist die Eingangshalle überhaupt auf der Grünen Messe.

(Beifall CDU)

Wenn wir nächstes Jahr vielleicht einen noch etwas größeren Stand brauchen, weil wir die 5.2 auflösen wollen, weil die zu uns herüber wollen, da könnt ihr mir doch nicht das Geld um die Hälfte kürzen. Woraus soll ich es denn bezahlen? Also, das kann ich beim besten Willen nicht. Das müssen Sie, Herr Augsten, mal dort auf der Grünen Woche sagen, passt auf, ich nehme die Hälfte des Geldes weg, wir machen den Stand halb so groß, seht mal zu, wie Ihr mit Euren Butzelbuden klarkommt. Also, das geht beim allerbesten Willen nicht.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch nicht nachhaltig.)

Herr Augsten, noch eins zur Forderung nach Erhöhung der Zuschüsse für Naherdwärme und Biogasleitungen für Private: Obwohl wir den Ansatz im Doppelhaushalt auf 500.000 € erhöht haben, wollen Sie eine weitere Erhöhung? Die Gelder, die wir 2012 zur Verfügung gestellt haben, sind noch nicht einmal abgeflossen.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: 8.000 € sind abgeflossen.)

Da werde ich doch nicht noch einmal Geld hineinpumpen, damit es am Ende des Jahres der Finanzminister wieder einkassiert. Ich bin doch nicht verrückt. 8.000 € sind abgeflossen, na klar. Aber jetzt haben wir 500.000 € drin. 8.000 € zu 500.000 €, da ist doch eine Riesensumme dazwischen. Am Ende freut sich nur einer, das ist der Finanzminister. Nichts gegen den Staatssekretär, der hier sitzt, aber im Endeffekt fällt ihm das wieder zu.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umweltpädagogen im Hainich. Ich bitte zu berücksichtigen, dass der Nationalpark Hainich bereits vom Stellenabbau des Einzelplans 09 ausgeschlossen worden ist, er ist also schon bevorzugt worden. Wir haben auch noch freie Stellen, die wir besetzen werden. Wir haben im Haushalt 25.000 € für Praktikanten stehen. Auf der anderen Seite fordern Sie in einem Entschließungsantrag einen beschleunigten Stellenabbau und Personalabbau und dort machen wir genau das Gegenteil. Das ist eine ungerechte Behandlung gegenüber allen anderen Ämtern in der Landwirtschaft. Das können Sie einfach nicht so gewollt haben.

Biosphärenreservat Südharz: Herr Adams sitzt jetzt da, ich sage es noch einmal, mit dem Thema müssen Sie mal eine Bürgersprechstunde in Nordhausen machen oder machen Sie mal eine Veranstaltung dazu, wenn es auf den Wahlkampf 2014 zugeht, dann müssen Sie das Fähnchen hochziehen, dann brauchen Sie gar nicht anzutreten im Landkreis, da sind Sie gleich weg vom Fenster.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wissen Sie, wir machen es trotzdem, weil es nachhaltig ist.)

(Minister Reinholz)

Ja, machen Sie. Machen Sie eine Veranstaltung, vielleicht gemeinsam mit Frau Mühlbauer, machen Sie eine große Diskussionsveranstaltung in irgend-einer großen Halle.

(Unruhe CDU)

Herr Primas und ich kommen gern, wir setzen uns in die fünfte Reihe und schauen zu. Da schauen wir zu, wie Sie zerlegt werden. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie Egon und ich durchgeboxt haben, dass es überhaupt zum Naturpark gekommen ist. Das war schon ein Kraftakt. Biosphärenreservat, das müssen Sie sich zum Hauptthema im Wahlkampf machen, dann war es das für Sie.

Windkraft im Wald: Ich sage es Ihnen noch einmal, sagen Sie mir in Bayern eine einzige Windkraftanlage im Wald, sagen Sie mir in Baden-Württemberg eine Windkraftanlage.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Rheinland-Pfalz.)

Es gibt eine Potenzialstudie zur Windkraft in Thüringen, Kollege Primas hat sie angesprochen. Ich zitiere einmal daraus: „In Thüringen stehen auf Basis der Geodaten knapp 9,1 Prozent der Landesfläche außerhalb von Wäldern und Schutzgebieten für die Windenergieerschließung zur Verfügung.“ Kollege Machnig möchte 3 Prozent. Die 3 Prozent hat er jetzt schon ausgewiesen in den regionalen Raumordnungsplänen. Und da wollen wir noch einmal in den Wald rein. Dafür habe ich überhaupt kein Verständnis, das wird mit mir und mit uns nicht stattfinden.

(Beifall CDU, FDP)

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Die Frage ist, mit welchem Hintergrund.)

Zur Aufforderung der LINKEN, die Sicherung der Ausgleichszulage benachteiligter Gebiete auch für das Jahr 2014 vorzunehmen - das ist doch bereits erfüllt. Was soll denn dieser Antrag? Wir haben im Haushaltsentwurf entgegen Ihrer Auffassung sowohl in der Gemeinschaftsaufgabe als auch im ELER-Programm entsprechende Haushaltsmittel eingeplant. Wenn die ELER-Programm-Genehmigung vorliegt, kann jederzeit im Haushaltsansatz die erforderliche Aufstockung vorgenommen werden. Aber wir müssen die ELER-Programm-Genehmigung erst einmal haben, Frau Scheringer-Wright.

Sondervermögen ökologische Altlasten, auch ein Thema, auf dem Sie herumgeritten sind. Die Aufforderung am Beispiel der Sanierung ökologischer Altlasten, das Finanzierungsinstrument Sondervermögen auf seine Wirksamkeit und Geeignetheit zu überprüfen, weil insbesondere der Aspekt der Unsicherheit von Kostenprognosen für anstehende Sanierungsprojekte besteht, läuft doch völlig ins Leere. Unabwägbarkeiten in der Kostenprognose resul-

tieren doch nicht aus den Finanzierungsformen, aus der Finanzierungsform Sondervermögen, sondern aus den Projekten heraus an sich, aus den Schwierigkeiten, Gelder einzuschätzen. Das hat aber mit der Finanzierungsform nichts zu tun. Und der Bund hat ausdrücklich das Finanzierungsinstrument Sondervermögen gewünscht, weil er sonst eine Kofinanzierung gar nicht zur Verfügung gestellt hätte. Da fehlen mir ein bisschen der Verstand und die Sachkenntnis, wo Sie das hernehmen.

Zum Schluss mache ich mir jetzt den Spaß und komme noch einmal auf das Lieblingsthema dieses Hause zu sprechen, die Pferdezucht. Frau Hitzing, ich widerspreche Ihnen ja ungern, aber die Zahlen, die Sie genannt haben für die übrige Zucht, stimmen nicht. Wir setzen für die übrigen Zuchttiere 2 Mio. € ein. Da kommen die 240.000 € für Moritzburg hinzu, die stehen deshalb nicht im Gesamtpaket drin, weil es einen Staatsvertrag gibt. Deshalb zieht man sich so wunderschön und gern immer wieder daran hoch. Dabei vergessen wir aber alle, dass die Pferdezucht ein Kulturgut ist, genau wie unsere Theater, dass es die Pferdezucht in Thüringen und Sachsen, die mitteldeutsche Pferdezucht, seit Jahrhunderten gibt. Das Landgestüt Moritzburg ist nach den Napoleonischen Kriegen 1815 gegründet worden. Was alle immer wieder vergessen, Sächsische Hengste decken hier in Thüringen. Das ist ein Irrtum, Freunde. Moritzburg ermöglicht überhaupt erst, dass thüringische Hengste gekört werden in Sachsen, nämlich in Moritzburg und kommen dann als Deckhengste wieder nach Thüringen zurück. Sie vermischen Äpfel mit Birnen in Größenordnungen. Auf der einen Seite geben wir für unser Kulturgut Theater 65 Mio. € aus. Und dann machen wir uns heiß über 240.000 € für ein anderes Kulturgut. Es käme kein Mensch auf die Idee, ein Theater abzureißen, nur damit wir ein bisschen Geld einsparen. Also das ist wirklich einfach ein unvorstellbares Theater, was darum gemacht wird. Nehmen Sie es mir nicht übel, da reden die Blinden von Buntstiften. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich habe jetzt keine weiteren Redeanmeldungen und schließe die Aussprache zum Einzelplan 09.

Und nun folgt der Komplex **Einzelplan 10 - Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr gemeinsam mit dem Einzelplan 18 - Staatliche Hochbaumaßnahmen - einschließlich Artikel 11, 12 und 13 Abs. 2 Nr. 3 des Thüringer Haushaltbegleitgesetzes 2013/2014 sowie Thüringer Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.**

Die vereinbarten Redezeiten für die Fraktionen betragen für die CDU 13 Minuten, die Fraktion DIE LINKE 13 Minuten, die SPD-Fraktion 11 Minuten, die FDP-Fraktion 8 Minuten, die Fraktion BÜNDNIS

(Vizepräsidentin Dr. Klaubert)

90/DIE GRÜNEN 8 Minuten. Die Landesregierung hat eine Redezeit von 13 Minuten. Wenn diese Redezeit überschritten wird, verlängert sich die Redezeit der Fraktionen.

Wir beginnen mit der Aussprache zu diesem Komplex und ich rufe als Erste für die Fraktion DIE LINKE Frau Abgeordnete Dr. Lukin auf.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich möchte mit einem Zitat beginnen: „Mobilität, so wie wir sie heute praktizieren, ist nicht zukunftsfähig.“ Meine Damen und Herren, ich muss Sie leider enttäuschen, das ist kein Ausspruch aus GRÜNER oder LINKER Richtung, sondern die Worte des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler, interessanterweise bei einem Empfang des ADAC im Jahre 2010 gesprochen. Er forderte vehement auf, den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs voranzutreiben, nicht nur bei Lippenbekenntnissen stehen-zubleiben, denn viel zu lange schon hätten wir uns an eine erhöhte Feinstaubbelastung gewöhnt, würden die kilometerlangen Staus, die enorme Schäden für die Volkswirtschaft mit sich bringen, akzeptieren und würden Flächenversiegelungen und Verkehrsdichte hinnehmen.

Leider zeichnet sich ab, dass auch dieser Haushalt keine Verkehrswende in Thüringen einleiten wird.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum einen werden zu wenig Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr, für seine flächendeckende Aufgabenerfüllung zur Verfügung gestellt. Gerade für Bürgerinnen und Bürger mit eingeschränkter Mobilität, das heißt also für Jugendliche, ältere Menschen und Mitbürger mit Handicap, sind gute Bus- und Bahnverbindungen lebensnotwendig.

Wenn die Landesregierung in Thüringen auf dörfliche Strukturen im Landesentwicklungsplan abstellt, dann darf sie dort auch nicht vorrangig Thüringen als Autoland betrachten, denn Arztpraxen, Versorgungseinrichtungen, Kulturangebote und auch Freunde müssen mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein. Dabei müssen Sie in der Koalition und Regierung aber auch die gestiegenen Kosten der Busunternehmen und der kommunalen Aufgabenträger mit berücksichtigen. Dafür ist der Aufwuchs im Haushaltsplan zu gering.

Der Städte- und Gemeindebund - wir sind nicht immer seiner Meinung - sprach dieses Problem sehr deutlich an. Sie wollen nicht Fahrplankilometer abbestellen, sondern wollen einen gut funktionierenden öffentlichen Bus- und Bahnverkehr realisieren. Deswegen haben wir auch 5 Mio. € zusätzliche Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr eingestellt als Antrag.

Ich möchte dafür auch noch einen weiteren Grund nennen. Gestern kam mehrfach die Diskussion auf über das Image Thüringens als Kulturland, über Tourismuskonzepte und über die Theater- und Kunstfinanzierung. Wir müssen aber berücksichtigen, dass man die Denkmäler, die Kulturstätten und Naturparks auch erreichen muss. Da sollte keinesfalls nur auf das Auto zurückgegriffen werden müssen, denn Bus und Bahn sind die Verkehrsmittel, die zunehmend mehr Touristen in den Freistaat bringen. Da sollten sich die Touristiker und auch die Verkehrspolitiker mal ansehen, wie einige Bahnhöfe aussehen, wie bekannte Naturparks mit öffentlichem Nahverkehr zu erreichen sind

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gar nicht!)

bzw. wie mitunter - nehmen wir mal die berühmte Wartburgstadt Eisenach - der Busbahnhof dort aussieht oder wie die Bleilochtalesperre beispielsweise erreicht werden kann. Die Palette ließe sich noch relativ zügig fortsetzen. Es wäre auch nicht schlecht, wenn wir hier einmal etwas ausprobieren würden, was in anderen Landesteilen praktiziert wird. Beispielsweise das Projekt Fahrtziel Natur, wo im Schwarzwald gemeinsam mit Bahn, mit großen Verkehrsverbänden und auch durch Anschlag der Landesregierung das sogenannte Konus-Projekt, die Konus-Gästekarte sichert, dass kostenlos der Nahverkehr in diesem Territorium genutzt werden kann. Auch das Harz-Ticket ermöglicht beispielsweise für Urlauber die kostenlose Nutzung des Nahverkehrs. Wir würden uns solche Pilotprojekte auch für Thüringen wünschen. Vielleicht kann man das einmal mit anschieben in der zukünftigen Diskussion über die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur.

Wir wollen auch mehr Mittel einstellen für Verkehrsverbände, denn hier sehen wir die Möglichkeiten, die beispielsweise der Verkehrsverbund Mittelthüringen hat mit einem einheitlichen Fahrscheinangebot, mit gut vertakteten Verkehrsmitteln nur in Ansätzen von der Landesregierung unterstützt. Wir haben uns mal Zahlen geben lassen von ähnlich gelagerten, sicher größeren Verkehrsverbänden in den westlichen Bundesländern, die werden also zehnmal mehr durch ihre Landesregierungen und auch durch die Kommunen unterstützt

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und haben dann natürlich auch wesentlich mehr Mittel und mehr Spielraum. Sie sind natürlich auch größer, man muss das auch mit berücksichtigen, aber wenn wir nicht anfangen, den VMT zu erweitern, dann bleibt er ewig auf der Strecke. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe, denn ich muss sagen, solange der Verkehrsverbund beispielsweise auf die BahnCard 50 nicht anerkennt, wenn Eltern mit

(Abg. Dr. Lukin)

Kindern in der Bahn innerhalb dieses Verkehrsgebietes benachteiligt sind, wenn sie mit VMT-Fahrschein reisen und wenn ständig Fahrpreisaufwüchse schon im Konzept eingearbeitet sind, dann wird die Attraktivität dieses Verkehrsverbundes auch nicht besonders steigen. Ich denke, dann wird auch das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel, einen thüringenweiten Verkehrsverbund zu schaffen, irgendwo nur eine fromme Zielstellung bleiben. Deswegen wollen wir hier mehr Geld einstellen, um schrittweise dem Ziel eines thüringenweiten Verkehrsverbundes näherzukommen. In diesem Zusammenhang ist es, das möchte ich noch erwähnen, weil wir auch über das Haushaltsbegleitgesetz sprechen, für uns nicht nachvollziehbar, dass die Landesregierung bei dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf eine Priorisierung des ÖPNV in der Mittelhöhe verzichtet. Wir hätten uns hier eine Festbeschreibung von mindestens 50 Prozent der Mittel für den ÖPNV einfach als definitive Aussage gewünscht. Ich meine, so gut es ist, dass die Zweckbindung der Mittel für den öffentlichen Verkehr fortgeführt wird, hier hätte man schon doch ein klares Signal auch an den öffentlichen Nahverkehr setzen können. Aus diesem Anlass möchte ich noch mal eine alte Forderung von uns erneuern. Wir würden uns wünschen, wenn eine verkehrsträgerübergreifende Infrastrukturanalyse zum Thema Verkehr durch die Landesregierung vorgelegt wird, damit wir auch dort prioritär schauen können, wie der Mitteleinsatz in den zukünftigen Jahren - denn Infrastruktur wird immer langfristig geplant - erfolgen soll. Ein weiterer Kritikpunkt, und deswegen haben wir einen Entschließungsantrag mit eingereicht, ist für uns, dass die Förderung der Schieneninfrastruktur nicht so zum Tragen kommt, zumindest nicht im vorliegenden Haushalt. Wir wollen uns nicht zum Verteidiger Ihres Koalitionsvertrages machen, aber Sie haben dort formuliert, dass Sie mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene bringen wollen. Ich denke, hier müssten die Ansätze, die da sind, noch wesentlich verstärkt werden. Wir wollen mit unserem Entschließungsantrag erreichen, dass ein gut vertaktetes Bahnangebot im Freistaat mit vorangetrieben wird. Deswegen fordern wir die Landesregierung explizit auf, die Potenziale, aber auch die Mittel zur Verbesserung und Erweiterung der Schieneninfrastruktur im Freistaat und im Zusammenhang mit der Entwicklung im Bund darzustellen. Das wäre auch ein Beitrag im Zusammenhang mit dem Zusammenwachsen von Regionen auch zwischen Ost und West. Der geplante Lückenschluss der Werra-Bahn gibt uns da Hoffnung für die Höllentalbahn, auch für eine mögliche Vorfinanzierung der Elektrifizierung auf der Mitte-Deutschland-Verbindung oder für eine schnellere Realisierung des jetzt noch eingleisigen Abschnitts zwischen Töppeln und Gera. Auch bei der Rennsteigbahn haben wir leichte Hoffnung. Vielleicht kann man auch an einen Beschluss aus 2003 erinnern,

auch wenn sich dann die Geschichte etwas anders realisiert hat. Da haben die damaligen Verkehrsminister Daehre und Trautvetter in der Sektkellerei zu Freiburg über eine Verbindung zwischen Kyffhäuserbahn und Unstrutbahn über Naumburg nach Sondershausen nachgedacht. Das wissen wir alle, 2006 wurden die Bahnen dann abbestellt. Aber vielleicht kann man noch mal darüber reden, wie wir insgesamt die Schieneninfrastruktur im Freistaat gestalten.

Geld für Infrastrukturentwicklung ist jedenfalls da, das möchte ich gleich sagen, das konnten wir der trickreichen Finanzsicherung des angeschlagenen Erfurter Flughafens entnehmen. Schon mehrfach wurde angesprochen, dass der Rechnungshof seit Jahren eine Überarbeitung des Betriebskonzepts gefordert hatte. Die Landesregierung hat es dann letztendlich in Auftrag gegeben und der Minister hat mehrfach darauf hingewiesen, dass entsprechende Sparmaßnahmen auch eingeleitet wurden und die Mittelzuwendungen von im Haushalt 2013 4,8 Mio. € auf 4 Mio. € im Haushalt 2014 gekürzt wurden. Dass Sie aber offensichtlich den eigenen Untersuchungen und den angenommenen Passagierzahlen nicht gänzlich trauen, zeigt die Tatsache, dass ganz beiläufig die Restmittel aus dem Straßenbau in Thüringen und aus dem Landesamt für Bau und Verkehr zur Kostendeckung herangezogen werden können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Bergemann CDU: Spekulation.)

Lesen Sie den Haushalt, das steht dort als Deckungsvermerk.

(Beifall DIE LINKE)

Deswegen möchten wir diese Deckungsvermerke gern streichen. Wir werden uns in ein bis zwei Jahren wieder darüber unterhalten. Ich glaube, da werden wir die Verwendung sehen, falls Sie nicht eventuell darüber nachdenken, den Flughafen so zu reduzieren, dass er kostendeckend ist oder dass er dann im Verkehrsverbund Mitteldeutschland gemeinsam mit Leipzig eine Außenstelle bildet.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Wir können ja mal nach Berlin abgeben.)

Über Berlin wollen wir in diesem Zusammenhang bitte nicht reden, der Erfurter Flughafen wurde wenigstens fertig gebaut. Abgesehen davon, dass wir diese Deckungstitel streichen wollen, wundere ich mich zum Beispiel, dass die Landesregierung nur an der Stelle für den Erfurter Flughafen auf diese Idee gekommen ist. Für den ÖPNV finden wir solche Deckungsmöglichkeiten nicht, zumindest nicht in dieser Größenordnung. Wir möchten, meine Damen und Herren, auch die Forderung des Rechnungshofes unterstützen, die ÖPP-Projekte bei öf-

(Abg. Dr. Lukin)

fentlichen Baumaßnahmen zu evaluieren und eine Erfolgskontrolle durchzuführen. Das ist dringend notwendig, denn so große Erfolge haben wir bundesweit und auch in Thüringen mit ÖPP-Projekten nicht verzeichnen können. Ich erinnere nur an das angemahnte Beispiel Saale-Holzland-Kreis „Die Straße“, selbst da war die Wirtschaftsberechnung vorher falsch. Wir sollten tatsächlich ein Augenmerk darauf haben, ob nicht letztlich die öffentliche Hand wesentlich wirtschaftlicher baut als die private. Herr Ramsauer wird diese Erfahrung gerade im Bund machen müssen, weil die PPP-Autobahnprojekte endlich überprüft werden.

Eine weitere Sparmaßnahme, die wir kritisch hinterfragen, deswegen möchten wir auch dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zustimmen, ist die Abstufung von Landesstraßen zu kommunalen Straßen. Das ist eine Sparbüchse der Landesregierung. Die Kommunen werden mit den Mitteln für Winterdienst, mit Erhaltung noch mehr belastet. Allerdings kann das natürlich auch in den Folgezeiten einen Rückschlag für beispielsweise Straßenbegehung oder Winterdienst für die Landesregierung haben. Es wird einfach ein Straßenflickenteppich entstehen. Wenn dann die Landesstraßen vom Winterdienst gereinigt werden, dann in den kommunalen Abschnitten die Kollegen abbiegen müssen, aber trotzdem den nächsten Landesstraßenabschnitt wieder erreichen und reinigen müssen, sollte man darüber nachdenken, wie effizient das ist.

Ein Wort noch zur Erhöhung der Mittel für die Landesverkehrswacht. Ebenfalls ein Antrag von uns. Herr Höhn als Fraktionsvorsitzender hatte ja gesagt, dass Sie die steigenden Kosten in anderen Beratungsstellen zumindest ansatzweise berücksichtigt hätten. Aber offensichtlich hat die Koalition bei der Landesverkehrswacht keinen Handlungsbedarf gesehen, denn sie wurde nicht berücksichtigt. Ich frage mich, ob die geleistete Arbeit dort etwas weniger wert oder wichtig ist. Ich möchte nur darauf verweisen, 2011 stieg die Zahl der Toten im Thüringer Straßenverkehr um 37 Prozent und im Jahr 2012 die Anzahl registrierter Unfälle. Deswegen würde ich an dieser Stelle noch mal um Gleichbehandlung oder um Zustimmung für unseren Antrag werben.

Noch einige Sätze zum Abschluss zum Thema Wohnungsbauvermögen. Wir begrüßen die Absicht der Landesregierung, dieses einzurichten, kritisieren aber, dass 20 Mio. € an den allgemeinen Haushalt zurückgegeben werden, denn wenn wir in Thüringen die demografische Entfrachtung und die Umsetzung der Behindertenkonvention betrachten, dann bräuchten wir dringend mehr Mittel für notwendige bauliche Veränderung im Wohnungsbau. Deswegen unser Antrag, 3 Mio. € zusätzlich für barrierefreies Bauen einzusetzen.

Die Zeit ist abgelaufen, ich hätte sonst noch die Fahrradkommunalkonferenz des Bundes in Erfurt begrüßt und mir gewünscht, dass dieses Jahr der Titel für Radwege ausgeschöpft wird.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe für die CDU-Fraktion Frau Abgeordnete Tasch auf.

Abgeordnete Tasch, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Finanzierung von Verkehrsinvestitionen ist eine zentrale Säule der Thüringer Verkehrspolitik. Der Etat des Ministeriums betrifft alle Menschen in Thüringen, den Autofahrer, den Bahnfahrer, Reisende, Mieter sowie Hausbesitzer. Er ist mitverantwortlich für die größten Investitionen des Landes und gilt gemeinhin als Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung unseres Freistaats. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur verbessern die Anbindung und Erreichbarkeit, steigern die Attraktivität aller Landesteile für Bürger und Unternehmen und ermöglichen im Idealfall neue Ansiedlungen. Investitionen in den ÖPNV sichern die Mobilität aller Thüringer in der Daseinsvorsorge. Ich hoffe, es besteht Einigkeit darüber, dass jeder ausgegebene Euro im Einzelplan 10 Effekte generiert, die auch in Zukunft jedem Einwohner des Freistaats zugute kommt.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Schön wäre es.)

Es ist so. Aus diesem Grund freue ich mich ganz besonders darüber, dass der Etat im Vergleich zur drastischen Absenkung im letzten Jahr für die kommenden beiden Jahre wieder leicht angewachsen ist, aber auf der anderen Seite die Haushaltskonsolidierung nicht aus dem Blick gelassen wurde. Für 2013 sind im Einzelplan 10 Gesamtausgaben in Höhe von 785 Mio. € vorgesehen und 2014 von 780 Mio. €. Die Investitionsquote steigt von 33 Prozent auf 36 Prozent 2013/2014.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, über den Zustand der Landesstraßen haben wir schon öfter hier im Plenum, aber auch im Ausschuss gesprochen. Ich will die Zahlen gern noch mal vor Augen führen. 2008 befanden sich 30 Prozent der Landesstraßen auf der freien Strecke in einem schlechten bzw. sehr schlechten Zustand, 2012 waren es 50 Prozent. Bei den Ortsdurchfahrten sind die Ergebnisse noch schlechter, 2008 waren 56 Prozent in einem schlechten Zustand, im vergangenen Jahr bis zu 80 Prozent. Anhand dieser Zahlen wird bewusst, dass Einsparungen bei der Straßenunterhaltung nicht folgenlos bleiben, sondern einen erhöhten Investitionsbedarf für die Zukunft generieren. Deswegen ist es unser Ziel, den Investitionsstau langfristig

(Abg. Tasch)

abzubauen. Darum begrüßen wir auch, dass in dem Haushalt 2013 und 2014 die Mittel auf 40 Mio. € wieder angestiegen sind, obwohl das immer noch nicht den Zahlen des Koalitionsvertrags entspricht, aber es sind mehr als in den vergangenen Jahren und das ist ganz wichtig.

Konsens besteht - so hoffe ich auch -, dass investiert werden muss, damit der ÖPNV verbessert wird. Worüber wir uns besonders freuen, ist, dass auch die Regionalisierungsmittel für den ÖPNV angestiegen sind. Damit sind die Voraussetzungen für die weiteren Leistungsvergaben im Schienenpersonennahverkehr geschaffen. Für zukünftige Investitionen zum Aufbau, zur Modernisierung und zum Erhalt der ÖPNV-Infrastruktur stehen uns in den beiden Jahren jeweils 40 Mio. € zur Verfügung. Dadurch wird die Attraktivität für die Fahrgäste, insbesondere hinsichtlich der Barrierefreiheit und der Zugangsmöglichkeiten, erhöht, aber auch die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen.

Auch die Städtebauförderung kann auf einem hohen Niveau fortgeführt werden. Die Bund-Länder-Programme werden in vollem Umfang kofinanziert. Damit werden so erfolgreiche Initiativen wie „Genial zentral“ oder die Thüringer Innenstadtinitiative fortgeführt.

Dann möchte ich noch ein paar Sätze zu den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen hier vortragen. Wir haben ja beantragt, Geschwindigkeitsmesstafeln anzuschaffen und damit einen Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf öffentlichen Straßen zu leisten; das betrifft 100.000 €. Die Wirksamkeit von Geschwindigkeitstafeln zur Erhöhung der Verkehrssicherheit wurde in Studien des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft und der deutschen Hochschule der Polizei bestätigt.

Des Weiteren haben wir mit einem Änderungsantrag erreicht, dass Bundesbauprogramme im Bundesfernstraßenbau optimal genutzt werden können. Dieses dient vor allen Dingen zur Flexibilisierung und zur Ermächtigung, Aufträge auch anzuschieben, auch wenn im Moment das Geld nicht da ist, aber auch dann handeln zu können, wenn Geld vom Bund zur Verfügung steht, wir hier auch einen Planungsvorlauf geschaffen haben. Das ist aus unserer Sicht ganz wichtig, dass wir hier auch flexibler handeln können.

In Artikel 12 des Haushaltsbegleitgesetzes ist zudem die Bereitstellung und feste Bindung der Kompensationsmittel aus dem Entflechtungsgesetz für den kommunalen Straßenbau und ÖPNV bis zum Auslaufen der Förderperiode festgeschrieben. Dies ist ein klares Signal an die Kommunen und die Leistungsträger, im ÖPNV auch zukünftig Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur vornehmen zu können und dringend notwendige Verbesserungen vorausschauend planen zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch kurz auf die Gesetzesinitiative der Landesregierung im Bundesrat eingehen, die wir als CDU-Fraktion ausdrücklich unterstützen. Vor dem Hintergrund der Revision der Entflechtungsmittel hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem die Kompensationsleistung lediglich für das Jahr 2014 auf der Höhe der bisher geleisteten Beträge fortgeschrieben werden soll. Thüringen hat im Bundesrat eine Initiative gestartet und setzt sich dafür ein, dass die Mittel erhöht und bis zum Jahr 2019 gesetzlich festgeschrieben werden.

Zum einen braucht das Land eine bedarfsgerechte und abschließende Regelung zu den weiteren Zahlungen vom Bund. Zum anderen benötigen die Kommunen und die Träger des ÖPNV eine dauerhafte, solide und langfristige Finanzierungsperspektive. Ich hoffe, dass wir uns an diesem Punkt einig sind.

In welchem Punkt kein Konsens erzielt werden kann, ist der Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thüringer Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Im Rahmen der Beratung zum Haushaltsbegleitgesetz wurde ebenfalls der Gesetzentwurf zum Thüringer Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, der im Haushalts- und Finanzausschuss beraten wurde, eine schriftliche Anhörung durchgeführt und schlussendlich abgelehnt. Nach Ansicht meiner Fraktion kann der Gesetzentwurf der Landesregierung die tatsächlichen Bedürfnisse der Kommunen zielführender bedienen und ist flexibler.

Dann möchte ich noch ganz kurz auf zwei Änderungsanträge der Opposition eingehen. Das eine betrifft die Absenkung der Mittel für den Flughafen Erfurt-Weimar und für den kommunalen Straßenbau. Wir wissen, die Situation des Flughafens Erfurt GmbH ist so, wie sie ist, und sie wird sicher auch mit der Inbetriebnahme von Kassel-Calden noch weiter unter Druck geraten, aber wir wissen auch, die Landesregierung ist zu 95 Prozent Gesellschafter und subventioniert diesen. Die Einsparvorschläge werden den Flughafen unserer Auffassung nach in die Handlungsunfähigkeit treiben. Ich denke, das kann nicht gewollt sein. Aus diesem Grund plädieren wir dafür, die möglichen Erfolge aus der Umsetzung des Betriebskonzepts, welches wir auch im Ausschuss schon diskutiert haben, abzuwarten und dem Flughafen nicht voreilig den Wind aus den Segeln zu nehmen. Auch hat der Flughafen eine Bedeutung für Thüringen und deshalb müssen wir hier abwarten.

Frau Schubert, Ihre Fraktion beantragte, 8 Mio. vom kommunalen Straßenbau abzuziehen und 10 Mio. zugunsten des ÖPNV zu investieren. Sie begründen dies mit der Anpassung an die Ist-Ausgaben im Jahr 2011. Zunächst: Die 25 Mio., die

(Abg. Tasch)

2011 ausgegeben wurden, waren im Haushalt eingeplant und entsprachen dem 50-prozentigen Anteil der Entflechtungsmittel. Der Aufwuchs an Mitteln für den kommunalen Straßenbau ist aus unserer Sicht völlig berechtigt. Ein wachsendes Netz an kommunalen Straßen, was sicher auch Herabstufung bedeutet, hat auch einen erhöhten Finanzbedarf zur Folge. Wie der Zustand ist, habe ich am Anfang gesagt, wissen wir auch. Deshalb ist dieser Antrag nicht zielführend, den können wir auf keinen Fall unterstützen.

Nun noch mal ein Satz zum Antrag der FDP: Eine pauschale Kürzung der Ausgaben im IT-Bereich ist nicht zielführend und bereits zum Haushalt 2012 hat der Minister das schon ausführlich begründet. Da muss man sich schon fragen, warum Sie abermals an der Wahrheit und der Sinnhaftigkeit der Aussagen des Ministers zweifeln.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wir haben unsere Erfahrungen damit, deshalb.)

Ihr habt Erfahrung damit, aha. Im Einzelplan 18 stellt die Landesregierung sicher, dass die laufenden Maßnahmen fortgesetzt werden können. Für staatliche Hochbaumaßnahmen sind 2013 119 Mio. und für 2014 108 Mio. geplant. Es wird eine Reihe von Investitionen damit abfinanziert. Die brauche ich jetzt nicht alle vorzulesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung hat mit dem Einzelplan 10 einen Haushalt vorgelegt, der zum einen nach unserer Auffassung richtige Schwerpunkte setzt und zum anderen gezielte Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur vorsieht. Deshalb werbe ich um Zustimmung. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat sich Abgeordneter Untermann zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, meine sehr geehrten Damen und Herren auch auf der Zuschauertribüne, die heute wieder erfreulicherweise sehr gut besetzt ist.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Jetzt enttäusche sie aber nicht!)

Das machst du doch schon für mich.

Bevor ich anfangen: Ich habe heute früh im Fernsehen eine Meldung gehört, was Sie jetzt sicherlich auch interessieren wird, Herr Minister. Da ging es um den Bundeshaushalt, dass bei der Verteidigung und bei der Verkehrsinfrastruktur die größten Einschnitte gemacht werden sollen. Ich denke, bei mir sind sämtliche Alarmglocken angegangen. Ich hoff-

fe, bei Ihnen auch. Also wenn wir da sparen, Verkehr, da brauchen wir nicht zu reden, das wissen wir, werde ich jetzt noch was dazu sagen, aber auch beim anderen Punkt Verteidigung, wenn ich mir die Situation in der Welt ansehe, sind das Sachen, die man nicht in die Welt setzen sollte.

Kommen wir jetzt zum Eigentlichen. Geht man ins Detail des Einzelplans, so umfasst der Titel „Wartung und Unterhaltung von Landesstraßen“ für die Jahre 2013 ein Volumen von 34 Mio. € und 2014 von 33 Mio. €. Hinzu kommen 6 Mio. € Landesmittel für die Verkehrsinfrastruktur. Das ist zwar mehr als im Jahr 2012, aber trotzdem 10 Mio. € weniger als die im Koalitionsvertrag der CDU und SPD festgesetzten 50 Mio. € - wie Frau Tasch schon richtig sagte - pro Jahr. Bei der Höhe der eingestellten Haushaltsmittel stelle ich die Frage, ob in der Perspektive eine nachhaltige Entwicklung und der Substanzerhalt der Landstraßen möglich sein wird. Ich glaube es nicht.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Glauben ist nicht Wissen.)

Ich komme noch zu Ihnen, Frau Schubert. Mit den Änderungsanträgen der FDP möchten wir dazu beitragen, Thüringens Zukunft zu sichern. Die Anträge sind durch drei Eckpunkte gekennzeichnet. Ich will sie mal bezeichnen als die drei „r“ der FDP: 1. richtig sparen, strukturelle Einsparungen auf Landesseite; 2. richtig tilgen, eine Erhöhung der Schuldentilgung um 147,9 Mio. € auf insgesamt 277,9 Mio. € über beide Jahre; 3. „R“ ist, richtig investieren,

(Beifall FDP)

eine Umschichtung von Mitteln im Schlüsselbereich Infrastruktur, um so eine Stärkung der Kommunalfinanzen durch Mehrausgaben in die Straßensanierung zu erzielen. Mit diesen drei „r“ richtig sparen, richtig tilgen und richtig investieren setzt die FDP-Fraktion ihren verantwortungsvollen Haushaltskurs fort. Wie bereits im Vorfeld erwähnt, beinhaltet ein Änderungsantrag die Erhöhung der Mittel an die Gemeinden für den kommunalen Straßenbau zur Verbesserung dieser Verkehrsverhältnisse in Höhe von 10 Mio. € in 2013,

(Beifall FDP)

und 15 Mio. € im Jahr 2014. Die Mehrausgaben werden durch Einsparungen im Kapitel 17 06 gegenfinanziert.

Jetzt komme ich zum Block BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Im Gegensatz zur Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die die Zuweisung für den kommunalen Straßenbau im Doppelhaushalt von insgesamt 12 Mio. € kürzen wollen, sehen wir die Notwendigkeit einer Erhöhung. Hier zeigen Sie Ihre Liebe zum Thema Straße und Auto und beweisen Ihre Unglaubwürdigkeit.

(Abg. Untermann)

(Beifall CDU, FDP)

Die Begründung für den Antrag der GRÜNEN grenzt an Ironie und ist nicht zu übertreffen. Der kommunale Straßenbau war bisher zu großzügig ausgestattet. Meine Damen und Herren der GRÜNEN, das ist lächerlich.

(Beifall CDU, FDP)

Der Ansatz im Soll muss an die Ist-Ausgaben angepasst werden, war Ihre Meinung, sehr geehrte Damen und Herren. Haben Sie schon einmal nachgefragt, warum die Ist-Ausgaben so gering ausfallen? Dieser Titel entspricht den Zuweisungen des Bundes im Rahmen des Entflechtungsgesetzes. Im Jahr 2011 entsprach der Ansatz nur 25 Mio. €, also konnten auch nur diese Mittel ausgegeben werden.

An dieser Stelle möchte ich einen Brückenschlag zum Gemeindefinanzierungsgesetz vornehmen. In dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gesetz legt der § 4 Art, Höhe und Umfang der Förderungen fest. Laut Ihrem Antrag sind vorrangig Radwege, Fußwege und Maßnahmen im ÖPNV förderfähig, aber nur, wenn mindestens 10 Busfahrten pro Tag verkehren. Wo Sie die Zahl herhaben, weiß ich nicht. Wenn es dann 9 sind, gibt es nichts, und wenn im Winter dann 5 fahren und im Sommer fahren 10, da machen wir eine Hälfte der Straße. Busse müssen ja auch auf der Straße fahren, die können nicht nur auf einer Seite fahren.

(Beifall FDP)

Sie wollen einen gut ausgestatteten ÖPNV. Dazu zählt auch der Busverkehr, ohne Frage. Auf was sollen die Busse fahren? Nach Ihrer beabsichtigten Einsparung findet der Busverkehr auf gut ausgestatteten Loch-an-Loch-Pisten statt. Für mich ist das auch eine Frage der Verkehrssicherheit.

An dieser Stelle gleich noch ein paar Worte zu Ihrem Gemeindefinanzierungsgesetz: Dieses lehnen wir komplett ab. Hohe Verwaltungskosten, hoher Kontrollaufwand, Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung, Kompliziertheit und unübersichtliche Förderungsmittel, das passt genau in Ihr Weltbild, bevormunden und selbst festlegen, was für die Menschen gut ist.

(Beifall FDP)

Der Artikel 11 im Haushaltsbegleitgesetz besagt, dass im Sondervermögen, Wohnungsvermögen Entnahmen in den Jahren 2013 und 2014 von jeweils 20 Mio. € zugunsten des Landeshaushalts zulässig sind. In der Erläuterung wird dokumentiert, dass es sich dabei um Mittel handelt, die derzeit zur Erreichung des Ziels nicht zwingend erforderlich sind. Der Thüringer Wohnungsmarktbericht kam zum Ergebnis, dass zukünftig 3.000 insbesondere altersgerechte Wohnungen pro Jahr geschaffen werden müssen, um den erforderlichen demografischen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Des

Weiteren - das wissen wir alle - ist eine drohende Altersarmut zu erwarten. Zukünftig werden hierfür diese Mittel gebraucht. In den Folgejahren macht sich eine Rückführung der 20 Mio. € in das Sondervermögen nicht nur notwendig, sogar zwingend und dringend notwendig. Wir werden den Rückfluss dieser Mittel in den nächsten Haushaltsdebatten im Auge behalten. Denn nach Presseberichten gibt es historische Schlossruinen, die zur Chefsache erklärt wurden. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Im Gegensatz zum Flughafen Berlin - wie Frau Dr. Lukin richtig sagte - ist unser Flughafen schon in Betrieb. Das ist ein großer Vorteil, aber Frau Dr. Lukin, da dürfen Sie auch die 2 Mio. € Streichungen nicht anrechnen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Eine.)

1 Mio. €, 2 Mio. waren es bei den GRÜNEN. Okay, komme ich noch dazu. Zu wenig Flugbetrieb und deswegen ohne Zweifel ein Fass ohne Boden - wissen wir alle. Dem trägt die FDP-Fraktion auch Rechnung, indem sie den Ansatz für 2013 um 10 Prozent und für 2014 um weitere 400.000 € kürzen werden - bzw. dieses beantragen. Ich denke, das sind Zahlen, die wir erreichen können, ohne irgendwelche großen Entlassungswellen. Ich denke, auch ein Flughafen für eine Landeshauptstadt ist für mich immer noch wichtig und ich hoffe, dass sich das zum Positiven entwickelt, aber dann mit Augenmaß.

(Beifall FDP)

Die Auswirkungen der in die Wege geleiteten Maßnahmen durch die Flughafengesellschaft sollen in den nächsten zwei Jahren abgewartet werden. Zeichnet sich in dieser Zeit keine positive Entwicklung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses ab, sollte man ernsthaft darüber nachdenken, in welchen Größenordnungen überhaupt noch gefördert wird. Wir wollen kein Flughafendesaster in Thüringen aus Mangel an Flugangeboten und Fluggästen. Zum jetzigen Zeitpunkt können wir den beabsichtigten Kürzungen - jetzt komme ich dazu, von den GRÜNEN von 2 Mio. € und von den LINKEN von 1 Mio. € nicht zuzustimmen. Wie gesagt, es hängen davon auch viele Existenzen ab, es hängt der Ruf von Erfurt ab. Man sollte auch mal ein bisschen optimistisch sein, vielleicht entwickelt sich das doch zum Positiven. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es hat nun Frau Abgeordnete Doht für die SPD-Fraktion das Wort.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, mit rund 782 Mio. € 2013 bzw. 770 Mio. € 2014 ist der Einzelplan 10 der wichtigste Investitionshaushalt und wir können hier sogar eine leichte Steigerung gegenüber den Ausgaben von 2012 verzeichnen. Sicherlich werden auch hier nicht alle Wünsche wahr, aber zumindest ist die Sicherstellung der wichtigsten Aufgaben gewährleistet - Frau Tasch hat schon darauf hingewiesen - und mit 36 Prozent auch eine hohe Investitionsquote gewährleistet.

Zum Wohnungsbau: Das Wohnungsbauvermögen beträgt für die Jahre 2013/2014 rund 50 bzw. 62 Mio. €. Davon werden allerdings 20 Mio. € an den Landeshaushalt rückgeführt in jedem Jahr. Das ist nicht schön, das kann man hier so deutlich sagen, aber es ist auch keine Katastrophe, weil letztendlich bleiben uns immer noch 30 bzw. 42 Mio. € für die Aufgaben der sozialen Wohnraumförderung. Wenn man sich einmal die Zahlen der vergangenen Jahre anschaut, dann ist das durchaus eine Steigerung. Wir hatten 2012 nur 23 Mio. € in dem Bereich. Wir werden also im nächsten Jahr 7 Mio. € mehr haben und im Jahr 2014 noch einmal eine Steigerung. Damit können auch die Dinge, die wir vorgestern mit dem sozialen Wohnraumförderungsgesetz beschlossen haben, durchaus durchgeführt werden.

Zum Städtebau: Hier sind die Bund-Länder-Programme gegenfinanziert. Wir haben zum Teil eine Verstärkung der Programme mit ELER- und EFRE-Mitteln und wir haben in diesem Bereich nach wie vor eigene Landesprogramme; das muss auch einmal positiv herausgehoben werden. Die Mittel in diesem Landesprogramm steigen sogar noch an.

Wir haben eine Zuführung an den Stadtentwicklungsfonds. Analog dem Wohnungsbauvermögen soll hier sichergestellt werden, dass der Stadtbau und die städtebauliche Weiterentwicklung in den Kommunen auch in den nächsten Jahren entsprechend gefördert werden kann und damit nicht auf der Strecke bleibt.

Die Koalitionsfraktionen haben sich für den Bereich Städtebau zu einem Änderungsantrag verständigt. Das betrifft die IBA. Hier sollen die VEs nicht nur bis 2016, sondern bis 2023 ausgebracht werden. Das heißt, die Arbeit bei der IBA GmbH wird bis zu ihrem Schlusspunkt sichergestellt. Wir begreifen die IBA Thüringen als eine Chance, den Herausforderungen des demografischen Wandels Rechnung zu tragen und auch hier mit neuen innovativen Lösungen Vorreiter zu sein.

Zum Verkehr: Das größte Problem ist nach wie vor der Zustand unserer Landesstraßen. Frau Tasch hat auch schon die Zahlen genannt. Bei den freien Strecken, hier sind 50 Prozent der Landesstraße in einem schlechten bzw. sehr schlechten Zustand und bei den Ortsdurchfahrten sind es 2012 sogar

80 Prozent gewesen. Wir haben zwar schon mit dem letzten Haushalt hier aufgestockt, indem in den Haushaltsverhandlungen noch einmal 10 Mio. € an die Kommunen für die Ortsdurchfahrten ausgereicht wurden, aber gerade hier haben wir sehr viel zu tun und deswegen ist es folgerichtig, dass das Landesstraßenbauprogramm auf 40 Mio. € aufgestockt wurde. Damit können wir, wenn die Mittel alle eingesetzt werden, auf den freien Strecken immerhin 10 Prozent der Landesstraßen verbessern, in einen guten bzw. sehr guten Zustand bringen und bei den Ortsdurchfahrten wären das 25 Prozent der Landesstraßen in den Kommunen. Da ist der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN völlig kontraproduktiv.

(Beifall CDU)

Ich würde fast sagen, es ist irrwitzig, bei diesem Zustand unserer Landesstraßen hier noch 8 Mio. € einsparen zu wollen. Wenn Sie gesagt hätten, wir geben noch 8 Mio. € obendrauf, hätten wir dem vielleicht sogar zustimmen können und da ist auch ...

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Dann hätten Sie bei uns zustimmen können.)

Ja, zu Ihnen komme ich noch, Herr Barth. Ganz ruhig. Und da ist auch die Begründung, nämlich dass Sie damit in den Kommunen Haltestellenbereiche so ausgestalten wollen, dass da Niederflerbusse halten können - das ist alles sehr ehrenwert, hört sich schön an, mag auch aus Ihrer Jenaer Brille, denn mit nichts anderem betrachten Sie hier die Landespolitik,

(Beifall CDU, SPD)

sei es der Wohnungsbau, das haben wir vorgestern erlebt, sei es der Verkehr -, völlig unangebracht. Sie haben keine Ahnung, wie zum Teil Landesstraßen,

(Beifall CDU)

wie Ortsdurchfahrten im ländlichen Raum aussehen. Wenn die Schlaglöcher noch tiefer werden, dann kommt nicht mal mehr ein Hochflurbus drüber, geschweige denn ein Niederflurbus.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gut, dass Sie meinen Terminplan so gut kennen. Ich bin sehr beeindruckt.)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und Sie haben keine Ahnung vom Landeshaushaltsplan.)

Frau Schubert, Herr Adams, ich lasse Sie für gewöhnlich auch ausreden. Das gehört meines Wissens zur Diskussionskultur, dass man sein Gegenüber ausreden lässt, aber BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

(Abg. Doht)

NEN haben da halt wenig Anstand in der Beziehung.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ... und der Zwischenruf gehört zum Parlament!)

(Beifall CDU, SPD)

Zu unseren Änderungsanträgen im Bereich des Landesamtes für Bau und Verkehr. Zum einen werden wir künftig im Haushalt die Erstattung des Bundes für Baunebenkosten und die dafür erforderlichen Personalkosten separat ausweisen, damit ist deutlich ersichtlich, welche Aufgaben übernimmt das Land Thüringen, die ihm vom Bund übertragen wurden bei der Planungsleistung. Das Gleiche betrifft das Personal und, ich denke, das ist ein wichtiger Beitrag auch zur Haushaltstransparenz.

Dann ist von Frau Tasch auch schon gesagt worden, dass wir mit dem Anbringen der entsprechenden Vermerke bei den Haushaltstiteln Erstattungen des Bundes zur kurzfristigen Zwischenfinanzierung von Bundesmitteln für den Fernstraßenbau hier eine Flexibilisierung erreichen wollen, dass nämlich das Land in die Vorfinanzierung gehen kann, wenn entsprechende Bundesmittel sich andeuten. Das heißt aber auch, dass wir schnell und flexibel reagieren können, wenn Bundesmittel in anderen Bundesländern nicht abgerufen werden, dass wir dann entsprechend hier die Mittel verausgaben können und damit letztendlich auch in die Vorhand kommen. Wir haben einen entsprechenden Änderungsantrag, was die VEs betrifft, für die Finanzierung der Brandbekämpfungsanlage ausgebracht. Hier geht es einfach darum, dass sich Verzögerungen ergeben haben und dass dann entsprechend die Ausschreibungen erfolgen können. Auch auf den Änderungsantrag zum Thema Verkehrssicherheit und Unfallforschung hatte Frau Tasch schon hingewiesen, dass wir 100.000 € aus Planungsleistungen umschichten für die Verkehrssicherheitskampagne, weil Verkehrssicherheit einen hohen Stellenwert hat.

Zum Haushaltsbegleitgesetz: Artikel 11 ist die Entnahme aus dem Wohnungsbauvermögen, darauf bin ich bereits eingegangen.

Artikel 12 betrifft die Entflechtungsmittel des Bundes, die im Rahmen der Gemeindeverkehrsfinanzierung bis 2019 dem Land Thüringen zustehen. Hier ist sichergestellt, dass diese Mittel dann auch zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Kommunen aufgewendet werden. Wir wollen hier ähnlich wie beim Wohnungsbauvermögen einen Fonds einrichten, damit die Zweckbindung der Mittel zum einen sichergestellt ist, aber auch dann über das Jahr 2019 hinaus entsprechende Mittel zur Verfügung stehen.

In Artikel 12, dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, ist ein sehr breiter Katalog von Fördertatbe-

ständen aufgemacht, dies ermöglicht eine flexible Handhabung. Wir möchten hier auch bei dem Entwurf bleiben, den uns die Landesregierung vorgelegt hat. Das sehe ich ähnlich wie, ich glaube, Kollege Untermann hat es gesagt. Der Entwurf der GRÜNEN beinhaltet doch sehr viele Restriktionen, ist wenig flexibel und bringt sicherlich auch einen hohen Verwaltungsaufwand mit sich.

Noch ein Wort zum Entschließungsantrag der GRÜNEN zum Thema Schieneninfrastruktur und ÖPNV.

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Das ist unser Antrag. Das waren nicht die GRÜNEN, das waren wir.)

Gut, ich dachte, er wäre von den GRÜNEN gewesen, macht ja nichts. Zu dem Inhalt dieses Antrags: Zum einen wird hier eine Berichterstattung bis zum 30. September 2013 gefordert, wie es mit dem ÖPNV, mit der Schieneninfrastruktur, mit der Verkehrserschließung in Thüringen weitergehen soll. Das halten wir für verzichtbar, weil wir uns in fast jeder zweiten Ausschuss-Sitzung in der Vergangenheit mit diesen Themen beschäftigt haben. Es gab auch eine ganze Reihe von öffentlichen Veranstaltungen seitens des Ministeriums zu diesem Thema. Wir werden uns auch weiter im Ausschuss damit beschäftigen. Deswegen ist dieser Teil verzichtbar. Was diese Prioritätensetzung im zweiten Teil des Antrags betrifft, in dem die MDV, die Werrabahn, die Höllentalbahn genannt werden, das sind zum einen Dinge, die Sie aus dem Koalitionsvertrag abgeschrieben haben, denn dort haben wir uns klar zu diesen Maßnahmen bekannt. Eine starre Priorisierung halten wir für völlig falsch, im Gegenteil, die Landesregierung muss hier flexibel handeln können und wenn sich Chancen auftun - so wie unlängst bei der MDV -, auch die Möglichkeit haben, hier mitzufinanzieren und mitzugehen. Ich glaube, nur so, mit diesem flexiblen Verhalten, wird es uns gelingen, auch die Projekte weiter voranzubringen.

Ein letzter Satz noch zum Kollegen Untermann. Ich habe heute Morgen die gleiche Meldung wie Sie gehört, allerdings hat sie mich nicht so erschreckt wie Sie, weil ich davon ausgehe - es bezog sich auf den Bundeshaushalt 2014 -, dass die FDP dann nicht mehr mitregiert und da brauchen wir auch keine Angst haben, dass diese Einsparungen kommen.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Schubert das Wort.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir diskutieren hier über die Fachgebiete eines Ministeriums, das es eigentlich schon gar nicht mehr geben dürfte.

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Sie kommen dann mit dem Eselskarren.)

Ich glaube, jetzt missverstehen Sie mich, Frau Doht. Dieses Ministerium ist in 2004 geschaffen worden aus Abteilungen der Bereiche Innen, Finanzen und Wirtschaft, um Herrn Trautvetter zu versorgen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Das ist notwendig.)

Wo wir in dieser Haushaltsdebatte ständig darüber reden, wie viel einzusparen ist, vermisse ich auch bei der FDP die entsprechende Konsequenz. Natürlich, wir müssen mindestens ein Ministerium abbauen, wahrscheinlich sogar auch zwei. Es ist ja nicht so, dass diese Fachgebiete nicht zu bearbeiten wären, aber es ging ja vorher auch anders und wir wüssten schon, wo zum Beispiel der Bereich Infrastruktur besser aufgehoben wäre, nämlich bei Herrn Voß. Wir werden noch zu den Strukturvorschlägen der Kommission kommen. Ich erwarte von Ihnen ein klares Bekenntnis, dass auch die Landesregierung an dieser Stelle ihre Hausaufgaben macht. Das ist genau das, was die Kommunen meinen, auch die Bürger, wenn sie sagen, ihr müsst auch vor eurer eigenen Haustür kehren. Bis wir da sind, werde ich mich natürlich auch mit diesen Fachbereichen in bewährter Form auseinandersetzen und komme jetzt zum Haushalt.

Die Diskussion zum Haushaltsbegleitgesetz, insbesondere zu unserem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, hat ein Demokratieverständnis der Koalition offenbar werden lassen, was mich entsetzt hat, ganz ehrlich.

(Unruhe CDU)

Sie waren ja nicht dabei, Sie wollten dieses Gesetz ja in dem zuständigen Fachausschuss nicht diskutieren, Frau Tasch. Im Finanzausschuss habe ich mehrere Nachfragen gestellt, zum Beispiel ob mit dem Artikel 12 denn ein grundhafter Ausbau der kommunalen Straßen möglich ist oder nicht, und habe in ein versteinertes Gesicht von Herrn Pidde geschaut und genauso von Frau Lehmann, die dazu nicht aussagefähig waren. Und auch alle weiteren Fragen wurden auf das Ministerium delegiert. Der Ministeriumsvertreter führte dann aus, ja, das ist alles Teil der Verordnung, die wir dann noch erstellen. Das ist Teil der Verordnung, und wenn Herr Carius auch beim Wohnraumförderungsgesetz dann sagt, na ja, wir wollen ja das Gesetz schlank

halten, also ob eine Verordnung jetzt einen Paragraphen mit aufnimmt oder ein Gesetz, wo ist denn da bitte der Bürokratieabbau. Herr Untermann, und genau das ist der Unterschied zwischen Demokratie und Bürokratie. Unser Gesetz ist nämlich keineswegs größer oder umfangreicher als Ihres, es ist eben präziser und es setzt vor allem Prioritäten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es ist schon erstaunlich, wie wenig Gestaltungswillen Sie haben, wenn Sie diese einfachen Fragen nicht beantworten können zu einem Gesetz, dass Sie heute mit verabschieden werden, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen. Ich will noch mal deutlich sagen - Frau Lukin hat es auch gesagt -, warum es so wichtig ist, dass wir im Verkehrsbereich vorankommen. Es wird so viel über die Energiewende gesprochen; der CO₂-Ausstoß im Verkehr ist größer als das, was wir an CO₂ haben, wenn wir unsere Wohngebäude heizen, das ist vielen immer noch nicht klar. Weder von Herrn Machnig noch von Herrn Carius kommt dazu ein klares Bekenntnis und entsprechendes politisches Handeln.

Wir haben auch aufgrund dieser Erkenntnis beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz klare Prioritäten gesetzt, wir wollen den grundhaften Ausbau. Das entspricht auch dem, womit die Koalition sich hier schon mal auf die Brust geschlagen hat vor einem Jahr, Sie wollen Standards abbauen. Die Kommunen können zum Teil kleinere Straßen gar nicht grundhaft sanieren, weil sie einen gewissen Querschnitt haben müssen nach den derzeitigen „schlanken“ Gesetzen und sie nur Neu- und Ausbau betreiben können. Aber wie gesagt, wir können ja auf die Verordnung warten und vielleicht gibt es dann Bedarf, das auch im Parlament zu diskutieren.

Wir setzen die Prioritäten auf den Umweltverbund und auf Carsharing. Das hat insbesondere auch der Kollege Untermann noch nicht verstanden. Sie haben übrigens aus einer Begründung zitiert, aus einem Änderungsantrag, den wir letztes Jahr gestellt haben, Herr Untermann. Frau Doht hat immerhin den richtigen zitiert, als es um die Verschiebung der Mittel ging, die wir beantragen. Das kann man nur dann verstehen, wenn man sich mit unserem GVFG auseinandergesetzt hat, aber das haben Sie eben nicht getan. Wir wollen tatsächlich diese Verschiebung, die die Landesregierung seit zwei Jahren vornimmt zuungunsten des ÖPNV, zurücknehmen. Aber in der Begründung steht auch, dass man mit diesen Mitteln auch Straßen sanieren kann, wenn dort ÖPNV stattfindet. Das ist genau das, was wir brauchen angesichts begrenzter Mittel, wir setzen Prioritäten. Auch die IHK, Herr Untermann, war dem nicht abgeneigt, hat gesagt, sie fänden es allerdings sinnvoll, wenn man nicht zehn Buspaare als Voraussetzung nimmt, sondern sechs bis acht. Sie sehen, wie viel Diskussionsbedarf da noch

(Abg. Schubert)

besteht, aber Sie haben es abgelehnt, darüber zu diskutieren.

(Zwischenruf Abg. Untermann, FDP: Das waren doch meine Worte.)

Wir sind sehr dafür, viel Geld in den Straßenunterhalt zu stecken und hohe Folgekosten zu bewahren, wenn der Nachweis erfolgt ist, dass es tatsächlich nötig ist. Ich bin schon überrascht, wie sehr Sie sich nur auf die 50 Mio. aus dem Koalitionsvertrag beschränken. Das ist doch keine Zahl, die fachlich untersetzt ist. Wir haben hier vorne gestanden und wollten einen Landesstraßenbedarfsplan anregen. Diesen Antrag haben Sie damals nicht mal überwiesen und haben gesagt, das kommt Ende der Legislatur.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind den Nachweis schuldig, wie viel Geld es wirklich braucht. Und Sie können sich doch nicht nur auf die Aussage von Straßenbauingenieuren verlassen, die im Ausschuss das schön dargestellt haben, sicherlich auch mit Fakten unterlegt - ich fand die Präsentation sehr gut -, aber das kann doch nicht das Einzige sein, worauf Sie Ihre Politik begründen.

(Unruhe FDP)

Sie brauchen auch unabhängige Gutachten dazu. Und der Landesstraßenbedarfsplan, ob der noch kommt, ich bin gespannt. Vielleicht sind es 55 Mio., die wir brauchen, ja, aber ich möchte das fachlich untersetzt haben.

(Zwischenrufe aus dem Hause)

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Sie haben Angst vor Sachverstand.)

Nein, die Angst habe ich wirklich nicht. Herr Bergner, das können Sie nicht behaupten. Die gleiche Aufgabenkritik sind Sie schuldig, wenn es um den ÖPNV geht. Wir haben das an vielen Stellen deutlich gemacht, wenn man weitestgehend bedingungslos Gelder ausgibt, ohne darauf zu achten, dass sich Bus und Bahn ordentlich vernetzen,

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Sie wissen auch nicht, worum es geht.)

dann ist das Geld, was nicht effizient ausgegeben wurde. Ich bin aber guter Hoffnung, Herr Carius ist ja heute im OTZ-Interview zu lesen, dass er dort Handlungsbedarf sieht. Er formuliert es etwas zurückhaltend, aber wer es genau liest, kann übersetzen, ja, wir haben hier großen Bedarf, das richtig auf den Weg zu bringen und auch die Strukturen zu verändern. Auch dieser Diskussion verweigern Sie sich bis jetzt komplett zulasten eines attraktiven ÖPNV, dem fehlt dadurch tatsächlich Geld.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insbesondere die FDP, die sonst an allen Stellen sagt, wir brauchen Aufgabenkritik und müssen einsparen, im Verkehrsbereich haben Sie an dieser Stelle komplett versagt.

(Unruhe FDP)

Aber das zeigt eigentlich auch nur, Sie sind einfach nicht die Sparmeister, als die Sie sich gerieren wollen. Das zeigt sich sehr deutlich im Verkehrsbereich. Genauso die Aufgabenkritik bei den Planungskosten für Straßen - wo wir auch einen entsprechenden Änderungsantrag haben. Sie planen auf Halde und Sie planen Straßen, die wahrscheinlich nie gebaut werden, während die Menschen in Leimbach, in Großengottern, in Kallmerode frustriert sind,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dermaßen frustriert sind, dass Sie es nicht hinbekommen, endlich eine Priorisierung vorzunehmen und zu sagen, Leute, wir können nicht alle Umgehungsstraßen finanzieren. Herr Untermann glaubt noch, dass man das tun kann. Ich bin gespannt, was Sie dazu für einen Finanzierungsvorschlag machen. Jetzt ist meine Redezeit leider zu Ende.

(Beifall CDU)

Die IBA ist hier angesprochen worden, das ist mein letzter Satz. Wir haben dazu eine Mündliche Anfrage. Die Verpflichtungsermächtigung scheint mir nur dann sinnvoll zu sein, wenn die IBA auch eine Personalstruktur hat, die trägt. Das scheint im Moment offensichtlich nicht der Fall zu sein. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat Herr Minister Carius das Wort.

Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst einmal, ich verstehe die Stutenbissigkeit von Ihnen, Frau Schubert, an dieser Stelle überhaupt nicht, die ich hier wahrnehme,

(Beifall CDU, SPD)

denn viele der Anträge sind mal berechtigt, mal unberechtigt, das steht völlig dahin, aber wir müssen das gar nicht so aufgeregt behandeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir gehen nämlich nach der Richtlinie der FDP, nur setzen wir sie besser um - richtig sparen, richtig tilgen und richtig investieren, und das machen wir genau mit diesem Haushalt.

(Minister Carius)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will aber zunächst mal zu dem Punkt kommen „Thüringer Gemeindeinfrastrukturfördergesetz“. Im Haushaltsbegleitgesetz ist es gelungen, dieses Gesetz aufzunehmen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, ein entscheidender Punkt dafür, dass die kommunale Infrastruktur in Thüringen nach wie vor noch durch das Land gefördert werden kann und wir auf der anderen Seite auch die Sicherheit haben, dass die Mittel, um die wir uns gerade auf Bundesebene aktuell bemühen, dass die Entflechtungsmittel in derselben Höhe, sogar noch etwas höher fortgeführt werden, dass diese Zahlung an die Länder, 1,3 Mrd. € rund, in den nächsten Jahren bis 2019 ohne Abschmelzungen fortgeführt werden, dass diese Mittel auch wirklich in Investitionen in unseren Kommunen hineinfließen. An dieser Stelle würde ich sagen, das Gesetz, was wir vorgelegt haben, sieht selbstverständlich den Ausbau von kommunalen Straßen vor. Dass wir da nicht „grundhaft“ reinschreiben, hat einfach damit etwas zu tun, dass grundhafter Ausbau kein Rechtsbegriff ist. Insofern ergibt es auch keinen Sinn, warum wir so etwas ins Gesetz hineinschreiben sollen. Selbstverständlich widmen wir uns dem Thema, dass Investitionen, die wir dort durchführen, auch möglichst nachhaltig sind, auch möglichst lange halten und von den Bürgern befahren und genutzt werden können.

An dieser Stelle, meine Damen und Herren, will ich gleich mal einen Einwand zu dem Gesetz der GRÜNEN bringen. Sie haben das irgendwo abgeschrieben, sonst kann ich mir nicht erklären, wie Sie darauf kommen, dass wir U-Bahnen in Thüringen fördern sollten. Ich wüsste nämlich auch keinen Ort, wo wir das machen könnten.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das steht nicht drin, Herr Carius.)

(Unruhe CDU)

Ich frage mich an dieser Stelle einfach: Sie kürzen auf der einen Seite in Ihren Haushaltanträgen die kommunalen Investitionen und sagen dann, jetzt machen wir einen bunten Strauß aus Dingen, die wir machen können. Selbstverständlich habe ich überhaupt nichts dagegen, dass wir auch Lärmschutzinvestitionen durchführen in Thüringen. Das Problem ist nur Folgendes: Solange, meine Damen und Herren, ich Dutzende von Briefen von Bürgern bekomme, die sich darüber beschweren, dass irgendwelche Kanaldeckel hochfliegen und Lärm machen und wir da schon Schwierigkeiten haben, das auszufinanzieren - unser Programm ist mehr als doppelt belegt und wir müssen im Grunde jedes Jahr ringen, dass wir mit den Mitteln halbwegs auskommen -, solange das so ist, bin ich nicht bereit, schöne Dinge zu finanzieren für irgend jemanden, der gern Porsche Panamera fährt, damit er ein gutes Gewissen hat, auch noch grün wählt und dann

sagt, dann wollen wir auch noch irgendwie schöne Dinge machen.

(Beifall CDU, FDP)

Deswegen, meine Damen und Herren, gilt, dass das, was wir als Landesregierung im Gemeindeinfrastrukturfinanzierungsgesetz vorgelegt haben, ausreichend ist. Es bindet zweckmäßig die Mittel, die wir vom Bund erhalten, dafür, dass wir für kommunale Investitionen etwas leisten können.

Meine Damen und Herren, dieser Einzelplan 10 ist anders als der Einzelplan 10 des Jahres 2012 und er bietet eine solide Finanzierungsgrundlage für eine vernünftige Verkehrspolitik in den nächsten beiden Jahren. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich insbesondere bei den Koalitionsfraktionen bedanken, aber natürlich auch bei allen anderen Fraktionen, die daran mitgewirkt haben in der Haushaltsberatung, dass wir hier diesen Haushalt so konstruktiv verfolgen konnten. Insgesamt haben wir 785 Mio. € im Jahr 2013 und 780 Mio. € im Jahr 2014 zur Verfügung für eine moderne Infrastrukturfinanzierungspolitik sowohl im Bereich Städtebau als auch im Bereich des Wohnungsbaus, als auch im Bereich der Verkehrsinvestitionen. Das sind wichtige Mittel, die helfen, unser Land attraktiv, modern und auch gut erreichbar zu halten.

Ich komme zu den einzelnen Punkten gern im Folgenden, will aber an der Stelle auch sagen: Im vergangenen Jahr wurden wir an vielen Stellen gescholten, wir hätten zu wenig Mittel. Das ist alles richtig, aber wir haben gesagt, wir wollen einen Konsolidierungspfad einleiten und diesen Konsolidierungspfad beschreiten. Dazu müssen wir zunächst Investitionen zurückführen, auch wenn das sehr weh getan hat, und müssen dann im nächsten Schritt schauen - und das ist in diesem Jahr gelungen -, wie wir die Investitionen wieder nach oben fahren können auf der einen Seite und auf der anderen Seite ernsthafte Konsolidierungsschritte erreichen können.

Mein Haus muss insgesamt 573 Stellen abbauen, 93 davon in den nächsten beiden Jahren. Das heißt auch, wir müssen uns in der Verwaltung danach recken, dass die Strukturen so sind, dass wir tatsächlich unsere Aufgaben noch bewältigen können. Ich glaube aber, dass wir hier mit 25 Prozent des Personalabbaus im Ressort einen gewaltigen Beitrag zur Konsolidierung auch leisten. Ich weiß sehr wohl, dass es auch in diesem Haus Vertreter gibt, die meinen, man müsse das Haus auflösen, ich habe das sehr wohl gelesen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage mich aber an dieser Stelle auch, meine Damen und Herren, wenn Sie es wenigstens konsequent machen würden, dann würden Sie doch mindestens das Gehalt der Staatssekretärin und des Ministers einsparen.

(Minister Carius)

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gute Idee.)

Sie sparen 50.000 € ein und würden mit Ihrem Antrag dafür sorgen, dass wir einen Minister und eine Staatssekretärin ohne Geschäftsbereich haben. Ich habe jetzt kein Problem, ich würde mir auch die Aufgaben suchen. Aber, meine Damen und Herren, der Punkt ist doch folgender: Sie meinen es offensichtlich gar nicht ernst.

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Doch.)

Sie meinen es nicht ernst und sind da irgendwo in der Vergangenheit verhaftet. Tatsächlich ist es doch so, dass wir eine vernünftige Infrastrukturpolitik betreiben, wo Städte-, Wohnungs- und letztlich auch der Verkehrsinfrastrukturbau in einer Hand erfolgen. Und das machen wir doch nicht nur aus Raffke, sondern das machen wir doch deswegen, damit Investitionen möglichst kostengünstig sind. Im Übrigen will ich an dieser Stelle sagen, ich habe gar kein Misstrauen, der Finanzminister könnte das ebenso gut bewältigen, das ist nicht die Frage. Aber die Frage ist, wollen wir denn nicht eine moderne Infrastrukturpolitik betreiben? Und da, glaube ich, sind in diesem Hause alle anderen Fraktionen deutlich weiter als die Fraktion der GRÜNEN, die da ihre eigenen Vorstellungen verfolgen.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren - zum Wohnungsbauvermögen: Das Thema soziale Wohnraumförderung haben wir ja schon intensiv diskutiert. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir jetzt gesetzliche Grundlagen für die Finanzierung und für die Förderung geschaffen haben. Wir können damit rund 1.000 Wohneinheiten in den nächsten Jahren fördern. Selbstverständlich ist es so, dass die 20 Mio. €, die wir jetzt in den Haushalt abgeführt haben, uns tatsächlich weh tun. Deswegen haben wir auch gesagt, wir müssen alles versuchen, im nächsten Haushalt die 20 Mio. € auch wieder dem Wohnungsbauvermögen zuzuführen. Aber völlig klar ist auch, es nützt doch nichts, liebe Kollegen von der FDP, wenn wir jetzt sinnlos Geld in den Markt hineinpulvern, sondern wir müssen uns an dem Bedarf orientieren.

(Heiterkeit FDP)

Ja, meine Damen und Herren, genau das haben wir doch gemacht. Wir haben, wenn Sie sich an dem Wohnungsmarktbericht orientieren, doch dort Folgendes gemacht: Wir haben gesagt, was ist denn eigentlich der Bedarf und was brauchen wir dann an Mitteln? Dann gehen wir davon aus, dass wir mit den Mitteln, die wir aktuell aus dem Wohnungsbauvermögen dem Markt zur Verfügung stellen können, diese Aufgabe tatsächlich auch meistern können, vorausgesetzt, einige Kommunen sind auch

bereit, ihre Flächen entsprechend zu entwickeln, nämlich dort, wo starke Nachfrage ist, auch ein starkes Angebot entwickeln können. Ich habe da aber mittlerweile positive Gespräche auch mit der Stadtverwaltung von Jena geführt, so dass mir da nicht mehr so bange ist wie vielleicht noch vor einigen Wochen.

Zum Schwerpunktthema Verkehr: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will das nur noch mal geraderücken. Der Eindruck, der hier gelegentlich erzeugt wird, wir würden den ÖPNV nur zu recht kürzen und da irgendwie rumstammeln, alles wäre Stückwerk, dem muss man entschieden widersprechen, wenn man den Haushalt verstanden hat.

(Beifall CDU)

210 Mio. € gehen allein in die ÖPNV-Förderung für Schienenpersonennahverkehrsleistungen. Das ist fast ein Drittel des Gesamthaushalts meines Hauses, die in eine moderne Infrastruktur, in eine moderne Schienenpersonennahverkehrspolitik hineinfließen. Ich glaube, dass wir sehr wohl damit in der Lage sind, das Land an allen Stellen zu erreichen. Ich will aber an dieser Stelle auch eine ganz klare Absage erteilen. Ich glaube nicht, dass wir gut beraten wären, wenn wir wirklich jede Milchkanne mit Schienen und mit Bahnhof und Zügen erschließen wollten. Wir müssen schon darauf achten, dass das, was wir hier tun ...

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber mit der Straße.)

Aber wissen Sie, Herr Adams, es muss doch auch ökologisch sein. Es macht doch überhaupt keinen Sinn, einen mehrere hundert Tonnen-Zug fahren zu lassen, wo drei Leute drin sitzen. Das ergibt überhaupt keinen Sinn, auch ökologisch nicht.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich nicht, da müssen wir schon darauf schauen, dass es sinnvoll ist. Und sinnvoll ist es dann eben eher, einen Bus fahren zu lassen, der uns noch dazu deutlich weniger Geld kostet, als zwei Leute in einen leeren Zug einsteigen zu lassen.

(Beifall CDU, FDP)

Da, glaube ich, nützt uns wenig, wenn wir die ideologische Brille aufhaben und sagen, alles auf die Schiene, sondern da müssen wir einfach einen klaren Blick bewahren und sagen, mit Augenmaß einen guten öffentlichen Personennahverkehr zu entwickeln. Das ist unsere Aufgabe. Das machen wir ja im Übrigen auch. Wir haben in den letzten Jahren immer mehr an Zugkilometern bestellt und mit der MDV, mit der Erweiterung, mit dem zweigleisigen Ausbau des Schienennahverkehrsnetzes oder auch Fernverkehrsnetzes auf der Mitteldeutschland-Schienenverbindung haben wir eine

(Minister Carius)

wichtige Voraussetzung geschaffen. Im Übrigen, egal wie der Bundeshaushalt jetzt wird, wir haben eine Finanzierungszusage vom Bund dafür bekommen, dass wir 150.000 Zugkilometer mehr bestellen können. Das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass bedarfsgerechtes Angebot damit auch geschaffen werden kann. Insofern, verkennen Sie an dieser Stelle auch, meine Damen und Herren, das Thema investiver Ausbau des ÖPNV. Es nützt mir doch nichts, wenn ich eine schöne Bushaltestelle habe und zwischendurch ist ein Feldweg. Da müssen auch schon ordentliche Straßen sein.

Sie verkennen an diesem Punkt, meine Damen und Herren - und deswegen braucht es die 10 Mio. nicht, die Sie uns hier aus der Straßenförderung in die investiven Mittel ÖPNV hineinbringen -, dass wir aus den Regionalisierungsmitteln mittlerweile 14 Mio. € an Investitionen in einen modernen ÖPNV in Thüringen investieren können.

Meine Damen und Herren, auch zum Thema Straßenplanung, Neu-, Um- und Ausbau ist ja wie üblich einiges gesagt worden. Lassen Sie mich noch zum Punkt Töppeln und Gera zurückkommen. Wissen Sie, auch bei der MDV sollten wir uns schon darauf verständigen, dass wir sinnvolle Ziele erreichen. Selbstverständlich wäre es langfristig sinnvoll, wenn wir den zweigleisigen Ausbau komplett bis Gera hinbekommen, aber momentan ist es ja so, dass wir eine durchlöchernte Strecke haben, mal eingleisig, mal zweigleisig. Das ist betrieblich ein absolutes Hindernis dafür, dass wir hier einen verdichteten Verkehr durchführen können. Wenn wir die MDV dann so ausgebaut haben ohne Töppeln und Gera, besteht dieses betriebliche Hindernis nicht mehr und deswegen müssen wir auch da momentan nicht den absoluten Vorrang geben. Wir werden einen guten vertakteten Nahverkehr oder auch Fernverkehr auf dieser Strecke erreichen, womöglich auch ohne Ausbau. Viel wichtiger ist, meine Damen und Herren, dass wir mittel- und langfristig an der Elektrifizierung dieser Strecke festhalten, damit es auch betrieblich und auch wirtschaftlich ein vernünftiges Angebot geben kann.

Zum Thema Straße hätte der eine oder andere wahrscheinlich nicht geglaubt, dass es uns möglich ist, innerhalb von einem Jahr die Investitionsansätze quasi mehr als zu verdoppeln. Wir sind jetzt bei 40 Mio. im Bereich der Erhaltung. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Und wie wir den Ausschuss ja auch informiert haben, heißt das nicht nur, dass wir irgendwie jetzt investieren können, sondern es heißt, dass wir nachhaltig die Qualität unseres Straßennetzes, wie es von einigen Rednern bereits beschrieben wurde, die nicht überall optimal ist, die an vielen Stellen auch erheblich schlecht ist, in den nächsten zwei Jahren deutlich verbessern können. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt auch für die Frage von Mobilität im ländlichen Raum. Selbstverständlich, meine Damen und Herren, ist

es so, dass wir in diesem Bereich sowohl für Busse als auch für den Individualverkehr darauf setzen müssen, dass diese Mittel auch eingebracht werden können.

Dann zum letzten Punkt - Luftverkehr: Da muss ich, meine Damen und Herren von der linken Seite der Opposition, Ihnen schon noch mal sagen, die Landesregierung steht zu diesem Flughafen Erfurt, und zwar aus mehreren Gründen. Aber ein ganz wesentlicher Grund ist, dass es ein wichtiger Standortfaktor ist. Sie müssen einen Flughafen haben, sie müssen eine ordentliche luftverkehrliche Anbindung gewährleisten, ganz egal, ob die dann auch genutzt wird, einfach um Investoren anzuwerben. Deswegen stehen wir dazu.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ein So-da-Flughafen.)

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sagen aber auch, selbstverständlich erkennen wir an, dass wir einen Anpassungsbedarf haben. Denn wenn der Flughafen in Teilen so ausgebaut ist, dass wir hier offensichtlich 1 Mio. Passagiere abfertigen könnten, die wir aktuell nicht mal zu 10 Prozent hatten - na doch, schon ein bisschen mehr, 15 Prozent - dann ist völlig klar, müssen wir uns von hehren Zielen verabschieden. Deswegen haben wir auch einen wirklich knallharten Sanierungskurs eingeleitet bei der Flughafengeschäftsführung, die den sehr gut umsetzt nach der Vorlage des Betriebskonzepts. Aktuell ist es so, dass wir im Jahr 2012, wo wir 5,6 Mio. € angemeldet haben, mit einem Betriebskostenzuschuss in Höhe von 4,6 Mio. € ausgekommen sind. Wir planen natürlich auch in den nächsten beiden Jahren, diesen Betrag kontinuierlich zurückzufahren. Das heißt aber auch - und da gehe ich jetzt mal an DIE LINKE -, dass wir betriebsbedingte Kündigungen womöglich aussprechen müssen, teilweise schon haben, dass wir im Grunde Personal abbauen müssen, dass wir da mehr flexibilisieren müssen auch an Dienstleistungen, die wir abfragen, womöglich outsourcen müssen. Das sind alles Bestandteile, für die Ihre Fraktion normalerweise ja nicht ganz so offen steht. Wenn Sie aber jetzt 1 Mio. € weniger in den Flughafen stecken wollen, dann wird das noch deutlich beschleunigt und ist eher eine Verabschiedung von dieser wichtigen Infrastruktur des Landes. Dafür kann ich überhaupt kein Verständnis aufbringen.

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, beschließen Sie diesen Haushalt bitte so, wie er mit den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen vorgelegt ist. Es ist ein wichtiger Haushalt, mit dem wir moderne Infrastruktur und Verkehrspolitik und auch Städte- und Wohnungsbaupolitik in Thüringen mit neuen Wegmarken versehen können. Wir sind damit, glaube ich, auch sehr gut aufgestellt. Ich darf mich herzlich für Änderungsanträge, insbesondere

(Minister Carius)

auch für die Einrichtung des „Swing“ bedanken, den wir jetzt als eines der ersten neuen Länder einführen und damit auch ein wichtiges Pfund dafür in der Hand haben, dass wir Bundesmittel ordentlich abrufen können. Insofern ganz herzlichen Dank für die konstruktive Beratung und ich darf sehr für Zustimmung werben. Danke schön.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich nehme an, dass ich die Aussprache zu diesem Komplex schließen kann.

Ich rufe nun den **Einzelplan 11 - Rechnungshof** auf.

Hier sind vereinbarte Redezeiten: für die CDU-Fraktion 3 Minuten, DIE LINKE 2 Minuten, SPD 2 Minuten, FDP 2 Minuten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch 2 Minuten. Die Landesregierung hätte hier eine Redezeit von ebenfalls 2 Minuten.

Es gibt drei Redeanmeldungen und ich rufe als Ersten für die Fraktion DIE LINKE den Abgeordneten Kuschel auf.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, herzlichen Dank an das Kollegium, den Präsidenten, den Vizepräsidenten, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rechnungshof für die geleistete Arbeit. Ich bitte den Präsidenten, das zu übermitteln. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der überörtlichen Kommunalprüfung sind in den Dank eingeschlossen. Wir wissen, sie leisten hervorragende Arbeit.

Was wir bedauern, deshalb habe ich mich hier für die Fraktion DIE LINKE zu Wort gemeldet, ist, dass insbesondere im Bereich der überörtlichen Prüfung die Aufsichtsbehörden, die für die Umsetzung der Prüffeststellungen zuständig sind - also sie unterstehen dem Innenministerium, das glänzt durch Abwesenheit, jetzt ist gar kein Minister mehr da, ach doch, Herr Voß steht hier hinten noch, Herr Carius geht. Es ist bedauerlich, dass der Innenminister nicht da ist. Die Umsetzung dieser Prüffeststellungen dauert nicht nur Monate, sondern Jahre. Damit ist natürlich eine Verbesserung des Haushaltsvollzugs kaum noch zu erreichen. Wir wissen auch, dass damit der Rechnungshof nicht einverstanden ist, aber da sind wir als Gesetzgeber gefordert, den Rechnungshof in die Lage zu versetzen, dass das besser wird. Das als erster Punkt, da kann ich mal schon für unsere Fraktion ankündigen, wir werden im Laufe des Jahres hier parlamentarisch noch mal aktiv, um also insbesondere einen anderen Umgang mit den Prüfergebnissen zu erreichen. Das schließt auch ein, dass wir einen öffentlichen Zugang zu diesen Prüfergebnissen haben wollen, weil

Bürgerinnen und Bürger sollen ein Anrecht haben zu wissen, wie der Haushaltsvollzug erfolgt.

Einen zweiten Punkt möchte ich ansprechen: Sie sehen, wenn Sie den Einzelplan lesen im Bereich der überörtlichen Prüfung, dass dies das Land 1,7 Mio. € kostet. Dort sind keine Einnahmen verbucht. Andere Bundesländer haben ein anderes Modell. Da sind wir weiterhin in der Überlegung, ob es nicht sinnvoll ist, die Gemeinden an den Kosten der überörtlichen Prüfung zu beteiligen, denn bei der örtlichen Prüfung müssen es die Gemeinden auch finanzieren, entweder weil sie ein eigenes Rechnungsprüfungsamt haben oder weil der Landkreis das prüft.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Kuschel, 2 Minuten.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Das ist im Rahmen der Kostentransparenz für uns ein wichtiges Kriterium. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Okay, das ist eben eine kurze Zeit. Jetzt rufe ich für die FDP-Fraktion den Abgeordneten Barth auf. 2 Minuten oder 120 Sekunden!

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich will mich zunächst dem Dank meines Vorredners an den Rechnungshof, an das Kollegium, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anschließen

(Beifall FDP)

und will nur auf einen Punkt, der unmittelbar mit dem Einzelplan gar nichts zu tun hat, aber hier auch noch eine Rolle spielen wird, schon mal eingehen. Der Rechnungshof ist als oberste Dienstbehörde auch verfassungsmäßig eine besondere Einrichtung. Er gehört nicht zur Regierung, sondern ist eine eigenständige oberste Behörde, die die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes nach der Verfassung prüfen soll. Das ist in der Verfassung extra normiert. Dieser Rechnungshof hat nun etwas gemacht, was für eine Behörde an sich ungewöhnlich ist. Er hat nämlich selbst bei sich angefangen zu sparen, hat Strukturveränderungen vorgenommen, und diese Strukturveränderungen, nämlich der Abbau einer Stelle im Kollegium ist im letzten Jahr hier im Haus auch so beschlossen worden auf Vorschlag des Rechnungshofs. Und nun passiert die zweite Aktion einer großen, breiten, schwarz-rot-roten, grün diesmal nicht dabei, einer

(Abg. Barth)

großen, breiten Koalition, nämlich dass diese Änderung per Gesetz wieder zurückgenommen werden soll. Das ist nach der Erhöhung der Grunderwerbsteuer die zweite haushalts-finanzpolitische Leistung einer Großen Koalition, die ist genauso falsch, genauso sinnfrei wie die erste dieser Entscheidungen, nämlich die Erhöhung der Grunderwerbsteuer.

(Beifall FDP)

Deshalb will ich an dieser Stelle nur sagen: Herr Präsident, machen Sie weiter mit Ihren unabhängigen Prüfungen, die Unterstützung unserer Fraktion haben Sie, auch wenn es vielleicht mal Ergebnisse gibt, mit denen wir auch nicht ganz so einverstanden sind, das gehört zum Geschäft dazu. Dafür gibt es Ihre Einrichtung, das ist Ihre Aufgabe. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Abgeordneter Meyer zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. An den Rechnungshof: Was Sie hier gerade erleben, könnte man vielleicht auch mal, was die Redezeiten angeht, machen, denn ich kann mich meinen beiden Vorrednern erstmal anschließen, was die beiden Themen angeht, die sie genannt haben. Das spart schon mal eine ganze Menge Zeit, das ist auch Effizienz, auch was den Dank an den Rechnungshof angeht. Ich finde es auch ausgesprochen gut, dass es so ist, wie es ist, dass der Rechnungshof und die regierenden Fraktionen offensichtlich miteinander Schwierigkeiten haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist gut so, allerdings fragt man sich bei manchen Sachen, die gerade von der Regierungskoalition kommen, schon, ob das wirklich noch im Rahmen dessen ist, was man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber vertreten kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb bin ich nach vorn gegangen, um auch den letzten Aspekt zu nennen, der hier von meinen beiden Vorrednern genannt wurde, nämlich die Tatsache, dass sie wirklich die Einsparbemühungen auf eine Art und Weise demotivieren, konterkarieren, dass es schon wieder peinlich ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich spreche davon, die Eingruppierung der Direktoren auf ein vernünftiges Niveau zu heben.

(Beifall DIE LINKE)

Wir sind durchaus bekannterweise nicht unbedingt dafür, hier mehr Geld für Personal ausgeben zu müssen und zu können, aber in diesem konkreten Fall ist nachweisbar in diesem Rechnungshof gespart worden, richtig gespart worden und die Begründung, die Herr Dette uns mehrfach in den Ausschüssen und auch hier gegeben hat, warum er der Meinung ist, dass die beiden Kollegen, hoffentlich zwei und nicht demnächst drei, es verdienen, dieses Geld zu bekommen, ist auch mehrfach hier genannt worden. Dass das jetzt zum wiederholten Mal durch die Regierungskoalition rausgeschossen wird nach dem Motto „Nein, denen zeigen wir es jetzt aber mal, ihr seid unbotmäßig, ihr kriegt es nicht“, das ist eigentlich eine Peinlichkeit. Diese Blöße sollten Sie sich hier nicht geben. Da müssen Sie nicht beschämt zu Boden schauen, da müssen sie einfach nur den Änderungsantrag zurücknehmen und dafür sorgen, dass hier das im Haushalt drin bleibt, was im Haushalt drin steht. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich habe keine weiteren Redeanmeldungen. Ich schließe die Aussprache zum Einzelplan 11. Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben mir folgende Entscheidung mitgeteilt, die ich jetzt nur bekanntgebe. Wir gehen jetzt sofort in eine Mittagspause bis um 13.00 Uhr und um 13.00 Uhr wird dann die Schlusssprache aufgerufen und danach die Abstimmungsrunde begonnen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir sehen uns also bitte pünktlich um 13.00 Uhr hier wieder.

Da es vorhin der ausdrückliche Wunsch war, der mir von allen Fraktionen durch die Parlamentarischen Geschäftsführer mitgeteilt worden ist, die Mittagspause zwischen halb und um eins einzulegen und es inzwischen 13.05 Uhr ist, setzen wir jetzt mit der Plenarsitzung fort.

Nach unserer Übereinkunft kommen wir jetzt zur **Schlusssrunde**.

Die vereinbarten Redezeiten für die Fraktionen betragen für die CDU 23 Minuten, für die Fraktion DIE LINKE 21 Minuten, für die SPD 19 Minuten, für die FDP-Fraktion 14 Minuten und für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 14 Minuten. Die Landesregierung hat eine Redezeit von 23 Minuten. Falls diese Redezeit überschritten wird, verlängert sich entsprechend die Redezeit für die Fraktionen.

Ich eröffne die Schlusssrunde und rufe für die Fraktion DIE LINKE den Abgeordneten Ramelow auf.

(Beifall DIE LINKE)

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bin begeistert, Frau Hitzing, Glückwunsch.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Hitzing, FDP: Das ist einen Applaus wert.)

Die Frage nach der Beschlussfähigkeit möchte ich jetzt irgendwie nicht aufwerfen, ich möchte mich ja am frühen Vormittag nicht unbeliebt machen. Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben irgendwie Verabredungen getroffen, ich glaube, sie haben vergessen, das Datum dazu zu nennen. Draußen ist jetzt die Ausstellungseröffnung, die finde ich ja dem Anlass angemessen, deswegen verstehe ich auch gut die Situation, dass eigentlich viele Abgeordnete jetzt draußen in der wirklich bedeutsamen Ausstellungseröffnung sind und der Ausstellung beiwohnen. Es ist immerhin die Vorbereitung zum Holocaust-Gedenktag und zum Gedenken an all die Naziopfer. Von daher finde ich es richtig und wichtig, dass es hier so eine Ausstellung auch in diesem Jahr wieder gibt.

(Beifall DIE LINKE)

Für mich als Redner ist es nur ein bisschen schwierig, jetzt in die Abschlussrunde zu gehen, wo ich eigentlich die Ministerpräsidentin ansprechen wollte. Vielleicht können ja Herr Voß und Herr Poppenhäger in der nächsten Kabinettsitzung übermitteln, dass sich der Oppositionsführer irgendwie auch an die Regierung wenden wollte. Ich wollte eigentlich in Richtung der CDU-Landtagsfraktion darauf hinweisen, dass ein Dorf ein Dorf ist, ein Dorf bleibt und auch in Zukunft ein Dorf sein wird. Gestern hat man hier das Gefühl gehabt, wenn von einer Verwaltungsreform die Rede ist, als ob Thüringen untergehen würde und als ob alle Dörfer aufgelöst werden. Ich habe irgendwie das Gefühl, dass zwischen einem Dorf, einem Lebensraum, einer Gemeinschaft von Menschen in Thüringen auch in Zukunft weiterhin dörfliches Leben stattfinden wird, unabhängig davon, ob wir eine umfassende Verwaltungsreform endlich debattieren oder nicht. Der Haushalt ist aber abhängig davon, ob wir endlich über eine Verwaltungsreform debattieren oder nicht, und die Zukunft dieses Landes ist davon abhängig, ob man endlich Hausaufgaben macht. Ich habe das Gefühl, dass über die Kommission jetzt das eine oder andere durchwabert, besser wäre natürlich, wenn das Ergebnis der Kommission im Parlament vorgelegt werden würde und damit das Parlament auch in die Lage versetzt werden würde, insgesamt fundamental über die Grundüberlegung dieser Kommission und der Kommissionsarbeit debattieren zu können.

Aber was mich gestern befremdet hat, ist die Art und Weise, wie dann sofort aus der CDU-Fraktion erklärt wird, wenn jemand von 12.000 Einwohnern

als Verwaltungsgröße redet, dann hat er keine Ahnung von Thüringen, dann kennt er sich hier nicht aus, dann ist er ein Fremder.

(Beifall Abg. Emde, CDU)

Herr Emde, Sie merken es offenkundig nicht einmal, dass Sie damit sozusagen intelligenzfeindlich, wissenschaftsfeindlich und diskussionsfeindlich sind,

(Beifall DIE LINKE)

denn ich weiß überhaupt nicht, was in dem Papier steht. Oder Sie wissen es schon, dann ist es ungehörig, dass Sie etwas wissen, was wir nicht wissen. Sollten Sie es aber nicht wissen, ist es eine unglaubliche Ignoranz, schon von vornherein zu sagen, wie die Verwaltung aussieht, das entscheidet darüber, ob hinterher ein Dorf noch ein Dorf ist. So einen Quatsch habe ich jedenfalls noch nicht gehört und deswegen bin ich froh, dass die Mehrheit hier im Hohen Haus der Auffassung ist, dass wir zu einer zukünftigen Haushaltspolitik auch die Fundamente legen müssen, wie Zukunft erreicht werden kann, wie ein Zukunftsplan für Thüringen geschrieben wird,

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Die Zukunft liegt auf dem Lande.)

bei dem tatsächlich in Zukunft nicht die CDU glaubt, die allein regierende, auf Dauer vom Volk gesalbte Regierungspartei zu sein, sondern sich auch die CDU der Diskussion zur Veränderung unseres Landes stellen muss. Wenn man dann sieht, was sich jenseits der Autobahn A 9, A 4 und A 71 abspielt, nämlich im ländlichen Raum, da wird in Zukunft darüber entscheidend sein, nicht wie die Verwaltungsstruktur dort in der Gemeinde aussieht, sondern die Frage, die in Zukunft dort entscheidend sein wird, ist, ob es ein Landambulatorium gibt, ob es die ländliche Versorgung noch gibt, ob es Kindereinrichtungen im ländlichen Raum gibt und wie viel tatsächlich an Infrastruktur und Mobilität sich dieses Land leisten können müssen, damit die gesamte Fläche Thüringens als einheitlicher Entwicklungsraum auch wahrgenommen wird.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu haben wir Anträge gestellt, das war Maßstab unserer Herangehensweise an diesen Haushalt und an die Zahlen, die dort vorgelegt worden sind.

Meine Damen und Herren, in einem einzigen Punkt würde ich gern in aller Deutlichkeit feststellen, dass diese Regierung sich um die Frage der nachhaltigen Einnahmeentwicklung völlig gedrückt hat. Es ist überhaupt nicht zu erkennen, wie diese Landesregierung glaubt, tatsächlich im Bundesrat und im Bundesmaßstab Impulse setzen zu wollen und Impulse setzen zu können, wie eine dauerhafte Kom-

(Abg. Ramelow)

munalfinanzierung nicht nur in Thüringen, sondern deutschlandweit sichergestellt werden kann.

Das wird nämlich nur funktionieren, wenn man sich um Themen wie Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer, Kapitalertragssteuer, Kapitalbesteuerung als Ganzes kümmert und nicht sagt, diesen Teil blenden wir völlig aus. Die Einnahmen, die wir bekommen, die rechnen wir dann in Zahlenkolonnen ordentlich ab, aber die Einnahmen, wie sie kommen, sind gottgegeben. Nein, sie sind nicht gottgegeben, sie sind von der Bundesregierung gestaltet und an dieser Bundesregierung nimmt auch die CDU teil.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass man auf der lokalen Ebene von den gleichen CDUlern immer hört, die anderen sind Schuld und ihre eigene Partei hat nichts damit zu tun. Auf der lokalen Ebene haben sie nichts damit zu tun, wie der Kommunale Finanzausgleich anschließend funktioniert. Sie haben nichts damit zu tun, wie die Steuereinnahmen funktionieren, Hauptsache in ihrer lokalen Agenda können sie sagen, es bleibt so, wie es ist. Nur wenn es so bleibt, wie es ist, in den Verwaltungsstrukturen, wie wir aufgestellt sind und in den Steuerstrukturen, wie sie entwickelt worden sind, empfinden die Bürger es immer deutlicher, dass Gerechtigkeit zumindest mit der CDU nicht zu verbinden ist.

(Beifall DIE LINKE)

Ich denke, meine Damen und Herren, auch am Ende dieser langen Haushaltsdebatte kann man feststellen, dass aus diesem Haushalt zwar das eine oder andere an Zahlenkolonnen klarer gerechnet worden ist. Ich habe Herrn Voß das schon einmal attestiert und kann es dieses Jahr wiederholen. Ich würde Ihnen überhaupt nicht zu nahe treten, dass die Zahlen richtig gerechnet sind und dass Zahlenkolonnen ordentlich aufgestellt worden sind. Für mich ist nur Haushaltspolitik mehr als das Addieren von Zahlenkolonnen. Ich komme im Einzelnen noch einmal darauf zurück, dass man nämlich hinterher auch wieder die großen Verschleierungsmaschinen in diesen Haushalt hineingepackt hat.

Aber das Addieren von Zahlenkolonnen hat noch nichts mit einem Zukunftsplan zu tun und es ist nicht erkennbar, wie diese Landesregierung eigentlich eine zweite Neugründung des Bundeslandes Thüringen hinkriegen will. Ich denke nicht mehr und nicht weniger als eine zweite Neugründung jetzt nach der Phase der Geldmittel, die immer wieder über Transfers in unseren Haushalt hineingepumpt werden. Jetzt kommt es darauf an, ob man eigenständig sich politisch so aufstellt, wie dieses Land zukunftsfähig gemacht werden soll. Das kann ich an den Zahlenkolonnen jedenfalls nicht erkennen. Ich kann nur erkennen, Finger weg von diesem oder jenem. Bei dem großen Thema Verwaltungsreform und daran gekoppelt sagen wir ja immer ganz klar, zuerst muss man sich verständigen über

den Kompass, wie soll eine Verwaltungsreform sein. Und dieser Kompass, wie soll eine Verwaltungsreform sein, ist das, was ich hoffe, was vielleicht jetzt mit diesem Gutachten auf den Tisch gelegt wird. Ich würde mir aber eine viel offensivere Debatte hier im Landtag wünschen.

Um es zugespitzt zu sagen: Brauchen wir in einem Bundesland, das so überschaubar ist, das an sich so klein ist, das im Verhältnis zu den anderen großen Bundesländern eher in einem überschaubaren Maße entwickelt werden kann, einen drei- oder dreieinhalbstufigen Verwaltungsaufbau. Wir sagen ganz klar: Das braucht man nicht, außer den hoch bezahlten Stelleninhabern braucht das niemand. Am Ende - ich habe das einmal bei meinen Haushältern gelernt, als der letzte Eichsekretär gestorben war, weil es keinen mehr gab, der als Eichsekretär ...

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Obereichsekretär.)

Als der letzte Eichsekretär - Kollege Kuschel, ich höre dir immer zu. Danach haben wir gefeiert die Grundstufe des Obereichsekretärs. Ja, weil es Eichsekretäre in Thüringen nicht mehr gibt, und jetzt erlebe ich, dass der Rest ja auch noch privatisiert werden könnte und da sagen wir, das ist der falsche Weg: Lauter Häuptlinge, aber keine Indianer.

(Beifall DIE LINKE)

Das setzt doch mal voraus, dass man sich mit Verwaltungsstrukturen auseinandersetzt und sagt, die Häuptlingsstruktur entscheidet nicht darüber, wie viele Landeskinder noch da sind, sondern die Frage, wie vital ist das, was in diesem Land passiert und wie viel Ausstrahlung hat das auf junge Leute, entweder hierherzukommen, also neugierig zu werden auf Thüringen, oder hierzubleiben. Beides wären ja wichtige Bedingungen und da ist mal aus meiner Sicht zu betrachten aus dem ländlichen Raum und nicht aus Erfurt oder Jena oder Gera, sondern tatsächlich mal nach Ziegenrück zu fahren und mal zu schauen, wie viele Häuser dort zum Verkauf stehen und nicht verkauft werden können, weil sie niemand kaufen will. Da fängt es an, bedrückend in diesem Land zu werden. Wenn in den dörflichen Räumen einerseits gesagt wird, die Verwaltung muss so bleiben, wie sie ist, weil die CDU das so beschlossen hat, aber drumherum brechen die Strukturen zusammen und am Ende bleiben dann nur noch die Kinder, die von A nach B nach C gefahren werden und ältere Menschen, die entweder keine Grundversorgung mehr haben, oder ältere Menschen, die keinen Landarzt haben. Alles das sind Probleme, bei denen wir neue Antworten geben müssen. Ich denke, wir können Sie nur gemeinschaftlich geben, wenn wir sie als Thüringen als Ganzes für uns zu Ende überlegen. Deswegen beginnt so ein Überlegen mit einer Diskussion.

(Abg. Ramelow)

Gestern Abend konnte ich nicht feststellen, wie diskussionsfreudig eigentlich die Kollegen der Union sind, weil, Sie beginnen Ihre Reden damit, wer von 12.000 redet, hat keine Ahnung, der ist nicht von hier. Da ist es dann nicht mehr weit zu dem Beutesachsen oder dem fremden Wessi. Also da, Herr Voß, haben wir etwas gemeinsam. Auf der Agenda stehen wir, Sie und ich, gemeinsam. Ich war nur einmal als Bratwurst abgebildet, Sie sind eben der Beutesachse. Das ist, glaube ich, so ein beklemmendes Klima, in dem wir tatsächlich dann dafür deutlich machen, dass andere Menschen hier gar nicht willkommen sind, in einem Bundesland, wo wir dringend Zuzug bräuchten, wo wir dringend Menschen von außen bräuchten oder um es anders zu sagen,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

oh Herr, lass' uns nicht mit der Union allein in diesem Land, sondern lasst uns viele Ideen miteinander entwickeln, wie dieses Land weiterentwickelt und besser entwickelt werden kann. Deswegen ein klares Bekenntnis von uns, deutlich zu sagen, hören Sie auf, uns mit Tabukatalogdiskussionen am Anfang schon zu erschlagen, und hören Sie auf, Ressentiments aufzubauen, wo es besser wäre, neugierig mal auf den anderen zuzugehen. Ich bin bei Herrn Voß neugierig, ich schaue mir seine Zahlen an, ich sage trotzdem, Herr Voß, gemessen daran, dass Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit auch Haushaltstransparenz bedeutet - und jetzt rede ich als Parlamentarier -, als Parlamentarier würde ich mir wünschen, dass ich auch selber zu entscheiden habe, was in dem Haushalt passiert. Also wenn das Königsrecht das Königsrecht des Parlamentes ist, dann frage ich mich allerdings, warum uns zunehmend übergeholfen wird, entweder kleine Haushaltssperre von Ihnen, das ist sozusagen der Spezialtrick letztes Jahr gewesen, und jetzt erleben wir, dass die Ministerien, nachdem im Sommer dieses Riesensommertheater der Sozialdemokratischen Partei stattgefunden hat, niemals Doppelhaushalte, Doppelhaushalte mit uns niemals und was wir nicht alles in den Zeitungen lesen durften. Am Koalitionskrach durften wir alle teilhaben, allerdings nicht hier im Parlament, sondern nur als Zuschauer im medialen Rund. Jetzt ist der Doppelhaushalt da.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Ich fand das viel unterhaltsamer.)

Ja, ich würde mir wünschen, dass wir Politik gemeinsam machen und nicht nur einfach zu Zaungästen von irgendwas degradiert werden, bei dem man das Gefühl hat, es gilt einfach nur, sich über die Zeit zu retten. Deswegen, Herr Voß, an zwei Beispielen will ich Ihnen deutlich machen, warum wir Ihren Weg nicht mitgehen wollen und nicht mitgehen können und ich mich freuen würde,

wenn die Abgeordneten dieses Landtags unseren Änderungsanträgen da zustimmen würden, nämlich die Frage der sogenannten Deckungsfähigkeit, der Ermächtigung, die die CDU-Minister für sich selber gemacht haben. Da nenne ich mal eine Deckungsfähigkeit, die mit Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit gar nichts zu tun hat. Das ist, Herr Geibert, Innenministerium, wir haben ja mal diese ganzen Affären von Hubschraubern, Polizeiuniformen und was nicht alles erlebt. Dieser Haushaltstitel, Herr Voß, wurde jetzt noch erweitert um die Feuerwehr. In die Deckungsfähigkeit dieser Haushaltsgruppe bauen Sie jetzt die Feuerwehr noch ein. Das heißt, das Parlament wird völlig außen vor gelassen, ob in Zukunft irgendwelche Hubschrauber, Feuerlöscher, Uniformen oder sonst etwas gekauft werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine, dann macht doch einen Sammelhaushalt Innenministerium und degradiert uns dann endgültig zur Abnickmaschine, dass wir nur noch die Zahl zur Kenntnis nehmen. Nur mit Haushaltspolitik, mit Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit hat das überhaupt nichts zu tun.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nenne das Intransparenz.

Eine zweite Geschichte: Herr Carius, der Erfurter Flughafen ist uns ja allen lieb, der Landesregierung teuer, die Steuerzahler müssen dafür bezahlen.

(Beifall Abg. Kuschel, DIE LINKE)

Was das als PPPPP-Modell noch langfristige Kosten hat, da hat Herr Carius sich jetzt hingestellt und hat gesagt, wunderbar, wir machen jetzt eine Begrenzung der Zuschüsse, endlich werden die Zuschüsse an den Flughafen begrenzt. Da schaut man in den Haushalt und stellt fest, die Deckungsfähigkeit des Kapitels ist ausgeweitet auf den Landesstraßenbau und auf den Radwegebau. Das heißt, der Radwegebauhaushaltstitel wird jetzt kombiniert mit dem Flughafen und am Ende des Jahres muss geschaut werden, ob der Flughafen mit dem Geld hinkommt und so lange dürfen dann die Radwege nur verkürzt gebaut werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hat doch mit Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit überhaupt nicht zu tun.

An die Freundinnen und Freunde der SPD will ich nur sagen, beim Erziehungsgeld immer auf der linken Seite 3, 5, 7 Blinker anbauen, links scharf blinken, um dann mit der Koalition andersrum abzubiegen.

(Beifall DIE LINKE)

(Abg. Ramelow)

Da haben Sie jetzt die Deckungsfähigkeit zum Landeserziehungsgeld auch hergestellt und die Vereine und Verbände können jetzt abwarten, ob beim Landeserziehungsgeld ein paar Brosamen abfallen oder nicht, um die Haushaltstitel für Vereine und Verbände damit zu finanzieren. Entschuldigung, wenn ich einfach sage, Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit geht anders, Transparenz geht anders.

Meine Damen und Herren wir haben Ihnen Änderungsanträge vorgelegt. Ich werbe ein letztes Mal dafür. Unsere Kommunen haben es verdient, dass in diesem Jahr der Haushaltsüberschuss aus dem Jahr 2012 in die Tilgung gesteckt wird und die daraus resultierenden Haushaltsfreiräume in Zukunft für die Kommunen ausgegeben werden, damit die kommunale Investitionsfähigkeit gestärkt wird. Schichten Sie die 220 Mio. € Überschuss um, tilgen Sie damit sofort und schaffen Sie einen zusätzlichen Anreiz für die Kommunen. Das wäre der richtige Weg. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Jetzt wäre eigentlich die CDU-Fraktion dran, aber da ist mir dann gesagt worden, dass der Redebeitrag zurückgezogen ist. Ist das richtig so? Ja.

(Zuruf Abg. Mohring, CDU: Nein, wir sind ja wieder da.)

(Zwischenruf Abg. Lemb, SPD: Zurückgezogen ist zurückgezogen.)

Moment mal bitte. Normalerweise ist in unserer abgesprochenen Reihenfolge jetzt der Beitrag für die CDU-Fraktion dran. Da ist mir vorhin vom Parlamentarischen Geschäftsführer gesagt worden, es ist jetzt zurückgezogen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler CDU: Jetzt ist er wieder angemeldet.)

Wer hat ihn angemeldet?

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Na, er selbst.)

Also wenn jemand sagt, ich bin wieder da, das ist doch kein Redebeitrag.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Entscheiden Sie doch.)

Wenn es für die CDU einen Redner gibt, er nickt, das ist der Abgeordnete Mohring, dann ist jetzt Abgeordneter Mohring dran. Bitte.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will gern zu wenigen Anmerkungen, die wir am gestrigen Tag vor allen

Dingen und heute Morgen noch einmal zu den Einzelplänen gehört haben, für die CDU-Fraktion Stellung nehmen. Vielleicht fange ich mit den Wortmeldungen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch einer der seltenen Beiträge gewesen.)

Selbstverständlich, ich habe heute auch extra einen anderen Binder um, um auch deutlich sagen zu können, was mir am Herzen liegt und was mich bewegt. Sie haben gestern gesagt, ich glaube, es war Herr Adams, er hat sich darauf bezogen, und Herr Meyer, wer trägt die Verantwortung für die Schuldenlast in diesem Land und hat das ausgeführt und hat aus der Ferne die Entwicklung in Thüringen beurteilt, obwohl die GRÜNEN fünfzehn Jahre nicht im Parlament vertreten waren.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir haben trotzdem Zeitung gelesen.)

Ich verstehe das auch alles, dass man eine Menge nachzuholen hat, wenn man plötzlich wieder im Parlament sitzt. Ich kann das nachvollziehen. Aber ich glaube nicht, dass es klug ist, Vorgänge, die vor 15, vor 20 Jahren gewesen sind, aus heutiger Perspektive bewerten zu müssen.

(Zwischenruf Abg. Bärwolff, DIE LINKE: Aber 40 Jahre vorwerfen.)

Ich glaube, es ist gut. Was man machen kann, ist, dass man aktuelle Verantwortung bewerten kann. Wenn ich einmal in andere Bundesländer schaue, ich schaue zum Beispiel nach Baden-Württemberg,

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nach Niedersachsen.)

wo die GRÜNEN in Verantwortung sind. Und wenn Sie uns hier erzählen wollen, welche Verantwortung wir tragen und was wir tun müssten, um den Haushalt noch besser zu machen, obwohl wir einen Haushalt ohne Schulden vorgelegt haben, obwohl wir einen Haushalt vorlegen, der tilgt, obwohl wir einen Haushalt vorlegen, der auch in den Pensionsfonds zuführt und der sich seine Ausgaben zurücknimmt. Dann frage ich einmal, was machen Sie eigentlich in Baden-Württemberg? 3 Mrd. € neue Schulden, seitdem die GRÜNEN Verantwortung tragen. Wenn es darum geht, wer soll in der Zukunft hier in diesem Land keine Verantwortung tragen, dann kann ich nur allen sagen, schaut nach Baden-Württemberg, Schuldenmacherei mit den GRÜNEN, 3 Mrd. € wollen wir jedenfalls hier nicht haben.

(Beifall CDU)

Wenn Ihnen das nicht genügt, dann schauen wir nach Nordrhein-Westfalen, da sind die GRÜNEN

(Abg. Mohring)

Juniorpartner. Dann können wir sehen, was leisten denn die GRÜNEN finanzpolitisch wirklich. Dann schaue ich in den Haushalt für dieses Jahr und da sehe ich dann mit GRÜNER Mitverantwortung Nordrhein-Westfalen 4 Mrd. € Neuverschuldung. Erzählen Sie uns doch keinen Kuchen hier in diesem Plenarsaal, dort, wo Sie Verantwortung tragen, versagen Sie finanzpolitisch völlig.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie viel Prozent sind in 4 Mrd. € vom Nordrhein-Westfalen-Haushalt?)

Dann schaue ich nach Rheinland-Pfalz. Dann sehe ich mir das Desaster um den Nürburgring an. Ich glaube, in Rheinland-Pfalz sind die GRÜNEN in Mitverantwortung.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es darum geht, wo Sie mahndend Ihren Finger hätten heben können, wenn es darum geht, nachhaltig Politik zu machen, wenn es darum geht, Regierungsverantwortung zu übernehmen, auch in Rheinland-Pfalz haben die GRÜNEN versagt.

(Beifall CDU)

Sie haben nicht das Recht, dort, wo Sie Verantwortung tragen und versagen, hier den mahnden Finger zu heben. Das, was wir hier vorgelegt haben als CDU- und SPD-Koalition mit diesem Haushalt, wir müssen uns nicht verstecken.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kommen Sie mal zurück nach Thüringen.)

Wir sind Spitzenreiter, wenn es darum geht, aus den neuen Ländern herauszuschauen, wir sind unserer finanzpolitischen Verantwortung als Nehmerland sehr wohl gerecht geworden. Wir können froh sein, dass wir in dieser Koalitionsform diesen Haushalt für die nächsten zwei Jahre auf den Weg gebracht haben.

Dann hat sich Frau Rothe-Beinlich gestern gemeldet. Volker Emde hat es gestern schon einmal erläutert, aber ich will es noch einmal kurz aufrufen. Dann stellen Sie sich hierhin, in die Mitte des Hauses und sagen, jahrzehntelang - man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen - sind in Thüringen keine Lehrer mehr eingestellt worden. Dann sagen Sie das so in Ihrer Unwissenheit, in Ihrer blanken Unwissenheit, stellen Sie sich hier vorn hin, neunmalklug, belehren jeden Redner. Wenn die GRÜNEN hier vorgehen, jeder einzelne Redner der anderen Fraktion wird belehrt. Wenn Sie einmal vorgehen und wir entlarven Sie, dass Sie wieder gelogen haben, dann entschuldigen Sie sich nicht einmal in diesem Haus.

(Beifall CDU)

Volker Emde hat es doch gestern vorgetragen. Ich will es nur noch einmal für 2005 bis 2009 machen. Da haben wir in Thüringen 1.109 neue Lehrer eingestellt, in diesem schwierigen Umfeld, dass die Hälfte der Schülerzahlen wir nicht mehr in den Thüringer Schulen vorfinden bei gleichem Lehrerkörper und wissen, dass nicht alle Lehrer bereit waren, sich umzuschulen und auf die Mängelfächer umzusteigen. Aber wir haben 1.100 neue Lehrer eingestellt. Und in dieser Wahlperiode haben wir jetzt schon 668 neue Lehrer eingestellt. Das Finanzministerium hat sogar im Jahr 2010 400 Stellen genehmigt und es sind 188 Einstellungen erfolgt. Deswegen sind es jetzt nur 668, aber im Doppelhaushalt nehmen wir uns noch einmal vor in 2013 400 neue Lehrerstellen, in 2014 400 neue Lehrstellen. Wir wissen, was wir für die Thüringer Schulen tun müssen, damit gute Bildungsqualität organisiert wird. Das haben wir in der Koalition durchgesetzt und knüpfen da an gute Ergebnisse an. Aber was nicht gilt, ist, was Sie sagen, jahrzehntelang ist hier nichts passiert; das ist falsch. Aber wir wissen, was wir jetzt tun müssen als Koalition, und das leisten wir auch.

(Beifall CDU)

Nun hat sich gestern ein Redner der LINKEN gemeldet und hat PPP kritisiert, hat da ein neues Wort erfunden, hat gemeint, das sei lustig, aber ich finde, das ist nicht lustig.

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Nein, das ist nicht lustig.)

Wenn ein Nehmerland wie Thüringen besondere Verantwortung trägt, weil es Geld von anderen bekommt, weil das Geld weniger wird, weil wir uns so aufstellen wollen, dass wir an der Spitze der jungen Länder stehen, in unserer wirtschaftlichen Entwicklung vorankommen wollen, dazu gehört auch, dass wir eine gute Bildungslandschaft organisieren. Ich will mal ein PPP-Modell herausuchen, wo wir das genau in diesem Bewusstsein gemacht haben. Unsere Kommunen haben weniger Geld, wir haben weniger Geld, aber wir müssen was aufholen, was Sie uns hinterlassen haben. Dass wir Schulen in Thüringen sanieren mussten, lag doch daran, dass Jahrzehnte nichts passiert ist, dass alles kaputt war, die Kinderheime, die Kindertageseinrichtungen, die Schulen, die Straßen. Wir haben dieses Geld investiert, damit wir das Land besser machen können, als wir es übernommen haben 1989/1990.

(Beifall CDU)

Der damalige Finanzminister Andreas Trautvetter hat ein PPP-Modell entwickelt beim Typenschulprogramm, weil wir gesagt haben, unsere Schulen sind kaputt und wir haben das Geld nicht mehr, um das alles zu sanieren. Deswegen hat damals Andreas Trautvetter gesagt, wir machen ein neues Vorhaben, 19 Schulen - 17 kommunale und 2 Sportgym-

(Abg. Mohring)

nasien -, dann machen wir einen Investitionsschub in einem Jahr, ziehen das durch, finanzieren das später ab, aber wir sind schneller in der Lage, bessere Voraussetzungen in der Bildungslandschaft zu schaffen, als wir es uns leisten könnten, wenn wir kreditfinanziert die Sache für die Zukunft auf den Weg bringen. Die Gesamtbaumaßnahme damals 92 Mio. € zusätzlich, die ganzen Nebenkosten und natürlich belastet uns das noch bis ins Jahr 2013 hinein, was wir damals ausgemacht haben. Aber wollen Sie sich hinstellen und wollen sagen, das war falsch, dass wir die Thüringer Schulen saniert haben mit privaten Finanzierungsmodellen? Ich sage, das war wichtig und es war richtig, weil es gute Schullandschaft organisiert hat, und da nützt nachträgliches Gejammer und Gezeter überhaupt nichts.

(Beifall CDU)

Da teile ich alle diese Auffassungen von Menschen, die sagen, wir müssen uns nicht heiß reden, weil wir das wissen, dass wir ohne Schulden besser auskommen. Aber es gibt auch Entwicklungsphasen, wo auch geborgtes Geld und von Privaten vorfinanziertes Geld gut angelegt ist, weil es bei der Entwicklung des Landes hilft, weil es die Voraussetzungen schafft. Deswegen machen wir auch jetzt im Übrigen in Thüringen private Finanzierungen, wenn es um den Autobahnbau geht, weil unsere Kassen nicht mehr voll sind,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zum Beispiel Spaßbäder.)

aber wir private Finanzierer haben, die in Vorleistung treten und die Infrastrukturvoraussetzungen schaffen, damit es später besser geht. Aber weil wir es jetzt organisieren wollen und nicht zehn Jahre warten wollen, dass irgendeiner wieder Geld gibt, deswegen tun wir das und deswegen ist das pauschale Geißeln von privaten Vorfinanzierungen falsch und zeugt davon, dass viel finanzpolitischer Verstand bei Ihnen nicht vorhanden ist.

(Beifall CDU)

Dann will ich was sagen, Herr Huster, da spreche ich Sie persönlich an, weil Sie sich gestern angemaßt haben zu beurteilen, wie unsere Partei aufgestellt sein muss. Da sage ich Ihnen ganz klar, im Gegensatz zu Ihrer Partei, die von oben zentralistisch bestimmt, was gilt und was nicht gilt,

(Heiterkeit DIE LINKE)

bei uns in der Partei kann jeder seine Meinung sagen, ganz klar.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Jetzt macht er den Clown.)

Wir sind Volkspartei, wir haben zimal mehr Mitglieder als Sie und bei uns darf jeder unserer 11.500 Mitglieder seine Meinung sagen, ohne dass einer in Erfurt oder Berlin bestimmt, was gilt. Bei

uns herrscht Meinungsfreiheit, das kennen Sie nicht, aber wir sind auch demokratische Partei.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Aber wenn Sie sich anmaßen, uns erklären zu wollen, wie wir Kommunalen Finanzausgleich zu organisieren haben, wie wir das lösen, wenn die kommunale Seite eine Meinungsbildung hat und wir was vorgelegt haben, da will ich das gern noch mal zusammenfassen und will an den Dezember 2012 erinnern: Wir waren das, die den Streit geschlichtet haben. Wir waren das, die eine Lösung gefunden haben. Wir waren das, die ein Modell entwickelt haben, dass der Kommunale Finanzausgleich jetzt funktioniert und niemand mehr vom Städte- und Gemeindebund gegen diesen Kommunalen Finanzausgleich schimpft und kein Landrat mehr aufsteht und kein Landkreistag sagt, das geht so nicht, sondern alle jetzt sagen, diese Lösung ist ein guter Kompromiss und sie hilft, dass die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs, die Wolfgang Voß auf den Weg gebracht hat, zukunfts- und verfassungsfest ist. Wir waren das, wir haben die Moderierung der Lösung übernommen. Wir brauchen keine nachträgliche Beschimpfung von Ihnen. Wir werden unserer Verantwortung in diesem Land besser gerecht, als Sie das jemals tun können und in der Vergangenheit getan haben.

(Beifall CDU)

Wir sind uns da völlig einig, und das, was wir geleistet haben mit der Übergangfinanzierung, dem Kommunalen Finanzausgleich und mit der Finanzgarantie und mit dem Partnerschaftsmodell, all diese Komplexität, die auch viele nur schwer nachvollziehen können, wir haben da ein Modell entwickelt, das wird für die Zukunft funktionieren und gibt die Handlungsmöglichkeiten, die die kommunalen Verantwortlichen auch für die Zukunft brauchen, wenn es nicht einfacher wird. Wir haben das geleistet, Sie haben nur Kritikaster-Politik gemacht und haben das alles kritisiert und haben gemeint, mit populistischen Vorschlägen irgendetwas auf den Haufen zu legen. So geht Politik nicht und so geht Kommunaler Finanzausgleich nicht - aber wo soll es auch herkommen.

(Beifall CDU)

Dann will ich Ihnen noch mal was sagen zur Gesamtverantwortung, wenn es darum geht, wie stelle ich so einen Haushalt auf. Da schlagen die einen vor, löst doch ein Ministerium auf, da sparen wir Geld. Der Minister hat es vorhin schon gesagt, man muss es sich noch mal auf der Zunge zergehen lassen, damit das wirklich auch jeder mitkriegt. Da kommt die kleine Fraktion von den GRÜNEN hier in den Landtag und sagt, wir lösen das Bauministerium auf. Da schaut du dann: Was sparen Sie da ein? Da bleibt ein 50.000-Euro-Schein übrig. Da muss ich mal sagen, wenn Sie so gern Strukturver-

(Abg. Mohring)

änderungen machen wollen und das Einzige, was übrig bleibt, ist ein 50.000-Euro-Schein, dann muss ich mal fragen: Haben Sie überhaupt noch den Überblick über das, was in diesem Land passiert? Ich glaube, das geht völlig an der Realität dieses Landes vorbei. Dann schauen Sie nach und dann kommt noch ein zweiter Vorschlag und dann sagen Sie, populistisch, wie Sie sind, kürzt doch die Diäten um 10 Prozent und dann ist der Haushalt ausfinanziert.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das sagt doch gar keiner.)

Billiger geht es doch gar nicht mehr, Haushaltspolitik zu machen. Wir verwahren uns gegen solche unseriösen populistischen Forderungen zu einem Landeshaushalt.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Landeshaushalt ist größere Verantwortung als Ihre komischen 10 Prozent, die Sie bei den Abgeordneten diäten populistisch wegnehmen wollen.

(Beifall CDU)

Wir haben jetzt hier als CDU und SPD ein Werk vorgelegt, zweimal 9 Mrd. Einnahmen und Ausgaben, wo wir wissen, diese Zukunftsweichenstellungen sind genau richtig angelegt, damit wir das schaffen können, was wir wollen, wenn es mit den EU-Geldern schwieriger wird. Wir haben ja darüber geredet, in dem Korridor zwischen 55 Prozent und Zweidrittelfinanzierung und Nachfinanzierung, was wir jetzt aus der aktuellen Förderperiode sehen. Wir haben darüber gesprochen, wie sich die Steuereinnahmenprognosen möglicherweise auch schwieriger gestalten können. Aber wir haben mit dem Doppelhaushalt die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir uns das auch leisten können, selbst wenn es enger wird, weil wir auch Vorsorge getroffen haben, weil der Finanzminister seinen Haushalt so aufgestellt hat, dass auch diese Risiken, jedenfalls im Ansatz, auch gut aufgefangen werden können. Wenn man im Vollzug gut darauf achtet, dann gelingt uns dieses Werk auch und wir haben die Weichenstellung gemacht, damit wir in der nächsten Wahlperiode, wir, wenn möglich auch zusammen, die Weichenstellungen machen können, die notwendig sind für den Rest der zweiten Jahrzehntshälfte, damit wir am Ende, wenn 2020 wirklich vor der Tür steht, auch diesen Freistaat so organisiert haben, dass wir mit dem auskommen, was uns dann noch von Dritten zur Verfügung gestellt wird. Das ist doch ein hehrer Anspruch.

Wenn Politiker gewählt werden auf fünf Jahre, dann ist es doch genau diese Aufgabe, die sie erfüllen müssen, die Weichenstellungen so zu machen, dass sie länger gehen als über eine Wahlperiode hinweg, dass man darüber hinausschaut und weiß, was auf einen zukommt und wie man das Land wohin lenken muss, damit es am Ende des Tages

auch gut funktioniert und aufgeht. Deswegen wählen uns die Leute hier in diesem Haus. Aber sie wählen uns nicht wegen Populismus,

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das sagt der Richtige.)

dass Sie dickere Hose machen als die anderen, die draußen vor diesem Parlament stehen und nicht reinkommen. Deswegen erwartete ich einfach, dass Anträge in diesem Haus auch seriös gestellt werden, die mithelfen, in diesen Ideenwettbewerb zu treten, aber die nicht mithelfen, wer ist draußen und hier drin der größte Populist in diesem Land. Deswegen ist es gut, dass CDU und SPD die Verantwortung in diesem Landtag haben und diesen Haushalt aufgestellt haben, den wir nachher so verabschieden werden, wie wir ihn heute auf der Tagesordnung haben. Vielen Dank.

(Zwischenruf Abg. Skibbe, DIE LINKE: Das hat man ja schon in der Zeitung lesen können.)

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mohring. Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Barth für die FDP-Fraktion.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, es geht mir wie gestern, vieles von dem, was mein Vorredner gesagt hat, bis auf die Tatsache, dass es gut ist, dass CDU und SPD hier regieren,

(Heiterkeit CDU)

würde ich vorbehaltlos unterschreiben und unterstreichen.

(Beifall FDP)

Wir haben gestern auch sehr lange über den Einzelplan 06 diskutiert hier an dieser Stelle. Das hat manchen überrascht, dass das so lange gedauert hat, das lag aber ganz klar einfach daran, dass der Kommunale Finanzausgleich ja in diesem Einzelplan mit verhandelt worden ist. Ich habe das gestern schon gesagt und will damit auch einsteigen, Herr Finanzminister: Wir glauben fest, dass die Reform, die Sie an dieser Stelle vorgenommen haben, dringend notwendig war und im Grundsatz auch in die richtige Richtung geht. Mit Blick auf die Entwicklung des Gesamthaushalts bis 2020 führt an solchen Entscheidungen kein Weg vorbei.

Aber - da bin ich bei der Rede des Kollegen RameLOW von vorhin - ich muss sagen, ich bin auch erschrocken, als ich in diesem Gutachten, was wir alle noch gar nicht kennen, wir kennen es ja nur aus

(Abg. Barth)

der Zeitung, gelesen habe, dass es Verwaltungseinheiten geben soll, die mindestens 12.000 Menschen umfassen. Kollege Meyer sprach gestern hier von den Gemeinsamkeiten von Gera und Steinbach-Hallenberg oder Floh-Seligenthal, die würden dann wahrscheinlich ungefähr in einem Kreis liegen, wenn wir solche Strukturen angehen. Herr Ramelow, warum jemand nach Thüringen kommt, da gibt es bestimmt viele Gründe. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass es - außer vielleicht für die Leute, die dort arbeiten wollen - für irgendjemanden von entscheidender Bedeutung ist, ob es ein Landesverwaltungsamt gibt oder ob es das vielleicht nicht gibt. Warum ein Haus in Ziegenrück besser verkaufbar sein soll, ob wir eine zweistufige oder eine dreistufige Verwaltung haben, das ist mir wirklich auch nicht klar.

(Beifall Abg. Bergner, FDP)

Ich glaube, dass es darum geht, dass wir Strukturen haben, dass wir auch Gebietsstrukturen haben, mit denen wir den ländlichen Raum nicht entmündigen, sondern dafür sorgen, dass er weiter seine eigenen Probleme lösen kann.

(Beifall Abg. Fiedler, CDU)

Wir sorgen auf der einen Seite dafür, dass wir zur Identifikation die Kennzeichen von früher wieder einführen, und wollen auf der anderen Seite Gebietsstrukturen schaffen, die so abstrakt sind, dass kein Mensch auch nur ansatzweise irgendeine Identifikation damit herstellen kann.

(Beifall CDU, FDP)

Das halte ich für abenteuerlich, für absurd.

Im zweiten Punkt will ich sagen, Kollege Mohring hat eben Frau Rothe-Beinlich schon angesprochen und ich will mich auch in die Richtung wenden. Sie haben gestern von dieser Stelle aus eine Situation aus dem Haushaltsausschuss angesprochen, als Sie meiner Kollegin Franka Hitzing unterstellt haben, die Unwahrheit gesagt zu haben, als es um ein Abstimmungsverhalten zu dem Änderungsantrag über die Schulen in freier Trägerschaft ging. Ich will ausdrücklich sagen, ich war bei dieser Abstimmung dabei, Ihre Fraktion hat gegen diesen Antrag gestimmt. Auch für diese falsche Behauptung warten wir bis heute auf eine Entschuldigung, das ist eben nicht Ihre Sache.

(Beifall FDP)

Rechthaberisch auftreten, aber wenn Sie mal nicht recht haben, noch nicht mal die Größe haben zu sagen, ich habe mich geirrt, das ist genau das, was Ihre Größe ausmacht.

(Beifall CDU, FDP)

Ein dritter Punkt, der mir noch aus den Beratungen in Erinnerung ist, ist die Geschichte mit den Lehrern. Mike Mohring hat das eben hier angespro-

chen. An der Stelle will ich ein bisschen Wasser in den Wein gießen, den er hier gerade kredenzt hat. Im Koalitionsvertrag findet sich die Vereinbarung, bis zum Ende der Legislatur einen Ersatzbedarf von 2.500 Lehrern erkannt zu haben - 2.500. Jetzt werden 800 eingestellt, zweimal 400, das ist ungefähr ein Drittel des als notwendig Erkannten. Das ist vielleicht ein schöner Anfang, aber keinesfalls auch nur ansatzweise ausreichend, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Es spricht schon Bände, wenn sich Schüler im Ministerium darüber beschweren, dass Unterricht ausfällt. Ich muss sagen, ich bin relativ gern zur Schule gegangen. Aber auf die Idee zu kommen, an den Minister zu schreiben, weil so viel Unterricht ausfällt, ich gebe zu, das wäre mir nicht eingefallen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Als du in die Schule gegangen bist, war der Minister weit weg.)

Das zeigt, wie groß die Not in Wahrheit ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Herr Minister, ich will mich deshalb mit Blick auf den Gesamthaushalt zunächst bei Ihnen bedanken. Damit keine Missverständnisse aufkommen, ich bedanke mich bei dem Minister, nicht etwa bei der Landesregierung oder bei der Koalition, denn das Ergebnis der zweijährigen Tätigkeit von Herrn Voß ist nicht gleichzusetzen mit dem Ergebnis dieser Koalition. Wir haben den letzten Haushalt, das habe ich gestern schon mal gesagt. Deswegen ist es natürlich auch ein Stück weit eine Bilanz, die wir hier ziehen. Diese Bilanz - das muss man ausdrücklich sagen - wäre ohne Herrn Voß mit Sicherheit noch viel dunkelroter, als sie so schon ist.

(Beifall FDP)

Das ist sozusagen die Steigerung: rot, dunkelrot und dann kommt schwarzrot. Genauso sieht auch die Haushaltsbilanz aus.

(Beifall FDP)

Es ist - das stimmt positiv - keine Neuverschuldung. Das ist ein wichtiger Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber es geht eben nicht nur um die Bilanz, nicht nur um den Vergleich zwischen 2011 und 2013 auch bei den Schulen, den der Minister hier gestern aufgezeichnet hat, sondern es geht eben um die Bilanz 2010 bis 2014. Und wenn man dann sich mal ein paar Zahlen ansieht, dann kommt man zu einer relativ ernüchternden - um es vorsichtig zu formulieren - Bilanz, zu einer ernüchternden Erkenntnis. Der Landeshaushalt Thüringens im Jahr 2008 - das habe ich deshalb genommen, weil 2009 ein Wahlkampfjahr war, da sind die Situationen vielleicht ein bisschen anders -, die da-

(Abg. Barth)

mals verantwortliche Finanzministerin sitzt dort oben in der CDU-Fraktion: Haushaltsvolumen damals knapp 9,2 Mrd. €, 9,17 Mrd. € etwa. 2010 - im ersten Jahr dieser Koalition - wenn es 9,8 Mrd. €, 650 Mio. € oben drauf, im ersten Jahr. Mike Mohring lief damals in den Zeitungen mit dem Zitat „Die eine Milliarde, die da jetzt mehr ausgegeben wird, die sieht man gar nicht.“ Und er sagte dann weiter, das Problem bestünde darin, dass die Ministerien nicht mehr runterkommen von dem, was sie sich da jetzt in den Haushalt schreiben. Recht hat er gehabt. Dass das schwierig wird, haben die Folgejahre gezeigt 2011 9,5 Mrd. € bis eben jetzt auf 2013, wo wir mit 9,1 Mrd. fast wieder auf dem Stand von 2008 sind. Herr Voß hat gestern den Vergleich mit den anderen Ländern gemacht. Es ist übrigens gut, dass Sie keine durchsichtigen Manöver machen, ich erkläre das extra auch so, dass es alle begreifen, Herr Huster.

(Beifall FDP)

Sie haben den Vergleich mit den anderen Ländern gemacht. Dann habe ich mir das auch mal gemacht. Es wird jetzt nicht überraschen, dass ich mir Sachsen mal als Vergleich herangezogen habe. In Sachsen ist die Situation vergleichbar. Sachsen hat 2013 in etwa ein vergleichbares Haushaltsvolumen auch bis auf 100 Mio. Differenz wie 2008, mit dem kleinen Unterschied, in Sachsen der Haushalt ist doppelt so groß in etwa wie der in Thüringen. Es gibt aber einen entscheidenden Unterschied: In den Jahren zwischen 2008 und 2013 sind in Sachsen praktisch keine Schulden dazugekommen. Der Haushalt war mal ein bisschen höher, dann aber auch mal ganz erheblich niedriger, er war im Schnitt immer so, wie er 2008 war und eben auch 2013. In der Zeit sind in Sachsen deutlich über 200 Mio. € Schulden getilgt worden. Thüringen hat in der Zeit 650 Mio. € neue Schulden gemacht. Es ist zwischen 2008 und 2013 ein Haushaltsberg angewachsen, der 1,2 Mrd. € Mehrausgaben verursacht hat, 1,2 Mrd. € Steuermehreinnahmen haben Sie damit verfrühstückt.

(Beifall FDP)

Da ist eine Rücklage mit verfrühstückt worden und es sind neue Schulden gemacht worden. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das der entscheidende Unterschied. In Sachsen wird übrigens auch noch in einen Zukunftsfonds eingespart, der dann für besondere Ausgaben, Infrastruktur, Bildung usw. Ausgaben, Investitionen ermöglicht.

Deshalb, Herr Minister, ist Ihr Vergleich eben nur die halbe Wahrheit, wenn Sie mit 2011 vergleichen. Es ist Ihr Vergleich, Ihr persönlicher, der geht in Ordnung, der geht positiv aus, aber die Bilanz der Regierung, die Bilanz der Koalition von 2010 bis 2014 sind 500 Mio. € neue Schulden.

(Beifall FDP)

Bei dem Tilgungstempo, was Sie selbst vorgeben, sind wir bis 2020 nur damit beschäftigt, allein die Schulden zu tilgen, die Sie den Nachfolgeregerungen überlassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen will ich ganz ausdrücklich noch mal sagen, dass die über 800 Anträge der FDP-Fraktion, wo vielleicht auch - Minister Reinholz hatte das mal kurz angesprochen - ein paar dabei sind, wo uns Dinge mal durchgerutscht sind. Das kann passieren, sage ich bei über 800 Anträgen, aber wir machen uns wenigstens die Arbeit und ich scheue mich dann auch nicht, mal einen Fehler zuzugeben. Aber in der Tendenz und in der Gesamtsumme glaube ich, dass unsere Anträge zeigen, dass man Spielraum erwirtschaften kann in so einem Haushalt, dass man Schulden tilgen kann, dass man Investitionen verstärken kann und dass man am Ende damit das Land wirklich in eine Situation versetzen kann, wenn man es wollte, welches die Richtung auf die notwendigen Einsparungen, auf die notwendigen Strukturen bis 2020 wesentlich besser und wesentlich deutlicher vorgeben und den Weg zeichnen würde, als das dieser Haushalt tut. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Bilanz dieser Regierung, 500 Mio. € neue Schulden, für diese Bilanz können Sie weder Dank noch Zustimmung erwarten. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Hitzing:

Danke, Herr Abgeordneter Barth. Das Wort hat jetzt Abgeordneter Dr. Pidde für die SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, gerade in Zeiten zurückgehender Einnahmen, wie jetzt in den letzten Jahren schon durch die Bundeseinnahmen oder ab 2014 mit weniger Geldern aus der EU, gerade in solchen Zeiten ist es wichtig, die notwendigen Entscheidungen zu treffen und das Richtige zu tun. Das ist der Koalition mit dem vorliegenden Haushalt für 2013 und 2014 gelungen. Herr Mohring hat das eben schon entsprechend dargestellt. Der Haushalt ist vernünftig ausbalanciert zwischen Zukunftsinvestitionen auf der einen Seite und Konsolidierung auf der anderen Seite. Ich möchte aber auch der SPD-Fraktion, meiner Fraktion, bescheinigen, dass sie diesen Kurs, Geld ausgeben für wichtige Dinge für die Zukunft und Sparsamkeit auf der anderen Seite, seit Jahren gehalten hat, ob in der Opposition oder jetzt in der Regierung.

(Beifall Abg. Höhn, SPD)

Meine Damen und Herren, in der Debatte am gestrigen Tag ist viel über Zukunftsinvestitionen geredet

(Abg. Dr. Pidde)

worden, auch die Ministerpräsidentin sagte, Investitionen in die Zukunft sind Investitionen in die Bildung. Das fängt bei der frühkindlichen Bildung an. Die Koalition hat sich darauf verständigt, die Kindertagesstättenfinanzierung deutlich zu erhöhen, und das zieht sich wie ein roter Faden durch den Bildungsbereich. 800 neue Lehrer sollen an den Schulen in den kommenden beiden Jahren eingestellt werden. Damit wird es gelingen, den Unterrichtsausfall zu reduzieren. Es wird damit gelingen, personalintensive Vorhaben, wie zum Beispiel die schulische Inklusion, zu realisieren.

Die Hochschulen erfahren jährlich einen Aufwuchs, so wie es im dritten Hochschulpakt festgelegt ist, und auch die Theater und Orchester erhalten mehr Geld. Auch das ist in den Verträgen mit den Trägern dieser Institutionen so ausgehandelt worden und jetzt finanziell untersetzt.

(Beifall SPD)

Die Jugendpauschale wird auf hohem Niveau von 11 Mio. € fortgeführt. Das sichert die Arbeit der Jugendpfleger vor Ort und Ähnliches. Neu eingeführt ist der Kulturlastenausgleich von 9 Mio. € jährlich. Damit soll Städten unter die Arme gegriffen werden, die mit einem reichen Erbe an kulturellen Einrichtungen gesegnet sind und überdurchschnittliche Kulturaufwendungen schultern müssen.

(Beifall SPD)

Die Schulsozialarbeit wird deutlich ausgeweitet. 3 Mio. € wird es in diesem Jahr geben, 10 Mio. € ab dem Jahr 2014, so dass ab dem neuen Schuljahr 2013/14 in jeder Regelschule, in jeder Berufsschule - das sind nun mal die, bei denen der Bedarf am deutlichsten ist - ein Schulsozialarbeiter vorhanden sein wird. Das sind Investitionen, die Thüringen wirklich voranbringen.

Meine Damen und Herren, besonders erwähnen möchte ich den neuen Kommunalen Finanzausgleich. Wir hatten ein altes System, das zimal nachgebessert worden ist. Vor lauter Flicker hat man zum Schluss den Teppich schon kaum noch gesehen. Jetzt haben wir ein System, das auf Transparenz aufgebaut ist und das ein zukunftsfähiges Ausgleichssystem zwischen Land und Kommunen darstellt.

Natürlich gibt es bei jeder Systemumstellung Gewinner und Verlierer, deshalb hat meine Fraktion auch schon sehr zeitig einen Anpassungsfonds gefordert. Der Finanzminister hat dann zu Beginn 70 Mio. € eingestellt. Das war den Koalitionsfraktionen zu wenig. Wir haben das deutlich aufgestockt, so dass jetzt für die nächsten Jahre 313 Mio. € in diesem Anpassungsfonds vorhanden sind. Ich sage einerseits, das ist die Grenze des Machbaren, und andererseits, dass diese Mittel für die Kommunen auch notwendig sind, denn gerade vor Ort in den Städten und Gemeinden wird über die Lebensquali-

tät der Bürger in Thüringen ein entscheidendes Wort gesprochen.

Meine Damen und Herren, schauen wir auf die andere Seite zur Konsolidierung. Der Freistaat senkt in den beiden kommenden Jahren die Ausgaben. Das ist kein Selbstläufer, sondern das ist mit harter Arbeit verbunden. Neben der Ausgabensenkung sind auch noch 130 Mio. € vorhanden, um Schulden zurückzuzahlen. Wir wissen - auch das ist in der gestrigen Debatte schon angesprochen worden -, dass nur ganz wenige Bundesländer überhaupt Schulden tilgen können. Die meisten - und die wirtschaftliche Situation ist ja für alle gleich - nehmen Kredite auf, um ihre Haushalte überhaupt rund zu bekommen. Wir wissen, dass der eigentliche Einsparbedarf deutlich höher ist als das, was die Zahlen ausweisen, denn die Tarifsteigerungen mussten weggedrückt werden, die steigenden Pensionslasten mussten weggedrückt werden. All das musste zusätzlich noch erwirtschaftet werden. Wir wissen aber auch, dass erhebliche Steigerungen bei der Haushaltskonsolidierung noch notwendig sind in den kommenden Jahren. Da sind intelligente Lösungen gefragt.

Die Landesregierung hat eine Expertenkommission eingesetzt und ausgewiesene Fachleute in diese Kommission berufen. Die Debatte darum und auch die Meldungen in den Medien in den letzten Tagen lassen mich zu dem Schluss kommen, dass der Fraktionsvorsitzende Herr Mohring und der harte Kern um ihn herum auch bereit sein müssen, das Visier mal ein wenig hochzuklappen und nicht nur auf ein Feindbild fixiert zu sein, sondern einfach auch die Realität wahrzunehmen, auch die Realität in der CDU-Basis.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stadträte, Gemeinderäte und Kreistagsmitglieder, kommunale Mandatsträger haben eine ganz andere Haltung. Herr Mohring hat ja vorhin auch deutliche Worte gesagt, wie wichtig die Meinung der Basis der CDU ist.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Werner, bis eben war es eine gute Rede.)

Ich möchte einfach nur, dass auch die CDU-Fraktion den Bericht der Expertenkommission unvoreingenommen wertet, weiter will ich doch gar nichts,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Es gibt ihn ja noch gar nicht.)

und dass wir dann nach einer unvoreingenommenen Wertung uns innerhalb der Koalition auf sinnvolle und intelligente Entscheidungen für Thüringen einigen.

(Abg. Dr. Pidde)

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE: Recht hast du, Werner.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige Sätze zur gestrigen Debatte und auch zu dem, was heute gesagt worden ist, auch jetzt in der Schlussrunde von der Opposition, sagen: Herr Ramelow hat ja noch mal dafür geworben, den Anträgen der LINKEN zuzustimmen.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist nicht ganz so einfach, wie er das hier darstellt. Wir haben die Anträge von den LINKEN, auch den GRÜNEN geprüft. Sehr viel Wünschenswertes ist darin, vieles aber auch, was Geld kostet. Wenn wir genug Geld hätten, wäre es auch gar kein Problem, dann hätten wir wirklich noch mal das Füllhorn ausschütten sollen. Aber sobald man an irgendein Bausteinchen herangeht und denkt, kann man das leisten, kann man das nicht leisten, dann muss man auch über Deckung reden in Deckungskreisen, und dann ist das Ganze in sich nicht mehr schlüssig. Das ist das Problem bei solchen Anträgen, bei denen man nicht einfach sagen kann, stimmt doch mal dem oder dem zu.

Bei der FDP-Fraktion gab es auch heute in der Debatte von Herrn Barth eigentlich nichts Neues. Er hat noch einmal auf seine 800 Anträge - es waren ja sogar über 800 - hingewiesen.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Auf kleinkariertem Papier.)

Masse, aber keine Klasse, und sich dann hinzustellen und zu sagen, manche Anträge sind uns halt mal schnell durchgerutscht oder so was - wir müssen ja unsere Arbeit auch solide machen. Das verlangen wir von jeder Fraktion hier im Haus.

(Beifall CDU, SPD)

Und wenn dann Anträge dabei sind, bei denen einfach irgendwo in die gesetzlichen Leistungen eingegriffen wird und dort gekürzt wird, die wir sowieso zahlen müssen, das ist doch im höchsten Maße unsolid. Da liefern Sie doch einmal mehr nur die Böller für die Stimmungskanonen.

(Beifall SPD)

Ansonsten will ich zur Opposition nichts weiter sagen.

Deshalb zum Abschluss meiner Ausführungen noch einmal das viel zitierte Wort: Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik. Das trifft ja auch wirklich zu. Hier wird festgelegt, was in den nächsten zwei Jahren - in diesem und im folgenden Jahr - in Thüringen passieren wird und auch was nicht, und das ist bis zum Ende der Legislaturperiode. Deshalb geben wir den Menschen, den Kommunen, den Vereinen und Verbänden jetzt ein klares Signal, was wird in

Thüringen in den nächsten Jahren umgesetzt. Uwe Höhn hat gestern auf den schwierigen und langwierigen Verhandlungsweg hingewiesen, auch dass wir dadurch erst jetzt im Januar zur Schlussberatung und zur Abstimmung kommen. Aber diese Zähigkeit und Ausdauer aller Beteiligten hat sich wirklich gelohnt und da meine ich nicht nur für die SPD, sondern es hat sich gelohnt, weil dieser Haushalt gut ist für die Menschen in Thüringen, weil dieser Haushalt Thüringen weiter voranbringen wird. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Hitzing:

Danke, Herr Dr. Pidde. Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Siegesmund für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wollte gern ein Wort an den geschätzten Kollegen Mohring richten, der hat aber offenbar nicht die Souveränität, den Reden der Opposition zuzuhören.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen hat er den Raum verlassen, aber ich sage Herrn Mohring trotzdem an dieser Stelle: Herr Mohring, wo immer Sie stecken, uns Populismus vorzuwerfen,

(Unruhe CDU)

da entgegne ich mit folgendem Satz: Der einzige Populist, den ich hier in diesem Haus kenne, der Funktionszulagen erhält, ist Mike Mohring und der hat im Augenblick nicht die Größe, sich bei der Aussprache hier zu beteiligen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mir in den letzten Tagen wie meine Kolleginnen und Kollegen auch, die hier zum Haushalt diskutiert haben, immer wieder die Frage gestellt: Wofür steht eigentlich diese schwarz-rote Landesregierung? Was ist das Projekt, was nach viereinhalb, fünf Jahren am Ende in den Geschichtsbüchern stehen wird? Ich habe sogar Spontanumfragen gemacht bei mir in der Fraktion. Soll ich Ihnen etwas sagen? Mir ist keines eingefallen! Ich sage Ihnen sechs Punkte, die Sie definitiv nicht in den Geschichtsbüchern im Zusammenhang mit Ihrer Regierungszeit finden werden. Mir ist das Kita-Gesetz eingefallen. Es ist aber nicht das Projekt von Schwarz-Rot, sondern von Rot-Rot-Grün - Fehlanzeige,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Siegesmund)

dass Sie das auf Ihr Konto buchen können. Mir ist die Frage nach Strukturreformen eingefallen. Da haben wir die Debatte und den Streit und den Zoff in der Koalition mit der Expertenkommission hinreichend diskutiert und was Herr Mohring hat dazu verlauten lassen, dass jeder Experte, der dazu etwas aufschreibt, keine Ahnung hat und er der Einzige ist, der die Weisheit mit Löffeln gefressen hat, haben wir auch wahrgenommen. Das ist eben seine Haltung dazu. Der dritte Punkt ist die Schuldenbremse - gibt es nicht! Auch das können Sie nicht für sich verbuchen. Stattdessen leere Luftblasen - funktioniert nicht, steht nicht in der Verfassung, Herr Höhn, das ist kein schwarz-rotes Projekt, das können Sie nicht ins Geschichtsbuch schreiben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der vierte Punkt ist Personalentwicklung und -abbau - da fehlt Ihnen der Mut, halbseiden und dünn. Der fünfte Punkt ist: Ausgaben senken und Neuverschuldung zurückführen. Soll ich Ihnen sagen, womit Herr Voß hier am Ende gehen wird? Dazu müssen Sie stehen, auch zu dem, was Ihre Vorgänger in der Legislatur gemacht haben. Unterm Strich 500 Mio. € Schulden in dieser Legislaturperiode, das wird übrig bleiben. Sich hier hinzustellen und die große Nummer vom Schuldenabbau zu spielen, was glauben Sie eigentlich, wer Sie sind und was Sie hier reden? Sie haben keine Schulden abgebaut, Sie haben 500 Mio. aufgenommen und das wird auf der Habenseite im Geschichtsbuch zu Schwarz-Rot stehen und dann ist es auch gut. Das Papier, auf dem das Ganze dann steht, ist zu schade dafür.

Ich habe mich gestern wirklich in der Grundsatzdebatte vor den Beratungen der Einzelhaushalte sehr über die eine oder andere Aussage, insbesondere aus den regierungstragenden Fraktionen gewundert. Ich will das mal so sagen. Es ist ja mit der Wahrnehmung, wie es ist, vor allen Dingen mit der eigenen und Fremdwahrnehmung. Wir haben heute ja wieder - insbesondere muss ich das sagen - männliche Kollegen gehört, einen männlichen Kollegen, der besonders dazu neigt, die Erfolge der CDU, die nicht vorhanden sind, größer zu reden als alles andere. Nur die Niederlagen, die werden immer verschwiegen. Das erledigt jetzt die Opposition.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da hält sich die CDU die Ohren zu - unfassbar. Der Kollege Mohring, der nicht da ist, immer noch nicht, sprach von der beharrlichen Politik der CDU, der es quasi allein zu verdanken sei - ich habe Herrn Mohring gut zugehört -, dass es mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 vermutlich bald sechs schuldenfreie Haushalte in der Thüringer Geschichte geben wird. Das hat er gesagt.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Nein, er hat ...)

Glauben Sie mir, eine Erfolgsquote von sechs Jahren von 24 Jahren, das ist gerade ein Viertel und keine Leistung und dazu müssen Sie stehen. Zu diesem Viertel Erfolg kommen 17 Mrd. € Schulden dazu. Das sage ich Ihnen ganz bewusst und deswegen fangen wir auch an dieser Stelle an, zu sagen, wir Abgeordnete tragen eben auch eine Verantwortung dafür, dass der Haushalt am Ende auch 2020 und darüber hinaus entscheidungsfähig ist. Deswegen legen wir auch Anträge vor, mit denen wir den Menschen zeigen, auch bei uns müssen wir sparen und das hier so abzutun, finde ich schwierig und finde ich unredlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann hat Herr Mohring ja gemeint, überall da, wo die CDU nicht mitregieren würde, würde es Schulden vom Himmel regnen. Das ist spannend, dass Sie das sagen, denn ich habe mich mal umgeschaut, Mecklenburg-Vorpommern hat in 2007, 2008 und 2011 Schulden getilgt und 2009 und 2010 keine neuen Schulden aufgenommen. Soll ich Ihnen sagen, unter welcher Regierungsflagge? Rot-Rot. Die GRÜNEN waren nicht dabei, aber Sie können sehen, die CDU ist nicht die einzige Partei, die fähig und willens ist, einen vernünftigen Etat aufzustellen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denken Sie mal und wenn Sie ins Wochenende gehen, reflektieren Sie mal die Hybris, mit der Sie hier Politik machen. Das regt mich unheimlich auf,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wie man sich dermaßen gerieren kann. Ich kann es auch heute nicht verbergen, normalerweise gelingt mir das gut. Alle ostdeutschen Flächenländer haben seit 2005, alle, es geschafft, weniger Schulden im Etat aufzunehmen, die Nettokreditaufnahme zu senken. Dann so zu tun, als wäre die CDU die Partei, die man dafür braucht, halte ich für übertrieben. Im Gegenteil, ohne die CDU würde das besser laufen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Mohring hat gestern gesagt, ohne uns wäre das Land nicht mehr handlungsfähig. Jetzt sage ich Herrn Mohring, wie es richtig heißen müsste: Wegen uns ist das Land nicht mehr handlungsfähig.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hätte Herr Mohring sagen müssen. Das ist der Satz, der dazugehört, und das ist der Rest, der zur Wahrheit dazugehört. Jetzt sage ich Ihnen, was er noch hätte erzählen müssen. Er hätte auch von den

(Abg. Siegesmund)

Misserfolgen der CDU reden müssen, von der hemmungslosen Schuldenpolitik.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hat er eben nicht gesprochen. Er hat nicht darüber geredet, dass wir es beispielsweise als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind, die es schaffen, bei allen Dingen, die wir uns vorstellen, wie wir Thüringen zukunftsfest aufstellen wollen, sogar 200 Mio. € in Rücklagen zu stecken, weil das unsere Idee von einer atmenden Schuldenbremse ist, weil wir jetzt in einer konjunkturell guten Zeit sind. Das hat er nicht erwähnt. Stattdessen sehen Sie, wie Sie Politik machen, noch einmal: 500 Mio. € Schulden stehen am Ende der Legislatur unter Ihrer Gesamtrechnung. Er hat auch nicht darüber geredet, dass nach wie vor der Grund für diese Schuldenberge darin liegt, dass wir die falschen Strukturen haben. Thüringen ist zu kleinteilig und die Experten, Wissenschaftler, die Beamten und ehemaligen Staatssekretäre, die mögen ja alle unterschiedlicher Auffassung sein und man kann das sicherlich nicht in kurzer Zeit miteinander besprechen, aber jeder, der sagt, dass Thüringen zu kleinteilig ist, der hat auch recht, und jeder, der sagt, dass wir zu viel Personal haben, auch der hat recht, weil nun mal Thüringen keine Insel ist und auch das muss die CDU lernen, dass man den Vergleich mit anderen auch an der Stelle nicht scheuen muss, und dazu muss man auch stehen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ihr GRÜNEN habt doch von Kommunalpolitik null Ahnung.)

Hinzu kommt, dass die Pensionskassen des Landes nicht genug gefüllt sind. Das wissen Sie alle. Deswegen 20 Jahre Strukturpolitik der CDU hier allein nur als Erfolg zu verbuchen, das ist eine echte Luftbuchung.

Dann kommt Nummer 3. Ich übernehme gern den Part, das noch zu ergänzen, was verfehlte Investitionen angeht. Sie stellen sich also hier hin und sagen, lassen Sie uns doch nicht nur schlechte Dinge erzählen, die 20 Jahre sind richtig gut gelaufen. Was ist denn mit den Folgekosten für Spaßbäder, die wir einpreisen müssen in den Landeshaushalt?

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ist denn mit dem Flughafen, den keiner braucht? Die Beschäftigungstherapie für Herrn Carius ist, einen Flughafen zu unterhalten und Planungen für Straßen vorzunehmen, die in Thüringen keiner braucht,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

genauso wie übrigens das Ministerium, das hat seine Rede vorhin auch gezeigt.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Falsch.)

Unsinnige Verkehrsprojekte, das ist das, wofür Sie stehen, und uns vorzuwerfen, wir wollen die Natur verschandeln, um Autobahnen quer durch den Thüringer Wald zu bauen und ich weiß nicht, welche Straßen noch und Brücken und andere Dinge, die kein Mensch braucht und völlig überdimensioniert sind, das ist Ihr veralteter Investitionsbegriff, weil Sie nicht lernen, dass jede Investition in Beton immer auch Folgekosten nach sich zieht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ärgert mich deswegen, weil Thüringen eigentlich auch die Wiege der Nachhaltigkeit ist. Die junge Anna Amalia, die hat vor über 200 Jahren sehr wohl entdeckt, dass es eben in Zeiten knapper Kassen und vor allen Dingen, wenn man sich sehr genau überlegen muss, wie man der Natur auch das zurückgibt, dass kommende Generationen auch noch wirtschaften können, dass man sich sehr genau überlegt, wie man heute und jetzt wirtschaftet und haushaltet, aber Sie haben es ja nicht so mit Geschichte, besonders nicht mit den letzten 22 Jahren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sage ich Ihnen, Investitionen, und zwar die richtigen Investitionen in die Zukunft, sind der Schlüssel. Wir haben gefordert, vor allen Dingen in Bildung zu investieren, und zwar in den letzten drei Jahren immer wieder. Wer uns da missverstehen will, der soll es tun. Ich sage, hier und heute Investitionen in Bildung haben für GRÜNE immer Vorrang, das wissen Sie auch. Ich erinnere an unseren Antrag „Perspektiven für Thüringer Lehrerinnen und Lehrer schaffen“. Darin haben wir die Landesregierung aufgefordert, jedem Absolventen der universitären Lehrerbildung in Thüringen innerhalb eines Jahres einen Platz für den Vorbereitungsdienst an Thüringer Schulen anzubieten. Aber bis heute gibt es kein Konzept - Minister Matschie ist gerade nicht da -, vor allen Dingen auch, wie die gute Arbeit, die FSU, die Universität Erfurt und andere bei der Lehrerbildung leisten, am Ende nachhaltig Thüringen zugute kommen kann. Dazu gehört auch, wenn man hier steht und sagt, folgende Neueinstellungen wird es geben, dass man auch sagt, wie viele ältere Lehrer in Rente gehen und wie viele am Ende dem Land zur Verfügung stehen. Es kann doch nicht sein, dass immer zwei Zahlen gegeneinander gestellt werden und diese Unehrlichkeit im Raume steht. Ich möchte nicht, dass den Menschen in Thüringen ein X für ein U vorgemacht wird. Deswegen muss hier auch eine Strategie her.

Herr Matschie, vielleicht wird ihm das ja ausgerichtet, ich hätte ihm jetzt gern einmal die Frage gestellt: Wie viele CDU-Bildungsminister gibt es ei-

(Abg. Siegesmund)

gentlich im Augenblick in der Bundesrepublik? Weiß das jemand von Ihnen?

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Auf alle Fälle zu wenige.)

Herr Fiedler, keinen. Die CDU-Bildungspolitik ist abgewählt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In keinem einzigen der 16 Bundesländer gibt es einen CDU-Bildungsminister.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Gucken Sie, wie wir in Thüringen dastehen.)

Die Menschen haben klug entschieden, weil Sie es nicht können; weil Sie es nicht können, nehmen Sie sich dessen an. Herr Matschie hat, und das ist die Konsequenz, Rückenwind. 16 Kultusminister, davon keiner von den bildungsfernen Parteien, können sich entscheiden, können sich zusammensetzen und können miteinander reden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle sage ich Ihnen, er hat alle Möglichkeiten loszulegen, nur bleibt es im Augenblick deutlich immer noch hinter allen Erwartungen, die wir, übrigens wir als GRÜNE auch, an die SPD haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die verpassten Chancen dieser Legislatur - ich will sie zum Schluss zusammenfassen: Es gab immer zarte Versuche, tatsächlich auch Strukturreformen zu machen. Herr Voß hat das versucht an der einen oder anderen Stelle, und ja, die Reform des KFA ist richtig, aber das Ganze dann wieder aufzuweichen und zusätzlich noch einmal Wahlgeschenke obendrauf zu legen, nimmt uns dann an der Stelle auch wieder die Freude, das sage ich Ihnen ganz bewusst. Seien Sie doch wenigstens einmal konsequent. Sie können es nicht, Sie wollen es nicht, ich weiß es nicht. Wir stellen fest, dieser Doppeletat, der am Ende Schwarz-Rot und das Glück oder auch Unglück dieser Legislatur besiegelt, zeigt, dass Sie keine Strukturreform hinbekommen haben, dass wir bei der Energiewende nach wie vor auf der Stelle treten. Er zeigt, dass Sie für Schulden stehen. Er zeigt, dass Sie einen Entscheidungstau für die nächste Legislatur zurücklassen, den man erst einmal aufarbeiten muss, und zwar einen gewaltigen. Er zeigt, dass Sie es nicht hinbekommen haben, die großen Projekte dieser Legislatur - wir reden nachher noch über E.ON - wirklich souverän anzupacken. Ich habe die Souveränität an dieser Stelle wirklich vermisst. Ich hoffe, dass das Ganze sich noch lösen lässt. Dieser Doppeletat zeigt vor allen Dingen eines - und das ist auch mein letzter Satz -, dass CDU-Politik sich wirklich in diesem Land überlebt hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Hitzing:

Danke, Frau Abgeordnete Siegesmund. Das Wort hat jetzt der Herr Finanzminister Dr. Voß.

Dr. Voß, Finanzminister:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Heiterkeit im Hause)

Was ist los?

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Hat nichts mit dir zu tun, Wolfgang.)

Vizepräsidentin Hitzing:

Der Herr Minister ist ein bisschen irritiert. Ging es irgendwie um den vorderen Teil hier? Nein. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Voß, Finanzminister:

Ich weiß nicht, ob ich etwas nicht mitbekommen habe. Na gut, ich fahre mal fort.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir sind heute am Schlusspunkt eines langen Weges, weiß Gott. Für uns hat er begonnen im Frühjahr 2012 und wir setzen heute den Schlusspunkt. Ich habe so viel Emotionalität, Frau Siegesmund, und Engagement in der Schlussdebatte nicht erwartet und deswegen

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber gewünscht.)

muss ich in meinen Dankesworten, die ich hier aufgeschrieben habe, dann doch noch die eine oder andere politische Sache mal geraderücken. Sie sagen: keinerlei Reform, strukturelles Herangehen. Ich denke, dass ich gestern Abend immer wieder deutlich gemacht habe - man kann es nun akzeptieren, man kann es wahrnehmen, man kann es ausblenden, man kann machen, was man will -, wir haben bislang jeden Haushalt mit einer mittelfristig strukturellen Entlastungsreform verbunden. Das ist eine Tatsache.

Wir werden dieses Personalabbaukonzept noch bis 2020 und darüber hinaus betreiben. Das ist angestoßen worden, fortgesetzt und aufgesattelt worden. Das können Sie nicht ausblenden. Sie haben durchaus anerkennende Worte zu dem Kommunalen Finanzausgleich gefunden. Das ist der zweite Punkt. Wir haben diesen Doppelhaushalt mit einer wirklich tiefgreifenden Reform verbunden. Gestern Abend habe ich nicht Stellung zu den Zuweisungsströmen genommen, wie wir sie geordnet haben, aber sie hat deutlich mittelfristig entlastenden Effekt für den Landeshaushalt.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Schöne Worte.)

(Minister Dr. Voß)

So etwas können Sie nicht immer wieder machen. Ich habe auch gesagt, der nächste Doppelhaushalt 2015/2016 - ich habe auch gesagt, dass ich mich schon darauf freue - wird im Zeichen der Umsetzung der Verwaltungsreform stehen. Ich weiß nicht, Sie müssen mal erläutern, was Sie überhaupt unter strukturellen Dingen verstehen.

(Zwischenruf Lieberknecht, Ministerpräsidentin: Mehraufwendungen.)

Irgendwie reden wir aneinander vorbei. Das sind doch die entlastenden strukturellen Dinge, die wir hier ins Werk setzen müssen. Ich denke, da sieht die Landesregierung recht gut aus und nicht das Gegenteil.

Ich möchte auch noch mal betonen, dass wir - Herr Barth, Sie haben jetzt den Blickwinkel etwas länger gezogen, ich hatte gestern Abend von 2011 geredet und Sie haben ihn länger gezogen. Thüringen spart gegenwärtig in der Bundesrepublik am härtesten. Wir unternehmen die härtesten Anstrengungen. Das ist ein Faktum und das möchte ich doch noch mal erwähnen.

Jetzt komme ich zu den 500 Mio. € Schulden und zu dem anderen Blickwinkel, Herr Barth. In der Tat haben wir 2010/2011 Schulden aufgenommen. Sie reden ja von der gesamten Legislaturperiode. Dazu möchte ich mal eins sagen, erst einmal ist noch nicht aller Tage Abend und schauen wir mal, wo wir rauskommen. An meinem Einsatz soll es nicht liegen. Eigentlich müssten Sie von dem Schuldenberg schon wieder 130 abziehen, die wollen wir nämlich in den nächsten zwei Jahren tilgen. Dann wird das schon weniger.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Nein, Herr Minister, wird es nicht. 630, 130 weg, bleiben 500.)

Ja, gut, schauen wir mal.

Aber ich bin auch der Meinung, Gerechtigkeit gegen jedermann. Wir hatten von 2008 bis 2010, als Frau Walsmann die Aufgabe hatte, einen Haushalt zu schneiden, einen Steuereinbruch von 542 Mio. € gehabt. Das gehört auch zur Wahrheit. Niemand - auch ich nicht - hätte nur annähernd hinter diesem Zusammenbruch hinterher sparen können. Das gehört auch zur Wahrheit. Momentan sind wir auch hier in besseren Zeiten. Wenn Sie einen Einbruch in dieser Größenordnung haben, dann gehört es zur Wahrheit, dass man entsprechend der Haushaltsstrukturen so einen Sinkflug überhaupt nicht hinbekommt.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Dann muss man den Haushalt nicht um 800 Mio. € aufblähen.)

Das ist eine andere Angelegenheit, aber ein Teil der Schulden - ich bin jetzt bei den Schulden - ist verursacht, dass Sie einfach nicht von einem Jahr

auf das andere 500 Mio. € ersetzen können. Das ist nicht möglich. Ich denke, da sollen wir auch Gerechtigkeit gegen jedermann üben. Das ist nicht möglich. Das hätte ich nicht hinbekommen, hat sie nicht hinbekommen, das hätte hier niemand in diesem Haus und wir - schon gar nicht nach den Diskussionen, die ich immer erlebe - schon gar nicht hinbekommen. Da muss man schon mal wirklich hier die richtige Brille aufsetzen. Außerdem sind in dieser Zeit die Solidarpaktmittel ebenfalls um fast 300 Mio. € gesunken. Das gehört letztlich auch dazu.

Jetzt bin ich bei den Zahlenkolonnen von Herrn Ramelow. Es tut mir leid, aber das müssen wir auch mal aufgreifen. Wir haben eben nicht nur Zahlenkolonnen hier hingelegt, sondern wir haben Konzeptionen hier hingelegt. Für den einen oder anderen sind sie erkennbar, aber wir haben Konzeptionen hingelegt, wir haben lange darüber gesprochen.

Nun möchte ich zu meinen Dankesworten übergehen. Ich bedanke mich recht herzlich zunächst bei den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung, nämlich die haben es ermöglicht,

(Beifall CDU; Abg. Kuschel, DIE LINKE)

dass wir das am 2. Oktober hier haben einbringen können. Ich sage gern, dass ich mich nicht nur bedanke bei meinen eigenen Mitarbeitern, sondern auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der anderen Häuser. Wir haben nämlich gerungen, zusammengearbeitet, so entsteht das. Ich bedanke mich ebenfalls bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen.

(Beifall CDU, SPD)

Das sind doch immer jene, die sehr ruhig und still im Hintergrund arbeiten und trotzdem ist es hier die Infrastruktur, ohne die hätten wir das nicht hinbekommen. Recht herzlichen Dank. Ich bedanke mich bei allen Damen und Herren Abgeordneten dieses Hauses für die Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss. Herr Huster hat sehr sachlich, sehr konzentriert die Dinge durchgesprochen, und ich bedanke mich insbesondere bei den Fraktionen, den Damen und Herren der Regierungsfractionen, dass wir doch die eine oder andere Entscheidung hier zuwege gebracht haben. Ich denke, wir haben gute Entscheidungen getroffen. Die Änderungsanträge, die Aufstockung des KFA, alles dieses sind doch Elemente gewesen, die dazu führen, dass wir heute ein Gesamtwerk beschließen können, was sich - und da bleibe ich dabei - in der Bundesrepublik sehen lassen kann. Insofern noch mal recht herzlichen Dank und ich bitte last, not least um die Zustimmung zu den Gesetzeswerken, die hier auf dem Tisch liegen. Recht herzlichen Dank an Sie.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Herr Minister Dr. Voß. Es hat sich jetzt noch einmal zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Höhn. Sie haben noch 8 Minuten Redezeit.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin schon etwas überrascht über die Tonlage in dieser Schlussrunde der Debatte zu diesem Doppelhaushalt. Es werden ja oftmals Lebenssachverhalte in Fußballersprache übersetzt. An dieser Stelle kann man so sagen, teilweise war das schon eine ganz schöne Holzerei, die wir hier zur Kenntnis genommen haben. Zu einigen Dinge bin ich veranlasst, doch noch ein paar Worte zu sagen.

Ich bin einigermaßen überrascht, Frau Kollegin Siegesmund, wenn Sie die Vehemenz, mit der Sie Ihre Argumente vorhin hier vorgetragen haben, auch umgesetzt hätten in entsprechend qualifizierte und substanziierte Anträge, was den Haushalt betrifft, speziell auch der von Ihnen kritisierte Kommunale Finanzausgleich - ich habe es gestern gesagt, ich werde es noch mal betonen - ,

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Habe ich doch gar nicht, ... zuhören, Herr Höhn.)

Sie haben nicht einen einzigen Veränderungswunsch dazu geäußert,

(Beifall CDU, SPD)

und das unterstellt oder diesen Maßstab an Ihren eigenen Anspruch angelegt, muss ich sagen, dafür muss unser vorgelegter Haushalt ziemlich gut gewesen sein, meine Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist unqualifiziert.)

Sie haben moniert, dass die Koalition, wenn man mal auf das Ende der Legislatur projiziert, am Ende möglicherweise mit etwa 500 Mio. € oder neuen Verbindlichkeiten dastehen wird. Ja, das ist richtig. Ich darf darauf verweisen - der Herr Finanzminister hat es eben getan, möglicherweise haben Sie es nicht verstanden, kann schon sein -, die Jahre 2010 und 2011 waren nicht nur in Thüringen, in ganz Deutschland, in ganz Europa unter anderem auch davon geprägt, die Folgen, die wirtschaftlichen und die finanzpolitischen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen und dafür Verbindlichkeiten aufzunehmen und das abzumildern für die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Thüringen. Das war, glaube ich, nicht der falscheste Weg an dieser Stelle.

(Beifall CDU, SPD)

Ab dem Zeitpunkt, ab dem es möglich war, diese Neuverschuldung zurückzuführen, und wir gehen ja

sogar, wie schon oft erwähnt, auch in den Einstieg in eine echte Schuldentilgung. Diesen Weg haben die Sozialdemokraten mitgemacht, Frau Kollegin Siegesmund. Wir haben, weil Sie das immer so als Monstranz vor sich herschieben, Stichwort Schuldenbremse, Sie sind da nicht die Einzigen in diesem Hohen Hause, die das tun, die Adressaten sind bekannt, wir haben in Thüringen ein Prinzip angewandt bei der Frage der Neuverschuldung, das weitaus stringenter wirkt als alles, was in den Bundesländern und im Bund in der Schuldenbremse drinsteht. Das sollten Sie sich mal inhaltlich vor Augen führen. Ich gebe zu, die Regelungen der Landeshaushaltsordnung an dieser Stelle sind nicht auf unserem Mist gewachsen, das will ich gern zugeben, aber sie sind von uns nicht nur akzeptiert, sondern aktiv mit umgesetzt worden. Ich glaube, das können Sie der Koalition an dieser Stelle nicht kaputt machen.

(Beifall CDU, SPD)

Dass wir allerdings um die Folgen einer wirklich weitgreifenden Strukturveränderung im Bereich der kommunalen Finanzen auch nicht umhingekommen sind, die heilige Kuh der Landeshaushaltsgesetzgebung, nämlich die LHO, insoweit zu öffnen, dass es uns möglich war, zur Abmilderung der Übergangsfolgen in den neuen Kommunalen Finanzausgleich die Überschüsse des letzten Jahres dafür zu verwenden, muss ich ehrlich gestehen, hätte ich mir bis vor wenigen Wochen nicht vorstellen können. Aber auch der Weg ist nach einer sorgfältigen Abwägung in unserer Fraktion mitgetragen worden, weil er am Ende einem Zweck dient, Frau Kollegin, er dient dem Zweck, unsere Kommunen und damit unmittelbar die Bürgerinnen und Bürger finanziell so auszustatten, dass auch ein wirklich umfangreiches öffentliches Leben möglich ist.

(Beifall Abg. Fiedler, CDU)

Das hat uns dazu getrieben und deshalb steht am Ende eine Bilanz, ja, möglicherweise 500 Mio. € Verbindlichkeiten. Im Übrigen hatten wir auch in den vergangenen Legislaturen, bevor die SPD mit in Regierungsverantwortung war, 500 Mio. € Schulden im Durchschnitt, aber nicht pro Legislatur - pro Jahr hatten wir das. Auch das ist, glaube ich, in der Bewertung dessen, was wir heute hier auf dem Tisch haben und zu beschließen haben, nicht ganz uninteressant.

Insgesamt möchte ich mich all den Vorrednern und -rednerinnen anschließen, die diesen Haushalt so gewürdigt haben, wie es ihm gebührt. Er ist eine Zukunftsweiche für Thüringen, das will ich an dieser Stelle nur noch mal ganz deutlich betonen, meine Damen und Herren. Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Höhn. Es hat sich jetzt noch einmal zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Barth. Herr Barth, Sie haben noch 3 Minuten und 20 Sekunden.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Es tut mir leid, es ging ein bisschen schnell, Herr Minister, als Sie vorhin dran waren. Aber es war trotzdem ganz gut, weil zwei Sachen.

Erstens die 500-Mio.-Euro-Tilgung, die ich Ihnen vorgerechnet habe, da ist natürlich das schon mit zurückgerechnet, was Sie in den Jahren jetzt 2013/2014 eingerechnet haben, ansonsten wären es weit über 600 Mio. €, 650 Mio. €, die Sie an neuen Schulden gemacht haben. So gesehen ist es eben die Bilanz des Haushalts. Ja, Herr Minister, es stimmt, 2010/2011 waren schwierige Jahre, auch was die Steuereinnahmen betrifft. Aber 2009 - Finanzministerin: Haushaltsvolumen 9,3 Mrd. €. Wenn jetzt die Steuereinnahmen runtergehen, ist das noch lange kein Grund, den Haushalt von 2009 auf 2010 dann um 500 Mio. € aufzublähen.

(Beifall FDP)

Das ist der entscheidende Punkt. Das hat auch, Kollege Höhn, nichts damit zu tun, das Land handlungsfähig zu halten. Denn die Mehrausgaben sind im Wesentlichen bei Herrn Matschie, da ging es um Gemeinschaftsschulen, und bei Herrn Machnig, da ging es unter anderem um so schicke Dinge wie das Bildungszentrum für die Solarwirtschaft.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Es geht um die Zukunft.)

Also lassen wir an der Stelle die Kirche im Dorf. Sie haben mehr Geld ausgegeben, was Sie nicht hatten. Das ist genau der Fehler, das ist genau das, was ich die ganze Zeit kritisiere. Das alles erinnert mich ein bisschen an Haushaltspolitik nach dem Modell Mark Twain, der mal gesagt hat: „Ich werde nicht mehr Geld ausgeben, als ich habe, und wenn ich mir das Geld dafür borgen muss.“ Genauso haben Sie Haushaltspolitik gemacht in den Jahren.

(Beifall FDP)

Dann noch einmal, Frau Siegesmund, zu den Fragen, was in den letzten 20 Jahren hier in Thüringen gelaufen ist, da war Ihr Vortrag schlicht unterirdisch,

(Beifall FDP)

das muss ich sagen. Wir haben gestern darüber diskutiert, was nach 1989 in dem Land an Investitionsnotwendigkeiten bestand, auch und gerade im Bereich der Umwelt, im Bereich der Infrastruktur. Das ging gar nicht anders, als das mit Schulden zu finanzieren.

(Beifall CDU, SPD, FDP)

Darüber habe ich gestern ausführlich gesprochen. Auch Kollege Mohring hat das gesagt. Wenn Sie das in dieser Weise, auch die Notwendigkeiten, heute verleugnen, dann kann ich Ihnen nur sagen, streichen Sie das „BÜNDNIS 90“ aus Ihrem Namen.

(Beifall CDU, FDP)

Hören Sie einfach auf, sich auf diese Zeit zu berufen. Sie haben mit diesen Leuten schlicht nichts mehr zu tun. Sie sitzen dort neben der kommunistischen Fraktion genau richtig. Da gehören Sie inhaltlich sinnhaftig auch hin.

(Beifall CDU, FDP)

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Frage der Gebietsreform, meine Damen und Herren: Es wird ja immer so getan, als müssten wir nur große ...

Vizepräsidentin Hitzing:

Herr Abgeordneter Barth, es gibt den Wunsch auf eine Zwischenfrage.

Abgeordneter Barth, FDP:

Am Ende meiner Redezeit, ich bemühe mich auch, die 1 Sekunde übrig zu lassen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ein bisschen Blockflötenmusik noch.)

Hier wird immer so getan, als ob die Frage, ob Thüringen zukunftsfähig ist, ob Thüringen wirtschaftlich stark sich entwickeln kann, davon abhängt, wie groß oder wie klein unsere Landkreise sind. 12.000 Einwohner pro Gemeindestruktur - ich halte das für eine abenteuerliche Vermutung und auch für eine abenteuerliche Hoffnung.

(Beifall FDP)

Das hat doch mit der Realität überhaupt nichts zu tun. Schauen wir nur mal in unser erfolgreiches Nachbarland Bayern.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Frau Präsidentin, was ist denn jetzt los?)

Bayern hat 130.000 Einwohner pro Landkreis; wir haben ungefähr 100.000. In Bayern ist der Landkreis 700 km² groß, bei uns 695.

Vizepräsidentin Hitzing:

Herr Barth, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Barth, FDP:

Die Redezeit ist vorbei, tut mir jetzt leid, Herr Adams, dann müssen wir das draußen klären. Also große Strukturen

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Zeit ist um.)

sind noch lange kein Garant dafür,

Vizepräsidentin Hitzing:

Die Redezeit ist jetzt zu Ende.

Abgeordneter Barth, FDP:

dass es irgendwie wirtschaftlich erfolgreich vorwärtsght. Das wollte ich auch nur noch sagen. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Hitzing:

Die Frage können Sie nicht mehr beantworten. Das tut mir leid, die Redezeit ist abgelaufen. Aber ich möchte darauf hinweisen, meine Damen und Herren, die Redezeit läuft hier. Herr Barth hatte 3 Minuten 20 Sekunden. Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich, Sie brauchen mir nicht zuzurufen, wann hier die Redezeit zu Ende ist. Ich habe hier einen Beisitzer und die Redezeit ist eben zu Ende gewesen

(Beifall FDP)

und in dem Moment habe ich Herrn Abgeordneten Barth gesagt, die Redezeit ist zu Ende. Vielen Dank.

Es hat sich jetzt zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Siegesmund und Sie haben eine Redezeit von 1 Minute und 40 Sekunden.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Höhn, ich verstehe, dass Sie noch mal hier vorgehen mussten, nachdem vier Fraktionsvorsitzende gesprochen haben, aber hätten Sie mir auch zugehört, hätten Sie gehört, dass ich gesagt habe, dass auch rot-rote Regierungen durchaus in der Lage sind, schuldenfreie Haushalte aufzustellen. Das ist ein Lob. Warum Sie dann hier vorgehen und sich aufpusten müssen, weiß ich nicht, kann ich nicht nachvollziehen. Vielleicht können wir das ja später mal klären. Ich habe nämlich zum Thema Kommunaler Finanzausgleich zu Herrn Finanzminister, der das übrigens auch richtig verstanden hat, gesagt, dass diese Strukturveränderung aus unserer Sicht richtig ist,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass, wenn man sich aber dafür entscheidet, eine Strukturveränderung vorzunehmen, man sie nicht gleich wieder aufweicht, indem man noch Paketchen schnürt und obendrauf legt. Das war meine Aussage. Da fühlten Sie sich offenbar beim Paketchen dann angesprochen.

Zu meinem geschätzten Kollegen von der FDP: Es geht mir doch überhaupt nicht darum, die Aufbauleistungen der vergangenen 22 Jahre in Misskredit zu stellen. Was ich Ihnen sage, ist, schauen Sie nach Sachsen und sehen Sie sich den Schuldenberg dort an, der deutlich kleiner ist als der in Thüringen. Oder ein Flächenland wie Schleswig-Holstein, was nun wirklich eine längere Geschichte hat als Thüringen und mit 22 Mrd. € Schulden aufwartet und wir haben fast diesen Betrag geschafft, und das in 22 Jahren.

(Unruhe CDU)

Das muss man bitte schön mal nebeneinanderstellen. Das sehen Sie einfach nicht ein, da geht auch kein Weg rein, da vernünftig zu argumentieren. Und dass nun ausgerechnet der Herr Barth uns belehren muss, was unterirdische Reden angeht, da erspare ich mir jeden weiteren Kommentar.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Siegesmund, das war eine Punktlandung.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Aber nur, was die Zeit betrifft.)

Es hat sich jetzt zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Mohring. Herr Mohring, Sie haben noch 9 Minuten Redezeit.

(Unruhe im Hause)

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mich nur aus einem Grund noch einmal gemeldet, weil es, glaube ich, sinnvoll ist, noch mal darzustellen, warum es auch eine unterschiedliche Entwicklung in Sachsen und Thüringen gegeben hat. Diese unterschiedliche Entwicklung hatte auch ein festes Datum, nämlich das des Auslaufens des Fonds der Deutschen Einheit. Da ist in den beiden Freistaaten Thüringen und Sachsen eine unterschiedliche Weichenstellung gemacht worden, die führt zu der unterschiedlichen Verschuldung in diesen beiden Ländern. In Sachsen hat die Staatsregierung entschieden, nach dem Auslaufen des Fonds der Deutschen Einheit vor der Einführung des Solidarpakts I, dass die fehlenden Bundesmittel aus diesen Mitteln nicht durch Landesmittel kofinanziert werden. Es hat eine andere finanz-

(Abg. Mohring)

politische Weichenstellung gegeben. In Thüringen hat die Koalition damals in der 1. Wahlperiode entschieden, dass diese Mittel dann adäquat aus Landesmitteln ersetzt werden, weil sie gesagt hat, der Aufbau dieses Landes muss vorangehen, wir können die fehlenden Bundesmittel nicht einfach wegfallen lassen, sondern wir nehmen sie aus Landesmitteln. Und da nicht genügend Landesmittel vorhanden waren, sind dafür Kredite aufgenommen worden.

(Beifall Abg. Fiedler, CDU)

Dafür sind Kredite aufgenommen worden. Dann ist das Mehr an Geld zuzüglich der Mittel aus dem Solidarpakt I und dann dem Solidarpakt II auch nicht zurückgeführt worden, sondern hat sich sozusagen auch entwickelt, weil dahinter auch Bedarfe entwickelt wurden. Einer dieser Bedarfe, der aus diesen Mitteln finanziert wurde, ist in die kommunale Seite geflossen. Ich sage ganz deutlich, wir haben über zwei Jahrzehnte unseren Kommunen pro Kopf mehr Geld aus dem Landeshaushalt gegeben als die Sachsen. Aber man kann das auch sehen, wenn man durch die Dörfer in Thüringen fährt, man kann das sehen.

(Beifall CDU, SPD)

Ich glaube, du weißt es auch sogar aus eigener Erfahrung, außerhalb der Ballungszentren, wenn man an der polnischen Grenze durch Sachsen fährt, da gibt es keinen Unterschied, wo Brandenburg anfängt und wo Sachsen aufhört, das sieht beides beschissen aus.

(Beifall CDU)

Das sage ich ganz deutlich. Man kann unsere Dörfer anschauen, da sieht man, dass die deutsche Einheit gelungen ist. Da ist was Richtiges gelungen; es hat sich gelohnt, diese Mittel dort zu investieren,

(Beifall CDU)

definitiv. Verantwortliche Politiker in diesem Land können nicht immer nach Jahrzehnten kommen - Sie können doch nichts dafür, dass Sie jetzt erst im Landtag sind, Frau Siegesmund -, sehen, es gibt einen Schuldenberg, und dann sagen, Sie haben falsche Weichenstellung gemacht in diesem Land. Nein.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollten diese Weichenstellung genau so machen, weil wir genau die Entwicklung dieses Landes so wollten, wie sich das Land in den letzten zwei Jahrzehnten entwickelt hat, nämlich gut, auch in der Fläche und nicht nur in den Ballungszentren.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mit Schulden.)

Sie kennen nur die Ballungszentren, weil Sie da herkommen, Sie haben keine Verwurzelung im Land, wir schon. Deshalb fördern wir auch den ländlichen Raum und es war richtig, was wir gemacht haben.

(Beifall CDU, SPD)

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ballungszentren liegen nicht in Thüringen oder was?)

Vizepräsidentin Hitzing:

Danke, Herr Abgeordneter Mohring. Meine Damen und Herren, ich sehe im Moment keine Wortmeldungen mehr. Wenn das so bleibt - und das scheint es zu tun -, dann sind wir am Ende der Schlussrunde und kommen zur Abstimmung.

Wir kommen zur Abstimmung zum Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014, zum Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014, zum Thüringer Gesetz zur Änderung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen, zum Thüringer Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, zum Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes sowie zum Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2012 bis 2016 für den Freistaat Thüringen.

Zu den Abstimmungsgrundlagen:

1.a) Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014

- Drucksache 5/5059 -

b) Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2013/14

- Drucksache 5/5060 -

c) Thüringer Gesetz zur Änderung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen

- Drucksache 5/5062 -

d) Thüringer Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz

- Drucksache 5/4036 -

e) Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes

- Drucksache 5/5104 -

f) Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 2012 bis 2016 für den Freistaat Thüringen

- Drucksache 5/5505 -

2. Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses

a) zum Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014 - Drucksache 5/5501 -

b) zum Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014 - Drucksache 5/5502 -

(Vizepräsidentin Hitzing)

c) zum Thüringer Gesetz zur Änderung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen - Drucksache 5/5503 -

d) zum Thüringer Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - Drucksache 5/5504 -

e) zum Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes - Drucksache 5/5505 -

f) zum Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2012 bis 2016 für den Freistaat Thüringen - Drucksache 5/5506 -

3. Änderungsanträge

a) zum Landeshaushaltsplan 2013/2014

aa) der Fraktionen der CDU und der SPD

- Drucksache 5/5520 -

bb) der Fraktion DIE LINKE

- Drucksachen 5/5541 bis 5/5574 -

cc) der Fraktion der FDP

- Drucksachen 5/5610/5611 -

dd) der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksachen 5/5522 bis 5/5534, 5/5616 bis 5/5635 und 5/5637 bis 5/5638 -

b) zum Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014

aa) der Fraktion DIE LINKE

- Drucksachen 5/5574 und 5/5606 -

bb) der Fraktion der FDP

- Drucksache 5/5609 -

cc) der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/5535 -

c) zum Thüringer Gemeindefinanzierungsgesetz

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/5642 -

d) zum Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

der Fraktion der FDP

- Drucksache 5/5608 -

e) zum Thüringer Gesetz zur Änderung der Finanzbeziehung zwischen Land und Kommunen

der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 5/5607 -

4. Entschließungsanträge

zum Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014

aa) der Fraktion DIE LINKE

- Drucksachen 5/5580 bis 5/5595 -

bb) der Fraktion der FDP

- Drucksachen 5/5576 bis 5/5579 und 5/5596 bis 5/5602 -

cc) der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksachen 5/5536 bis 5/5540, 5/5612 bis 5/5615 und 5/5636/5643

Zu den Abstimmungen etwas Allgemeines:

Es wird zuerst über das Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014 einschließlich Landeshaushaltsplan, dann über das Thüringer Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und das Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014 und sodann über das Thüringer Gesetz zur Änderung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen jeweils wie folgt abgestimmt:

- die jeweiligen Änderungsanträge, dann über

- gegebenenfalls die jeweiligen Beschlussempfehlungen im Ganzen - gegebenenfalls unter Berücksichtigung der angenommenen Änderungsanträge - und sodann über

- den jeweiligen Gesetzentwurf, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der angenommenen und gegebenenfalls geänderten Beschlussempfehlung, danach folgt

- die jeweilige Schlussabstimmung.

Gegenstand der Abstimmungen zum Landeshaushaltsplan sind auch die Deckungsvorschläge, die in den jeweiligen Antragsbegründungen/Änderungsanträgen genannt sind. Die Abstimmungsreihenfolge der Änderungsanträge ergibt sich aus der haushaltssystematischen Stellung des ersten zur Änderung benannten Ansatzes bezogen auf die in der Überschrift des Antrags genannte Intention des Antrags.

Über die Entschließungsanträge wird nach der bisherigen Praxis abgestimmt.

Im Anschluss wird über den Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes und den Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2012 bis 2016 abgestimmt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung zum Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014, zu den Einzelplänen.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5573. Wer dafür ist, den bitte ich um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD und CDU. Enthaltungen? Die kommen aus der Fraktion der FDP. Danke. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5616. Wer dafür ist, den bitte ich

(Vizepräsidentin Hitzing)

um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen DIE LINKE, CDU, SPD und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5617. Wer dafür ist, den bitte ich um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen FDP, CDU, SPD und DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5541. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen CDU, SPD und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? Die sehe ich bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5542. Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus den Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Gegenstimmen? Die kommen aus der CDU und SPD. Stimmenthaltungen? Sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5618. Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Aus den Fraktionen FDP, CDU und SPD. Stimmenthaltungen? Sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5543. Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen SPD und CDU. Stimmenthaltungen? Die kommen aus der Fraktion der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5544. Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus der Fraktion DIE LINKE. Gegenstimmen? Aus den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP. Stimmenthaltungen? Sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5545. Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? Aus der Fraktion CDU und SPD. Stimmenthaltungen? Aus der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5619. Die Jastimmen bitte jetzt. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt zu. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen DIE LINKE, CDU, SPD und FDP. Stimmenthaltungen sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5620. Hier frage ich jetzt nach den Jastimmen. Die kommen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte jetzt. Die kommen aus den Fraktionen FDP, CDU, SPD und DIE LINKE. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5546. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE und FDP. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen SPD und CDU. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5547. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus der Fraktion DIE LINKE. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus der FDP und 1 bei den GRÜNEN. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5522, hier hätte ich jetzt gern die Jastimmen. Die kommen aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte jetzt. SPD und CDU. Enthaltungen? Aus der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in Drucksache 5/5610. Die Jastimmen bitte. Die kommen aus den Fraktionen der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen CDU und SPD. Stimmenthaltungen? Aus der Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5548. Wer dem zustimmt, bitte jetzt die Hand heben. Danke. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte jetzt. Sie kommen aus den Fraktionen FDP, CDU und SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Vizepräsidentin Hitzing)

Der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5523. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD und der CDU. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus der Fraktion der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Mir ist bekannt, dass in diesem Änderungsantrag es jetzt zu einer namentlichen Abstimmung kommen soll?

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das ist richtig, das beantrage ich namens meiner Fraktion.

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Meyer. Dann bitte ich die beiden Damen um ihre Unterstützung. Es geht um den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5524 und ich eröffne jetzt die namentliche Abstimmung.

Hatte jeder Gelegenheit, seine Stimme abzugeben? Das scheint der Fall zu sein. Dann ist die namentliche Abstimmung an dieser Stelle beendet und ich bitte um die Auszählung.

Das Abstimmungsergebnis: Der Antrag wurde abgelehnt, es gab 82 Abgeordnete zu Sitzungsbeginn, 80 abgegebene Stimmen, 28 Jastimmen, 52 Neinstimmen. Es gab keine Enthaltungen (namentliche Abstimmung siehe Anlage 1).

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5525. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU und FDP. Stimmenthaltungen? Sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5551. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus den Fraktionen DIE LINKE und der FDP. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der CDU und der SPD. Stimmenthaltungen? Die kommen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5549. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU und

FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? Das sehe ich nicht. Damit ist dieser Antrag auch abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5526. Hier wurde namentliche Abstimmung beantragt und das ist nicht mehr der Fall?

(Zwischenruf Abg. Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nicht von uns.)

Das ist so hier angekommen. Vielen Dank. Dann stimmen wir in dem einfachen Prozedere ab. Wer sich diesem Änderungsantrag anschließen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der FDP, CDU und der SPD. Damit ist der Antrag abgelehnt. Gibt es Stimmenthaltungen? Dies ist nicht der Fall.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5550. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der FDP, der CDU und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5527. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der FDP, der CDU und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5528. Wer sich dem anschließt, den bitte ich um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Aus der FDP, der CDU und der SPD. Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist er abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5529. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Von der FDP, der CDU und der SPD. Stimmenthaltungen? Von der Fraktion DIE LINKE. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5530. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen

(Vizepräsidentin Hitzing)

DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD und der CDU. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus der Fraktion der FDP. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen jetzt ab über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5553. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus der Fraktion DIE LINKE. Gegenstimmen? Aus den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5552. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus den Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der FDP, der CDU und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Keine. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5554. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus der Fraktion DIE LINKE. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU. Enthaltungen? Aus der Fraktion der FDP. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5555. Die Jastimmen bitte jetzt. Aus den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? Aus den Fraktionen der FDP, CDU und SPD. Stimmenthaltungen? Keine. Damit ist dieser Antrag auch abgelehnt.

Jetzt kommen wir zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5621. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Aus den Fraktionen DIE LINKE, CDU und SPD. Enthaltungen? Aus der Fraktion der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5622. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Aus den Fraktionen der SPD und der CDU. Stimmenthaltungen? Aus den Fraktionen der FDP und DIE LINKE. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5623. Wer diesem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen DIE LINKE, SPD und CDU. Stimmenthaltungen? Die kommen von der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5556. Die Jastimmen hätte ich gern jetzt. Die kommen aus der Fraktion DIE LINKE. Gegenstimmen? Die kommen von FDP, CDU und SPD. Stimmenthaltungen? Von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit Ablehnung.

Die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5638. Die Jastimmen hätte ich bitte jetzt. Die kommen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der CDU und der SPD. Stimmenthaltungen? Stimmenthaltungen sehe ich bei der FDP und DIE LINKE. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5557. Die Zustimmung bitte jetzt. Die kommt aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen FDP, CDU und SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Nein. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5558. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus den Fraktionen der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD und der CDU. Gibt es Stimmenthaltungen? Die sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5559. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5637. Zustimmung bitte jetzt. Sie kommt aus den Fraktionen der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen von der CDU und der SPD. Stimmenthaltungen? Stimmenthaltung sehe ich bei der Fraktion DIE LINKE. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5560. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der CDU und der SPD. Stimmenthaltungen? Stimmenthaltung sehe ich bei der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5531. Wer dem zustimmen möchte, der meldet sich bitte jetzt. Danke. Das sind die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die

(Vizepräsidentin Hitzing)

kommen aus den Fraktionen der SPD und der CDU. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus der Fraktion der FDP. Damit ist er abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5561. Die zustimmenden Stimmen bitte jetzt. Die kommen aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD und der CDU. Stimmenthaltungen? Die kommen von der FDP. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5567 und hier ist namentliche Abstimmung angemeldet worden. Ich bitte Sie zur Abstimmung und die Beisitzer zur Unterstützung. Die Abstimmung ist hiermit eröffnet.

Hatte jeder die Möglichkeit, seine Stimmkarte abzugeben? Das ist der Fall. Dann beende ich jetzt die Abstimmung und bitte um Auszählung.

Ich habe ein Abstimmungsergebnis, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Antrag wurde abgelehnt. Bei 83 abgegebenen Stimmen haben wir 24 Jastimmen, 53 Neinstimmen und 6 Enthaltungen (namentliche Abstimmung siehe Anlage 3).

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5563. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE:
Wir sind bei 45.)

Entschuldigung, ich war schneller. Wir haben jetzt den Änderungsantrag Nummer 45, das ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5624. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD und der CDU. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus der Fraktion der FDP. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zum Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5562. Hier ist wieder namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich bitte Sie um die Abgabe Ihrer Stimmkarten und die Abstimmung ist eröffnet.

Muss noch jemand seine Stimme abgeben? Ja.

Möchte noch jemand seine Stimme abgeben? Nein, das ist nicht der Fall. Jetzt ist die Stimmabgabe beendet. Ich bitte um Auszählung.

Wir haben ein Ergebnis, meine Damen und Herren. Es wurden 81 Stimmen abgegeben: 23 Jastimmen, 52 Neinstimmen, 6 Enthaltungen. Damit ist der An-

trag abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 2).

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5563. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Gegenstimmen kommen aus den Fraktionen der CDU und der SPD. Stimmenthaltungen kommen aus den Fraktionen der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt stimmen wir ab über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5625. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Aus den Fraktionen der FDP, CDU, SPD und DIE LINKE. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5626. Hier wurde namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte Sie, Ihre Abstimmung jetzt zu tätigen und eröffne den Abstimmungsvorgang.

Konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben? Das scheint der Fall zu sein. Vielen Dank. Damit ist der Abstimmungsprozess beendet, geschlossen, und ich bitte um Auszählung.

Meine Damen und Herren, wir haben ein Abstimmungsergebnis. Der Antrag ist abgelehnt worden. Bei 80 abgegebenen Stimmen haben wir 12 Jastimmen, 45 Neinstimmen und 23 Enthaltungen (namentliche Abstimmung siehe Anlage 5).

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5627. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus den Fraktionen der FDP und DIE LINKE. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5564. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus den Fraktionen der FDP, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Die sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5565. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen

(Vizepräsidentin Hitzing)

der SPD, der CDU und der FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? Die sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5566. Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus den Fraktionen DIE LINKE und der FDP. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Die sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5532. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD, der CDU und der FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? Die sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5533. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD, der CDU und der FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? Die sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5534. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Was war das?)

Das war die Drucksache 5/5534. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der FDP, der CDU und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Das sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5628. Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5569. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD und der CDU. Enthaltungen? Enthaltungen kommen aus der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5570. Die Zustimmung bitte jetzt. Die kommt aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der FDP, der CDU und SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Die sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5568. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? Die kommen aus der CDU und der SPD. Stimmenthaltungen? Die sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Doch, doch.)

Bei 1 Enthaltung ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5629. Die Zustimmung bitte jetzt. Die kommt aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen von der FDP, der CDU und der SPD. Stimmenthaltungen? Stimmenthaltungen sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5571. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD, der CDU und der FDP. Stimmenthaltungen? Stimmenthaltungen sehe ich nicht. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD in Drucksache 5/5520. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE, SPD und CDU. Gegenstimmen? Gegenstimme sehe ich keine. Stimmenthaltungen? Stimmenthaltungen kommen aus den Fraktionen der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5630. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die Gegenstimmen kommen aus den Fraktionen der FDP, der CDU und der SPD. Stimmenthaltungen? Die kommen von der Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5631. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD und der CDU. Stimmenthaltungen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD und der CDU. Stimmenthaltungen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD und der CDU. Stimmenthaltungen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD und der CDU. Stimmenthaltungen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD und der CDU.

(Vizepräsidentin Hitzing)

enthaltungen? Die kommen aus der Fraktion der FDP. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5632. Die Zustimmung bitte jetzt. Die kommt aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU und FDP. Stimmenthaltungen? Stimmenthaltungen sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5633. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD, der CDU und der FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5634. Die Zustimmung bitte jetzt. Die kommt aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die Gegenstimmen kommen aus den Fraktionen der FDP, der CDU und der SPD. Stimmenthaltungen? Stimmenthaltungen sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5635. Wer dem zustimmt, der meldet sich bitte jetzt. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen FDP, CDU und SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Die sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5572. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen von der CDU und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? 1 Stimmenthaltung. Mit 1 Stimmenthaltung ist der Antrag abgelehnt.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Mit 2 Enthaltungen.)

Mit 2 Stimmenthaltungen ist der Antrag abgelehnt. Vielen Dank.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in Drucksache 5/5611. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der FDP. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD, der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gibt es Stimment-

haltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Bergner, damit - ein Hinweis von mir - hat sich der Änderungsantrag in Drucksache 5/5609 erledigt? Das ist so, in Ordnung.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5574, hier Nummer II bis VI. Hier ist wieder namentliche Abstimmung beantragt worden von der Fraktion DIE LINKE. Ich bitte Sie, die Abstimmung zu vollziehen.

Gibt es noch jemanden, der abstimmen möchte? Dann bitte jetzt. Damit ist das Abstimmungsverfahren beendet. Ich bitte um Auszählung.

Meine Damen und Herren, wir haben ein Abstimmungsergebnis für die 72. Abstimmung. Es wurden 81 Stimmen abgegeben, 23 Jastimmen, 58 Neinstimmen. Somit ist der Antrag abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 4).

Wir kommen jetzt zum Gesetz und zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5606. Kann ich davon ausgehen, dass sich dieser Antrag erledigt hat? Vielen Dank. Damit ist das auch so.

Wir kommen zur laufenden Nummer 75, Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Herr Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Wir gehen davon aus, dass der sich dann auch erledigt hat. Wir würden ihn de facto mal hier zurückziehen.

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, dann tun wir das so.

Wir kommen jetzt zur laufenden Nummer 76 und stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5535. Wer sich dem anschließen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus der SPD, der CDU und der FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung zum Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014 in der Drucksache 5/5501 im Ganzen. Wer sich der Beschlussempfehlung anschließen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus der Fraktion der SPD und der CDU. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

(Vizepräsidentin Hitzing)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung in zweiter Beratung über den Entwurf des Thüringer Haushaltsgesetzes 2013/2014 einschließlich Landeshaushaltsplan in Drucksache 5/5059 gegebenenfalls unter Berücksichtigung der angenommenen oder geänderten Beschlussempfehlung. Wer sich dem Gesetzentwurf anschließen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der CDU und der SPD. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben, wenn Sie dem Gesetz zustimmen. Das sind die Damen und Herren der Fraktionen der CDU und SPD. Vielen Dank. Bei Gegenstimmen bitte ich Sie jetzt, sich von Ihren Plätzen zu erheben. Das sind die Damen und Herren der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Vielen Dank. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist das Gesetz angenommen.

(Beifall CDU, SPD)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5536. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der FDP, der CDU und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus der Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zum Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5537. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen FDP, CDU und SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen von den LINKEN. Damit ist auch dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5538. Wer sich dem anschließen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen SPD, CDU und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus der Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5539. Hier wurde namentliche Abstimmung beantragt durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ich bitte Sie abzustimmen und die beiden Damen und Herren zur Unterstützung.

Hatte jeder die Gelegenheit, seine Stimmkarte abzugeben? Das ist der Fall. Damit ist die Abstimmung beendet. Ich bitte um Auszählung.

Meine Damen und Herren, uns liegt ein Ergebnis vor. Es wurden 80 Stimmen abgegeben, 34 Jastimmen, 46 Neinstimmen. Damit ist der Antrag abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 6).

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5540. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD und CDU. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus der Fraktion der FDP. Und DIE LINKE war dagegen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/5556. Hier wurde namentliche Abstimmung beantragt durch die FDP.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Drucksache 5/5576.)

5/5576 - habe ich das nicht gesagt? 5/5576, namentliche Abstimmung und ich bitte Sie jetzt abzustimmen.

Muss noch jemand seine Stimme abgeben? Vielen Dank. Die namentliche Abstimmung ist beendet und ich bitte um Auszählung.

Meine Damen und Herren, wir haben ein Abstimmungsergebnis. Es wurden 80 Stimmen abgegeben, 28 Jastimmen, 26 Neinstimmen, 6 Enthaltungen. Der Entschließungsantrag ist somit abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 7).

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der FDP in der Drucksache 5/5577. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der FDP. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Reihen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Abstimmung über den Entschließungsantrag der FDP in Drucksache 5/5578. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? Die kommen aus der CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? Die kommen aus der Fraktion DIE LINKE. Nein?

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Nein, wir haben geschlafen.)

Wir müssen die Abstimmung wiederholen, das ist jetzt nicht ganz klar gewesen. Ich frage noch einmal zu diesem Entschließungsantrag in Drucksache 5/5578. Jastimmen? Die kommen aus der

(Vizepräsidentin Hitzing)

Fraktion der FDP. Neinstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Stimmenthaltungen? Keine. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP in Drucksache 5/5559. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus der Fraktion der FDP. Neinstimmen? Die kommen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU. Stimmenthaltungen? Die kommen von den LINKEN. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5580. Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Neinstimmen? Die kommen von der SPD, der CDU und der FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5581. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen von der Fraktion DIE LINKE. Neinstimmen von FDP, CDU und SPD, Stimmenthaltungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5582. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen von den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Neinstimmen von SPD und CDU, die Stimmenthaltungen von der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5583. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen von den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Neinstimmen bitte jetzt, die kommen von der FDP, der CDU und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung des Entschließungsantrags der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5584. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus den Reihen der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Die Neinstimmen bitte jetzt. Die kommen von der CDU und der SPD. Stimmenthaltungen sehe ich nicht. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5585. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen von der Fraktion DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen von der SPD und der CDU. Die Stimmenthaltungen kommen von der FDP. Damit ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Druck-

sache 5/5586. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen von den Fraktionen der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen kommen von der CDU und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? 1 Stimmenthaltung.

(Zwischenruf aus dem Hause)

(Unruhe im Hause)

Wir waren an der Stelle schon fertig. Es ist abgelehnt, wenn das damit in Ordnung ist.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5587. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen kommen aus den Fraktionen der CDU und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? 1 Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5588. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus der CDU und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen von der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5589. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen von den Fraktionen der SPD und der CDU. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen von der Fraktion der FDP. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5590. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen von den Fraktionen der SPD und der CDU. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen von der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5591. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus der Fraktion der SPD und der CDU. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen von der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Frau Präsidentin, Sie könnten keinen besseren Geburtstag haben.)

(Vizepräsidentin Hitzing)

Das finde ich auch.

(Beifall Abg. Barth, FDP)

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5592. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD und der CDU. Stimmenthaltungen kommen von der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5593. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen kommen von der SPD, der CDU und der FDP. Stimmenthaltungen sehe ich nicht. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5594. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der CDU und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Die sehe ich zweimal. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5595. Wer sich dem anschließen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der CDU und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Die sehe ich nicht. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der FDP in der Drucksache 5/5596. Die zustimmenden Stimmen hätte ich jetzt gern gesehen. Die kommen aus der FDP. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen von der LINKEN. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Entschließungsantrag der FDP in der Drucksache 5/5597. Die Jastimmen bitte jetzt. Die kommen aus den Fraktionen FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Eine Stimme aus der SPD; ich habe es genau gesehen.)

1 Stimme aus der SPD. War das so? Also FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der CDU

und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus der Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/5598. Die Jastimmen hätte ich gern jetzt. Die kommen aus den Fraktionen der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen? Die kommen von CDU, SPD und DIE LINKE. Gibt es Stimmenthaltungen? Das sehe ich nicht. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der FDP in der Drucksache 5/5599. Es geht hier wieder um eine namentliche Abstimmung. Diese wurde beantragt durch die FDP. Ich bitte Sie abzustimmen.

Hatte jeder die Gelegenheit, seine Stimme abzugeben? Ich schließe an dieser Stelle die Abstimmung und bitte um Auszählung.

Meine Damen und Herren, wir haben ein Abstimmungsergebnis. Es wurden 80 Stimmen abgegeben, 11 Jastimmen, 68 Neinstimmen, 1 Enthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 8).

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/5600. Auch hier wurde namentliche Abstimmung beantragt durch die FDP-Fraktion. Ich bitte Sie abzustimmen.

Hatte jeder die Möglichkeit, seinen Stimmzettel abzugeben? Die Abstimmung ist damit geschlossen und ich bitte um Auszählung.

Meine Damen und Herren, wir haben ein Abstimmungsergebnis. Es wurden 81 Stimmen abgegeben, 35 Jastimmen, 46 Neinstimmen (namentliche Abstimmung siehe Anlage 9). Somit ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/5601. Auch hier wurde durch die FDP namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte Sie abzustimmen.

Muss noch jemand abstimmen? Das ist nicht der Fall. Damit ist die Abstimmung abgeschlossen. Ich bitte um Auszählung.

Meine Damen und Herren, wir haben auch hier ein Abstimmungsergebnis. Bei 80 abgegebenen Stimmen, 12 Jastimmen, 46 Neinstimmen und 22 Enthaltungen ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt worden (namentliche Abstimmung siehe Anlage 10).

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der FDP-Fraktion in der Drucksache 5/5602. Auch hier wurde namentliche Abstimmung beantragt. Herr Barth.

Abgeordneter Barth, FDP:

Frau Präsidentin, wir verzichten auf diese namentliche Abstimmung.

Vizepräsidentin Hitzing:

Wenn das so ist, dann frage ich, wer schließt sich dem Entschließungsantrag an, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktion der FDP. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD, der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus der Fraktion DIE LINKE und 1 Stimmenthaltung kommt aus der Fraktion der CDU. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Drucksache 5/5612. Hier wurde namentliche Abstimmung beantragt durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte Sie zur Abstimmung.

Muss noch jemand abstimmen? Vielen Dank. Dann ist der Abstimmungsvorgang jetzt beendet. Ich bitte um Auszählung.

Meine Damen und Herren, auch hier haben wir ein Abstimmungsergebnis. Es wurden 80 Stimmen abgegeben. Bei 6 Jastimmen, 52 Neinstimmen und 22 Enthaltungen ist der Antrag abgelehnt worden (namentliche Abstimmung siehe Anlage 11).

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5613. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen kommen aus der CDU und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Die sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5614. Auch hier wurde namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte Sie abzustimmen. Der Antrag kam natürlich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Konnte jeder seine Stimme abgeben? Ich sehe, das ist der Fall. Damit ist die Abstimmung beendet und ich bitte Sie auszuzählen.

Meine Damen und Herren, auch hier haben wir ein Abstimmungsergebnis. Es wurden 79 Stimmen abgegeben. Bei 6 Jastimmen, 67 Neinstimmen und 6 Enthaltungen ist der Antrag abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 12).

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5615. Wer sich dem an-

schließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen SPD, CDU und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5636. Wer sich dem anschließen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der FDP, der CDU und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? 1 Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5643. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen von der CDU und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen von der FDP. Damit ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung zum Thüringer Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und zum Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014.

Erstens stimmen wir ab über den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/4036, Thüringer Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5642. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus der SPD, der CDU und der FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? Das sehe ich nicht. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Damit kommen wir jetzt direkt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/4036 in zweiter Beratung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der FDP, der CDU und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Das sehe ich nicht. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache

(Vizepräsidentin Hitzing)

che 5/5060, Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014.

Zuerst stimmen wir ab über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/5608. Hier wurde namentliche Abstimmung beantragt durch die FDP. Ich bitte Sie abzustimmen.

Hatte jeder die Gelegenheit, seine Stimme abzugeben? Das scheint der Fall zu sein. Dann bitte ich um Auszählung. Die Abstimmung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, es liegt uns auch hier ein Abstimmungsergebnis vor. Bei 80 abgegebenen Stimmen 34 Jastimmen, 46 Neinstimmen, keine Enthaltung ist der Antrag abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 13).

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung zum Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014 in Drucksache 5/5502 im Ganzen. Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus der Fraktion der FDP. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung in zweiter Beratung über den Entwurf des Thüringer Haushaltbegleitgesetzes 2013/2014 in Drucksache 5/5060 unter Berücksichtigung der angenommenen Beschlussempfehlung. Wer diesem Entwurf jetzt zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus der Fraktion der FDP. Vielen Dank. Damit ist der Entwurf des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes angenommen.

Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung. Wer sich diesem Gesetz so anschließt, den bitte ich jetzt, sich vom Platz zu erheben. Vielen Dank. Das sind die Damen und Herren der Fraktionen der CDU und der SPD. Wer gegen diesen Gesetzentwurf ist, der steht bitte jetzt auf. Das sind die Damen und Herren der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Vielen Dank. Wer sich der Stimme enthält, steht bitte jetzt auf. Das sind die Herren der FDP-Fraktion und ich kann leider nicht aufstehen. Damit, meine Damen und Herren, ist das Gesetz angenommen. Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zum Thüringer Gesetz zur Änderung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen. Hier geht es zunächst um die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5607. Der

Vollständigkeit halber gehe ich davon aus, dass sich dieser Änderungsantrag erledigt hat. Das ist der Fall.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung zum Thüringer Gesetz zur Änderung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen in Drucksache 5/5503 im Ganzen. Wer der Beschlussempfehlung seine Zustimmung gibt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen von den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus der Fraktion der FDP. Vielen Dank. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung in zweiter Beratung über den Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Änderung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen in Drucksache 5/5062 unter Berücksichtigung der angenommenen Beschlussempfehlung. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der CDU und der SPD. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus der Fraktion der FDP. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen.

Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung. Wer sich dem Gesetz so anschließt, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. Das sind die Damen und Herren der CDU und der SPD. Vielen Dank. Die Gegenstimmen erheben sich bitte jetzt. Das sind die Damen und Herren der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Und die Stimmenthaltungen erheben sich bitte jetzt. Das ist die Fraktion der FDP. Vielen Dank. Damit ist das Gesetz angenommen.

(Beifall CDU, SPD)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung zum Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes in Drucksache 5/5505. Wer sich dieser Beschlussempfehlung anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU und FDP. Gibt es Gegenstimmen? Die sehe ich nicht. Gibt es Stimmenthaltungen? Die sehe ich auch nicht. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung zum Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2012 bis 2016 für den Freistaat Thüringen in Drucksache 5/5506. Wer sich dieser Beschlussempfehlung anschließen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aller Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? Die sehe

(Vizepräsidentin Hitzing)

ich nicht. Gibt es Stimmenthaltungen? Die sehe ich auch nicht. Somit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen. Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt. Und somit ist der Haushalt 2013/2014 beschlossen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

So, meine sehr geehrten Damen und Herren, nach einem Wechsel im Präsidium darf ich Ihnen nun zunächst ankündigen, wie wir weiter verfahren. Wir werden zunächst den Tagesordnungspunkt 9 aufrufen, die Wahl des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses 5/2, danach alle Mündlichen Anfragen abarbeiten. Danach wird kein weiterer Tagesordnungspunkt aufgerufen, weil nach einer Verständigung im Ältestenrat nach 18.00 Uhr kein neuer Tagesordnungspunkt folgt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9**

Wahl des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses 5/2

Wahlvorschläge der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksachen 5/5483/5515 -

Ich frage, wird dazu eine Aussprache gewünscht? Das ist ganz offenkundig nicht der Fall. Gemäß § 46 Abs. 2 der Geschäftsordnung kann bei Wahlen durch Handzeichen abgestimmt werden, wenn kein Mitglied des Landtags widerspricht. Gibt es Widerspruch? Das ist auch nicht der Fall. Dann können wir jetzt mit Handzeichen über die jeweiligen Wahlvorschläge wie folgt abstimmen:

Wir stimmen zunächst ab über den Wahlvorschlag der Fraktion der CDU in Drucksache 5/5483, Frau Abgeordnete Evelin Groß. Wer stimmt diesem Wahlvorschlag zu? Das sind die Stimmen aus allen Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? Es gibt 2 Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? Es gibt 2 Enthaltungen aus der FDP-Fraktion. Damit ist dieser Wahlvorschlag mehrheitlich so beschlossen. Frau Evelin Groß - bitte? Ein Geschäftsordnungsantrag. Nein.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, Sie haben eben festgestellt, dass alle Fraktionen dem zugestimmt haben und danach haben Sie die Gegenstimmen und die Stimmenthaltungen ausgezählt. Das war mehrheitlich in der FDP-Fraktion. Demzufolge bin ich der Meinung,

dass sie nicht als Fraktion dem Vorschlag zugestimmt hat.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Es gab Stimmen aus der Fraktion der FDP, die zugestimmt haben. Das waren in der Tat nicht alle, es gab 2 Gegenstimmen aus der Fraktion der FDP und es gab 2 Enthaltungen aus der Fraktion der FDP - noch mal für das Protokoll. Damit stelle ich dennoch folgendes Wahlergebnis fest: Frau Evelin Groß ist mit großer Mehrheit gewählt und ich gratuliere dazu natürlich ganz herzlich. Ich gehe auch davon aus, dass Sie die Wahl als Vorsitzende des Untersuchungsausschusses 5/2 annehmen?

(Zuruf Abg. Groß, CDU: Ja.)

Das ist der Fall. Damit haben wir jetzt eine Vorsitzende für unseren Untersuchungsausschuss.

Ich rufe jetzt auf den Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den stellvertretenden Vorsitz in der Drucksache 5/5515. Das ist der Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Abgeordneter Dirk Adams. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Reihen der Fraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE. Gibt es Gegenstimmen? Es gibt 2 Gegenstimmen aus der Fraktion der FDP

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Und eine aus der SPD.)

und 1 Gegenstimme aus der Fraktion der SPD. Gibt es Enthaltungen? Es gibt 3 Enthaltungen aus der Fraktion der FDP und 1 Enthaltung aus der Fraktion der CDU. Damit stelle ich ebenfalls ein Wahlergebnis fest. Bei der Wahl des Abgeordneten Dirk Adams wurde mit großer Mehrheit für den Abgeordneten gestimmt. Ich gratuliere und gehe davon aus, dass Sie die Wahl als stellvertretender Vorsitzender des Untersuchungsausschusses 5/2 annehmen?

(Zuruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Das ist der Fall. Dann haben wir jetzt auch einen stellvertretenden Vorsitzenden für unseren Untersuchungsausschuss 5/2 und ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 10**

Fragestunde

Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass die Fraktionen im Ältestenrat übereingekommen waren, alle Mündlichen Anfragen abzuarbeiten. Ich rufe die Fragen in der üblichen Reihenfolge auf und bitte die Abgeordneten, ihre Fragen vorzutragen. Es wäre schön, wenn die Lautstärke im Saal sich so weit

(Vizepräsidentin Rothe-Beinlich)

herunterregeln könnte, dass wir den oder die Fragestellerin auch hören können. Der oder die Anfragende hat das Recht, zwei Zusatzfragen zu stellen und es kann wie immer zwei weitere Zusatzfragen auch aus der Mitte des Landtags geben.

Die erste Frage stellt Herr Abgeordneter Kuschel von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5380.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Landesförderung der Sanierung des Hammergrundstadions Ilmenau

Die Stadt Ilmenau beabsichtigt die Sanierung des Hammergrundstadions und beantragte hierfür im Jahr 2012 Landesfördermittel. Die beantragte Förderung konnte im Jahr 2012 nicht gewährt werden. Die Stadt Ilmenau hat die Stadionsanierung nunmehr auf das Jahr 2013 verschoben und hat hierfür erneut Landesfördermittel beantragt.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchem Umfang will die Stadt Ilmenau das Hammergrundstadion sanieren und wie ist die Finanzierung der Sanierung geplant?
2. In welcher Höhe hat die Stadt Ilmenau beim Land Fördermittel für die Sanierung des Hammergrundstadions beantragt und wann erfolgte diese?
3. Wie ist der gegenwärtige Stand der Bearbeitung des Fördermittelantrages?
4. Wie viele Fördermittelanträge mit welchem Fördervolumen liegen für das Jahr 2013 für den Bereich Sportstätten vor und bis wann wird nach welchen Kriterien über die Anträge entschieden?

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, Frau Ministerin Taubert.

Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich beantworte die Mündliche Anfrage im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Für die Sanierung wurden Kosten in Höhe von ca. 2,3 Mio. € veranschlagt. Die Finanzierung soll durch das TMSFG und die Stadt Ilmenau getragen werden.

Zu Frage 2: Die Stadt Ilmenau hat mit Antrag vom 28.02.2012 Fördermittel beim TMSFG in Höhe von ca. 0,9 Mio. € beantragt.

Zu Frage 3: Die Antragsunterlagen sind bis auf die erneut vorzulegende kommunalaufsichtliche Stellungnahme zu den Eigenmitteln vollständig und wurden abschließend geprüft. Das Projekt soll im Förderplan des Jahres 2013 platziert werden.

Zu Frage 4: Neben dem Ilmenauer Stadion konnten weitere elf Bauhofvorhaben des Förderplans 2012, deren Antragsunterlagen im Ministerium vorliegen, bisher nicht gefördert werden. Diese werden ebenfalls nach 2013 übertragen. Hinzu kommen 131 neue Bedarfsanmeldungen, die für das Jahr 2013 eingegangen sind. Der Fördermittelbedarf beträgt allein für die Neuanmeldungen insgesamt ca. 23,1 Mio. €. In den nächsten Tagen wird der Arbeitskreis Sportstättenförderung, dem auch Vertreter aller Fraktionen des Thüringer Landtags angehören, über den Förderplan 2013 beraten. Frau Ministerin Taubert entscheidet abschließend über das Votum des Arbeitskreises. Maßgeblich ist allerdings dessen Votum auch bei uns. Das maßgebliche Kriterium für eine Förderentscheidung ist die sogenannte Prioritäteneinstufung in einem Katalog anhand der novellierten Richtlinie zur Förderung des Sportstättenbaus, die im Thüringer Staatsanzeiger 50/2012 veröffentlicht wurde. Dort kann man sich außerdem über die Fördermöglichkeiten informieren.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Frau Ministerin. Es gibt eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Kann ich gleich beide Nachfragen stellen?

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Natürlich können Sie auch beide Nachfragen stellen.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke schön. Frau Ministerin, Sie haben mir jetzt auf meine Frage geantwortet, aber die Antwort konnte ich heute früh schon in den Medien, also „Freies Wort“ und „TA“, lesen. Können Sie erklären, wie es möglich ist, dass eine Antwort, die Sie jetzt erst um 17.50 Uhr geben, bereits veröffentlicht wurde? Das wäre meine erste Frage. Weil dann wäre es einfach fair gewesen, wenn ich die auch schon gehabt hätte.

Die zweite Frage ist: Sie haben gesagt, der Antrag soll 2013 platziert werden, das heißt auf die Gesamtliste kommen, das heißt nicht, dass damit bereits über den Antrag abschließend entschieden ist. Habe ich das richtig verstanden?

Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Nein, es ist so, wenn Sie sich die Fördermittellisten, also die Projektlisten anschauen, sind die immer ein Stück weit in Bewegung, das heißt, wir haben mehr Anträge, nicht nur mehr Anträge, die dann nicht gefördert werden, dass wir aussortieren müssen, was ist Priorität 3, 2, 1, sondern wir haben auch innerhalb der Anträge, die wir beabsichtigen, in einem Jahr zu fördern, auch unterschiedliche Abarbeitungsstände, das heißt, die kommen im Fall mit einer Vorplanung an, zum anderen sind sie schon ein Stück weiter oder müssen entwickelt werden oder es gibt auch haushaltsrechtlich, das hatte ich erwähnt, bestimmte Hemmschwellen, so dass sich die Prioritätenliste in dem Bereich immer wieder mal verschieben kann, weil die Abarbeitung nicht komplett ist. Ich hatte Ihnen aber ausgeführt, dass hier eine abschließende sachliche Prüfung vorhanden ist, das heißt, sobald die kommunalrechtliche Stellungnahme vorliegt, können wir dann auch fördern.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Frau Ministerin.

Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Warten Sie! Die erste Frage kann ich Ihnen nicht beantworten, tut mir ganz herzlich leid. Ich habe es jedenfalls der Presse nicht gegeben.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Dann rufe ich jetzt auf die zweite Anfrage vom Herrn Abgeordneten Weber von der SPD-Fraktion in der Drucksache 5/5448.

Abgeordneter Weber, SPD:

Wegfall des BAB 72-Autobahnanbinders B 7n

Der Presseberichterstattung im Dezember 2012 und im Januar 2013, zuletzt in der „Osterländer Volkszeitung“ vom 3. Januar 2013, war zu entnehmen, dass es zu weiteren Verzögerungen bei der Planung des für Ostthüringen, insbesondere für den Landkreis Altenburger Land, wichtigsten Infrastrukturprojektes, der Errichtung der B 7n als Autobahnanbinder zur BAB 72 kommen wird. In höchstem Maße besorgniserregend war jedoch die Andeutung der Sächsischen Landesregierung, vertreten durch das Sächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, dass dadurch die Errichtung der B 7n gänzlich infrage gestellt wird und deshalb weiterer Abstimmungsbedarf mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gesehen wird.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie stellt sich nach Kenntnis des Thüringer Ministeriums für Bau, Landesentwicklung und Verkehr der derzeitige Planungs- und Arbeitsstand betreffend der Errichtung der B 7n im Landkreis Altenburger Land dar?

2. Sind der Thüringer Landesregierung die Aussagen der Sächsischen Landesregierung bekannt, die die Errichtung der B 7n gänzlich infrage stellen, und welche Auffassung vertritt die Landesregierung dazu?

3. Welche Maßnahmen bzw. Interventionen hat das Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr im Jahr 2012 ergriffen bzw. welche Maßnahmen/Interventionen sind für das Jahr 2013 geplant, um den Abschluss der Planungsarbeiten durch die DEGES und damit den Baubeginn zu forcieren?

4. Wird sich die Thüringer Landesregierung bei der Sächsischen Landesregierung, insbesondere beim Sächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, für eine vordringliche Bearbeitung der Planungen zur B 7n einsetzen und dem Angebot des Altenburger Oberbürgermeisters für ein Vor-Ort-Treffen der Leitungsspitzen aller Beteiligten entsprechen und wenn nicht, warum wird ein solcher Einsatz abgelehnt?

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, vertreten durch Frau Staatssekretärin Klaan.

Klaan, Staatssekretärin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Weber beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Für den Abschnitt der B 7n im Landkreis Altenburger Land liegen die Entwurfsunterlagen seit Ende September 2012 dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Erteilung des sogenannten Gesehen-Vermerks vor. Das BMVBS prüft derzeit in Abstimmung mit der Auftragsverwaltung die vorliegenden Entwurfsunterlagen.

Zu Frage 2: Aus Presseinformationen ist bekannt und seit gestern ist es auch deutlicher, dass das Sächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr das Vorhaben im Hinblick auf Planungsoptimierung und unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten überprüft. Dabei wird der Verzicht auf den Bau der B 7n als ein mögliches Szenario von mehreren gesehen. Solange die Wirtschaftlichkeit der B 7n nicht widerlegt ist, kommt für die Landesregierung ein Verzicht nicht in Betracht. Davon ist gegenwärtig nicht auszugehen.

(Staatssekretärin Klaan)

Zu Frage 3: Im vergangenen Jahr lag der Fokus darauf, den Vorentwurf fertigzustellen und dem BMVBS zur Prüfung vorzulegen. Dies ist im September 2012 erfolgt. Im Anschluss daran folgten mehrere Abstimmungsgespräche mit dem BMVBS bezüglich möglicher Planungsoptimierung zur Kosteneinsparung. In diesem Jahr wird die Erteilung des Gesehen-Vermerks durch das BMVBS und die Fortführung der Planung unter Beachtung der im Gesehen-Vermerk auferlegten Projektoptimierung durch die beiden Freistaaten im Mittelpunkt der Arbeit stehen.

Zu Frage 4: Ja.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Gibt es Nachfragen? Ich sehe eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Weber, SPD:

Frau Staatssekretärin, deute ich Ihr Ja richtig, indem ich annehme, dass Sie auf das Vor-Ort-Gespräch eingehen?

Klaan, Staatssekretärin:

Das Vor-Ort-Gespräch hat gestern stattgefunden, und zwar, wie Sie der Presse entnehmen konnten, ohne die Vertreter von Sachsen. Dennoch ist die Thüringer Position natürlich gestern in dem Termin erörtert worden, aber die Position von Sachsen ist erst einmal ausgeblieben. Insofern wird es da auch Folgetermine geben müssen.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank. Ich sehe keine weiteren Nachfragen zu dieser Anfrage. Deswegen rufe ich auf die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Ina Leukefeld von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5453.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin.

Zur Situation älterer Arbeitsloser im Freistaat Thüringen

Ältere Arbeitslose, insbesondere in der Altersgruppe über 55 Jahre, haben nach Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit kaum vom Aufschwung der vergangenen Jahre profitieren können. Im Gegenteil, gerade die Zahl der Arbeitslosen in der Altersgruppe der 60- bis 65-Jährigen soll anteilmäßig stark gestiegen sein. Gleichzeitig liegen Berichte vor, demzufolge noch ungebundene ESF-Mittel der laufenden Förderperiode in ausreichender Höhe und ohne Verbindung vorhanden sind.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hat sich der Anteil älterer Arbeitsloser über 55 Jahre sowie speziell der 60- bis 65-Jährigen seit 2009 in Thüringen entwickelt?

2. Wie beurteilt die Landesregierung die derzeitige Situation älterer Arbeitsloser angesichts ihrer Antwort auf Frage 1 und der Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung?

3. Wie viele Mittel sind im Rahmen der laufenden Förderperiode des ESF noch ohne Projektverbindung verfügbar, insbesondere für das Jahr 2013?

4. Plant die Landesregierung angesichts der eingangs beschriebenen Situation älterer Arbeitsloser einen verstärkten Einsatz von ESF-Fördermitteln in diesem Bereich im Jahr 2013, wenn ja, mittels welcher Instrumente, und wenn nein, warum nicht?

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatssekretär Staschewski für das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie.

Staschewski, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren interessierten Zuhörenden, ich beantworte die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Leukefeld für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Ich habe die Frage so interpretiert, dass mit Anteil die Arbeitslosenquote gemeint ist, da diese die Entwicklung besser abbildet als der Anteil Älterer an den Arbeitslosen insgesamt. Bei der relativen Betrachtung, also Verhältnis Älterer zur Gesamtzahl der Arbeitslosen müsste man sich die Veränderungen über alle Altersgruppen anschauen, da demografische Entwicklungen und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit insgesamt mit ausschlaggebend sind.

Die Arbeitslosenquote spiegelt den Anteil der Arbeitslosen in Relationen zu allen zivilen Erwerbspersonen der jeweiligen Altersgruppe wider und zeigt die Entwicklung besser auf. Die Arbeitslosenquote der 55- bis 60-jährigen Arbeitslosen betrug im Jahr 2009 15,9 Prozent, im Jahr 2010 13,5 Prozent, im Jahr 2011 12,1 Prozent und im Jahr 2012 10,7 Prozent und ist damit in den letzten Jahren stetig gesunken. Die Arbeitslosenquote der über 60-Jährigen betrug im Jahr 2009 8,5 Prozent, 2010 11,3 Prozent, 2011 12,7 Prozent und 2012 13 Prozent. Hier haben wir einen Anstieg zu verzeichnen.

Zu Frage 2: Während sich die Arbeitslosigkeit bei den 55- bis 60-Jährigen verringert hat, zeigen sich bei den über 60-jährigen Arbeitslosen sowohl die im Vergleich schwierigeren Vermittlungssituationen für Ältere in regulärer Beschäftigung als auch die Auswirkungen des Auslaufens von Altersruhestandsregelungen. Die Möglichkeit der Förderung der Alters-

(Staatssekretär Staschewski)

teilzeit ist zum Beispiel ab 2010 ausgelaufen. Ferner wurde die Regelung nach dem damaligen § 428 SGB III ab 2008 abgeschafft, nach der über 58-Jährige der Vermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen mussten, wenn sie mit dem frühestmöglichen Renteneintritt einverstanden waren. Sie wurden dann auch nicht mehr als Arbeitslose gezählt. Diese Regelung wirkt mit rückläufiger Tendenz über einige Jahre natürlich nach. Insgesamt spielt aber auch die demografische Entwicklung eine Rolle. Nicht nur die Gesellschaft insgesamt und die Beschäftigten in den Unternehmen altern im Durchschnitt, dies trifft auch bei den Arbeitslosen zu.

Zu Frage 3: Mit Stand vom 15.01.2013 stehen in der laufenden ESF-Förderperiode noch ungebundene Mittel in Höhe von 69,8 Mio. € zur Verfügung.

Zu Frage 4: Die noch zur Verfügung stehenden ungebundenen ESF-Mittel stehen insbesondere auch für ältere Arbeitslose zur Verfügung. Sowohl durch das ESF-mitfinanzierte Landesarbeitsmarktprogramm und die Integrationsrichtlinie als auch im Rahmen der Richtlinie für Lohnkostenzuschüsse werden insbesondere Langzeitarbeitslose und Personen aus dem SGB II leistungsbezogen Beschäftigung und Qualifizierung gefördert und betreut. Im Hinblick auf die förderfähigen und förderbedürftigen Personengruppen sind ältere Arbeitslose überproportional vertreten. Diese Förderansätze werden weitergeführt und sollen hinsichtlich einer noch besseren sogenannten Integrationsbegleitung und Beschäftigung verstärkt werden. Wir wollen da ja auch noch weitere Förderregelungen im Haus weiterentwickeln, das haben wir ja auch angekündigt. Wir wollen auch im Rahmen der Thüringer Weiterbildungs- und Qualifizierungsinitiative 2013 einen Schwerpunkt setzen - ich nenne es jetzt einmal - Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer und älterer Arbeitsloser. Das habe ich ja auch diese Woche bei einer Veranstaltung bei der LEG mit Personalverantwortlichen angekündigt. Wir wollen noch im Februar, also jetzt in den nächsten Wochen, in einer Steuerungsgruppe zum Aktionsprogramm „Fachkräftesicherung und -qualifizierung“ genau dieses Thema mit Wirtschaft und Gewerkschaften sowie der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit besprechen, um neben bereits vorhandenen Fördermöglichkeiten für Ältere weitere spezifische Unterstützungsansätze zu entwickeln. Wir denken da zum Beispiel auch an spezifische Maßnahmen, andere Tätigkeiten oder nicht in Vollzeit zu arbeiten usw., also so ein Ausschleichen aus dem Arbeitsleben, weiterzuentwickeln.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Gibt es Nachfragen? Die Fragestellerin hat eine Nachfrage.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Erst einmal herzlichen Dank für die Antwort. Ich habe nur eine Nachfrage. Herr Staatssekretär, Förderung ist ja das eine. Wie bewerten Sie denn aus wirtschaftlicher Sicht die Chancen von älteren Arbeitslosen, vornehmlich der Altersgruppe über 60, tatsächlich noch einmal Zugang zum ersten Arbeitsmarkt und einem Arbeitsvertrag, ob in Teilzeit oder anders, zu bekommen?

Staschewski, Staatssekretär:

Dass es nicht einfach ist, sehen wir daran, dass die Vermittlung bisher nicht so gut gelungen ist, dass Ältere, vor allem über 60-Jährige, wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Aber wir haben doch die Situation, dass uns auf der einen Seite Fachkräfte fehlen und dass wir genau - und diese Chance müssen wir einfach nutzen, dieses Zusammenspiel von Leuten, die eine gewisse Lebenserfahrung, eine gewisse Berufserfahrung haben, auf der einen Seite und auf der anderen Seite, wo wir die Lücken noch haben, wo wir Fachkräftelücken haben, dass wir das zusammenbringen, dann aber auch so, dass es passt und dass man auch die Arbeit entsprechend leisten kann als über 60-Jähriger, denn es ist ein Unterschied, ob man über 60 oder 25 ist.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank. Es gibt keine weiteren Nachfragen. Dann rufe ich jetzt auf die Anfrage der Abgeordneten Jennifer Schubert von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5467.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank.

Stand der Internationalen Bauausstellung (IBA)

Die Stelle der Geschäftsführung der IBA wurde im Dezember 2012 ausgeschrieben. Einerseits haben sich die Aktivitäten der IBA seit September 2012 reduziert, Veranstaltungen wurden abgesagt. Andererseits wurden bereits IBA-Labore personell besetzt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der personellen Absicherung und dem Entwicklungsstand der IBA.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ordnet sich die Ausschreibung der Geschäftsführung in die aktuelle Besetzung der Geschäftsführung ein?
2. Plant die Landesregierung weiterhin zwei Geschäftsführungsstellen und falls nicht, wie begründet sie ihre Haltung?

(Abg. Schubert)

3. Wie gestaltet sich vor dem Hintergrund der Vakanz der Geschäftsführung die Arbeit der IBA, insbesondere im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den IBA-Laboren?

4. Wie ist der konkrete Arbeitsstand der IBA und welche Arbeitsphasen und Veranstaltungen sind in nächster Zeit geplant?

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, vertreten durch Frau Staatssekretärin Klaan.

Klaan, Staatssekretärin:

Sehr geehrte Präsidentin, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Schubert beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Die IBA Thüringen GmbH hat seit ihrer Gründung im Dezember 2011 zwei Geschäftsführer. Derzeit gibt es keinen Grund, die Struktur der Geschäftsführung zu ändern. Bekannt ist, dass sich einer der beiden Geschäftsführer, Herr Krätzschmar, zwischenzeitlich für die Verlängerung seiner Geschäftsführungstätigkeit bei der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen entschieden hat. Damit im Zusammenhang steht seine Bitte an den Aufsichtsrat, ihn von den Aufgaben der Geschäftsführung der IBA Thüringen GmbH zu entbinden. Um diesen Schritt vorzubereiten, hat der Aufsichtsrat die neu zu besetzende Geschäftsführerstelle ausgeschrieben.

Zu Frage 3: Aus Sicht der Landesregierung gibt es keine Vakanz in der Geschäftsführung der IBA Thüringen GmbH. Herr Krätzschmar wird bis zur Bestellung eines Nachfolgers im Amt bleiben. Die zweite Geschäftsführerstelle ist mit Frau Prof. Dr. Eich-Born besetzt, die sich, wie im „Freien Wort“ am 11. Januar 2013 zu lesen war, derzeit im Krankenstand befindet. Neben der IBA Geschäftsstelle mit Sitz in Weimar sind bis zum jetzigen Zeitpunkt zwei Werkstätten eingerichtet worden, eine in Weimar und eine in Nordhausen. Diese Werkstätten sind feste strukturelle Bestandteile der IBA Thüringen GmbH, die ihrerseits eng mit der Bauhaus-Universität Weimar bzw. der Fachhochschule Nordhausen verbunden sind. Beide Werkstätten sind sowohl personell als auch materiell arbeitsfähig und verstärken die Präsenz der IBA Thüringen GmbH. Bis zu zwei weitere Werkstätten sollen im Zuge der weiteren Ausgestaltung des IBA-Prozesses ebenfalls in enger Anbindung an die Hochschulen später etabliert werden.

Zu Frage 4: Die Machbarkeitsstudie, auf deren Grundlage die IBA Thüringen seinerzeit beschlossen wurde, zeigt die möglichen Themen und Aufgaben einer künftigen IBA Thüringen auf. An die IBA Thüringen GmbH richtet sich die Erwartung, auf-

bauend auf den bestehenden thematischen und konzeptionellen Überlegungen, zügig zu einem strategischen Konzept für die IBA Thüringen GmbH zu gelangen, aus dem sich konkrete Arbeitsschritte für den weiteren IBA Prozess ergeben. Ein in der letzten Aufsichtsratssitzung im Entwurf vorgelegtes Strategiepapier erfüllt diese mit dem renommierten Planungsinstrument „Internationale Bauausstellung“ verbundene Erwartung noch nicht. Insofern hat die Präzisierung der inhaltlichen und strategischen Ausrichtung zum jetzigen Zeitpunkt eine sehr hohe Priorität.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Gibt es Nachfragen? Frau Schubert, Sie haben Nachfragen.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. Ich würde gleich meine beiden möglichen Nachfragen stellen und meine Frage bezieht sich auf die begleitenden Gremien, die installiert sind oder noch installiert werden. Darum drehte sich auch meine Frage. Welche Gremien mit welchen Funktionen sind für die IBA vorgesehen, die Stichworte Beirat, Kuratorium etc., und inwieweit sind diese besetzt? Ständen sie der Geschäftsführung zur Verfügung, wenn ja, inwiefern und seit wann?

Klaan, Staatssekretärin:

Es ist vorgeschlagen, das Kuratorium und den Beirat parallel zur IBA GmbH zu installieren. Beide Gremien sind im Moment noch nicht installiert und auch noch nicht arbeitsfähig. Es gibt erste Gespräche, soweit ich weiß, mit möglichen Teilnehmern beider Gremien. Aber wie gesagt, die Gründung ist noch nicht abgeschlossen.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Es gibt eine weitere Nachfrage von Herrn Dr. Augsten.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Staatssekretärin, ich habe ein Wahlkreisbüro in Apolda und mir ist zu Ohren gekommen, dass die IBA umziehen will mit der Geschäftsstelle von Weimar nach Apolda. Stimmt das, und wenn ja, warum?

Klaan, Staatssekretärin:

Es gibt Überlegungen, im Rahmen der IBA natürlich auch die Probleme des ländlichen Raums zu erfassen. Das war ja der Grundgedanke der IBA-Idee. Im Zuge erster Überlegungen wurde erörtert, gera-

(Staatssekretärin Klaan)

de an einem Standort wie Apolda, der als Standort wesentliche Voraussetzungen mitbringt für die Gesamtdiskussion, die IBA-Geschäftsstelle nicht in dem Kern Erfurt-Weimar auf Dauer anzusiedeln, sondern möglicherweise in Apolda unterzubringen. Dazu laufen erste Gespräche, in welcher Form das sein kann und wie die Rahmenbedingungen dazu aussehen könnten.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Es gibt eine zweite Nachfrage durch Abgeordnete Anja Siegesmund.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. Befindet sich denn die IBA Ihrer Ansicht nach im Projektplan, wenn wir wissen, dass 2017 auch einiges erreicht werden muss? Wie weit sind sie da Ihrer Einschätzung nach? Und vor allen Dingen sollen ja die Hochschulen auch integriert werden. Da ist meine Frage zum Thema Hochschulen, inwieweit die Hochschulen in die Gremien, die schon bestehenden, und in diese Planung, die Sie hoffentlich auch haben, eingebunden sind.

Klaan, Staatssekretärin:

Es gibt die Machbarkeitsstudie für die Durchführung der IBA. In dieser Machbarkeitsstudie sind wesentliche Punkte umrissen, was sich nicht nur die Landesregierung, sondern auch der Landtag unter der Durchführung einer IBA für Thüringen vorstellt. Insofern gibt es den Auftrag an die GmbH, entsprechend dieser Machbarkeitsstudie die detaillierte Ausformulierung, wie der IBA-Prozess in Thüringen aussehen kann, auch zu skizzieren und vorzubereiten. Wie gesagt, dazu wird im Moment auch in den Aufsichtsräten beraten. Ich bin aber selbst nicht Teilnehmer dieser Aufsichtsratssitzungen, so dass ich an dieser Stelle auch nicht detaillierter ausführen kann.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. Dann rufe ich jetzt auf die Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Klaubert von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5468.

Abgeordnete Dr. Klaubert, DIE LINKE:

Bewilligung von Projektmanagerstellen im kulturellen Bereich im Haushaltsjahr 2013

Das Projektmanagerprogramm im kulturellen Bereich unterstützt Vereine, Verbände und Initiativen der Kunst- und Kulturszene Thüringens, ihre Arbeit personell über das Ehrenamt hinaus leisten zu können. Dabei ist in den letzten Jahren der Bedarf an

Personalstellen stetig gewachsen, das Förderprogramm für Projektmanager soll seitens der Landesregierung für die Jahre 2013 und 2014 aber nicht weiter aufgestockt werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Anträge auf Voll- und Teilzeitstellen lagen dem zuständigen Ministerium zum Jahresende 2012 vor und wurden alle Anträge vollumfänglich bewilligt, wenn nicht, wie begründet das die Landesregierung?

2. Unter welchen Bedingungen und mit welchen Begründungen bewilligt die Landesregierung Teilzeitstellen, obwohl eine volle Stelle beantragt wurde?

3. Inwieweit ist die Arbeit der Projektmanager aus Sicht der Landesregierung trotz fehlendem Landshaushalt - das kann man ja seit heute nicht mehr sagen - ab 1. Januar 2013 gesichert und wie begründet dies die Landesregierung?

4. Welche konkreten Schritte hat und/oder wird die Landesregierung unternehmen, um das Antragsverfahren für Projektmanagerstellen zu erleichtern, und wie begründet das die Landesregierung?

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, vertreten durch den Staatssekretär Herrn Prof. Merten.

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Klaubert wie folgt:

Zu Frage 1: Für das Projektmanagerprogramm sind im Haushaltsjahr 2013 Haushaltsmittel in Höhe von 1,04 Mio. € geplant bzw. seit heute, wie wir ja wissen, genehmigt. Der Umfang der gestellten Anträge übersteigt die Höhe der geplanten Haushaltsmittel. Insgesamt wurden 52 Anträge mit 40,9 Vollzeitbeschäftigteneinheiten gestellt. Bis zum Jahresende 2012 konnten 39 Anträge für Projektmanager und Projektmanagerinnen in Voll- und Teilzeit mit insgesamt 29,4 Vollzeitbeschäftigteneinheiten bewilligt werden. Die Entscheidung über die Vergabe der Projektmanagerstellen sowie den Umfang der jeweiligen Stellenanteile wird nach Beratung aller Anträge in einem Fachbeirat im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nach folgenden Kriterien entsprechend der Förderrichtlinie gefällt: Der Zuwendungsempfänger muss als kultureller Verband mit überörtlicher oder vernetzender Wirkung tätig sein oder als sonstiger Träger freier Kulturarbeit kulturpolitisch bedeutsame Maßnahmen durchführen. Bei Maßnahmen mit vorrangig örtlichem Bezug soll ein angemessener kommunal-

(Staatssekretär Prof. Dr. Merten)

ler Anteil an der Finanzierung der Personalkosten nachgewiesen werden.

Zu Frage 2: Die einschlägige Förderrichtlinie sieht grundsätzlich vor, dass sowohl Voll- als auch Teilzeitarbeitsplätze gefördert werden können. Für die Empfehlung des Beirats hinsichtlich des Stellenanteils ist maßgebend, ob der in den jeweiligen Antragsunterlagen beschriebene Projektumfang die Vergabe einer Vollzeitstelle, zum Beispiel aufgrund eines Projektes rechtfertigt. Den Empfehlungen des Fachbeirats wurde diesbezüglich weitestgehend gefolgt, nur in einzelnen Fällen wurde zugunsten der Antragsteller davon abgewichen.

Zu Frage 3: Auf der Grundlage bestehender Verpflichtungsermächtigungen konnte gewährleistet werden, dass die Personalkostenförderung bereits zum 1. Januar des Jahres finanziell abgesichert ist. Mit der heutigen Beschlusslage sind wir ja ohnehin wieder vollständig handlungsfähig.

Zu Frage 4: Das Antragsverfahren entspricht hinsichtlich des Umfangs und der Schwierigkeit dem im Kulturbereich üblichen Antragsverfahren für Projektförderungen und ist bei den einschlägigen Trägern bereits etabliert. Um eine sachgerechte Entscheidung durch den zuständigen Fachbeirat herbeizuführen, ist ein Mindestmaß an Informationen zur Qualifizierung der Leitungskraft sowie eine Tätigkeitsbeschreibung erforderlich. Die haushaltsrechtlichen Bestimmungen zur Evaluierung des Förderprogramms gemäß § 7 der Thüringer Landeshaushaltsordnung lassen eine weitere Vereinfachung des Antragsverfahrens leider nicht zu.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Ich sehe, es gibt eine Nachfrage aus dem Kreis der Abgeordneten von Herrn Blechschmidt von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Herr Staatssekretär, Sie haben zwar relativ konkret auch die allgemeinen, sage ich einmal, Richtlinien und Gegebenheiten, wie entschieden worden ist bei der Antragstellung und nach der Antragstellung ausgeführt, dennoch meine Frage: Es hat in der Vergangenheit Projekte gegeben, die mit einer Gesamtstelle, mit einer Vollzeitstelle gefördert und nun dennoch halbiert worden sind. Da muss es ja in der Vergangenheit oder in der Gegenwart Argumente gegeben haben, dass das so eingetreten ist. Ich will ganz konkret nach der Begründung fragen, warum die Stelle im Kunsthaus Erfurt reduziert worden ist. Wenn Sie darauf konkret antworten könnten.

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

Ich bedaure, das kann ich jetzt nicht, weil ich die Einzelstellen nun tatsächlich nicht unmittelbar im Kopf habe.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Dr. Klaubert, DIE LINKE:

Ich mache einmal eine Anmerkung zu Ihrer Antwort auf Frage 4. Im Kulturkonzept ist eigentlich darauf hingewiesen worden, dass es eine Vereinfachung für genau die Projekte der Soziokultur, der Kinder- und Jugendkultur geben soll. Deswegen wundert mich, dass Sie jetzt sagen, eine Vereinfachung ist nicht möglich.

Aber ich habe zwei Fragen, und zwar beziehen die sich jetzt direkt auf die Projekte in der freien Theaterszene. Von den von Ihnen vorhin bewilligten Projekten hätte ich gern gewusst, wie viele davon aus der freien Theaterszene gestellt worden sind und wie viele davon bewilligt wurden?

Die zweite Frage bezieht sich dann auf ein ganz konkretes Projekt, und zwar das Meininger Kinder- und Jugendtheater. Die haben diese Woche signalisiert, dass sie trotz der Erhöhung der Mittel für die freie Theaterszene eine Mittelkürzung erhalten werden und demzufolge für verschiedene Projekte nicht mehr in der Lage sein werden, ihre Arbeit durchzuführen. Dazu hätte ich gern mal Ihre Begründung.

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Zu Ihrer ersten Anmerkung, dass wir das in Aussicht gestellt haben, das ist auch geprüft worden. Wir müssen trotzdem schauen, was rechtlich möglich oder nicht möglich ist. Die Mindestanforderungen ergeben sich nach § 7 der Thüringer Landeshaushaltsordnung. Dem müssen, dem wollen und dem werden wir auch entsprechen.

Zur freien Theaterszene, wie viele Projekte daraus gestellt wurden, kann ich Ihnen nicht sagen, weil die Liste insgesamt noch nicht abgeschlossen ist. Was die konkreten inhaltlichen Anmerkungen zum Jugendtheater Meiningen anbelangt, da bitte ich um Nachsicht, ich haben die einzelnen Projekte jetzt nicht im Kopf, da können wir aber gern, wenn das gewünscht ist, nachliefern.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank. Es gibt jetzt keine weiteren Nachfragen, wohl aber die Zusage durch das Minis-

(Vizepräsidentin Rothe-Beinlich)

terium, die einzelnen Nachfragen noch mit Antworten zu beliefern.

(Zwischenruf Prof. Dr. Merten, Staatssekretär: Zu den beiden Projekten.)

Zu den beiden Projekten, genau.

Dann kommen wir jetzt zur nächsten Anfrage durch den Abgeordneten Kemmerich von der FDP-Fraktion in der Drucksache 5/5469.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, laut Medienberichten begründet der Thüringer Wirtschaftsminister die Konzentration der Wirtschaftsförderung im Jahr 2013 noch mehr auf die kleinen und mittleren Unternehmen wie folgt: „Nimmt man die insgesamt rückläufige Wirtschaftsförderung innerhalb der EU [dazu], dann bleibe nichts anderes übrig, als sich auf die kleinen Betriebe zu konzentrieren.“ (Thüringer Allgemeine am 5. Januar 2013)

Während in 2011 201 Mio. € GRW-Mittel zur Investitionsförderung an 214 Antragsteller ausgeschüttet wurden (204 Firmen wurden Bewilligungen im Rahmen des Priorisierungsverfahrens versagt), waren es in 2012 176 Mio. € an nur noch 71 Antragsteller. Das bedeutet einen Rückgang der Zahl bewilligter Anträge um 66 Prozent und eine durchschnittliche Erhöhung der Zuschüsse pro Investition von 0,94 Mio. auf 2,5 Mio. € bzw. eine Konzentration um 266 Prozent.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zur oben genannten Aussage, dass der Landesregierung nichts anderes übrig bleibe, als sich auf die kleinen Betriebe zu konzentrieren, und wie begründet sie diesbezüglich ihre Meinung?
2. Seit wann ist der Landesregierung bekannt, dass 99,7 Prozent aller Thüringer Firmen klein und mittelständisch sind?
3. Welche Antragsteller waren im Jahr 2011 die größten Zuwendungsempfänger und wie hoch waren die Zuwendungen von den oben genannten 201 Mio. € der zehn größten Zuwendungsempfänger jeweils?
4. Sieht die Landesregierung den verfassungsrechtlich verankerten Grundsatz der Gleichbehandlung bei der Förderpraxis der Jahre 2011 und 2012 gewahrt und wie beurteilt man vor diesem Hintergrund die Entscheidungen in den Fällen Opel Eisenach und Zalando?

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Für die Landesregierung antwortet Staatssekretär Staschewski aus dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie.

Staschewski, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich beantworte sehr gern die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kemmerich für die Landesregierung wie folgt:

Erlauben Sie mir nur ein paar einleitende Worte. Herr Kemmerich, Sie haben mal wieder die falschen Zahlen gehabt, es war eine Zwischenbilanz, die Sie vorgelegt haben und nicht eine Endjahresbilanz. 2011 wurden 311 Investitionsprojekte von Unternehmen mit einem Investitionsvolumen von 1,4 Mrd. € und einem Zuschussvolumen von 256 Mio. € gefördert. Der GRW-Fördersatz lag im Durchschnitt bei 20,26 Prozent. Mit diesen Investitionen wurde die Verpflichtung zur Schaffung von 3.736 neuen Dauerarbeitsplätzen abgegeben. 2012 wurden 96 Investitionsprojekte von Unternehmen mit einem Investitionsvolumen von 1,1 Mrd. € und einem Zuschussvolumen von 213 Mio. € gefördert. Der GRW-Fördersatz lag im Durchschnitt bei 22,17 Prozent. Mit diesen Investitionen wurde die Verpflichtung zur Schaffung von 3.201 neuen Dauerarbeitsplätzen abgegeben. Ich glaube, das war auch am Mittwoch schon Teil der Aktuellen Stunde.

Nun zu Ihren konkreten Fragen - zu Frage 1: Gemäß dem aktuellen Entwurf der EU-Regionalleitlinien soll in der bevorstehenden Förderperiode ab 2014 eine Förderung von Großunternehmen grundsätzlich nicht mehr möglich sein. Damit wäre die Regionalförderung auch in Thüringen künftig auf KMU unter 250 beschränkt. Deutschland, insbesondere auch das Bundeswirtschaftsministerium und die Länder, die ostdeutschen Länder, setzen sich im Rahmen der laufenden Verhandlungen gegenüber der EU-Kommission mit 20 weiteren EU-Mitgliedstaaten dafür ein, auch in der neuen Förderperiode eine Fortführung der Großunternehmensförderung zu ermöglichen, wenigstens für strukturell bedeuende Ansiedlungen, wie wir das hier in Thüringen auch gemacht haben.

Zu Frage 2: Seit es eine amtliche Statistik gibt, in der die Betriebsgrößenklassen in Thüringen erfasst werden.

Zu Frage 3: Die zehn größten Zuwendungsempfänger waren Bayer Weimar GmbH & Co. KG, Alere Technologies GmbH, Lidl GmbH, Numerik Jena GmbH, Mubea Tailor Rolled Blanks GmbH, IHI Charging Systems International Germany GmbH, Rhenus AG & Co. KG, Kaufland Fleischwaren Heiligenstadt GmbH & Co. KG, Opel Eisenach und August Storck.

(Staatssekretär Staschewski)

Zu Frage 4: Die GRW-Förderung erfolgt auf der Grundlage des GRW-Koordinierungsrahmens sowie der Thüringer Richtlinie für die einzelbetriebliche GRW-Förderung mit dem gültigen GRW-Zuschlagsystem. Das Regelwerk der GRW-Förderung ist dabei so ausgelegt, dass der Gleichbehandlungsgrundsatz gewahrt bleibt. Allerdings kann nur verglichen werden, was tatsächlich gleich ist. Deshalb wurden bei der kriterienorientierten Förderung im Jahr 2011 ebenso wie beim Auswahlverfahren 2012 konkrete Kriterien festgelegt, die für alle einzelbetrieblichen Antragsteller galten. Vorhaben mit besonders hohen regional- und strukturpolitischen Effekten stehen im besonderen Landesinteresse, deshalb wurden diese sowohl in 2011 als auch im Jahr 2012 mit sogenannten Letter of Intent, LOIs, ausgestattet, denen förderrechtlich besondere Priorität zukam. Die Landesregierung sieht darin keinen Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank. Es gibt eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

In früheren Förderperioden wurde oftmals abgestellt oder wurde eigentlich immer abgestellt auf das Produzieren und die produzierenden Gewerbe. Das ist ja gewechselt worden in das Kriterium der „ausschließlichen Schaffung von Arbeitsplätzen“. Wie begründen Sie das, insbesondere im Punkt auf nachhaltige Standortsicherung?

Staschewski, Staatssekretär:

Ich habe jetzt leider nicht verstanden, was ich begründen soll. Was die früheren Regierungen gemacht haben?

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Sie haben die Richtlinie übernommen, da wurde auf das Produzieren von Gütern und Waren innerhalb von Thüringen abgestellt. Diese Kriterien haben Sie abgeändert und sind auf das bloße Entstehen von Arbeitsplätzen eingegangen.

Staschewski, Staatssekretär:

Nein, das ist nicht so, das ist nicht auf das bloße Entstehen von Arbeitsplätzen abgestellt, sondern wir haben einen ganzen Kriterienkatalog, den ich gern zur Verfügung stellen kann, der zugrunde liegt, der auch jedem Unternehmen, das einen GRW-Antrag stellt, zur Verfügung steht und grundsätzlich auch bei uns öffentlich einsehbar ist. Wir haben hier eine klare Transparenz geschaffen. Das war übrigens auch neu, dass wir einen klaren transparenten Kriterienkatalog vorgelegt haben, nach

dem gefördert wurde. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir neben GRW selbstverständlich noch andere Investitionsförderprogramme haben, die explizit auf die KMUs ausgerichtet sind, zum Beispiel Thüringen Invest, Thüringen Dynamik, GUW plus etc.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Gibt es weitere Nachfragen? Sie haben ja das Recht auf eine weitere Nachfrage.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Nein, vielen Dank. Nur der Katalog, der würde mich interessieren, wenn wir den bekommen könnten.

Staschewski, Staatssekretär:

Also diesen Kriterienkatalog? Selbstverständlich.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Genau. Danke schön.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Herr Staschewski. Dann darf ich Ihnen jetzt den Hinweis geben, dass die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Sabine Berninger von der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5471 heute zurückgezogen wurde. Ich rufe jetzt auf die Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Kaschuba von der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5472.

Abgeordnete Dr. Kaschuba, DIE LINKE:

Stellungnahme des Fachschaftsrates Politikwissenschaft zu Einsparungen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

In einer Stellungnahme des Fachschaftsrates des Bereiches Politikwissenschaft zum Thema der geplanten Einsparungen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, welche an die Fraktionen geschickt wurde, wird vor den gravierenden Auswirkungen für Lehre und Forschung gewarnt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zu dieser Stellungnahme?
2. Sieht die Landesregierung bei den prognostizierten Kürzungen im Hochschulbereich von 10 Prozent bis 2015 die Situation in Lehre und Forschung gefährdet?
3. Was unternimmt die Landesregierung zur Entwicklung von Exzellenz an den Hochschulen?
4. Aus welchen Quellen speist sich langfristig die Gesamtfinanzierung der Thüringer Hochschulen?

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Für die Landesregierung antwortet Staatssekretär Prof. Dr. Merten für das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Kaschuba wie folgt:

Gestatten Sie mir eine kurze Vorbemerkung. Gestern haben wir die Stellungnahme des Fachschaftsrates Psychologie gehört, heute Fachschaftsrat Politik. Ich bin mal gespannt, ob die anderen Fachschaftsrate sich auch jeweils noch mal zu Wort melden werden und ob wir die dann auch noch mal einzeln verhandeln werden. Ich sehe dem mit großem Interesse entgegen.

Zu Ihrer Frage 1 möchte ich wie folgt antworten: Die Auffassung, dass aufgrund der Inhalte der Rahmenvereinbarung III und im Zusammenhang mit den Ziel- und Leistungsvereinbarungen Einsparungen in Höhe von rund 10 Prozent von TMBWK und FSU vereinbart worden seien, die zu gravierenden Auswirkungen in Lehre und Forschung führen würden, wird seitens der Landesregierung nicht geteilt. Minister Matschke hat dazu ja auch in den gestrigen Haushaltsberatungen ausführlich Stellung bezogen und darauf hingewiesen, dass das nicht so ist. Die Rahmenvereinbarung III sieht keine Einsparungen im Hochschulbereich vor. Im Gegenteil, durch die in der Rahmenvereinbarung III enthaltenen festen Finanzausstattungen stehen den Hochschulen in den kommenden Jahren höhere Budgets zur Verfügung als zuvor. Waren es im Jahr 2012 allein aus der Rahmenvereinbarung III Landesmittel und Hochschulpakt-2020-Mittel in Höhe von 386,1 Mio. €, so werden es im Haushaltsjahr 2013 insgesamt 408 Mio. € und im Jahr 2014 409,9 Mio. € sein. Die Zuweisungen an die FSU Jena allein aus den in die Rahmenvereinbarung III einbezogenen Mitteln und aufgrund des gemeinsam von Hochschulen und TMBWK entwickelten und vereinbarten Mittelverteilungsmodells KLUG werden nach heutigem Stand von 149,5 Mio. € in 2012 auf 156,1 Mio. € in 2013 und damit um 4,42 Prozent steigen. Da bereits in der 38. Sitzung des Wissenschaftsausschusses des Landtags am 13. September 2012 ausführlich über die Situation der Finanzierung im Hochschulbereich gesprochen wurde - ich hatte das seinerzeit vorgestellt -, Sie alle die Inhalte und Zahlen der Rahmenvereinbarung III kennen und sich seit September 2012 die Situation der Hochschulen nur noch weiter dadurch verbessert hat, dass aufgrund zusätzlicher Hochschulpakt-2020-Mittel den Hochschulen in den Jahren 2013 und 2014 jeweils weitere 17,8 Mio. € zusätzlich zur Verfügung gestellt

werden können, möchte ich es an dieser Stelle mit meinen Ausführungen zur Finanzsituation im Hochschulbereich belassen. Die Fakten sprechen eine klare Sprache. Die Finanzausstattung der Hochschulen stellt eine Absicherung auf sehr hohem Niveau dar. Der finanzielle Kraftakt des Landes mit einem deutlichen Plus an Landesmitteln und auch HSP-2020-Mitteln von Jahr zu Jahr verdeutlicht gerade vor dem Hintergrund eines konsolidierten Landeshaushalts den hohen Stellenwert, den die Landesregierung dem Hochschul- und Wissenschaftsbereich beimisst.

Zu Ihrer Frage 2: Nein, die Rahmenvereinbarung III, wie soeben dargelegt, enthält keine Kürzungen, sie sieht sie auch nicht vor.

Zu Ihrer Frage 3: Die Landesregierung stattet die Hochschulen mit einem Budget aus, das es den Hochschulen erlaubt, selbst und eigenverantwortlich zu entscheiden, in welchen Bereichen sie vorhandene Exzellenz weiterentwickeln und ausbauen wollen. Durch verschiedene weitere und über die Finanzausstattung der Rahmenvereinbarung III hinausgehende zusätzliche Maßnahmen, wie zum Beispiel das Landesprogramm „ProExzellenz“, wird die Entwicklung von Exzellenz gezielt gefördert und unterstützt.

Ihre Frage 4 beantworte ich wie folgt: Die Gesamtfinanzierung der Hochschulen wird sich ebenso wie heute auch langfristig aus Landesmitteln, Bundesmitteln, Drittmitteln, EU-Geldern, Gebühren und sonstigen Einnahmen speisen.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank. Es gibt eine Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Dr. Kaschuba, DIE LINKE:

Herr Staatssekretär, ich bedanke mich erst einmal für die Antwort, möchte aber meine Frage, die ich gestern dem Minister gestellt habe, noch mal wiederholen. Wir bekommen ja wirklich aus allen Ecken und Enden der Friedrich-Schiller-Universität diese Stellungnahmen. Meine Frage ist jetzt: Haben die einfach eine falsche Wahrnehmung oder stimmt mit denen irgend etwas nicht, dass die das so dramatisch darstellen, dass in den nächsten Jahren sich die Personalsituation, damit also auch die Situation in Lehre und Ausbildung so deutlich, so gravierend verschlechtern wird? Oder ist das nicht richtig kommuniziert worden durch das Ministerium oder aber stehen Einnahmen und Ausgaben an den Hochschulen in einem Verhältnis zueinander, dass die Finanzsituation der Hochschulen dann de facto objektiv doch verschlechtert? Vielleicht können Sie mal versuchen, das zu erläutern. Wir sind ja auch in einer seltsamen Situation. Sie sagen immer, die werden immer reicher, und die klagen und sagen,

(Abg. Dr. Kaschuba)

wir werden immer ärmer. Irgendeiner hat da ein Problem. Danke.

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

Ja, sehr gern, Frau Abgeordnete. Ich sage nicht, die werden reicher, so weit bewege ich mich nicht nach vorne. Ich sage, sie bekommen mehr Geld.

(Zwischenruf Abg. Dr. Kaschuba, DIE LINKE:
Das ist das Gleiche.)

Das ist nicht das Gleiche, also wenn ich mehr Schulden habe, die ich abtragen muss, werde ich nicht reicher, wenn ich mehr Geld habe. Da gibt es schon ein paar Unterschiede. Ich hatte ja eben auf die Sitzung vom 13. September 2012 verwiesen, und ich will das auch gern wiederholen, was ich dort bereits gesagt hatte. Nun kenne ich die Situation in der FSU ziemlich genau, weil ich dort selbst über einige Jahre Institutsdirektor war. Was ich beobachten kann, ist Folgendes, dass es offensichtlich innerhalb der FSU jetzt zu Verteilungskämpfen zwischen Fakultäten kommt. Das bedeutet, dass trotz steigender Einnahmen, die die Hochschulen durch die Zuweisungen zu verzeichnen haben, offensichtlich man es intern mit einem Prozess der Umverteilung von Mitteln zu tun hat. Das führt dazu, dass einige Fakultäten offensichtlich besser ausgestattet sind, andere weniger gut ausgestattet sind. Das führt dazu, dass einige Institute Zugewinne und andere Verluste zu verzeichnen haben. Das wird Konsequenzen haben in Bezug auf die Qualität von Ausbildung, wenn man korrespondierend über Studienplatzausstattung nachdenkt. Aber das ist ein Prozess - das hatte ich auch im Ausschuss sehr differenziert dargestellt -, der ausschließlich mit der internen Verteilung zu tun hat. Ich kenne die Debatte, die da heißt, das Land müsse mehr reingeben, wenn man die internen Strukturdiskussionen offensichtlich in einer Weise führen möchte, dass das Land finanzieren soll, was man sich in Jena ausdenkt. Das ist insgesamt ein wenig überzeugender Prozess. Ich kann Ihnen das noch mal an einem ganz konkreten Beispiel der Erziehungswissenschaft festmachen. Wenn die Friedrich-Schiller-Universität sich entscheidet, zwei erziehungswissenschaftliche Institute zu etablieren - ich sage das deutlich als Fachwissenschaftler -, für deren Notwendigkeit ich keinerlei Gründe gesehen habe, dann muss die FSU natürlich darüber nachdenken, wie sie die beiden Institute auch finanziert. Das wird nicht dadurch leichter, dass sie sagt, das Land soll bitte sehr, wenn das dann mehr kostet, da an dieser Stelle mehr tun.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Es gibt eine zweite Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Dr. Kaschuba, DIE LINKE:

Ich verschärfe jetzt mal Ihre Aussage. Sie meinen also, es herrscht so ein interner Kannibalismus. Jeder frisst jeden, um an das Geld ranzukommen. Das kann ja nicht Sinn und Zweck der Hochschulpolitik sein, für deren Rahmen wir hier auch verantwortlich sind - Entschuldigung, wenn ich das jetzt mal so deutlich gesagt habe. Aber ich meine, das fände ich auch nicht gut, wenn es so wäre, wenn die Finanzpolitik des Landes dann die Hochschulen in so eine Situation bringt. Zur Erziehungswissenschaft will ich nur eines sagen: Also da kann man sicher reichlich darüber reden, man kann auch darüber reden, ob man das nicht gänzlich nach Erfurt verlagert oder wie man das überhaupt tut. Aber das muss man ja im politischen Rahmen diskutieren. Ich finde, das kann man nicht ausschließlich den Hochschulen überlassen. Sie meinen also, diese Aussagen, die wir jetzt wirklich massenhaft bekommen, betreffen ausschließlich die Friedrich-Schiller-Universität?

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

Werte Frau Abgeordnete, Sie haben mich nach der FSU gefragt und ich habe in Bezug auf die FSU geantwortet. Sie haben mir gesagt, dass Sie von denen aus den Fachschaften so massenhaft diese Protestschreiben bekommen haben. Sie werden verstehen, dass ich als Mensch, der doch die Form wahr, auch Ihnen auf Ihre Frage antworte. Ich habe jetzt noch nichts zu den anderen Hochschulen gesagt. Darüber hinaus will ich das deutlich sagen, die Frage, wo welcher Studiengang anzusiedeln ist, ist eine, die natürlich auch politisch mit zu entscheiden ist. Aber hier reden wir über ein anderes Problem, wenn wir über die FSU sprechen, nämlich über das Problem der internen Verteilung. Sie werden verstehen, dass ich mich dieses schwierigen Begriffs, den Sie benutzt haben, jetzt nicht bedienen werde. Der ist mir wirklich ganz fern. Ich kann Ihnen nur sagen, es ist in der Tat so, wir müssen darüber nachdenken, was im Rahmen der Hochschulautonomie - und um die geht es ja hier - möglich ist und was nicht. Und wenn die FSU sich entscheidet, innerhalb ihrer Strukturen sich so zu verhalten, wie sie es tut, haben wir das zunächst einmal zu respektieren. Es kann nicht angehen, dass wir die Hochschulautonomie fördern und stärken wollen und dann, wenn Entscheidungen getroffen werden, die intern offensichtlich zu Verteilungsproblemen und damit zu Protestschreiben führen, dass wir dann die Hochschulautonomie zurücknehmen, uns ganz paternalistisch dort hinwenden und in einer höheren Weisheit denen zu erzählen haben, was sie zu tun haben. Ich glaube, das wäre ein höchst widersprüchlicher Prozess. Ich glaube kaum, dass für den jemand ernsthaft zu gewinnen ist.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Ich sehe jetzt keine weiteren Nachfragen. Dann rufe ich auf die Anfrage des Abgeordneten Emde von der CDU-Fraktion in der Drucksache 5/5484.

Abgeordneter Emde, CDU:

Ich möchte folgende Frage stellen:

Wartezeiten nach abgeschlossenem Lehramtsstudium an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Aussagen von Lehramtsanwärtern zufolge ist es aufgrund des Zeitpunkts des Erhalts des Abschlusszeugnisses nicht möglich, nach erfolgreichem Abschluss eines Lehramtsstudiums an der Friedrich-Schiller-Universität Jena direkt ein Referendariat anzuschließen. Absolventen werden dadurch gezwungen, ein Jahr Wartezeit in Kauf zu nehmen und sich erst im darauf folgenden Schuljahr um einen Referendariatsplatz zu bewerben. Das bedeutet, dass man Lehramtsstudenten, die ihr Studium bis dahin zielstrebig, komplikationsfrei und erfolgreich absolviert haben, für ein Jahr zu Hartz-IV-Empfängern macht.

Ich frage die Landesregierung:

1. Entspricht es der Wahrheit, dass Lehramtsstudenten an der Friedrich-Schiller-Universität Jena ihre Abschlusszeugnisse zu einem Zeitpunkt erhalten, an dem sie sich nicht mehr um einen Referendariatsplatz in Thüringen bewerben können, der zeitlich direkt an ihr Studium anschließt?
2. Sieht die Landesregierung Möglichkeiten, diesem Problem der einjährigen Wartezeit zu begegnen?
3. Welche Empfehlungen gibt die Landesregierung den Absolventen?

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Für die Landesregierung antwortet erneut Herr Staatssekretär Prof. Dr. Merten für das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Emde wie folgt:

Als klare Antwort auf Ihre Frage 1: Nein. Das TMBWK achtet darauf, dass durch die Verfahrensübergabe von Referendariatsplätzen ein geradliniger Übergang von der ersten in die zweite Phase der Lehrerausbildung möglich ist. Potenzielle Absolventen bewerben sich dabei bereits im letzten Semester ihres Studiums und reichen die Abschlusszeugnisse nach. In Thüringen werden zweimal jährlich, und zwar zum 1. Februar und zum 1. August, Lehr-

amtsanwärter in den Vorbereitungsdienst eingestellt. Für den Einstellungstermin 1. August 2013 ist Bewerbungsschluss der 13. März, für den Nachreichetermin für fehlende Unterlagen und Anerkennungsbescheide ist der 23. Mai 2013 als Ausschlussfrist festgelegt. Für den Einstellungstermin 1. Februar 2014 ist voraussichtlich der Bewerbungsschluss Ende September 2013, der Termin für die Nachreichung fehlender Zeugnisse und Anerkennungsbescheide wird voraussichtlich Ende November 2013 sein. Die genauen Termine werden im Amtsblatt und im Internet veröffentlicht. Mit der Möglichkeit, Abschlusszeugnisse nachzureichen, ist sichergestellt, dass alle, die ihr Studium erfolgreich abschließen, die Möglichkeit haben, einen der nächstmöglichen Referendariatsplätze zu erhalten.

Zu Ihrer Frage 2: Dazu verweise ich natürlich zunächst auf die Antwort zu Frage 1. Eine suggerierte einjährige Wartezeit gibt es aber auch noch aus einem weiteren Grund nicht. Wie Sie sicherlich wissen, hat die Landesregierung - und zwar im Gegensatz zu allen früheren Landesregierungen, damit haben wir die Situation für die Absolventen deutlich verbessert - seit dem Jahr 2010 zwei Termine angesetzt, an denen Lehramtsanwärter in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden können und auch eingestellt werden.

Zu Ihrer Frage 3, die Frage nach den Empfehlungen: Die potenziellen Absolventen sollen sich so früh wie möglich bewerben.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Ich sehe eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Emde, CDU:

Herr Staatssekretär, sollte es nun doch einen Fall geben, dass einer durch die Lücken gerutscht ist, an wen könnte er sich denn wenden, damit wir so ein Problem dann klären können?

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

Herr Abgeordneter, ich weiß jetzt nicht, was heißt, wenn er durch die Lücken gerutscht ist, er hat sich da nicht rechtzeitig beworben. Ich habe die Termine gezeigt, ansonsten möge er sich, wir haben ein geordnetes Verfahren, das wir von außen nicht manipulieren können, zum nächstmöglichen Termin bewerben und dann wird seine Bewerbung aufgenommen und er in das Verfahren auch mit aufgenommen werden.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Vielen herzlichen Dank. Dann rufe ich jetzt auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Huster von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5486.

Abgeordneter Huster, DIE LINKE:

Vielen Dank.

Ersatzvornahme und Enteignung zur Sicherung von Schloss Hummelshain?

Aus Medienberichten der vergangenen Tage ist zu erfahren, dass zur Abwendung des weiteren Verfalls der Schlossanlage Reinhardsbrunn von den öffentlichen Stellen des Freistaats Thüringen auch ein Enteignungsverfahren gegen die derzeitigen Eigentümer, offensichtlich ein Invest-Unternehmen, in Betracht gezogen wird. Auch das denkmalgeschützte Schloss Hummelshain befindet sich in einem Verfallsprozess und auch hier ist der Erwerber bzw. derzeitige Eigentümer, der sich offensichtlich schon länger in einer finanziell schwierigen Lage befindet, bisher Verpflichtungen auf Erhaltung und das Tätigen von Investitionen - soweit bekannt - nicht nachgekommen. Es besteht aber offensichtlicher Handlungsbedarf, um weitere schwerwiegende Schäden am Schloss Hummelshain zu verhindern. Nach den in Thüringen geltenden Vorschriften ist der Freistaat in Notfällen bei Bauten auch zur Vornahme von Bau- bzw. Sicherungsmaßnahmen im Wege der sogenannten Ersatzvornahme befugt. Daher wäre auch für den „Fall Hummelshain“ das vom Freistaat für das Schloss Reinhardsbrunn in Erwägung gezogene Vorgehen zu prüfen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Auflagen bzw. Verpflichtungen zu Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen bestehen derzeit vor dem Hintergrund welchen aktuellen Erhaltungs- bzw. Bauzustands des Schlosses Hummelshain gegen dessen derzeitige und derzeitigen Eigentümer und inwieweit sind diese gegebenenfalls schon erfüllt?
2. Welche Möglichkeiten bzw. Notwendigkeiten sehen die Thüringer Landesregierung bzw. ihr nachgeordnete Behörden zur Durchsetzung von Sicherungs- und Erhaltungsmaßnahmen am Schloss Hummelshain im Wege der Ersatzvornahme?
3. Inwiefern - insbesondere unter welcher rechtlichen Voraussetzung - sieht die Landesregierung die Möglichkeit bzw. Notwendigkeit der Einleitung eines Enteignungsverfahrens und der Rückübertragung von Schloss Hummelshain in das Eigentum der öffentlichen Hand und inwiefern befürwortet die Landesregierung ein solches mögliches Vorgehen?
4. Welche Fälle der Ersatzvornahme bzw. der Durchführung eines Enteignungsverfahrens gab es bisher in Thüringen zur Sicherung bzw. Erhaltung denkmalgeschützter Liegenschaften, insbesondere in welchem Verfahrensstadium befinden sich diese derzeit?

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank. Für die Landesregierung antwortet das Finanzministerium, vertreten durch Herrn Staatssekretär Diedrichs.

Diedrichs, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten, die Veräußerung des neuen Jagdschlusses Hummelshain war bereits Gegenstand der Kleinen Anfragen Nr. 1609 und 1937 der Frau Abgeordneten Schubert, auf deren Beantwortung in den Drucksachen 5/3287 und 5/3941 möchte ich hinweisen. Weiterhin möchte ich auf die Befassungen im Haushalts- und Finanzausschuss am 8. September 2011, am 16. Februar 2012 und am 15. März 2012 zu den Anträgen der Fraktion DIE LINKE in den Vorlagen 5/1512 und 5/2248 verweisen. Darüber hinaus erinnere ich an das September-Plenum, dort wurde die Mündliche Anfrage von Herrn Abgeordneten Huster in der Drucksache 5/4875 beantwortet. Dies vorausgeschickt beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Huster im Namen der Landesregierung jetzt wie folgt:

Zu Frage 1: Mit Bescheid der unteren Denkmalschutzbehörde des Saale-Holzland-Kreises vom 12. August 2008 wurde die Dachsanierung verfügt. Die angeordnete Maßnahme wurde von der Eigentümerin weitgehend ausgeführt. Lediglich an der Dachgaube an der Westseite wurde eine Dachöffnung nur mit Planen gesichert. Am 5. Juli 2010 wurde im Bereich der Dachgaube eine Notsicherung verfügt. Diese Notsicherung wurde ebenfalls ausgeführt. Am 21. Januar 2011 verfügte die untere Denkmalschutzbehörde - also der Landkreis - unter Androhung von Zwangsmitteln die Schließung des Dachraums, da die zur Sicherung angebrachten Planen zwischenzeitlich zerrissen waren. Auch dieser Verfügung ist die Eigentümerin nachgekommen.

Zu Frage 2: Derzeit sieht die Landesregierung keine Veranlassung für weitere Maßnahmen. Die untere Denkmalschutzbehörde hat entsprechende Notsicherungsmaßnahmen gegenüber der Eigentümerin verfügt. Diese wurden, wie gerade geschildert, umgesetzt.

Zu Frage 3: Hinsichtlich einer Rückübertragung wurde bereits in der Antwort zu Frage 5 der Kleinen Anfrage Nr. 1609 sowie der Antwort zu Frage 2 der Kleinen Anfrage Nr. 1937 darauf hingewiesen, dass die Landesentwicklungsgesellschaft LEG aus wirtschaftlichen Erwägungen den vertraglich vereinbarten Rückübertragungsanspruch nicht geltend gemacht hat. Die Voraussetzungen für eine mögliche Enteignung ergeben sich aus § 27 des Thüringer Denkmalschutzgesetzes. Danach ist eine Enteignung als Ultima Ratio nur möglich, wenn der Verlust eines Denkmals unmittelbar bevorsteht und

(Staatssekretär Diedrichs)

diese Enteignung als letztes Mittel zur Rettung des Denkmals durchgeführt wird. Der Landesregierung liegen keine Kenntnisse darüber vor, dass Schloss Hummelshain aktuell in seinem Bestand unmittelbar gefährdet wäre. Daher stellt sich die Frage einer Enteignung für die Landesregierung nicht.

Zu Frage 4: Derartige Fälle, also Fälle eines Enteignungsverfahrens, sind der Landesregierung nicht bekannt.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Herr Staatssekretär. Ich sehe eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Huster, DIE LINKE:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Nun war in diesen Tagen auch in den Medien zu vernehmen, dass sich die LEG auch zum Fall geäußert hat und mitgeteilt hat, dass der vereinbarte Kaufpreis immer noch nicht voll gezahlt ist und somit nicht bei der LEG eingegangen ist. Wie soll unter den derzeitigen Voraussetzungen und unter der hier soeben mitgeteilten Sicht der Landesregierung, was mögliche weitere Restriktionen betrifft, denn aber gesichert werden können, dass es möglich sein wird, die Restsumme des vereinbarten Kaufpreises noch zu vereinnahmen, so wie das der LEG-Chef beabsichtigt.

Diedrichs, Staatssekretär:

Das ist eine wirtschaftliche Entscheidung, eine wirtschaftliche Abwägung, die die LEG prüfen muss. Der noch ausstehende Kaufpreisanteil ist nach meinem Wissen durch eine Grundschuld gesichert und hier wird man sicherlich abwägen müssen, wie sich die weitere Entwicklung auch mit dem Eigentümer dort darstellt. Aber ich kann jetzt hier nicht für die LEG sprechen.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Es gibt eine weitere Frage aus dem Kreis der Abgeordneten durch Herrn Abgeordneten Blechschmidt, DIE LINKE.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Herr Staatssekretär, man kann ja nun nicht leugnen, dass in der Vergangenheit, was die Verkäufe von solchen Denkmalen, Schlössern, Gärten etc. pp. anbelangt, nicht unbedingt positive Erfahrungen gemacht worden sind. Halten Sie es aus den genannten Erfahrungen heraus gegebenenfalls für notwendig, dass man in Zukunft einerseits gewisse andere Kriterienkataloge erarbeiten müsste, um diese Verkäufe auch perspektivisch, ich sage mal, kulturpolitisch abzusichern oder/und bis diese entsprechenden Kriterien-

kataloge erarbeitet würden, ein Verkaufsmoratorium seitens des Landes und seitens der LEG auszusprechen für sinnhaft?

Diedrichs, Staatssekretär:

Das sehe ich nicht als sinnvoll an, zumal nach dem jetzigen Stand das Portfolio entsprechender Liegenschaften vergleichsweise gering ist.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Nachfragen aus dem Kreis der Abgeordneten und rufe auf die Anfrage des Abgeordneten Barth von der FDP-Fraktion in der Drucksache 5/5487.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, in der es um die Dienstrechtsreform in Thüringen geht.

In dieser Legislaturperiode wurde bisher nur in Teilbereichen das Dienstrecht reformiert. Nach dem Koalitionsvertrag von CDU und SPD ist eine umfassende Modernisierung des Dienstrechts vorgesehen, wodurch ein modernes und leistungsgerechtes Beamtenrecht geschaffen sowie eine länderübergreifende Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden soll.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchem Verfahrensstand befindet sich die Erarbeitung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Dienstrechtsreform?

2. Welche wesentlichen Eckpunkte (z.B. Reform des Laufbahnrechtes [Abschaffung einfacher Dienst, Durchlässigkeit], die Schaffung von Anreizen usw.) sind bei der Dienstrechtsreform vorgesehen?

3. Wie soll in Zukunft die Versorgungssicherheit, beispielsweise durch eine angemessene Einzahlung in den Thüringer Pensionsfond und/oder ein Verbot der zweckfremden Entnahme aus dem Thüringer Pensionsfond, gewährleistet werden?

4. Bis wann ist mit einer Zuleitung eines entsprechenden Gesetzentwurfs an den Landtag zu rechnen?

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Für die Landesregierung antwortet das Innenministerium, vertreten durch Herrn Staatssekretär Rieder.

Rieder, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Barth beantworte ich für die Landes-

(Staatssekretär Rieder)

regierung, indem ich die Antwort zu den Fragen 1, 2 und 4 wie folgt zusammenfasse:

Die Landesregierung hat entschieden, die Dienstrechtsreform in zwei Schritten durchzuführen. In einem ersten Schritt wurde das Thüringer Beamtenrecht im Jahre 2009 an das in Kraft getretene Beamtenstatusgesetz angepasst. Im Anschluss hieran wurde in den Jahren 2011 und 2012 bereits eine Reihe von Änderungen im Bereich des Dienstrechts vorgenommen. Genannt seien hier aus dem Bereich des Innenministeriums beispielsweise die Absenkung der Arbeitszeit, die Anhebung der Altersgrenzen und die Modernisierung des Personalvertretungsrechts. Aus dem Bereich des Finanzministeriums ist die Schaffung eines Thüringer Beamtenversorgungsgesetzes hervorzuheben. Den Schwerpunkt der in die Zuständigkeit des Innenministeriums fallenden Gesetzesvorhaben der Dienstrechtsreform bilden nunmehr die Neufassung des Thüringer Beamtengesetzes, die Erarbeitung eines Thüringer Laufbahngesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften, Urlaubsrecht beispielsweise oder Nebentätigkeitsrecht. Aufgrund des nicht unerheblichen Umfangs dieses Vorhabens hat sich das TIM entschieden, das Gesamtpaket in zwei Teile aufzuspalten; zum einen wurden die Neufassungen des Thüringer Beamtengesetzes und der Thüringer Urlaubsverordnung zusammengefasst, der zweite Teil enthält vor allem die Änderungen im Laufbahnrecht. Der erste Teil, also Beamtengesetz und Urlaubsverordnung, wurde im Oktober 2012 in die Ressortabstimmung gegeben; beteiligt wurden auch der Deutsche Gewerkschaftsbund und der TBB. Die Auswertung der Stellungnahmen ist noch nicht abgeschlossen. Parallel dazu werden gegenwärtig Änderungen im Laufbahnrecht vorbereitet. Schwerpunkte werden dabei die Regelung des Laufbahnrechts in einem Laufbahngesetz, Zusammenfassung der Laufbahnen in elf Fachrichtungen, die Reduzierung der Laufbahngruppen von vier auf drei sowie Änderungen bei der Ausgestaltung des Aufstiegs und des Laufbahnwechsels darstellen. Die Neufassungen des Thüringer Beamtengesetzes und des Thüringer Laufbahngesetzes sollen unabhängig von den im Vorfeld durchzuführenden Abstimmungen als Ganzes und damit in einem Paket im Landtag beraten werden. Mit Blick auf den derzeitigen Verfahrensstand ist eine Zuleitung an den Landtag im zweiten Halbjahr 2013 vorgesehen.

Damit bin ich angekommen bei der Frage 3, deren Antwort wie folgt lautet: Die Frage der Versorgungssicherheit in Thüringen steht in keinem Zusammenhang mit der vom Thüringer Innenministerium geplanten Dienstrechtsreform. Es wird im Übrigen darauf hingewiesen, dass ein Verbot der zweckfremden Entnahme aus dem Thüringer Pensionsfonds sowohl in § 64 Abs. 1 Satz 2 des Thüringer Besoldungsgesetzes als auch in § 5 Satz 2 des Thüringer Pensionsfondsgesetzes enthalten ist.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Ich sehe eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank. Herr Staatssekretär, zwei Schritte und dann noch einmal in zwei aufgedröselte, das ist relativ kompliziert erst mal so, aber wenn Sie sagen, dass es seit 2009 und dann 2011 und 2012 eine Reihe von Änderungen gegeben hat, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, sollte man ja davon ausgehen, dass es für die Ressorts nicht allzu überraschend kommt, da es ja auch im Koalitionsvertrag war, und wenn ich es richtig verstanden habe, läuft die Ressortabstimmung also jetzt seit einem Vierteljahr etwa. Können Sie mir denn sagen, ob es bei der Ressortabstimmung besondere Probleme gibt aus einzelnen Ressorts, denn Sie hatten zwei Ressorts erwähnt, in denen es schon vorgezogene Dinge gab, also gibt es Ressorts, in denen es da besondere Schwierigkeiten gibt?

Rieder, Staatssekretär:

Die beiden Ressorts, die ich genannt habe, waren das Innenministerium und das Finanzministerium. Wir haben noch keine Stellungnahme von allen Ressorts zu dem, was wir jetzt in die Ressortabstimmung gegeben haben. Die Gründe dafür sind mir im Einzelnen nicht bekannt.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Es gibt eine zweite Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Barth, FDP:

Danke. Können Sie mir vielleicht bestätigen, dass es angeblich ein Positionspapier aus einem Ressort gibt, in welchem abweichende Vorstellungen aufgeschrieben sind?

Rieder, Staatssekretär:

Dieses Positionspapier ist mir nicht bekannt. Ich gehe allerdings davon aus, dass die Ressorts, die ihre Stellungnahme noch nicht abgegeben haben, besonders intensiv prüfen.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Fragen und rufe auf die Anfrage der Abgeordneten Sedlacik von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5489.

Abgeordnete Sedlacik, DIE LINKE:

Entscheidungsverfahren zu Fördermitteln aus dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

(Abg. Sedlacik)

Nach der Richtlinie „Förderung von Maßnahmen zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ vom April 2011, die im April 2012 geändert wurde und deren derzeitige Fassung bis zum 30. April 2014 gilt, werden Fördermittel an Projekte und Maßnahmen vergeben, die Ziele und Inhalte dieses Landesprogramms in der dort beschriebenen Art und Weise umsetzen. In das Bewilligungsverfahren ist offensichtlich auch ein Programm- bzw. Projektbeirat einbezogen, der Einfluss auf die Auswahl der Projekte und Maßnahmen haben soll, die als förderfähig eingestuft werden bzw. denen Fördermittel bewilligt werden sollen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wer (welche ministeriellen Strukturen) entscheidet nach welchen Kriterien in welchen Verfahrensschritten über die Bewilligung von Fördermitteln zur Umsetzung des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit und welche schriftlichen bzw. mündlichen Anhörungsmöglichkeiten bzw. -rechte bestehen dabei für Antragstellerinnen und Antragsteller?
2. Wie gestaltet sich die Arbeit des Programm- bzw. Projektbeirats hinsichtlich seiner personellen Zusammensetzung und des Vorgehens bei der Auswahl der Projekte sowie der rechtlichen Verbindlichkeit seiner Auswahlentscheidung für das weitere Bewilligungsverfahren durch das Ministerium?
3. Wie viele Anträge auf Förderung von Projekten und Maßnahmen nach der oben genannten Richtlinie bzw. dem oben genannten Landesprogramm wurden im Jahr 2012 bzw. für den Förderzeitraum des Jahres 2012 abgelehnt und welche Organisationen bzw. Initiativen waren davon betroffen (falls aus datenschutzrechtlichen Gründen die Namen nicht genannt werden können, sollten zumindest der Ort des Sitzes des betroffenen Antragstellers und die inhaltliche Ausrichtung seiner Arbeit benannt werden)?
4. Welche Möglichkeiten haben von einem Ablehnungsbescheid betroffene Antragsteller, gegen die Ablehnung vorzugehen auch mit Blick auf etwaige finanzielle Aufwendungen bzw. welche Möglichkeiten hat die öffentliche Stelle, die den Bescheid erlassen hat, ihre Entscheidung abzuändern und den Ablehnungsbescheid aufzuheben?

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen Dank. Für die Landesregierung antwortet Frau Ministerin Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit.

Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Sedlacik wie folgt:

Zu Frage 1: Über die Vergabe von Fördermitteln zur Umsetzung des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit entscheiden die Ministerien bzw. die Staatskanzlei. Für das TMSFG gilt die Richtlinie „Förderungen von Maßnahmen zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ in der Fassung vom 20. April 2012. In Nummer 2 dieser Richtlinie sind die möglichen Gegenstände der Förderung benannt. Für die Förderbereiche Nummer 2.1. bis 2.3. der Richtlinie obliegt die Entscheidung der Hausleitung hinsichtlich der Förderung in Abstimmung mit der zuständigen Fachabteilung. Darüber hinaus ist für den Förderbereich 2.3. der Richtlinie das Benehmen mit dem Programmbeirat herzustellen. Über die Förderung von Projekten aus Mitteln des Interventionsfonds, das ist Nummer 2.4. der Richtlinie, entscheidet die zuständige Fachabteilung. Eine Anhörung der Antragstellerinnen und Antragsteller ist nicht vorgesehen.

Zu Frage 2: Der Programmbeirat besteht aus je einem Vertreter der evangelischen Kirche, der katholischen Kirche, der jüdischen Landesgemeinde, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Verbandes der Wirtschaft Thüringen, des Gemeinde- und Städtebundes, des Thüringischen Landkreistages, je einem Vertreter der Thüringer Staatskanzlei und der Thüringer Ministerien sowie je einem Vertreter der Bürgerbündnisse aus den vier Thüringer Planungsregionen. Das TMSFG kann maximal vier weitere Mitglieder kooptieren. Gegenwärtig sind das die Professoren Beck, Dicke und Frindte der FSU Jena und Professor Heitmeyer von der Uni Bielefeld. Die zum Stichtag eingegangenen Anträge auf Projektförderung werden bei inhaltlicher Zuständigkeit des Sozialministeriums und keinen offensichtlichen Verstößen gegen die Förderfähigkeit laut Richtlinie an die Mitglieder des Programmbeirats weitergeleitet. In der Sitzung des Programmbeirats werden die Anträge einzeln diskutiert und per Abstimmung bewertet. Das Abstimmungsverhalten der einzelnen Mitglieder wird weder einzeln begründet noch dokumentiert. Das zuständige Ministerium entscheidet im Benehmen mit dem Votum des Programmbeirats. Das Votum ist daher rechtlich nicht bindend. Das Ministerium könnte aus sachlichen Gründen von diesem Votum abweichen, etwa wenn weniger Fördermittel zur Verfügung stehen als für die befürworteten Anträge notwendig sind. Das TMSFG ist aber bei seinen Vergabeentscheidungen seit Bestehen des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit immer dem Votum des Programmbeirats gefolgt.

(Ministerin Taubert)

Zu Frage 3: Im Jahr 2012 wurden insgesamt 25 Projekte und Maßnahmen abgelehnt und gegebenenfalls der Zuständigkeit halber an andere Ministerien weitergeleitet. Davon waren insgesamt 16 Projekte und Maßnahmen für den Förderzeitraum des Jahres 2012 und insgesamt neun Projekte und Maßnahmen für den Förderzeitraum 2013. Angaben zu den geförderten Projekten können Sie auf der Homepage unseres Landesprogramms unter www.denkbunt-thueringen.de entnehmen. Die Träger, von denen Anträge abgelehnt wurden, sind aus verschiedensten Regionen. Beispielhaft nenne ich Erfurt, Gera, Jena, Ilmenau, Sondershausen, Geraberg und weitere. Auch die inhaltliche Ausrichtung der Projekte ist außerordentlich vielfältig.

Zu Frage 4: Die Gewährung von Zuwendungen erfolgt auf der Grundlage der Thüringer Landeshaushaltsordnung und den dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften. Die Behörde handelt auf der Grundlage des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht. Der Antragsteller kann gegen den Ablehnungsbescheid Klage erheben. Die Frist, die Form sowie das zuständige Verwaltungsgericht sind im Ablehnungsbescheid unter der Rechtsbehelfsbelehrung angegeben. Die Ablehnungen ergehen kostenfrei.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Ich sehe eine Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Sedlacik, DIE LINKE:

Frau Ministerin, ich kenne ein konkretes Projekt, was auf Laufzeit von drei Jahren eingereicht wurde, ein halbes Jahr die Förderung bekommen hat und dann keine mehr. Jetzt frage ich Sie, wollen Sie in Ihrem Ministerium die Nachhaltigkeit einmal geförderter Projekte sichern? Also für mich ist das ein abrupter Abbruch und keine Nachhaltigkeit. Wie sehen Sie da die Möglichkeit, das in Zukunft besser zu machen?

Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Sie wissen ja, dass es in dem Projekt, dass Sie angesprochen haben, auch im Zuwendungsbescheid des Jahres 2012 keine Regelungen gab, dass das Projekt auch über drei Jahre gefördert wird. Das heißt, es ist neu etwas eingereicht worden und der Projektbeirat hat in diesem Fall einstimmig dieses Projekt abgelehnt. Ich bin mir sicher, dass aufgrund der Vielfalt der Personen und auch deren Herkunft im Projektbeirat alle Projekte sehr sorgsam geprüft werden, ob man sie jetzt kurz, lang oder vielleicht mit zwei Jahren fördert. Aber gerade die Projekte sind ja nicht dazu angetan, dass man nun eine langfristige Förderung hat. Im Einzelfall ist das bedauerlich, dass es so gewesen ist, aber offensicht-

lich hat der Programmbeirat, dem ich selbst nicht angehöre, sich intensiv mit dem Projekt beschäftigt und ist dann zu der Erkenntnis gekommen, dass die aufeinanderfolgende Förderung dieses Projekts im Einzelfall für sie so nicht dem Inhalt der Förderrichtlinie vollumfänglich entspricht. Ich habe ja gesagt, dass eine Reihe von Projekten abgelehnt wurde. Insofern mussten natürlich auch Schwerpunkte in diesem Beirat gesetzt werden, welches Projekt man für besonders förderwürdig hält und welches Projekt man in dieser Förderung nicht mit teilhaben lässt, obwohl möglicherweise da durchaus ein guter Inhalt insgesamt und auch ein hohes Engagement des einzelnen Vereins besteht.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Es gibt eine zweite Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Sedlacik, DIE LINKE:

Mich hat schockiert, dass Betroffene, die jetzt eine Ablehnung bekommen haben, keine Möglichkeit eines Widerspruchs haben, sondern sie müssen klagen gegen das Ministerium, von dem sie sich eigentlich Hilfe erhoffen. Sehen Sie bei dieser Regelung Änderungsbedarf, weil Vereine eigentlich nicht klagen können? Denn beim Verfassungsgericht müssen sie in die Vorkosten gehen und welcher Verein kann sich das leisten. Sehen Sie da Änderungsbedarf?

Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Sedlacik, wir haben in dieser Legislaturperiode bestimmte Bereiche aus dem Widerspruchsverfahren herausgenommen, einfach auch, um Verwaltungsvereinfachung an der Stelle wirken zu lassen. Hier in dem Fall ist der Träger davon betroffen, dass er Klage einreichen kann. Die Klage ist kostenfrei, insofern, denke ich, ist auch an der Stelle zumindest die Belastung nicht so groß, wenn er das möchte. Aber wir haben uns ja schon auch persönlich zu dem Thema ausgesprochen.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Ich sehe eine weitere Frage aus den Reihen der Abgeordneten, und zwar von Frau Dr. Lukin.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich habe eine Nachfrage: Widerspricht sich das nicht, wenn auf der Seite mitgeteilt wird, dass kein Rechtsanspruch auf Förderung besteht, andererseits die Empfehlung des Klagewegs erfolgt? Damit ist ja letztlich das Verfahren schon erledigt, bevor es begonnen hat.

Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Ich sehe das nicht so, Frau Dr. Lukin. Wenn ich jetzt die Klage erwähnt habe, heißt das ja nicht, dass im Rechtsbehelf die Klageempfehlung steht, sondern es ist ein ablehnender Bescheid und es wird auf die Möglichkeit des Klageverfahrens hingewiesen. Es geht nicht darum, dass wir den Betroffenen eine Klage empfehlen. Das kann ich auch im Einzelfall nicht tun, weil ich die Situation des jeweiligen Vereins nicht sehe. In diesem ganz speziellen Fall war ja Frau Sedlacik mit dem Verein schon bei mir gewesen, wir haben darüber gesprochen. Auch da habe ich gesagt, dass ich mich persönlich da zurückhalte, weil ich aus der Behörde komme, die den ablehnenden Bescheid geschrieben hat.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch Frau Dr. Lukin.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Vielen Dank. Wird seitens des Ministeriums erwogen, bei solchen Bescheiden auf Förderung, egal ob es jetzt dieses Projekt oder ein anderes betrifft, wieder die Möglichkeit eines Widerspruchs zuzulassen, oder bleibt es nur bei der Möglichkeit, den Klageweg einzuschlagen - wird dort eventuell über eine andere Regelung in Zukunft nachgedacht?

Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Das Ministerium ist meines Wissens nicht frei in der Entscheidung, ob an der Stelle ein Widerspruchsverfahren oder ein Klageweg beschritten werden kann.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank. Die nächste Frage kommt jetzt von Herrn Abgeordneten Blechschmidt von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5490.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin.

Pannen und Unklarheiten bei Standortentscheidung für eine gemeinsame neue JVA Sachsen/Thüringen?

Aus einer Presseerklärung des Thüringer Justizministeriums vom 15. Januar 2013 ergibt sich, dass die Standortentscheidung für die neue geplante Justizvollzugsanstalt (JVA), die Thüringen und Sachsen gemeinsam errichten wollen, offensichtlich gefallen ist. Sie soll auf einem Grundstück in Zwickau-Pöhlau (Sachsen) errichtet werden. Nach Aussagen des Thüringer Justizministeriums wird

die JVA statt der ursprünglich geplanten 960 Haftplätze nur noch 740 Haftplätze zur Verfügung stellen. Aus einer Meldung des Radiosenders MDR Info vom 16. Januar 2013 lässt sich entnehmen, dass das Grundstück, auf dem die JVA nach den Beschlüssen der beiden Landesregierungen errichtet werden soll, sich derzeit (noch) in Privatbesitz befinden soll. Nach Angaben des MDR soll der derzeitige Grundstückseigentümer dem Sender gegenüber geäußert haben, mit ihm sei bisher noch nicht gesprochen worden und er fühle sich überrumpelt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwiefern entspricht es den Tatsachen, dass das zur Errichtung vorgesehene Grundstück in Zwickau-Pöhlau sich derzeit noch in Privatbesitz befindet, und welche Auswirkungen hat dies nach Kenntnis der Thüringer Landesregierung auf das weitere Vorgehen bei der Umsetzung der Bauplanungen für die gemeinsame JVA von Thüringen und Sachsen?

2. Wie gestaltet sich das Bau- und Betriebskonzept für die nun in ihrer Kapazität verkleinerte JVA im Vergleich zu den ursprünglichen Planungen, insbesondere auch mit Blick auf den Bereich des offenen Vollzugs?

3. Wie wurden bzw. werden in Zukunft Bedienstete, deren Vertretungsgremien und -organisationen sowie Fachverbände in Planung und Umsetzung des JVA-Projekts einbezogen?

4. Wie wird sich die Ausarbeitung des zum Betrieb der gemeinsamen JVA notwendigen Staatsvertrags gestalten hinsichtlich der Zeitschiene und wichtiger Inhalte wie die Klärung dienstrechtlicher Fragen?

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Für die Landesregierung antwortet Herr Justizminister Dr. Holger Poppenhäger.

Dr. Poppenhäger, Justizminister:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Blechschmidt, Ihre Mündliche Anfrage möchte ich wie folgt beantworten:

Zu Frage 1: Das zur Errichtung der gemeinsamen JVA in Zwickau-Pöhlau vorgesehene Baugrundstück besteht aus mehreren Flurstücken mit verschiedenen Eigentümern. Nach dem auf der Grundlage der landesrechtlichen Bauvorschriften erstellten baufachlichen Gutachten, das auch die Ermittlung des Verkehrswertes beinhaltet, sind die Eigentümer grundsätzlich bereit, ihre Grundstücke für den Bau der gemeinsamen JVA zu verkaufen. Erst nach der Entscheidung über den Standort, die jetzt vorliegt, und nach der entsprechenden haushaltsseitigen Ermächtigung für das Bauvorhaben kann das Grundstück dann gekauft werden. Der Freistaat Sachsen wird nunmehr hierzu auf der Grundlage

(Minister Dr. Poppenhäger)

des ermittelten Verkehrswertes die Verkaufsgespräche mit den Eigentümern führen. Das bisherige Verfahren entspricht grundsätzlich der üblichen Vorgehensweise und steht im Einklang mit den haushaltsrechtlichen und baurechtlichen Vorschriften der Länder Sachsen und Thüringen. Lassen Sie mich abschließend noch auf Folgendes hinweisen: Entgegen den Medienverlautbarungen aus der letzten Woche hat die Eigentümergesellschaft mehrerer Flurstücke für den JVA-Neubau aktuell mitteilen lassen, dass sie dem Gefängnisneubau am Standort Zwickau-Pöhlau positiv gegenüber steht sowie faire und kompetente Verkaufsverhandlungen zugesichert.

Zu Frage 2: Mit der verringerten Kapazität der neuen gemeinsamen JVA auf nunmehr 740 Haftplätze ändert sich nichts an den grundlegenden Überlegungen und den bisherigen Abstimmungen zur baulichen und vollzuglichen Gestaltung der gemeinsamen Justizvollzugsanstalt. Ausgangspunkt der beiderseitigen Überlegungen und Abstimmungen mit dem Freistaat Sachsen zu einer gemeinsamen JVA war immer und bleibt auch jetzt ein modernes Justizvollzugskonzept, um den hohen Anforderungen eines modernen, auf Resozialisierung und Wiedereingliederung der Gefangenen in die Gesellschaft abzielenden Justizvollzugs Rechnung zu tragen. Die Reduzierung der Haftplätze auf 740 soll ausschließlich die Haftplätze im geschlossenen Vollzug betreffen. Für den offenen Vollzug sind, wie bei der ursprünglichen Planung, nach wie vor 80 Haftplätze vorgesehen. Damit verbunden ist eine deutliche Verbesserung des Verhältnisses zwischen den Haftplätzen im geschlossenen Vollzug zu den Haftplätzen im offenen Vollzug.

Zu Frage 3: Bislang wurden und werden in Thüringen die Vertreter des Hauptpersonalrats im Rahmen der Monatsgespräche fortlaufend über den Stand des Vorhabens unterrichtet. Daneben wurde in vielen Gesprächsrunden, zum Beispiel Anstaltsleitertagungen, aber auch im Rahmen der in den Jahren 2011 und 2012 in allen Justizvollzugsanstalten und der Jugendstrafanstalt durchgeführten Personalversammlungen über das Neubauvorhaben informiert, zuletzt unmittelbar nach der Kabinettsentscheidung zur Standortfrage am 15. Januar 2013 in Personalversammlungen in den Justizvollzugsanstalten Gera und Hohenleuben. Diese Unterrichtungen werden auch zukünftig erfolgen. Am 14. Mai 2012 war das Neubauvorhaben auch Beratungsgegenstand eines Gesprächs von Vertretern der Landesgruppe des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands mit mir. In diesem Gespräch ging es unter anderem um die Größe der Anstalt beziehungsweise die Zahl der Haftplätze.

Zu Frage 4: Mit dem Bericht der Arbeitsgruppe über den Standort einer gemeinsamen JVA hat die Landesregierung in der Kabinettsitzung am 15. Januar 2013 auch die Entwürfe für einen Staatsvertrag, der

unter anderem die dienstrechtlichen Fragen beinhaltet, und begleitender Verwaltungsvereinbarungen zur Einrichtung einer Baukommission für die Planung und den Bau einer gemeinsamen JVA sowie zur Einrichtung einer gemeinsamen Vollzugskommission für den laufenden Betrieb zur Kenntnis genommen. Erforderlich ist aber noch die Ausarbeitung und Abstimmung einer Verwaltungsvereinbarung zur Finanzierung der gemeinsamen Justizvollzugsanstalt. Diese Vereinbarung soll voraussichtlich im I. Quartal dieses Jahres fertiggestellt werden. Im Anschluss daran wird der Landtag über den Staatsvertrag und sämtliche Verwaltungsvereinbarungen unterrichtet werden. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank. Ich sehe eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Herr Minister. Eine Frage habe ich, und zwar: Sind alle notwendigen Grundstücke bzw. natürlich deren Besitzer in dieser Grundstücksbesitzergemeinschaft beteiligt, sind die alle da drin oder gibt es Einzelbesitzer, die unabhängig von dieser Gemeinschaft tätig sind gegenüber den Landesregierungen Sachsen und Thüringen?

Dr. Poppenhäger, Justizminister:

Es gibt meines Wissens eine ganze Reihe verschiedener Besitzer der Flurstücke. Der größere Teil ist in dieser Eigentümergemeinschaft. Es gibt noch einzelne kleinere Eigentümer. Es ist aber auch so, dass zum Teil die Stadt selbst Eigentümer eines Flurstücks ist, so dass dort noch mehrere Interessen unter einen Hut gebracht werden müssen. Wir werden sehen, ob es denn umfassend gelingt. Aber nach den neuen Signalen aus Sachsen, die mir dann schriftlich zugeleitet wurden, bin ich jetzt optimistisch.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Es gibt zwei weitere Nachfragen aus den Reihen der Abgeordneten, zunächst von der Abgeordneten Sabine Berninger.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Ich hätte zwei.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Dann müssten Sie sich mit Herrn Kuschel einigen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE:
Dann ziehe ich zurück.)

Herr Kuschel zieht zurück, das ist sehr freundlich.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Herr Minister, was Sie auf die Frage 1 geantwortet haben, das klang alles sehr relaxt und als wäre das alles schon die ganze Zeit bekannt gewesen. Ist es denn wirklich so, dass die Irritationen nur durch die Medien entstanden sind, oder stimmt es schon, was dort in den Medien dargestellt wurde, dass es eben Unstimmigkeiten gab und eigentlich keine Vorabsprachen?

Meine zweite Nachfrage bezieht sich auf die dritte Frage, nämlich die Einbeziehung von Bediensteten, Vertretungen etc. Nach meiner Erinnerung wurde im Justiz- und Verfassungsausschuss berichtet, dass der Hauptpersonalrat kurz vor den Medien informiert wurde. Da möchte ich schon noch mal nachfragen, ob Sie das als tatsächliche Einbeziehung betrachten und ob es in Zukunft anders gestaltet werden soll?

Dr. Poppenhäger, Justizminister:

Ich fange mal mit der letzten Frage an, die Aussage kann ich nicht bestätigen, sondern es war so veranlasst - und das finde ich auch richtig -, dass wir folgenden Ablauf haben: Wir haben ja um 13.00 Uhr immer die Regierungsmedienkonferenz. Am selben Morgen tagt das Kabinett. Es war vereinbart, dass Mitarbeiter unseres Hauses dann vor Ort Personalversammlungen machen und so vor den Medien, die um 13.00 Uhr informiert werden, das Personal über die Kabinettsentscheidung unterrichtet wird. Vorher kann ich es ja nicht tun. Das finde ich richtig, dass wir das so gemacht haben. Die Personalräte sind schon längerfristig einbezogen. Also es haben am selben Tag um 13.00 Uhr die Pressekonferenz und um 12.00 Uhr die Personalversammlung in Hohenleuben und in Gera stattgefunden. Das finde ich richtig, das haben wir versucht, dass das Personal vor den Medien unterrichtet wird und es nicht die Entscheidung des Kabinetts aus der Zeitung erfährt, wobei natürlich die Diskussion des Projekts lange bekannt war, nur nicht, wann die endgültige Entscheidung fällt.

Zur ersten Frage, die Sie gestellt haben, kann ich auch nur auf meinen Informationsstand verweisen. Mein Informationsstand ist der, dass der zunächst sich als Eigentümer gerierende, später sich herausstellende Verwalter möglicherweise nicht gefragt worden ist; aber mittlerweile hat sich die Eigentümergemeinschaft, von der ich sprach, an den sächsischen Justizminister gewandt und gesagt, sie seien Eigentümer, der andere sei nur der Verwalter. Die Eigentümer, mit denen ist offenbar gesprochen worden vor einem Jahr, haben die Verkaufsbereitschaft signalisiert. Warum das in der Kommunikation dann bis zum Verwalter nicht vorgedrungen ist, kann ich nicht einschätzen.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank. Dann kommen wir jetzt zur nächsten Anfrage, und zwar vom Abgeordneten Dr. Augsten von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5491.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Warum kein Tempo 30 auf der Durchgangsstraße B 85 in Neckeroda?

Die Gemeinde Neckeroda (Kreis Weimarer Land) kämpft seit Jahren um eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Durchgangsstraße B 85 - das ist die Strecke Weimar-Rudolstadt - auf Tempo 30. In der Nachbargemeinde Lengefeld - ebenfalls Kreis Weimarer Land - mit dem gleichen Verkehrsaufkommen und ähnlichen Bedingungen für den Fußgänger- und Radverkehr gilt für den gesamten Bereich der Durchgangsstraße B 85 Tempo 30. Das Ordnungs- und Rechtsamt des Kreises Weimarer Land hat das Ansinnen der Gemeinde Neckeroda bisher stets abgelehnt. Begründet wird dies unter anderem damit, dass Neckeroda nach Auffassung der Behörde keinen Unfallschwerpunkt bildet, dass man der Gefahr eines „Schilderwaldes“ aus dem Weg gehen will und dass im Übrigen die „Beachtung der allgemeinen Verkehrsregeln der Straßenverkehrs-Ordnung durch die Verkehrsteilnehmer“ einzufordern sei.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kriterien müssen erfüllt sein, um eine Straße als Unfallschwerpunkt auszuweisen, und welche Konsequenzen erwachsen aus dieser Deklaration?
2. Aus welchen Gründen gilt in der Gemeinde Lengefeld auf der gesamten Durchgangsstraße B 85 Tempo 30?
3. Aus welchen Gründen wird der Nachbargemeinde Neckeroda die Ausweisung einer Tempo-30-Zone auf der Durchgangsstraße B 85 verwehrt?
4. Welche anderen Maßnahmen zur Reduzierung der Geschwindigkeit wie etwa Straßenverengungen oder Verkehrsinseln mit Straßenverschwenkung wurden im Rahmen der kürzlich erfolgten Straßenerneuerung in Neckeroda geprüft und aus welchen Gründen verworfen?

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Für die Landesregierung antwortet Frau Staatssekretärin Klaan aus dem Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr.

Klaan, Staatssekretärin:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Aug-

(Staatssekretärin Klaan)

sten beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Gefährdungsstellen werden von der Polizei anhand bundesweit einheitlicher Kriterien nach Unfallhäufungsstellen und Unfallhäufungslinien analysiert. Eine Unfallhäufungsstelle liegt vor, wenn innerhalb eines Jahres fünf gleichartige Verkehrsunfälle mit Personen- oder Sachschaden, das heißt gleicher Unfalltyp und gleiche Unfallumstände, oder fünf Unfälle mit Personenschaden in drei Jahren polizeilich registriert wurden. Eine Unfallhäufungslinie liegt vor, wenn innerhalb von drei Jahren mindestens drei Verkehrsunfälle mit schwerem Personenschaden auf einer Strecke von etwa 1.000 Metern festgestellt wurden. Werden die genannten Grenzwerte erreicht oder überschritten, erfolgt durch die Polizei eine Meldung an die örtlichen Unfallkommissionen. Aufgabe der Unfallkommission ist es, für diese auffälligen Bereiche mögliche Abhilfeschläge zu erarbeiten und deren Umsetzung zu beschließen. Diese können sowohl bauliche als auch verkehrsrechtliche Maßnahmen sein.

Zu Frage 2: Die verkehrsrechtliche Anordnung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in der Ortslage Lengefeld erfolgte durch die Straßenverkehrsbehörde des Landratsamtes Weimarer Land aufgrund nicht ausreichender Sichtweitenbeziehung zwischen der Hauptverkehrsstraße, der B 85, und den einmündenden Nebenstraßen.

Zu Frage 3: Ein Antrag auf eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h wurde von der Straßenverkehrsbehörde des Landratsamtes Weimarer Land im Rahmen der Beschilderung im Bereich der Bushaltestelle geprüft. Im Ergebnis wurde im Bereich der Bushaltestelle das Gefahrenzeichen 136 „Kinder“ mit einem Zusatzzeichen mit einer zeitlichen und räumlichen Begrenzung für Montag bis Freitag von 6.00 Uhr bis 17.00 Uhr auf 150 Meter angeordnet. Bei einer Beschilderung mit einem Gefahrenzeichen 136 „Kinder“ sind die Fahrzeugführer verpflichtet, ihren Fahrstil auf den konkreten Eintritt einer Vermutung, dass sich Kinder im Bereich der Fahrbahn aufhalten können und diese plötzlich betreten, anzupassen. Das heißt, die Fahrzeugführer müssen unabhängig von einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit ihre Fahrweise entsprechend anpassen, gegebenenfalls einen größeren Fahrzeugabstand einhalten und die Geschwindigkeit auf deutlich unter 30 km/h reduzieren. Wird ein Kind von einem Fahrzeugführer am Straßenrand wahrgenommen, muss der Fuß regelmäßig vom Gaspedal genommen werden und eine sofortige Bremsbereitschaft hergestellt werden.

Zu Frage 4: Von der Polizei konnte im Bereich der Ortsdurchfahrt Neckeroda im Zuge der B 85 kein Unfallschwerpunkt festgestellt werden. Damit fehlt es an einer Begründung für die Notwendigkeit baulicher Veränderungen an der Ortsdurchfahrt Necke-

roda. Ohne diese Begründung darf der Straßenbaulastträger keine den Verkehrsraum einschränkenden Maßnahmen ergreifen.

Lassen Sie mich abschließend noch einen aktuellen Hinweis geben. Die Straßenverkehrsbehörde des Landratsamtes Weimarer Land hat mitgeteilt, dass der Schulbus ab dem 1. Februar - wie schon früher praktiziert - beide Haltestellen im Zuge des Wendevorgangs anfahren wird und somit ein Überqueren der Fahrbahn durch die Schulkinder nicht mehr erforderlich ist.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank. Es gibt eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Staatssekretärin, vielen Dank. Also es gibt - um das den Neckerodaern auch klarzumachen - im Prinzip zwei Gründe, warum man so ein Tempo 30, was ja dann auch zu Konsequenzen führt, wenn sich ein Kraftfahrer nicht daran hält, und zwar einmal, wenn es ein Unfallschwerpunkt ist, das haben Sie definiert, und zum Zweiten, wenn es keine ausreichende Sicht aus den Nebenstraßen gibt. Sie würden also jetzt die Behauptung aufstellen wollen, das ist die Frage, dass in Neckeroda die Nebenstraßen, wahrscheinlich kennen Sie die Örtlichkeiten nicht, aber dass möglicherweise die Polizei dort eingeschätzt hat, dass die Nebenstraßen so gelegen sind, dass die Einsicht auf die Hauptstraße gewährleistet ist?

Klaan, Staatssekretärin:

Ich gehe davon aus, dass die Rahmenbedingungen, die ich aufgezeigt habe, in den jeweiligen Standorten einzeln durchgeprüft sind und dann entsprechende Empfehlungen ausgesprochen werden. Ich kenne die Situation jetzt persönlich nicht, deshalb kann ich im Moment dazu im Detail nichts sagen.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Es gibt eine weitere Nachfrage aus den Reihen der Abgeordneten durch die Abgeordnete Jennifer Schubert.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Klaan. Sie haben auf das Zusatzzeichen Nummer 136 hingewiesen. Inwiefern ist Ihnen denn bekannt, dass dann die Einhaltung der entsprechenden Geschwindigkeit auch kontrolliert wird, denn nur aufgrund des Zeichens tut sich erst mal nicht viel?

Klaan, Staatssekretärin:

Das ist immer die Frage, wie wirksam ist Beschilderung. Die Diskussion haben wir an mehreren Stellen, aber ich denke, der ordnungsbehördliche Ansatz an dieser Stelle ist von der Vollzugsebene her relativ klar. Ich gehe davon aus, dass wir nicht darüber die Debatte führen sollen, was tun wir, wenn sich niemand mehr an die Vorschriften hält, sondern durch begleitende Prüfungen, also auch polizeibegleitende Prüfungen auf Einhaltung der Beschilderung und entsprechenden Anordnung wird es an der einen oder anderen Stelle ankommen und diese werden gelegentlich auch durchgeführt.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch Abgeordnete Jennifer Schubert.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sie haben darauf hingewiesen, dass, wenn man feststellt, man hat einen Unfallschwerpunkt, entsprechende Maßnahmen getroffen werden können ohne Vorliegen anderer Kriterien, eben nur dann. Für wie sachgerecht halten Sie diese Praxis, dass erst ein Unfall passiert sein muss, anstelle des Vorsorgeprinzips in zum Beispiel solchen Ortsdurchfahrten?

Klaan, Staatssekretärin:

Wir haben an mehreren Stellen die Diskussion, wann sind ordnungspolitische Maßnahmen erforderlich und wann nicht. Da wird immer die Debatte geführt, Stichwort Schilderwald, wie viele Schilderwälder brauchen wir in Deutschland, um der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gerechte Situation zu erreichen. Ich finde, es gibt eine ganz klare Regelung dazu, wo wir klare Situationen in Verkehrsführung haben und wo wir in der Nachsteuerung bestimmte Kriterien zugrunde legen sollten. Eine Diskussion zu führen, es muss immer ein Unfall passieren, bevor wir ordnungsbehördlich tätig werden, das ist einfach die falsche Diskussion an der Stelle. Aber ich denke schon, dass wir bei einer Unfallhäufung einfach auch eine Häufung definieren müssen und nicht bei jedem Unfall, ob das unabhängig davon nur ein Fahrzeugschaden ist, dann schon von einer Unfallhäufung in jedem Fall reden sollten. Insofern bin ich jemand, der sagt, es muss eine Definition dahinter geben, wie gesagt, die haben wir auch.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Es gibt eine zweite Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Staatssekretärin, Stichwort Schilderwald. Kennen Sie sowohl die Kosten als auch die Größen von Sonderzeichen gegenüber dem kleinen Tempo-30-Schild, das man aufstellen könnte? Weil Sie so gucken, das Sonderzeichen ist ziemlich groß und wahrscheinlich auch viel teurer, wie ich gehört habe, als ein Tempo-30-Schild.

Klaan, Staatssekretärin:

Nein, wir überprüfen natürlich die Notwendigkeit der Schilderanordnung bzw. die Verkehrsbehörden prüfen im Einzelfall die Anordnung eines jeden Schildes, egal wie groß die Schilder sind. Ich komme aus der Kommunalpolitik und ich kann Ihnen sagen, wir haben da sehr intensive Debatten geführt, an welchen Stellen ist eine Anordnung erforderlich, gerade auch aus Folgekostengesichtspunkten, weil wir auch auf kommunaler Ebene inzwischen Vandalismus beobachten, gerade in dem Absichern der Schilder in der Standsicherheit, ich sage mal, wo wir auch daraus bestimmte Folgekosten ableiten können. Ich kann Ihnen aber auf die Frage „Gibt es einen Kostenvergleich zu der einen Art der Beschilderung oder der anderen“ heute keine Zahl vorlegen.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank. Dann kommen wir jetzt zur nächsten Anfrage. Das ist die Anfrage der Abgeordneten Rothe-Beinlich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5492. Sie wird vorgetragen durch die Abgeordnete Anja Siegesmund.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Drohende Überstellung einer Roma-Familie im Rahmen von Dublin II nach Belgien

Durch einen Beitrag der Ostthüringer Zeitung wurde öffentlich bekannt, dass einer Roma-Familie aus dem Kosovo, die derzeit in Gera lebt, entsprechend der Dublin-II-Verordnung die Überstellung zum Zwecke des Asylverfahrens nach Belgien droht. Das Thüringer Innenministerium hat im Dezember 2012 die zuständigen Stellen des Landes angewiesen, die Rückführung besonders schutzbedürftiger Personen, die den Minderheitengruppen der Roma, Ashkali und Ägypterinnen und Ägypter angehören, bis einschließlich 31. März 2013 nicht durchzuführen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit ist der sogenannte Thüringer Abschiebestopp auch auf die Flüchtlinge, welche aus einem

(Abg. Siegesmund)

sicheren EU-Mitgliedsstaat nach Deutschland gekommen sind, anzuwenden?

2. Wie ist der aktuelle asylrechtliche Stand im Falle der betroffenen Familie?

3. Inwieweit erwägt der Freistaat, den sogenannten Wintererlass bzw. Winterabschiebestopp auch auf Betroffene von Überstellungen im Rahmen der Dublin-II-Verordnung auszuweiten, und wie begründet sie ihre Haltung dazu?

4. Wie definiert der Freistaat das besondere Schutzinteresse der Minderheitenangehörigen von Roma, Ashkali und Ägypterinnen und Ägyptern und wer fällt unter die Personengruppe der besonders schutzbedürftigen Personen und warum?

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Für die Landesregierung antwortet das Innenministerium, vertreten durch Herrn Staatssekretär Rieder.

Rieder, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Rothe-Beinlich, vorgebracht von der Abgeordneten Siegesmund, beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Der angesprochene Erlass des Thüringer Innenministeriums findet auf Flüchtlinge, die aus einem sicheren EU-Mitgliedsstaat nach Deutschland gekommen sind, keine Anwendung.

Zu Frage 2: Die Asylanträge der Familie wurden als unzulässig abgelehnt und ihre Abschiebung nach Belgien angeordnet. Aufgrund vorliegender Abschiebungshindernisse wurde die für den 16. Januar 2013 vorgesehene Überstellung der Familie nach Belgien storniert.

Zu Frage 3: Die Landesregierung beabsichtigt nicht, den angesprochenen Erlass auf Asylbewerber anzuwenden, die im Rahmen der Dublin-II-Verordnung überstellt werden sollen. Für diese Personen ist der Staat zuständig, in dem sie zunächst einen Asylantrag gestellt haben oder über den sie nach Deutschland eingereist sind. Die betroffenen Personen haben die Möglichkeit, in den EU-Ländern, in die sie überstellt werden, ein ordnungsgemäßes Asylverfahren mit entsprechenden Rechtsschutzmöglichkeiten vor den zuständigen Gerichten zu durchlaufen.

Zu Frage 4: Maßgeblich für die Entscheidung, Angehörige der Roma, Ashkali und von Ägyptern von der Balkanhalbinsel bis Ende März dieses Jahres nicht in ihr Heimatland zurückzuführen, waren und sind humanitäre Erwägungen. Eine Abschiebung im Winter würde insbesondere für Familien und Allein-

erziehende mit minderjährigen Kindern, Alten und Kranken zu besonderen Härten führen.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Herr Rieder. Es gibt eine Nachfrage durch die Abgeordnete Sabine Berninger.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Es hatte bereits im Dezember einen ähnlichen Fall gegeben, der vierjährige Elvis, der zurzeit in Jena lebt, sollte nach Frankreich rücküberstellt werden. Diese Rücküberstellung wurde storniert und der Innenminister hat zugesichert, dass die Familie bis 31. März hierbleiben kann. Ich möchte fragen: Aus welchen Gründen wurde sowohl die Familie, die derzeit in Jena lebt, im Dezember als auch jetzt der Fall dieser Familie storniert?

Rieder, Staatssekretär:

In dem Fall, der hier in der Mündlichen Anfrage angesprochen wurde, wurde die Rückführung storniert, weil eine Person nicht reisefähig war. Zu dem anderen Fall muss ich Ihnen die Antwort nachreichen. Ich könnte zwar jetzt meine Unterlagen durchschauen, aber das würde doch einige Minuten in Anspruch nehmen.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Es gibt eine zweite Nachfrage durch die Abgeordnete Sabine Berninger.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Diese Rücküberstellung in sogenannte sichere Drittstaaten kann ja für die Familien bedeuten, wenn es in diesen sogenannten rechtssicheren Drittstaaten keinen Wintererlass gibt, dass das sozusagen für diese Betroffenen die Umgehung des Thüringer Wintererlasses durch die Hintertür ist und die einfach Pech gehabt haben. Erwägt die Landesregierung, diesen Überlegungen zu folgen und generell von Rücküberstellungen bis zum 31. März abzusehen?

Rieder, Staatssekretär:

Ich finde, man kann bei Ländern wie Belgien und Frankreich nicht von sogenannten sicheren Ländern sprechen.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE:
Das kann ich machen, Herr Rieder.)

Wenn ich meinen Freunden in Belgien erzählen würde, was jetzt Ihrer Frage als Annahme zugrunde liegt, dann wären Sie entsetzt. Im Übrigen muss man die Gründe sehen, die jetzt Grundlage waren für den Wintererlass. Das ist die besondere Woh-

(Staatssekretär Rieder)

nungssituation im Kosovo. Deswegen gibt es keinen Grund, den Wintererlass auf Länder wie Frankreich, Belgien, die Niederlande usw. auszudehnen.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Ich komme jetzt zur Anfrage der Abgeordneten Franka Hitzing von der FDP-Fraktion in der Drucksache 5/5494.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Vielen Dank.

Richtlinie zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung

Die Richtlinie zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung wurde im Staatsanzeiger Nr. 17/2011 vom 26. April 2011 verkündet und ist am 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Die Gemeinde Göllnitz hat im Mai 2012 einen Antrag zur Förderung der dezentralen Versorgung mit erneuerbaren Energien mittels Nahwärmeleistungen gestellt. Mit Schreiben vom 27. September 2012 wurde der Gemeinde mitgeteilt, dass dem Antrag nicht entsprochen werden kann, da dafür keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stehen. Außerdem sei vorgesehen, die Bearbeitung des Vorgangs nach Bereitstellung der Mittel selbstständig wieder aufzunehmen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Mittel wurden/werden in den Haushaltsjahren 2011 bis 2013 für die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung bereitgestellt?
2. Wie viele Anträge wurden in den einzelnen Jahren genehmigt?
3. In welcher Höhe wurden die Mittel in den einzelnen Jahren bisher abgerufen?
4. Wann ist mit einer Entscheidung über die Einordnung des Antrags der Gemeinde Göllnitz in das laufende Haushaltsjahr zu rechnen?

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Für die Landesregierung antwortet der Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz, Herr Reinholz.

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Hitzing beantworte ich an ihrem Geburtstagsabend für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Richtlinie zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung umfasst die Förder-

bereiche Dorferneuerung, Flurneuordnung, ländlicher Wegebau, Nahwärme- oder Biogasleitungen, LEADER und natürlich Kooperation und Umnutzung. Folgende Fördermittel wurden in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 für die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung insgesamt bereitgestellt: im Jahr 2011 50,7 Mio. €, im Jahr 2012 46,7 Mio. €. Im Entwurf des Haushaltsplanes bzw. des heute beschlossenen Haushaltsplanes für 2013 sind für die integrierte ländliche Entwicklung insgesamt 42,5 Mio. € etatisiert.

Zu Frage 2: Für die Versorgung mit erneuerbaren Energien, also Nahwärme- oder Biogasleitungen, wurden folgende Anträge genehmigt: 2008 - 1, 2009 - 4, 2010 - 9, 2011 - 6, 2012 - 2.

Zu Frage 3: Für die Versorgung mit erneuerbaren Energien, also auch wieder Nahwärme- oder Biogasleitungen, wurden in folgender Höhe Fördermittel abgerufen: 2008, ich runde die Cent - 197.000 €, im Jahr 2009 - 432.485 €, im Jahr 2010 - 374.665 €, im Jahr 2011 - 1.087.292 € und im Jahr 2012 - 241.681 €.

Zu Frage 4: Die Einordnung des Antrags der Gemeinde Göllnitz in das laufende Haushaltsjahr kann natürlich erst nach Zuweisung der Haushaltsmittel - ich hoffe, dass das jetzt zeitnah erfolgt - auch erfolgen. Der Antrag soll dann prioritär bedient werden.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank. Es gibt eine Nachfrage aus den Reihen der Abgeordneten durch Abgeordneten Bergner.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin, vielen Dank, Herr Minister. Wie kann man denn den Begriff „zeitnah“ in diesem Zusammenhang etwas mehr eingrenzen, mit welcher Größenordnung - ich rede jetzt einmal von Wochen, nicht von Tagen - kann denn eine Gemeinde bei so einem Antrag rechnen?

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Na ja, ich weiß natürlich auch nicht, wann der Kollege Voß jetzt die Mittel freigibt. Das ist der entscheidende Punkt. Die Anträge liegen ja vor, sind auch vorbereitet und vorbearbeitet. Ich gehe davon aus, dass man dann, ich sage mal, wenn die Mittel vorliegen, sechs bis acht Wochen später die Zuweisung auch machen kann.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Es gibt keine weitere Nachfrage. Vielen herzlichen Dank. Dann kommen wir zur nächsten Anfrage durch den Abgeordneten Adams von der Fraktion

(Vizepräsidentin Rothe-Beinlich)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und zwar in der Drucksache 5/5500.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Fränkischer Heimatschutz

Mitte der 1990er-Jahre wurde der „Fränkische Heimatschutz“ von einem der damals in Thüringen aktivsten Neonazis und V-Mann des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, Tino Brandt, mit aufgebaut und auch geführt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse zu Aktivitäten in Thüringen durch Mitglieder des „Fränkischen Heimatschutzes“ liegen vor?
2. Werden der rechtsradikalen Szene zuordenbare Vereinigungen in Thüringen durch den „Fränkischen Heimatschutz“ unterstützt? Wenn ja, wie und welche?
3. Gibt es Erkenntnisse über gemeinsame Aktionen von Mitgliedern des „Fränkischen Heimatschutzes“ und Thüringer Neonazis?
4. Stehen das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz und das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz zum Informationsaustausch über den „Fränkischen Heimatschutz“ im Kontakt?

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank. Für die Landesregierung antwortet Herr Staatssekretär Rieder aus dem Innenministerium.

Rieder, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, im Namen der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Adams wie folgt:

Zu Frage 1: Am 10. November 2012 beteiligten sich Angehörige des sogenannten Fränkischen Heimatschutzes in Hildburghausen an einer rechtsextremistischen Demonstration sogenannter Freien Kräfte und der Wählergemeinschaft „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ unter dem Motto, ich zitiere wörtlich: „Wir wollen leben - Zukunft statt EU-Wahn!“ Darüber hinaus beteiligten sich in der Vergangenheit wiederholt Personen aus Bayern an rechtsextremistischen Aktivitäten in Südthüringen. Es kann angenommen werden, dass sich darunter auch Angehörige des sogenannten Fränkischen Heimatschutzes befanden.

Zu Frage 2: Der „Fränkische Heimatschutz“ verweist auf seiner Homepage auf die Seiten des rechtsextremistischen Wählerbündnisses „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ und des von den „Freien

Kräften“ betriebenen Infoportals Suhl/Zella-Mehlis. Das „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ hat auf seiner Internetseite ebenfalls einen Link zum „Fränkischen Heimatschutz“ eingestellt. Hinweise zu weiteren Vernetzungsbestrebungen liegen bislang nicht vor.

Zu Frage 3: Es gibt bisher keine Anhaltspunkte dafür, dass Verbindungen zwischen rechtsextremistischen Gruppierungen in Thüringen und Nordbayern über Internetverweise und sporadische wechselseitige Teilnahmen an Aktivitäten hinausgehen. Im Übrigen verweise ich auf die Antwort zu den Fragen 1 und 2.

Zu Frage 4: Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz tauscht mit den anderen Verfassungsschutzämtern sowohl anlassbezogen, beispielsweise bei länderübergreifenden Aktivitäten von Extremisten, als auch im Rahmen der Zusammenarbeit im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum regelmäßig mündliche und schriftliche Informationen aus. Dies schließt, sofern erforderlich, auch den Austausch relevanter Informationen zu Aktivitäten des „Fränkischen Heimatschutzes“ einschließlich seines Personenumfeldes mit dem Landesamt für Verfassungsschutz in Bayern ein.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen Dank. Es gibt eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Staatssekretär, der „Fränkische Heimatschutz“ bezeichnet sich selbst als Internetplattform, als reine Informationsplattform. Bezogen darauf, dass Sie ausgeführt haben unter 1, dass es eine Unterstützung bei Demonstrationen gab: Geht die Landesregierung auch davon aus, dass es nur eine Informationsplattform oder dass es ein Zusammenschluss ist, der selbst aus sich heraus aktiv wird?

Rieder, Staatssekretär:

Nach unseren Erkenntnissen handelt es sich um eine kleine Personengruppe, also wenige Personen, die, so hat es den Anschein, überwiegend übers Internet tätig sind, aber zum Teil, Sie haben es eben gehört, auch an Demonstrationen teilnehmen. Eine Demonstration ist die Demonstration/Kundgebung vom 10. November 2012.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Gibt es weitere Nachfragen? Das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich herzlich und rufe die letzte Anfrage für heute auf, die Anfrage des Abgeordne-

(Vizepräsidentin Rothe-Beinlich)

ten Bergner von der FDP-Fraktion in der Drucksache 5/5507.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank.

Neuer JVA-Standort Zwickau-Pöhlau - also heute haben sich zwei Anfragen etwas überschritten.

Nach Medienberichten - MDR-Meldung 16. Januar 2013 - gehört das Grundstück, auf dem die neue Justizvollzugsanstalt gebaut werden soll, Privateigentümern. Verhandlungen über den Verkauf sollen nach Angaben des MDR noch nicht stattgefunden haben. Nach der Pressemitteilung des Thüringer Justizministeriums vom 15. Januar 2013 seien die größten Hindernisse für den Bau der neuen JVA beseitigt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wurden vor der Standortentscheidung seitens der Thüringer Landesregierung Angaben zu den Eigentumsverhältnissen der Grundstücke geprüft? Falls ja, wie sowie mit welchem Ergebnis erfolgte die Prüfung welcher Angaben und fand eine abschließende Kontrolle durch das Thüringer Justizministerium statt? Falls nein, warum nicht?
2. Welche Gewichtung hatten bei der Standortentscheidung die Eigentumsverhältnisse der Grundstücke?
3. Erfordert aus der Sicht der Thüringer Landesregierung eine abschließende Standortentscheidung, dass zuvor rechtsverbindlich geklärt ist, ob und zu welchen Konditionen die betreffenden Grundstücke erworben werden können? Wie begründet die Landesregierung ihre Auffassung?

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Für die Landesregierung antwortet Justizminister Poppenhäger.

Dr. Poppenhäger, Justizminister:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Abgeordneter Bergner, Ihre Frage möchte ich wie folgt beantworten:

Zu Frage 1: Wie bereits vorhin in der Plenarsitzung in der Beantwortung der Mündlichen Anfrage des Abgeordneten Blechschmidt dargelegt, erfolgte die Standortbewertung und -entscheidung auf Grundlage von baufachlichen Gutachten, die gemäß der jeweiligen landesrechtlichen Bauvorschriften, für Thüringen die RLBAu Thüringen und für Sachsen die RLBAu Sachsen, die im Abschnitt K1 im Wesentlichen identisch sind, erstellt wurden. Die sogenannten K1-Gutachten beinhalten unter anderem auch die Prüfung grundbuchlicher Eintragungen, wie z.B. Eigentümer, dingliche Belastungen, Bau-/Nutzungsbeschränkungen, Wertermittlung. Entsprechende

Grundbuchauszüge sind Bestandteil der Gutachten. Die kompletten Gutachten für die zwei Thüringer als auch für die zwei sächsischen Standorte liegen dem Thüringer Justizministerium als auch dem Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr vor. Laut dem erstellten baufachlichen Gutachten für den Standort Zwickau-Pöhlau sind die Eigentümer bereit, ihre Grundstücke für den Bau der gemeinsamen Justizvollzugsanstalt zu verkaufen.

Zu Frage 2: Zunächst darf ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass für die Bewertung der Grundstücke im Rahmen einer Nutzwertanalyse insgesamt 14 Bewertungskriterien mit unterschiedlicher Gewichtung zugrunde lagen. Die Spanne der Gewichtung von 14 Kriterien reicht von der niedrigsten Gewichtung mit 0,5 Prozent bis zur höchsten Gewichtung mit 13,2 Prozent. Das Kriterium Eigentumsverhältnisse hatte mit einem Gewichtungsfaktor von 10,4 Prozent die zweithöchste Gewichtung.

Zu Frage 3: Die erforderlichen Verkehrswertgutachten und die Erklärung der Verkaufsbereitschaft der Eigentümer sind rechtzeitig vor der abschließenden Standortentscheidung eingeholt worden und bilden die Grundlage für die sich anschließenden Verkaufsverhandlungen. Diese Verfahrensweise entspricht den baurechtlichen Vorgaben der RLBAu und begegnet auch keinen haushaltsrechtlichen Bedenken. Die Notwendigkeit für eine vorherige rechtsverbindliche Absprache der Kaufkonditionen mit den Eigentümern aller betreffenden Grundstücke wird nicht gesehen und wäre auch in einem angemessenen vertretbaren Zeitraum nicht möglich gewesen. In diesem Zusammenhang ist auf den Erwerb der Grundstücke für die neue Jugendstrafanstalt Arnstadt hinzuweisen. Grundlage der Kaufpreisfindung war seinerzeit ein Gutachten über den Verkehrswert des Standorts. Letztlich konnte das Land Thüringen dann alle Grundstücke, soweit nicht Austauschflächen als Gegenleistungen des Landes vereinbart wurden, zum Verkehrswert erwerben. Die Thüringer Landesregierung geht davon aus, dass ein Erwerb des Grundstücks auf der Grundlage des ermittelten Verkehrswertes zu einem fairen Preis möglich ist. Ich hatte bereits auf die Medienverlautbarung aus der letzten Woche hingewiesen. Mittlerweile hat die Eigentümergesellschaft mehrerer Parzellen dieses Grundstücks aktuell mitteilen lassen, dass sie dem Gefängnisneubau am Standort Zwickau-Pöhlau positiv gegenüberstehe sowie faire und kompetente Verkaufsverhandlungen zusichert. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Es gibt eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin, vielen Dank, Herr Minister. Ich gebe zu, das hat mich jetzt gerade etwas verwirrt und ich will erläutern, warum. Ich kenne es aus meiner eigenen planerischen Praxis, dass beispielsweise beim Bau einer Straße, wenn ich absehen kann, dass ich fremde Grundstücke in Anspruch nehmen muss, einen entsprechenden Plan meinem Bauherrn zur Verfügung stelle, wo er das sehen kann. Dann werden Bauerlaubnisverträge abgeschlossen, in denen genau dargelegt ist, welche Grundstücke sind betroffen und zu welchen Konditionen werden die gegebenenfalls gekauft. Sie haben jetzt gesagt, dass rechtzeitig vor der Kabinettsentscheidung die Zustimmung der Grundstückseigentümer vorgelegen habe, aber nicht aller. Insofern verwirrt mich das. Wenn Sie da ein bisschen Aufklärung reinbringen könnten. Habe ich es richtig verstanden, dass über die Konditionen vorher nicht verhandelt worden ist?

Dr. Poppenhäger, Justizminister:

Ich habe vorgetragen, dass die Möglichkeit des Zugriffs und des Kaufs der Grundstücke Teil der Gutachten war, die dem Ministerium vorliegen. Wo ich noch einmal darauf hinweisen will, da bitte ich um Verständnis, wir hatten ja insgesamt, ich glaube, acht Bewerber auf Thüringer Seite und vier auf sächsischer Seite, so dass natürlich jedes Land zuvörderst für die in seinem eigenen Gebiet liegenden Grundstücke die Begutachtung vorgenommen hat. Insofern kann ich zu Details des Gutachtens, das die Sachsen dort vor Ort erstellt haben, jetzt nichts sagen.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank. Es gibt keine weiteren ... Doch, es gibt eine weitere Nachfrage vom Fragesteller.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Herr Minister. Der letzte Satz hat mich doch wieder auch etwas verwirrt. Ist es denn nicht

so, dass bei einer Investition in der Größenordnung, wenn man auf einen fremden Vertragspartner angewiesen ist, es die Sorgfaltspflicht im eigenen Hause erfordern würde, genau zu prüfen, was einem die anderen vorlegen?

Dr. Poppenhäger, Justizminister:

Sehr verehrter Herr Bergner, ich habe nicht gesagt, dass meine Mitarbeiter das nicht geprüft haben. Ich habe nur gesagt, dass ich Ihnen jetzt zu Details der sächsischen Gutachten, die zur baufachlichen Prüfung ihrer im Wettbewerb stehenden Grundstücke erstellt wurden, nichts sagen konnte.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank. Es liegt jetzt in der Tat keine weitere Nachfrage vor. Ich bedanke mich bei den aufmerksamen Abgeordneten hier im Thüringer Landtag, schließe diesen Tagesordnungspunkt und freue mich auf die nächsten Plenarsitzungen am 14. und 15. Februar 2013.

Ich soll jetzt wirklich lobend alle Namen erwähnen, die noch hier sind. Dann danke ich natürlich ganz herzlich zunächst dem Minister Poppenhäger, der hier immer noch ausharrt, dem Herrn Bergner, dem Herrn Wetzel, dem Herrn Scherer, der Frau Mühlbauer, dem Herrn Dr. Augsten, dem Herrn Kummer, der Frau Berninger, dem Herrn Blechschmidt, der Frau Renner, dem Herrn Kuschel, meiner geschätzten Kollegin König und dem Herrn Kellner. Vielen Dank auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bis jetzt ausgeharrt haben. Ich schließe die Sitzung.

(Beifall CDU)

Ende: 18.55 Uhr

Anlage 1**Namentliche Abstimmung in der 109. Sitzung
am 25.01.2013 zum Tagesordnungspunkt 1 a****Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/5059 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/5524 -

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	49. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	ja
2. Augsten, Dr. Frank (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	50. Lehmann, Annette (CDU)	nein
3. Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)	ja	51. Lemb, Wolfgang (SPD)	nein
4. Barth, Uwe (FDP)	nein	52. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	ja
5. Baumann, Rolf (SPD)	nein	53. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
6. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	54. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	ja
7. Bergner, Dirk (FDP)	nein	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
8. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	ja	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
9. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	ja	57. Meißner, Beate (CDU)	nein
10. Carius, Christian (CDU)	nein	58. Metz, Peter (SPD)	nein
11. Diezel, Birgit (CDU)	nein	59. Meyer, Carsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	nein	60. Möller, Dirk (DIE LINKE)	ja
13. Doht, Sabine (SPD)	nein	61. Mohring, Mike (CDU)	nein
14. Eckardt, David-Christian (SPD)	nein	62. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
15. Emde, Volker (CDU)	nein	63. Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	64. Pelke, Birgit (SPD)	nein
17. Gentzel, Heiko (SPD)		65. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
18. Grob, Manfred (CDU)	nein	66. Primas, Egon (CDU)	nein
19. Groß, Evelin (CDU)	nein	67. Ramelow, Bodo (DIE LINKE)	ja
20. Günther, Gerhard (CDU)	nein	68. Recknagel, Lutz (FDP)	
21. Gumprecht, Christian (CDU)		69. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
22. Hartung, Dr. Thomas (SPD)	nein	70. Renner, Martina (DIE LINKE)	
23. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	ja	71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
24. Hellmann, Manfred (DIE LINKE)		72. Scherer, Manfred (CDU)	nein
25. Hennig, Susanne (DIE LINKE)	ja	73. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	ja
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	74. Schröter, Fritz (CDU)	nein
27. Heym, Michael (CDU)	nein	75. Schubert, Jennifer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
28. Hitzing, Franka (FDP)	nein	76. Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	ja
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	77. Siegesmund, Anja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
30. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	78. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	ja
31. Holzapfel, Elke (CDU)	nein	79. Stange, Karola (DIE LINKE)	ja
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	ja	80. Tasch, Christina (CDU)	nein
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	ja	81. Taubert, Heike (SPD)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)		82. Untermann, Heinz (FDP)	nein
35. Kanis, Regine (SPD)	nein	83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	nein
36. Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)	ja	84. Walsmann, Marion (CDU)	nein
37. Kellner, Jörg (CDU)	nein	85. Weber, Frank (SPD)	nein
38. Kemmerich, Thomas L. (FDP)	nein	86. Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
39. Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)	ja	87. Worm, Henry (CDU)	nein
40. König, Katharina (DIE LINKE)	ja	88. Wucherpennig, Gerold (CDU)	nein
41. Koppe, Marian (FDP)	nein		
42. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	ja		
43. Kowalleck, Maik (CDU)	nein		
44. Krauß, Horst (CDU)	nein		
45. Krone, Klaus von der (CDU)			
46. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	ja		
47. Künast, Dagmar (SPD)	nein		
48. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	ja		

Anlage 2**Namentliche Abstimmung in der 109. Sitzung
am 25.01.2013 zum Tagesordnungspunkt 1 a****Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/5059 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 5/5562 -

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung	48. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	ja
2. Augsten, Dr. Frank (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung	49. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	ja
3. Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)	ja	50. Lehmann, Annette (CDU)	nein
4. Barth, Uwe (FDP)	nein	51. Lemb, Wolfgang (SPD)	nein
5. Baumann, Rolf (SPD)	nein	52. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	ja
6. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	53. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
7. Bergner, Dirk (FDP)	nein	54. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	ja
8. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	ja	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
9. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	ja	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
10. Carius, Christian (CDU)	nein	57. Meißner, Beate (CDU)	nein
11. Diezel, Birgit (CDU)	nein	58. Metz, Peter (SPD)	nein
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	nein	59. Meyer, Carsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
13. Doht, Sabine (SPD)	nein	60. Möller, Dirk (DIE LINKE)	ja
14. Eckardt, David-Christian (SPD)	nein	61. Mohring, Mike (CDU)	nein
15. Emde, Volker (CDU)	nein	62. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	63. Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	
17. Gentzel, Heiko (SPD)		64. Pelke, Birgit (SPD)	nein
18. Grob, Manfred (CDU)	nein	65. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
19. Groß, Evelin (CDU)	nein	66. Primas, Egon (CDU)	nein
20. Günther, Gerhard (CDU)	nein	67. Ramelow, Bodo (DIE LINKE)	ja
21. Gumprecht, Christian (CDU)		68. Recknagel, Lutz (FDP)	
22. Hartung, Dr. Thomas (SPD)	nein	69. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
23. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	ja	70. Renner, Martina (DIE LINKE)	ja
24. Hellmann, Manfred (DIE LINKE)		71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
25. Hennig, Susanne (DIE LINKE)	ja	72. Scherer, Manfred (CDU)	nein
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	73. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	ja
27. Heym, Michael (CDU)	nein	74. Schröter, Fritz (CDU)	nein
28. Hitzing, Franka (FDP)	nein	75. Schubert, Jennifer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	76. Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	ja
30. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	77. Siegesmund, Anja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
31. Holzapfel, Elke (CDU)	nein	78. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	ja
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	ja	79. Stange, Karola (DIE LINKE)	ja
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	ja	80. Tasch, Christina (CDU)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)		81. Taubert, Heike (SPD)	nein
35. Kanis, Regine (SPD)	nein	82. Untermann, Heinz (FDP)	nein
36. Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)	ja	83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	nein
37. Kellner, Jörg (CDU)	nein	84. Walsmann, Marion (CDU)	nein
38. Kemmerich, Thomas L. (FDP)	nein	85. Weber, Frank (SPD)	nein
39. Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)	ja	86. Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
40. König, Katharina (DIE LINKE)	ja	87. Worm, Henry (CDU)	nein
41. Koppe, Marian (FDP)	nein	88. Wucherpennig, Gerold (CDU)	nein
42. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	ja		
43. Kowalleck, Maik (CDU)	nein		
44. Krauß, Horst (CDU)	nein		
45. Krone, Klaus von der (CDU)			
46. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	ja		
47. Künast, Dagmar (SPD)	nein		

Anlage 3

Namentliche Abstimmung in der 109. Sitzung
am 25.01.2013 zum Tagesordnungspunkt 1 a

Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/5059 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 5/5567 -

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein	48. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	ja
2. Augsten, Dr. Frank (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein	49. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	ja
3. Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)	ja	50. Lehmann, Annette (CDU)	nein
4. Barth, Uwe (FDP)	Enthaltung	51. Lemb, Wolfgang (SPD)	nein
5. Baumann, Rolf (SPD)	nein	52. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	ja
6. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	53. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
7. Bergner, Dirk (FDP)	Enthaltung	54. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	ja
8. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	ja	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
9. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	ja	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
10. Carius, Christian (CDU)	nein	57. Meißner, Beate (CDU)	nein
11. Diezel, Birgit (CDU)	nein	58. Metz, Peter (SPD)	nein
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	nein	59. Meyer, Carsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
13. Doht, Sabine (SPD)	nein	60. Möller, Dirk (DIE LINKE)	ja
14. Eckardt, David-Christian (SPD)	nein	61. Mohring, Mike (CDU)	nein
15. Emde, Volker (CDU)	nein	62. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	63. Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	
17. Gentzel, Heiko (SPD)		64. Pelke, Birgit (SPD)	nein
18. Grob, Manfred (CDU)	nein	65. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
19. Groß, Evelin (CDU)	nein	66. Primas, Egon (CDU)	nein
20. Günther, Gerhard (CDU)	nein	67. Ramelow, Bodo (DIE LINKE)	ja
21. Gumprecht, Christian (CDU)		68. Recknagel, Lutz (FDP)	
22. Hartung, Dr. Thomas (SPD)	nein	69. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
23. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	ja	70. Renner, Martina (DIE LINKE)	ja
24. Hellmann, Manfred (DIE LINKE)		71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
25. Hennig, Susanne (DIE LINKE)	ja	72. Scherer, Manfred (CDU)	nein
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	73. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	ja
27. Heym, Michael (CDU)	nein	74. Schröter, Fritz (CDU)	nein
28. Hitzing, Franka (FDP)	Enthaltung	75. Schubert, Jennifer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	76. Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	ja
30. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	77. Siegesmund, Anja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
31. Holzapfel, Elke (CDU)	nein	78. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	ja
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	ja	79. Stange, Karola (DIE LINKE)	ja
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	ja	80. Tasch, Christina (CDU)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)		81. Taubert, Heike (SPD)	nein
35. Kanis, Regine (SPD)	nein	82. Untermann, Heinz (FDP)	Enthaltung
36. Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)	ja	83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	nein
37. Kellner, Jörg (CDU)	nein	84. Walsmann, Marion (CDU)	nein
38. Kemmerich, Thomas L. (FDP)	Enthaltung	85. Weber, Frank (SPD)	nein
39. Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)	ja	86. Wetzels, Siegfried (CDU)	nein
40. König, Katharina (DIE LINKE)	ja	87. Worm, Henry (CDU)	nein
41. Koppe, Marian (FDP)	Enthaltung	88. Wucherpfennig, Gerold (CDU)	nein
42. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	ja		
43. Kowalleck, Maik (CDU)	nein		
44. Krauß, Horst (CDU)	nein		
45. Krone, Klaus von der (CDU)			
46. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	ja		
47. Künast, Dagmar (SPD)	nein		

Anlage 4

**Namentliche Abstimmung in der 109. Sitzung
am 25.01.2013 zum Tagesordnungspunkt 1 a**
Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/5059 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 5/5574 (Nummer II. - VI.) -

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein	49. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	ja
2. Augsten, Dr. Frank (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein	50. Lehmann, Annette (CDU)	nein
3. Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)	ja	51. Lemb, Wolfgang (SPD)	nein
4. Barth, Uwe (FDP)	nein	52. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	ja
5. Baumann, Rolf (SPD)	nein	53. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
6. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	54. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	ja
7. Bergner, Dirk (FDP)	nein	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
8. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	ja	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
9. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	ja	57. Meißner, Beate (CDU)	nein
10. Carius, Christian (CDU)	nein	58. Metz, Peter (SPD)	nein
11. Diezel, Birgit (CDU)	nein	59. Meyer, Carsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	nein	60. Möller, Dirk (DIE LINKE)	ja
13. Doht, Sabine (SPD)	nein	61. Mohring, Mike (CDU)	nein
14. Eckardt, David-Christian (SPD)	nein	62. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
15. Emde, Volker (CDU)	nein	63. Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	64. Pelke, Birgit (SPD)	nein
17. Gentzel, Heiko (SPD)		65. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
18. Grob, Manfred (CDU)	nein	66. Primas, Egon (CDU)	nein
19. Groß, Evelin (CDU)	nein	67. Ramelow, Bodo (DIE LINKE)	ja
20. Günther, Gerhard (CDU)	nein	68. Recknagel, Lutz (FDP)	
21. Gumprecht, Christian (CDU)		69. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
22. Hartung, Dr. Thomas (SPD)	nein	70. Renner, Martina (DIE LINKE)	ja
23. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	ja	71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
24. Hellmann, Manfred (DIE LINKE)		72. Scherer, Manfred (CDU)	nein
25. Hennig, Susanne (DIE LINKE)	ja	73. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	ja
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	74. Schröter, Fritz (CDU)	nein
27. Heym, Michael (CDU)	nein	75. Schubert, Jennifer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
28. Hitzing, Franka (FDP)	nein	76. Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	ja
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	77. Siegesmund, Anja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
30. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	78. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	ja
31. Holzapfel, Elke (CDU)	nein	79. Stange, Karola (DIE LINKE)	ja
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	ja	80. Tasch, Christina (CDU)	nein
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	ja	81. Taubert, Heike (SPD)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)		82. Untermann, Heinz (FDP)	nein
35. Kanis, Regine (SPD)	nein	83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	nein
36. Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)	ja	84. Walsmann, Marion (CDU)	nein
37. Kellner, Jörg (CDU)	nein	85. Weber, Frank (SPD)	nein
38. Kemmerich, Thomas L. (FDP)	nein	86. Wetzels, Siegfried (CDU)	nein
39. Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)	ja	87. Worm, Henry (CDU)	nein
40. König, Katharina (DIE LINKE)	ja	88. Wucherpfennig, Gerold (CDU)	nein
41. Koppe, Marian (FDP)	nein		
42. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	ja		
43. Kowalleck, Maik (CDU)	nein		
44. Krauß, Horst (CDU)	nein		
45. Krone, Klaus von der (CDU)			
46. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	ja		
47. Künast, Dagmar (SPD)	nein		
48. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	ja		

Anlage 5

Namentliche Abstimmung in der 109. Sitzung
am 25.01.2013 zum Tagesordnungspunkt 1 a

Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/5059 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/5626 -

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	48. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	Enthaltung
2. Augsten, Dr. Frank (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	49. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	Enthaltung
3. Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)	Enthaltung	50. Lehmann, Annette (CDU)	nein
4. Barth, Uwe (FDP)	ja	51. Lemb, Wolfgang (SPD)	nein
5. Baumann, Rolf (SPD)	nein	52. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	Enthaltung
6. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	53. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
7. Bergner, Dirk (FDP)	ja	54. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	Enthaltung
8. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	Enthaltung	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
9. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	Enthaltung	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
10. Carius, Christian (CDU)	nein	57. Meißner, Beate (CDU)	nein
11. Diezel, Birgit (CDU)	nein	58. Metz, Peter (SPD)	nein
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	nein	59. Meyer, Carsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
13. Doht, Sabine (SPD)	nein	60. Möller, Dirk (DIE LINKE)	Enthaltung
14. Eckardt, David-Christian (SPD)	nein	61. Mohring, Mike (CDU)	nein
15. Emde, Volker (CDU)	nein	62. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	63. Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	
17. Gentzel, Heiko (SPD)		64. Pelke, Birgit (SPD)	nein
18. Grob, Manfred (CDU)	nein	65. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
19. Groß, Evelin (CDU)	nein	66. Primas, Egon (CDU)	nein
20. Günther, Gerhard (CDU)	nein	67. Ramelow, Bodo (DIE LINKE)	Enthaltung
21. Gumprecht, Christian (CDU)		68. Recknagel, Lutz (FDP)	
22. Hartung, Dr. Thomas (SPD)	nein	69. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
23. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	Enthaltung	70. Renner, Martina (DIE LINKE)	Enthaltung
24. Hellmann, Manfred (DIE LINKE)		71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
25. Hennig, Susanne (DIE LINKE)	Enthaltung	72. Scherer, Manfred (CDU)	nein
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	73. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	Enthaltung
27. Heym, Michael (CDU)		74. Schröter, Fritz (CDU)	nein
28. Hitzing, Franka (FDP)	ja	75. Schubert, Jennifer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	76. Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	Enthaltung
30. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	77. Siegesmund, Anja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
31. Holzapfel, Elke (CDU)	nein	78. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	Enthaltung
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	Enthaltung	79. Stange, Karola (DIE LINKE)	Enthaltung
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	Enthaltung	80. Tasch, Christina (CDU)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)		81. Taubert, Heike (SPD)	nein
35. Kanis, Regine (SPD)	nein	82. Untermann, Heinz (FDP)	ja
36. Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)	Enthaltung	83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	nein
37. Kellner, Jörg (CDU)	nein	84. Walsmann, Marion (CDU)	nein
38. Kemmerich, Thomas L. (FDP)	ja	85. Weber, Frank (SPD)	nein
39. Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)	Enthaltung	86. Wetzels, Siegfried (CDU)	nein
40. König, Katharina (DIE LINKE)	Enthaltung	87. Worm, Henry (CDU)	nein
41. Koppe, Marian (FDP)	ja	88. Wucherpennig, Gerold (CDU)	nein
42. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	Enthaltung		
43. Kowalleck, Maik (CDU)	nein		
44. Krauß, Horst (CDU)	nein		
45. Krone, Klaus von der (CDU)			
46. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	Enthaltung		
47. Künast, Dagmar (SPD)	nein		

Anlage 6

**Namentliche Abstimmung in der 109. Sitzung
am 25.01.2013 zum Tagesordnungspunkt 1 a**
Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/5059 -

hier: Entschließungsantrag der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/5539 -

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	49. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	ja
2. Augsten, Dr. Frank (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	50. Lehmann, Annette (CDU)	nein
3. Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)	ja	51. Lemb, Wolfgang (SPD)	nein
4. Barth, Uwe (FDP)	ja	52. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	ja
5. Baumann, Rolf (SPD)	nein	53. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
6. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	54. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	ja
7. Bergner, Dirk (FDP)	ja	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
8. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	ja	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
9. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	ja	57. Meißner, Beate (CDU)	nein
10. Carius, Christian (CDU)	nein	58. Metz, Peter (SPD)	nein
11. Diezel, Birgit (CDU)	nein	59. Meyer, Carsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	nein	60. Möller, Dirk (DIE LINKE)	ja
13. Doht, Sabine (SPD)	nein	61. Mohring, Mike (CDU)	nein
14. Eckardt, David-Christian (SPD)	nein	62. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
15. Emde, Volker (CDU)	nein	63. Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	64. Pelke, Birgit (SPD)	nein
17. Gentzel, Heiko (SPD)		65. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
18. Grob, Manfred (CDU)	nein	66. Primas, Egon (CDU)	nein
19. Groß, Evelin (CDU)	nein	67. Ramelow, Bodo (DIE LINKE)	ja
20. Günther, Gerhard (CDU)	nein	68. Recknagel, Lutz (FDP)	
21. Gumprecht, Christian (CDU)		69. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
22. Hartung, Dr. Thomas (SPD)	nein	70. Renner, Martina (DIE LINKE)	
23. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	ja	71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
24. Hellmann, Manfred (DIE LINKE)		72. Scherer, Manfred (CDU)	nein
25. Hennig, Susanne (DIE LINKE)	ja	73. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	ja
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	74. Schröter, Fritz (CDU)	nein
27. Heym, Michael (CDU)	nein	75. Schubert, Jennifer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
28. Hitzing, Franka (FDP)	ja	76. Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	ja
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	77. Siegesmund, Anja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
30. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	78. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	ja
31. Holzapfel, Elke (CDU)	nein	79. Stange, Karola (DIE LINKE)	ja
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	ja	80. Tasch, Christina (CDU)	nein
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	ja	81. Taubert, Heike (SPD)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)		82. Untermann, Heinz (FDP)	ja
35. Kanis, Regine (SPD)	nein	83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	nein
36. Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)	ja	84. Walsmann, Marion (CDU)	nein
37. Kellner, Jörg (CDU)	nein	85. Weber, Frank (SPD)	nein
38. Kemmerich, Thomas L. (FDP)	ja	86. Wetzels, Siegfried (CDU)	nein
39. Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)	ja	87. Worm, Henry (CDU)	nein
40. König, Katharina (DIE LINKE)	ja	88. Wucherpfennig, Gerold (CDU)	nein
41. Koppe, Marian (FDP)	ja		
42. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	ja		
43. Kowalleck, Maik (CDU)	nein		
44. Krauß, Horst (CDU)	nein		
45. Krone, Klaus von der (CDU)			
46. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	ja		
47. Künast, Dagmar (SPD)	nein		
48. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	ja		

Anlage 7

Namentliche Abstimmung in der 109. Sitzung
am 25.01.2013 zum Tagesordnungspunkt 1 a

Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/5059 -

hier: Entschließungsantrag der Fraktion der FDP

- Drucksache 5/5576 -

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung	48. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	ja
2. Augsten, Dr. Frank (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung	49. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	ja
3. Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)	ja	50. Lehmann, Annette (CDU)	nein
4. Barth, Uwe (FDP)	ja	51. Lemb, Wolfgang (SPD)	nein
5. Baumann, Rolf (SPD)	nein	52. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	ja
6. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	53. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
7. Bergner, Dirk (FDP)	ja	54. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	ja
8. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	ja	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
9. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	ja	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
10. Carius, Christian (CDU)	nein	57. Meißner, Beate (CDU)	nein
11. Diezel, Birgit (CDU)	nein	58. Metz, Peter (SPD)	nein
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	nein	59. Meyer, Carsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
13. Doht, Sabine (SPD)	nein	60. Möller, Dirk (DIE LINKE)	ja
14. Eckardt, David-Christian (SPD)	nein	61. Mohring, Mike (CDU)	nein
15. Emde, Volker (CDU)	nein	62. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	63. Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	
17. Gentzel, Heiko (SPD)		64. Pelke, Birgit (SPD)	nein
18. Grob, Manfred (CDU)	nein	65. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
19. Groß, Evelin (CDU)	nein	66. Primas, Egon (CDU)	nein
20. Günther, Gerhard (CDU)	nein	67. Ramelow, Bodo (DIE LINKE)	ja
21. Gumprecht, Christian (CDU)		68. Recknagel, Lutz (FDP)	
22. Hartung, Dr. Thomas (SPD)	nein	69. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
23. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	ja	70. Renner, Martina (DIE LINKE)	
24. Hellmann, Manfred (DIE LINKE)		71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
25. Hennig, Susanne (DIE LINKE)	ja	72. Scherer, Manfred (CDU)	nein
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	73. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	ja
27. Heym, Michael (CDU)	nein	74. Schröter, Fritz (CDU)	nein
28. Hitzing, Franka (FDP)	ja	75. Schubert, Jennifer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	76. Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	ja
30. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	77. Siegesmund, Anja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
31. Holzapfel, Elke (CDU)	nein	78. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	ja
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	ja	79. Stange, Karola (DIE LINKE)	ja
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	ja	80. Tasch, Christina (CDU)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)		81. Taubert, Heike (SPD)	nein
35. Kanis, Regine (SPD)	nein	82. Untermann, Heinz (FDP)	ja
36. Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)	ja	83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	nein
37. Kellner, Jörg (CDU)	nein	84. Walsmann, Marion (CDU)	nein
38. Kemmerich, Thomas L. (FDP)	ja	85. Weber, Frank (SPD)	nein
39. Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)	ja	86. Wetzels, Siegfried (CDU)	nein
40. König, Katharina (DIE LINKE)	ja	87. Worm, Henry (CDU)	nein
41. Koppe, Marian (FDP)	ja	88. Wucherpfennig, Gerold (CDU)	nein
42. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	ja		
43. Kowalleck, Maik (CDU)	nein		
44. Krauß, Horst (CDU)	nein		
45. Krone, Klaus von der (CDU)			
46. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	ja		
47. Künast, Dagmar (SPD)	nein		

Anlage 8

Namentliche Abstimmung in der 109. Sitzung
am 25.01.2013 zum Tagesordnungspunkt 1 a

Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/5059 -

hier: Entschließungsantrag der Fraktion der FDP

- Drucksache 5/5599 -

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	48. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	nein
2. Augsten, Dr. Frank (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	49. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	nein
3. Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)	nein	50. Lehmann, Annette (CDU)	nein
4. Barth, Uwe (FDP)	ja	51. Lemb, Wolfgang (SPD)	nein
5. Baumann, Rolf (SPD)	nein	52. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	nein
6. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	53. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
7. Bergner, Dirk (FDP)	ja	54. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	nein
8. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	nein	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
9. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	nein	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
10. Carius, Christian (CDU)	nein	57. Meißner, Beate (CDU)	nein
11. Diezel, Birgit (CDU)	nein	58. Metz, Peter (SPD)	nein
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	nein	59. Meyer, Carsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
13. Doht, Sabine (SPD)	nein	60. Möller, Dirk (DIE LINKE)	nein
14. Eckardt, David-Christian (SPD)	nein	61. Mohring, Mike (CDU)	nein
15. Emde, Volker (CDU)	nein	62. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	63. Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	
17. Gentzel, Heiko (SPD)		64. Pelke, Birgit (SPD)	nein
18. Grob, Manfred (CDU)	nein	65. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
19. Groß, Evelin (CDU)	nein	66. Primas, Egon (CDU)	nein
20. Günther, Gerhard (CDU)	nein	67. Ramelow, Bodo (DIE LINKE)	nein
21. Gumprecht, Christian (CDU)		68. Recknagel, Lutz (FDP)	
22. Hartung, Dr. Thomas (SPD)	nein	69. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
23. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	nein	70. Renner, Martina (DIE LINKE)	
24. Hellmann, Manfred (DIE LINKE)		71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
25. Hennig, Susanne (DIE LINKE)	nein	72. Scherer, Manfred (CDU)	nein
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	73. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	nein
27. Heym, Michael (CDU)	nein	74. Schröter, Fritz (CDU)	nein
28. Hitzing, Franka (FDP)	ja	75. Schubert, Jennifer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	76. Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	nein
30. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	77. Siegesmund, Anja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
31. Holzapfel, Elke (CDU)	nein	78. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	nein
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	nein	79. Stange, Karola (DIE LINKE)	nein
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	nein	80. Tasch, Christina (CDU)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)		81. Taubert, Heike (SPD)	nein
35. Kanis, Regine (SPD)	nein	82. Untermann, Heinz (FDP)	ja
36. Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)	nein	83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	nein
37. Kellner, Jörg (CDU)	nein	84. Walsmann, Marion (CDU)	nein
38. Kemmerich, Thomas L. (FDP)	ja	85. Weber, Frank (SPD)	nein
39. Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)	nein	86. Wetzels, Siegfried (CDU)	nein
40. König, Katharina (DIE LINKE)	nein	87. Worm, Henry (CDU)	nein
41. Koppe, Marian (FDP)	ja	88. Wucherpfennig, Gerold (CDU)	nein
42. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	nein		
43. Kowalleck, Maik (CDU)	nein		
44. Krauß, Horst (CDU)	nein		
45. Krone, Klaus von der (CDU)			
46. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	nein		
47. Künast, Dagmar (SPD)	nein		

Anlage 9

Namentliche Abstimmung in der 109. Sitzung
am 25.01.2013 zum Tagesordnungspunkt 1 a

Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/5059 -

hier: Entschließungsantrag der Fraktion der FDP

- Drucksache 5/5600 -

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	49. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	ja
2. Augsten, Dr. Frank (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	50. Lehmann, Annette (CDU)	nein
3. Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)	ja	51. Lemb, Wolfgang (SPD)	nein
4. Barth, Uwe (FDP)	ja	52. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	ja
5. Baumann, Rolf (SPD)	nein	53. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
6. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	54. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	ja
7. Bergner, Dirk (FDP)	ja	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
8. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	ja	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
9. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	ja	57. Meißner, Beate (CDU)	nein
10. Carius, Christian (CDU)	nein	58. Metz, Peter (SPD)	nein
11. Diezel, Birgit (CDU)	nein	59. Meyer, Carsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	nein	60. Möller, Dirk (DIE LINKE)	ja
13. Doht, Sabine (SPD)	nein	61. Mohring, Mike (CDU)	nein
14. Eckardt, David-Christian (SPD)	nein	62. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
15. Emde, Volker (CDU)	nein	63. Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	64. Pelke, Birgit (SPD)	nein
17. Gentzel, Heiko (SPD)		65. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
18. Grob, Manfred (CDU)	nein	66. Primas, Egon (CDU)	nein
19. Groß, Evelin (CDU)	nein	67. Ramelow, Bodo (DIE LINKE)	ja
20. Günther, Gerhard (CDU)	nein	68. Recknagel, Lutz (FDP)	
21. Gumprecht, Christian (CDU)		69. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
22. Hartung, Dr. Thomas (SPD)	nein	70. Renner, Martina (DIE LINKE)	
23. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	ja	71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
24. Hellmann, Manfred (DIE LINKE)		72. Scherer, Manfred (CDU)	nein
25. Hennig, Susanne (DIE LINKE)	ja	73. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	ja
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	74. Schröter, Fritz (CDU)	nein
27. Heym, Michael (CDU)	nein	75. Schubert, Jennifer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
28. Hitzing, Franka (FDP)	ja	76. Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	ja
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	77. Siegesmund, Anja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
30. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	78. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	ja
31. Holzapfel, Elke (CDU)	nein	79. Stange, Karola (DIE LINKE)	ja
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	ja	80. Tasch, Christina (CDU)	nein
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	ja	81. Taubert, Heike (SPD)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)		82. Untermann, Heinz (FDP)	ja
35. Kanis, Regine (SPD)	nein	83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	nein
36. Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)	ja	84. Walsmann, Marion (CDU)	nein
37. Kellner, Jörg (CDU)	nein	85. Weber, Frank (SPD)	nein
38. Kemmerich, Thomas L. (FDP)	ja	86. Wetzels, Siegfried (CDU)	nein
39. Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)	ja	87. Worm, Henry (CDU)	nein
40. König, Katharina (DIE LINKE)	ja	88. Wucherpfennig, Gerold (CDU)	nein
41. Koppe, Marian (FDP)	ja		
42. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	ja		
43. Kowalleck, Maik (CDU)	nein		
44. Krauß, Horst (CDU)	nein		
45. Krone, Klaus von der (CDU)			
46. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	ja		
47. Künast, Dagmar (SPD)	nein		
48. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	ja		

Anlage 10

Namentliche Abstimmung in der 109. Sitzung
am 25.01.2013 zum Tagesordnungspunkt 1 a

Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/5059 -

hier: Entschließungsantrag der Fraktion der FDP

- Drucksache 5/5601 -

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	48. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	Enthaltung
2. Augsten, Dr. Frank (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	49. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	Enthaltung
3. Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)	Enthaltung	50. Lehmann, Annette (CDU)	nein
4. Barth, Uwe (FDP)	ja	51. Lemb, Wolfgang (SPD)	nein
5. Baumann, Rolf (SPD)	nein	52. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	Enthaltung
6. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	53. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
7. Bergner, Dirk (FDP)	ja	54. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	Enthaltung
8. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	Enthaltung	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
9. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	Enthaltung	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
10. Carius, Christian (CDU)	nein	57. Meißner, Beate (CDU)	nein
11. Diezel, Birgit (CDU)	nein	58. Metz, Peter (SPD)	nein
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	nein	59. Meyer, Carsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
13. Doht, Sabine (SPD)	nein	60. Möller, Dirk (DIE LINKE)	Enthaltung
14. Eckardt, David-Christian (SPD)	nein	61. Mohring, Mike (CDU)	nein
15. Emde, Volker (CDU)	nein	62. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	63. Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	
17. Gentzel, Heiko (SPD)		64. Pelke, Birgit (SPD)	nein
18. Grob, Manfred (CDU)	nein	65. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
19. Groß, Evelin (CDU)	nein	66. Primas, Egon (CDU)	nein
20. Günther, Gerhard (CDU)	nein	67. Ramelow, Bodo (DIE LINKE)	Enthaltung
21. Gumprecht, Christian (CDU)		68. Recknagel, Lutz (FDP)	
22. Hartung, Dr. Thomas (SPD)	nein	69. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
23. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	Enthaltung	70. Renner, Martina (DIE LINKE)	
24. Hellmann, Manfred (DIE LINKE)		71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
25. Hennig, Susanne (DIE LINKE)	Enthaltung	72. Scherer, Manfred (CDU)	nein
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	73. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	Enthaltung
27. Heym, Michael (CDU)	nein	74. Schröter, Fritz (CDU)	nein
28. Hitzing, Franka (FDP)	ja	75. Schubert, Jennifer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	76. Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	Enthaltung
30. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	77. Siegesmund, Anja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
31. Holzapfel, Elke (CDU)	nein	78. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	Enthaltung
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	Enthaltung	79. Stange, Karola (DIE LINKE)	Enthaltung
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	Enthaltung	80. Tasch, Christina (CDU)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)		81. Taubert, Heike (SPD)	nein
35. Kanis, Regine (SPD)	nein	82. Untermann, Heinz (FDP)	ja
36. Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)	Enthaltung	83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	nein
37. Kellner, Jörg (CDU)	nein	84. Walsmann, Marion (CDU)	nein
38. Kemmerich, Thomas L. (FDP)	ja	85. Weber, Frank (SPD)	nein
39. Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)	Enthaltung	86. Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
40. König, Katharina (DIE LINKE)	Enthaltung	87. Worm, Henry (CDU)	nein
41. Koppe, Marian (FDP)	ja	88. Wucherpfennig, Gerold (CDU)	nein
42. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	Enthaltung		
43. Kowalleck, Maik (CDU)	nein		
44. Krauß, Horst (CDU)	nein		
45. Krone, Klaus von der (CDU)			
46. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	Enthaltung		
47. Künast, Dagmar (SPD)	nein		

Anlage 11

Namentliche Abstimmung in der 109. Sitzung
am 25.01.2013 zum Tagesordnungspunkt 1 a

Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/5059 -

hier: Entschließungsantrag der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/5612 -

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	48. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	Enthaltung
2. Augsten, Dr. Frank (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	49. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	Enthaltung
3. Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)	Enthaltung	50. Lehmann, Annette (CDU)	nein
4. Barth, Uwe (FDP)	nein	51. Lemb, Wolfgang (SPD)	nein
5. Baumann, Rolf (SPD)	nein	52. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	Enthaltung
6. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	53. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
7. Bergner, Dirk (FDP)	nein	54. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	Enthaltung
8. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	Enthaltung	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
9. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	Enthaltung	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
10. Carius, Christian (CDU)	nein	57. Meißner, Beate (CDU)	nein
11. Diezel, Birgit (CDU)	nein	58. Metz, Peter (SPD)	nein
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	nein	59. Meyer, Carsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
13. Doht, Sabine (SPD)	nein	60. Möller, Dirk (DIE LINKE)	Enthaltung
14. Eckardt, David-Christian (SPD)	nein	61. Mohring, Mike (CDU)	nein
15. Emde, Volker (CDU)	nein	62. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	63. Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	
17. Gentzel, Heiko (SPD)		64. Pelke, Birgit (SPD)	nein
18. Grob, Manfred (CDU)	nein	65. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
19. Groß, Evelin (CDU)	nein	66. Primas, Egon (CDU)	nein
20. Günther, Gerhard (CDU)	nein	67. Ramelow, Bodo (DIE LINKE)	Enthaltung
21. Gumprecht, Christian (CDU)		68. Recknagel, Lutz (FDP)	
22. Hartung, Dr. Thomas (SPD)	nein	69. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
23. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	Enthaltung	70. Renner, Martina (DIE LINKE)	
24. Hellmann, Manfred (DIE LINKE)		71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
25. Hennig, Susanne (DIE LINKE)	Enthaltung	72. Scherer, Manfred (CDU)	nein
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	73. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	Enthaltung
27. Heym, Michael (CDU)	nein	74. Schröter, Fritz (CDU)	nein
28. Hitzing, Franka (FDP)	nein	75. Schubert, Jennifer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	76. Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	Enthaltung
30. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	77. Siegesmund, Anja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
31. Holzapfel, Elke (CDU)	nein	78. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	Enthaltung
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	Enthaltung	79. Stange, Karola (DIE LINKE)	Enthaltung
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	Enthaltung	80. Tasch, Christina (CDU)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)		81. Taubert, Heike (SPD)	nein
35. Kanis, Regine (SPD)	nein	82. Untermann, Heinz (FDP)	nein
36. Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)	Enthaltung	83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	nein
37. Kellner, Jörg (CDU)	nein	84. Walsmann, Marion (CDU)	nein
38. Kemmerich, Thomas L. (FDP)	nein	85. Weber, Frank (SPD)	nein
39. Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)	Enthaltung	86. Wetzels, Siegfried (CDU)	nein
40. König, Katharina (DIE LINKE)	Enthaltung	87. Worm, Henry (CDU)	nein
41. Koppe, Marian (FDP)	nein	88. Wucherpennig, Gerold (CDU)	nein
42. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	Enthaltung		
43. Kowalleck, Maik (CDU)	nein		
44. Krauß, Horst (CDU)	nein		
45. Krone, Klaus von der (CDU)			
46. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	Enthaltung		
47. Künast, Dagmar (SPD)	nein		

Anlage 12

Namentliche Abstimmung in der 109. Sitzung
am 25.01.2013 zum Tagesordnungspunkt 1 a

Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/5059 -

hier: Entschließungsantrag der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/5614 -

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	48. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	nein
2. Augsten, Dr. Frank (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	49. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	nein
3. Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)	nein	50. Lehmann, Annette (CDU)	nein
4. Barth, Uwe (FDP)	Enthaltung	51. Lemb, Wolfgang (SPD)	nein
5. Baumann, Rolf (SPD)	nein	52. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	nein
6. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	53. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
7. Bergner, Dirk (FDP)	Enthaltung	54. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	nein
8. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	nein	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
9. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	nein	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
10. Carius, Christian (CDU)	nein	57. Meißner, Beate (CDU)	nein
11. Diezel, Birgit (CDU)	nein	58. Metz, Peter (SPD)	nein
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	nein	59. Meyer, Carsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
13. Doht, Sabine (SPD)	nein	60. Möller, Dirk (DIE LINKE)	nein
14. Eckardt, David-Christian (SPD)		61. Mohring, Mike (CDU)	nein
15. Emde, Volker (CDU)	nein	62. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	63. Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	
17. Gentzel, Heiko (SPD)		64. Pelke, Birgit (SPD)	nein
18. Grob, Manfred (CDU)	nein	65. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
19. Groß, Evelin (CDU)	nein	66. Primas, Egon (CDU)	nein
20. Günther, Gerhard (CDU)	nein	67. Ramelow, Bodo (DIE LINKE)	nein
21. Gumprecht, Christian (CDU)		68. Recknagel, Lutz (FDP)	
22. Hartung, Dr. Thomas (SPD)	nein	69. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
23. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	nein	70. Renner, Martina (DIE LINKE)	
24. Hellmann, Manfred (DIE LINKE)		71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
25. Hennig, Susanne (DIE LINKE)	nein	72. Scherer, Manfred (CDU)	nein
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	73. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	nein
27. Heym, Michael (CDU)	nein	74. Schröter, Fritz (CDU)	nein
28. Hitzing, Franka (FDP)	Enthaltung	75. Schubert, Jennifer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	76. Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	nein
30. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	77. Siegesmund, Anja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
31. Holzapfel, Elke (CDU)	nein	78. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	nein
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	nein	79. Stange, Karola (DIE LINKE)	nein
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	nein	80. Tasch, Christina (CDU)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)		81. Taubert, Heike (SPD)	nein
35. Kanis, Regine (SPD)	nein	82. Untermann, Heinz (FDP)	Enthaltung
36. Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)	nein	83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	nein
37. Kellner, Jörg (CDU)	nein	84. Walsmann, Marion (CDU)	nein
38. Kemmerich, Thomas L. (FDP)	Enthaltung	85. Weber, Frank (SPD)	nein
39. Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)	nein	86. Wetzels, Siegfried (CDU)	nein
40. König, Katharina (DIE LINKE)	nein	87. Worm, Henry (CDU)	nein
41. Koppe, Marian (FDP)	Enthaltung	88. Wucherpennig, Gerold (CDU)	nein
42. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	nein		
43. Kowalleck, Maik (CDU)	nein		
44. Krauß, Horst (CDU)	nein		
45. Krone, Klaus von der (CDU)			
46. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	nein		
47. Künast, Dagmar (SPD)	nein		

Anlage 13

**Namentliche Abstimmung in der 109. Sitzung
am 25.01.2013 zum Tagesordnungspunkt 1 b****Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/5060 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion der FDP

- Drucksache 5/5608 -

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	49. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	ja
2. Augsten, Dr. Frank (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja	50. Lehmann, Annette (CDU)	nein
3. Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)	ja	51. Lemb, Wolfgang (SPD)	nein
4. Barth, Uwe (FDP)	ja	52. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	ja
5. Baumann, Rolf (SPD)	nein	53. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
6. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	54. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	ja
7. Bergner, Dirk (FDP)	ja	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
8. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	ja	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
9. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	ja	57. Meißner, Beate (CDU)	nein
10. Carius, Christian (CDU)	nein	58. Metz, Peter (SPD)	nein
11. Diezel, Birgit (CDU)	nein	59. Meyer, Carsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	nein	60. Möller, Dirk (DIE LINKE)	ja
13. Doht, Sabine (SPD)	nein	61. Mohring, Mike (CDU)	nein
14. Eckardt, David-Christian (SPD)	nein	62. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
15. Emde, Volker (CDU)	nein	63. Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	64. Pelke, Birgit (SPD)	nein
17. Gentzel, Heiko (SPD)		65. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
18. Grob, Manfred (CDU)	nein	66. Primas, Egon (CDU)	nein
19. Groß, Evelin (CDU)	nein	67. Ramelow, Bodo (DIE LINKE)	ja
20. Günther, Gerhard (CDU)	nein	68. Recknagel, Lutz (FDP)	
21. Gumprecht, Christian (CDU)		69. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
22. Hartung, Dr. Thomas (SPD)	nein	70. Renner, Martina (DIE LINKE)	
23. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	ja	71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
24. Hellmann, Manfred (DIE LINKE)		72. Scherer, Manfred (CDU)	nein
25. Hennig, Susanne (DIE LINKE)	ja	73. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	ja
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	74. Schröter, Fritz (CDU)	nein
27. Heym, Michael (CDU)	nein	75. Schubert, Jennifer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
28. Hitzing, Franka (FDP)	ja	76. Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	ja
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	77. Siegesmund, Anja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	ja
30. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	78. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	ja
31. Holzapfel, Elke (CDU)	nein	79. Stange, Karola (DIE LINKE)	ja
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	ja	80. Tasch, Christina (CDU)	nein
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	ja	81. Taubert, Heike (SPD)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)		82. Untermann, Heinz (FDP)	ja
35. Kanis, Regine (SPD)	nein	83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	nein
36. Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)	ja	84. Walsmann, Marion (CDU)	nein
37. Kellner, Jörg (CDU)	nein	85. Weber, Frank (SPD)	nein
38. Kemmerich, Thomas L. (FDP)	ja	86. Wetzels, Siegfried (CDU)	nein
39. Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)	ja	87. Worm, Henry (CDU)	nein
40. König, Katharina (DIE LINKE)	ja	88. Wucherpfennig, Gerold (CDU)	nein
41. Koppe, Marian (FDP)	ja		
42. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	ja		
43. Kowalleck, Maik (CDU)	nein		
44. Krauß, Horst (CDU)	nein		
45. Krone, Klaus von der (CDU)			
46. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	ja		
47. Künast, Dagmar (SPD)	nein		
48. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	ja		